

JEDEM LAND SEIN

PORTO ALEGRE:

DAS WELTZOZIALFORUM UND SEINE REGIONALISIERUNG



Einleitung

Nach dem Ende des Kalten Krieges breitete sich der *Neoliberalismus*, ausgehend von den Diktaturen in Chile und Argentinien, mit großer Geschwindigkeit über Lateinamerika aus. Der Prozess der globalen Vereinnahmung durchdrang die wirtschaftlichen und politischen Strukturen auf nationaler und regionaler Ebene.

Durch internationale Abkommen (GATT,WTO) und die Schaffung von Freihandelszonen (MERCOSUR,NAFTA,ALCA/FTAA) wird die wirtschaftliche und politische Souveränität der einzelnen Länder untergraben. Menschenrechte und demokratische Strukturen können nicht mehr garantiert werden. Die Etablierung des transnationalen Finanzkapitals durch IWF und Weltbank führte viele Länder in eine Schuldenkrise und destabilisierte nachhaltig die Volkswirtschaften. Die Folgen sind ungleiche Einkommensverteilung, Armut und die ökologische Zerstörung.

Der Widerstand gegen diese globale Vereinnahmung hat sich in den letzten Jahren sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene erheblich vergrößert. Es gründen sich zahlreiche *Neue Soziale Bewegungen*, die in ein breites soziales, kulturelles und politisches Umfeld eingebettet sind. Neben den mexikanischen Zapatistas oder der brasilianischen Landlosenbewegung MST gibt es weitere wirkungsvolle Initiativen, denen bisher keine internationale Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Auffällig ist auch die weltweite Kooperation einzelner Initiativen: In der Form eines *Weltsozialforums* wurden im Jahre 2000 und 2002 in Porto Alegre verschiedene *Soziale Bewegungen* und Nichtregierungsorganisationen an einen Tisch gebracht. Ziel dieser Treffen war einerseits der Erfahrungsaustausch verschiedener Akteure und andererseits die Suche nach möglichen Alternativen zu dem so allmächtig und unüberwindbar scheinenden *Neoliberalismus*.

Zu Beginn des Jahres beschloss das *Weltsozialforum* (FSM) ähnliche Initiativen auf kontinentaler und regionaler Ebene zu starten. Erste Kontakte für den Aufbau von Sozialforen in Südamerika, Afrika, Asien und Europa wurden bereits geknüpft.

Dieser Reader ist aus aktuellem Anlass heraus entstanden: Vom 6.-10. November 2002 findet in Florenz das erste *Europäische Weltsozialforum* statt. Vertreter von unzähligen *Sozialen Bewegungen* und Strukturen auf europäischer Ebene tauschen hier ihre Erfahrungen und Ideen aus.

Das Schwerpunktthema des Readers liegt auf der globalen und regionalen Vernetzung der *Neuen Sozialen Bewegung*. Dies wird insbesondere am Beispiel von Porto Alegre und der angestrebten *Regionalisierung* des *Weltsozialforums* hervorgehoben. Um in der Öffentlichkeit die Idee, die Entstehung und die Entwicklung der Sozialforen zu verbreiten, sollen die gesammelten Texte informieren und die Aufmerksamkeit auf die kommenden Treffen im November und das Weltsozialforum im Januar 2003 in Porto Alegre lenken.

In Lateinamerika wie auch in Europa regt sich ein schöpferisches Potential zur Entwicklung einer alternativen Weltordnung, die der globalen Vereinnahmung den Kampf angesagt hat.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Neoliberalismus und Widerstand	9
1) Begriff und Politik des Neoliberalismus – <i>Brand, Ulrich; Brunnengräber, Achim. In: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Münster 2000</i>	10
2) Neoliberalismus – <i>Ethik LayReport 2/1999</i>	12
3) Theorie und Praxis des Neoliberalismus – <i>Müller-Plantenberg, Urs. In: Vorschläge. Münster 1997</i>	14
4) „Trickle down“ und Pferdeäpfel – <i>ila 12/1997</i>	18
5) Resistencia internacional a la globalización neoliberal – <i>Chiapas 12/2001</i>	22
6) Bewegt Euch endlich– <i>Jungle World vom 11. Juli 2001</i>	23
7) Für eine engagierte Wissenschaft – <i>Le Monde diplomatique 2/2002</i>	24
Soziale Bewegungen	25
1) Neue soziale Bewegungen und NGOs: Die Transformation einer gesellschaftlichen Organisationsform – <i>Walk, Heike; Brunnengräber, Achim: Die Globalisierungswächter. Münster 2000</i>	26
2) Statt ins Abseits in die Mitte – <i>Taz 28.08.2002</i>	33
3) Lehren, lernen, kämpfen – <i>ila 2/2002</i>	34
4) Lokal denken, lokal handeln – <i>ila 2/1998</i>	37
5) Politik trotz Projekten– <i>correos 129/2002</i>	39
6) Soziale Bewegungen: Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung konsolidiert sich – <i>Kolumbien aktuell vom 17.3.2002</i>	42
7) Von Chiapas nach Genua ... und zurück – <i>Info-Blatt, 7/2002</i>	43
8) El Alca y la destrucción del medio ambiente – <i>Punto Final 1/2002</i>	46
9) Attac “Das Defizit als Chance” – <i>tópicos 1/2002</i>	47
Weltsozialforum: Porto Alegre I	49
1) Nach dem Erfolg die gleichen Verlegenheiten – <i>Inprekorr Nr.354/April 2001</i>	50
2) „Die Globalisierung ist am Ende“ – <i>Inprekorr Nr. 354/April 2001</i>	53

3)	Los desafíos de Porto Alegre – <i>Punto Final</i> Nr.490/Feb/März 2001	55
4)	Ein grosser Schritt ...um laufen zu lernen – <i>correos</i> Nr. 125/2001	56
5)	Lebendige Demokratie in Brasilien – <i>Lateinamerika Anders</i> Nr.1/2001	58
6)	Welche Ziele verfolgt die lateinamerikanische Linke nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre? Fragen an João Pedro Stedile – <i>Taz</i> 19/20.05.2001	60

Weltsozialforum: Porto Alegre II **61**

1)	Das II. Weltsozialforum in Porto Alegre – <i>Lateinamerika Anders</i> Nr.1/2002	62
2)	Am Rande des Weltsozialforums: Interviews in Porto Alegre - <i>Lateinamerika anders</i> , Nr. 1/2000	64
3)	Eine andere Welt ist möglich – <i>Lateinamerika Nachrichten</i> 3/2000	
4)	65	
4)	Vernetzungsarbeit zum Weltsozialforum – <i>E-Mail Brasil</i> Nr.95 1/2002	66
5)	Das Weltsozialforum: Verbindung vom Lokalem und Globalen – <i>E-Mail Brasil</i> Nr.96 1/2002	71
6)	Die Abschlusserklärung des Weltsozialforums 2002 in Porto Alegre – <i>E-Mail Brasil</i> Nr.96 1/2002	72
7)	Die Geburt einer neuen linken Bewegung oder ein bewegter linker Jahrmarkt? – <i>Matices</i> Nr.33, Frühjahr 2002	75
8)	Eine andere Welt ist möglich – <i>EVB- Magazin</i> vom 7.02.2002	77
9)	Am Kreuz des Südens – <i>SZ</i> vom 31.01.2002	78
10)	Mit Netzwerken gegen das Elend – <i>Taz</i> 2./3.02.2002	79
11)	Wider die Ungleichheit – <i>Taz</i> 5.02.2002	80
12)	Welt in Unordnung – <i>Taz</i> 6.02.2002	81
13)	Aufruf der sozialen Bewegungen – <i>Lateinamerika Anders</i> , Nr.1/ 2002	82
14)	Vollversammlung der Zivilgesellschaft – <i>Die Zeit</i> vom 5.02.2002	84
15)	Das globalisierungskritische Manifest ist da. Zumindest im Entwurf – <i>Die Zeit</i> vom 1.02.2002	86
16)	Ein fabelhaftes Laboratorium – <i>Schwarzer Faden</i> 2/2002	87
17)	Una esperanza para los tristes de la tierra? – <i>alai</i> 28/08/2002	88
18)	Il Foro Social Mundial de Porto Alegre – <i>Chiapas</i> Nr.13/2002	90
19)	Der "Aufruf der sozialen Bewegungen" ist eine Instrumentalisierung von Bewegung durch NGOs ! – <i>Contraste</i> 4/2002	93
20)	Erste Schritte auf einem langen Weg – <i>Lateinamerika Anders</i> Nr.1/2001	93
21)	„Wir arbeiten für unsere Zukunft“ – <i>Inkota-Brief</i> 3/2002	94
22)	Porto Alegre: Großer Schritt nach vorn für die Globalisierungskritik – <i>E+Z</i> 3/2002	95

Regionalisierung : Porto Alegre und die Folgen	97
1) Vernetzung der Globalisierungskritik: Wie weiter nach dem Forum in Porto Alegre? – <i>Junge Welt</i> vom 9.02.2002	98
2) Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre: Wie die anderen Kontinente einbinden? – <i>junge Welt</i> vom 11.02.2002	99
3) „Man muss Inhalte in Politik umsetzen“ – <i>Taz</i> 6.02.2002	100
4) Die Avantgarde bittet zum Tanz – <i>Jungle World</i> vom 20.03.2002	101
5) Regionalisierung des Weltsozialforums – <i>E-Mail Brasil</i> 5/6 2002	102
6) Regionalisierung des Sozialforums – www.dsf-gsf.org	106
7) Gesucht: Antwort auf die Krise – <i>Taz</i> 26.08.2002	106
8) Estos caminantes contra el modelo – <i>pagina 12</i> vom 23.08.2002	107
9) Europäische Soziale Consulta – <i>Contraste</i> 4/2002	108
10) Europäisches Sozialforum in Florenz – www.rosalux.de/Einzel/eu_soc_forum/	108
11) Ein anderes Europa für eine andere Welt! – <i>Lateinamerika Anders</i> Nr.2/2002	109
12) Große Hysterie in Florenz – <i>junge Welt</i> vom 5.10.2002	110
13) Europäisches Sozialforum in Florenz – www.rosalux.de/Einzel/eu_soc_forum/	111
14) Interview zum Europäisches Sozialforum – <i>junge Welt</i> vom 24.10.2002	112
15) Ein anderes Europa ist möglich – www.rosalux.de/Einzel/eu_soc_forum/	113
16) ESF: Thematische Achsen und Schwerpunkte – www.dsf-gsf.org/	114
17) ESF – www.weltsozialforum.org	115
Links/ Impressum	116



NEOLIBERALISMUS UND WIDERSTAND

3.4. Begriff und Politik des Neoliberalismus

Bereits in den 70er Jahren begann eine heftige Auseinandersetzung darüber, was denn nun die weltweite Krise verursacht hätte und welche entsprechenden Gegenmittel zu ergreifen seien. Dabei wurde die Krise sehr unterschiedlich thematisiert: Als Krise der Regierbarkeit, als Legitimationskrise, als Hegemoniekrise der USA, als Krise des Sozialstaats, als Krise der Arbeitsgesellschaft, als Wertekrise oder – in der Ökologiedebatte – sehr weitgehend als Zivilisationskrise. Abgesehen von Teilen der neuen sozialen Bewegungen bestand Einigkeit darüber, dass es sich grundlegend um eine Wachstumskrise handelte.

Die in den 80er Jahren dominanten Strategien zur Bearbeitung der Krise werden unter dem Begriff „Neoliberalismus“ zusammengefasst. Dabei sind zwei Elemente zu unterscheiden:

- Das ursprüngliche, von Intellektuellen formulierte, neoliberale *Kern-Programm*;
- das mit Teilen des Programms ausgestattete neoliberale *Projekt*, das in sozialen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden musste; das Projekt muss als Teil eines komplexen *gesellschaftlichen Suchprozesses*²² verstanden werden, um stabile Kapitalakkumulation und die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

3.4.1. Neoliberalismus als Programm

Schon während des Siegeszuges des Keynesianismus in der Nachkriegszeit wurden neoliberale Grundsätze und ein Theorieprogramm formuliert, die später großen Einfluss ausübten. Die führenden neoliberalen Intellektuellen waren Friedrich A. Hayek, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Ludwig von Mises, die seit den 40er Jahren an diesem Programm arbeiteten. Schriften mit großem Aufmerksamkeitswert waren „Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus“ (von Mises, Orig.: 1922), „Der Weg zur Knechtschaft“ (Hayek 1944) und „Kapitalismus und Freiheit“ (Friedman 1962).

Im Kern ging es in Konfrontation mit dem Nationalsozialismus, Realsozialismus und dem Keynesianismus um die „Rückgewinnung von Freiheit“, die Durchsetzung eines „sich selbst regulierenden Marktes“ und freien Wettbewerbs.

(Privatkapitalistischer) Markt und Freiheit wurden synonym gesetzt. Das zentrale Argument der Neoliberalen lautete, dass individuelle Freiheit der überragende gesellschaftliche Wert sei, womit sie insbesondere die ökonomische Freiheit der Unternehmer meinten. Im Spannungsfeld zwischen der Freiheit des Individuums und der Freiheit zur Kapitalverwertung entschieden sich die Neoliberalen eindeutig für letztere (Altwater 1981: 12). In einer sehr frühen Schrift sah von Mises (1932: xiii) nur eine Möglichkeit gegen die „drohende Katastrophe“, nämlich „den Weg zu der auf rückhaltloser Anerkennung des Sondereigentums an Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung“ zurückzufinden. Vor dem Hintergrund des historischen Rückenwindes für sozialistische Ideen und Politiken formulierte er, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln im Allgemeininteresse liege und nicht nur im Interesse der Besitzenden.

Die einzige Wirtschaftsorganisation, die die Freiheit des Einzelnen garantiere, sei die freie Tauschwirtschaft mit Privatunternehmen (Friedman 1962), die auch gegen Mehrheiten zu verteidigen sei (Hayek 1944). Dies alles sollte unter dem Primat des Eigentums an Produktionsmitteln und einem – gar nicht schwachen – *law and order*-Staat geschehen, dessen wichtigste Funktion die Sicherung des Wettbewerbs und der Märkte sei: „Der Staat hat die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten, vor allem den Schutz des Privateigentums, auf dem unser Gesellschaftssystem beruht.“ (Hayek 1981/1996) Der erklärte Gegner waren die Gewerkschaften und der Sozialstaat sowie der Realsozialismus, dessen Planwirtschaft die Verkörperung von Zwang und Unterdrückung war. Begriffe wie Gerechtigkeit und soziale Gleichheit werden als ideologisch diffamiert, denn „Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig.“ (Hayek 1981/1996)

²² Die Debatte um das Ob und Wie einer kohärenten nachfordistischen Entwicklungsweise gehört sicherlich zu den derzeit spannendsten sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen (vgl. etwa Hirsch & Roth 1986; Hein 1997; Storper & Scott 1992; Amin (Hrsg.) 1994; Bruch & Krebs 1996; Becker et al. (Hrsg.) 1997; Albritton et al. (Hrsg.) 2000). Piore & Sabel (1985) und Harvey (1990) beispielsweise vertreten die These, daß eine kohärente Entwicklungsweise bereits existiert und zwar in Form einer „flexiblen Akkumulation“ (Harvey 1990) oder „flexibler Spezialisierung“ (Piore & Sabel 1985).

Brand, Ulrich, Gruenengraber, Achim: Global Governance-Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Münster 2000

Die Frage der Demokratie wurde von den Neoliberalen unterschiedlich aufgenommen. Hayek (1977) argumentierte, dass Planwirtschaft notwendig zur Diktatur führe und nur ein auf Privateigentum und Wettbewerb basierendes Wirtschaftssystem mit Demokratie vereinbar sei. Friedman sah demgegenüber als zentrales Problem, dass ein auf Massenlegitimation angewiesener liberaldemokratischer Staat gar nicht anders könnte als ineffizient zu sein. Deshalb sei die „Entpolitisierung des Staates“ (Friedman 1962: 11) die Voraussetzung für die Steigerung von Effizienz und internationaler Konkurrenzfähigkeit.

Eine andere Grundlage des Neoliberalismus ist die bis heute dominierende wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die Neoklassik. Diese geht in hochabstrakten Modellen davon aus, dass nur der Markt für die effiziente Allokation von Produktionsfaktoren sorgt und daher Freiheit und Wohlstand für alle bringe. Die zentralen Annahmen dieser ahistorischen Theorie sind folgende:

- Die Marktteilnehmer handeln völlig rational, d.h. verfolgen am Markt nur ihre in Geld quantifizierbaren ökonomischen Interessen,
- alle verfügen über alle Informationen,
- alle Marktteilnehmer sind völlig individualisiert,
- aus der Summe der individuellen Marktoperationen ergibt sich automatisch eine ökonomische Gesamtrationalität und Effizienz,
- der Markt reguliert sich selbst.

Staatliche Interventionen sind im abstrakten Modell gar nicht, in den etwas wirklichkeitsnäheren Varianten kaum vorgesehen. So etwas wie gesellschaftliche Macht oder patriarchale Geschlechterverhältnisse (Sauer 1999a: 228f.) kommen genauso wenig vor wie Prozesse der Kapitalkonzentration und Monopol- bzw. Oligopolbildung. Vor allem bei Hayek taucht immer wieder ein Argument auf, das später zentrale Bedeutung gewinnt, nämlich das der „ökonomischen Vernunft“ (Krätke 1998: 16ff.). Demzufolge gibt es so etwas wie ökonomische Naturgesetze.

Die Neoliberalen hatten eine umfassende hegemonietheoretische Perspektive im Sinne Gramscis, sahen also die Bedeutung von Meinungen und Alltagsverständnis. Ihnen war von Beginn an klar, dass das neoliberale Programm, wenn es denn je realitätsmächtig werden sollte, auch den VerliererInnen plausibel erscheinen musste. Ihr zentrales Feld der Auseinandersetzung war jedoch das wissenschaftliche (zur Darstellung und Einschätzung vgl. etwa: Mouffe 1981; Altvater 1981; Plehwe & Walpen 1998; Krätke 1998).

Neoliberalismus

Karl-Heinz Brodbeck

Der Begriff Neoliberalismus wurde ursprünglich von einer Gruppe von Ökonomen auf einer Konferenz in Genf im Jahre 1939 geprägt (W. Röpke, W. Eucken, F. A. von Hayek u.a.). Als wirtschaftspolitische Konzeption, die den staatlichen *Rahmen* des Wettbewerbs betont («Ordo-Liberalismus»), zählt der Neoliberalismus in dieser ursprünglichen Form auch zu den Grundkonzepten der sozialen Marktwirtschaft. F. A. von Hayek hat nach dem zweiten Weltkrieg den Neoliberalismus zu einer dynamischen Theorie sozialer Institutionen weiterentwickelt. Der Kerngedanke hierbei ist, daß sich auch die Wirtschafts*ordnung*, wie der Markt, »spontan« entwickelt. Hayeks Theorie gilt heute als theoretischer Kern des Neoliberalismus.

Der Neoliberalismus hält an der These des *klassischen* ökonomischen Liberalismus fest, daß das Marktsystem aus sich selbst ein stabiles System erschaffe (*invisible hand*). Neben den Selektionsprozeß des Marktes setzt Hayek jedoch einen Evolutionsprozeß der Regeln des Handelns, in dem die Wirtschaftsordnung als Ergebnis blinder, nicht geplanter Prozesse der Regelselektion verstanden wird («Ordnung als Resultat menschlichen Handelns, nicht menschlichen Planens»). Konstruktive Eingriffe in die Wirtschaft durch menschliche Planungen lehnt Hayek als »Anmaßung von Wissen« grundsätzlich ab. Prototyp des »konstruktivistischen« Gesellschaftsmodells ist für Hayek der Sozialismus in all seinen Spielarten.

Der Neoliberalismus gewann - neben Hayeks Schriften - vor allem durch die Arbeiten der Chicago-Schule in der Ökonomie an Gewicht - eine große Zahl der Wirtschafts-Nobelpreise seit 1974 ging an Vertreter dieser Schule. Die Chicago-Schule betont die grundsätzliche Überlegenheit des Marktes über alle staatlichen Eingriffe und vertritt in der Geldpolitik eine strikte Bindung an Regeln («Monetarismus»). Die These des Keynesianismus, daß der Markt zu Unterbeschäftigung und Depression tendiere, wird verneint. Dieser wissenschaftliche Einfluß - begünstigt durch eine gewisse Ratlosigkeit der keynesianischen Ökonomen nach dem Ölpreis-Schock von 1973 und der nachfolgenden »Stagflation« (steigende Preise *und* steigende Arbeitslosenzahlen) - gewann politisches Gewicht durch die Administration von Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die sich beide ausdrücklich auf Hayek und die Chicago-Ökonomen beriefen. In jüngerer Zeit haben Chicago-Ökonomen u.a. Rußland in seiner Wirtschaftspolitik beraten.

Der Neoliberalismus erklärt alle Wirtschaftskrisen als schlichtes Resultat staatlicher Eingriffe, als Ergebnis des Versuchs, die »gute« Naturordnung des Marktes durch die »böse« Regulierungswut der Politiker zu stören. Deshalb wird konsequente *Deregulierung* gefordert, um den Marktprozeß von hemmenden Einflüssen des Staates zu befreien. Die Begründung ist einfach: Es ist unmöglich, alle dezentralen Informationen in einer Zentrale zu sammeln - keine Bürokratie ist klüger als die vielen dezentralen Entscheidungsträger. Nur die Marktpreise seien »wahre« Knappheitsindikatoren, einzige Träger von Informationen über wirtschaftliche Tatbestände.

Seit dem Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, der Asienkrise und der drohenden Rezession auch in den USA und in Europa zeigen sich die fatalen Folgen neoliberaler Politik. Es handelt sich hierbei nicht zuletzt um *praktische Konsequenzen* aus grundlegenden Schwächen der neoliberalen *Theorie*.

Erstens verkennt der Neoliberalismus, daß Märkte bei Gütern versagen, die nicht privatisierbar sind (Klima, Boden, Meere, etc.). Der exzessive Verbrauch von erschöpfbaren Ressourcen durch die gegenwärtige Generation kann nicht durch den Wettbewerb begrenzt werden - wie der Neoliberalismus hofft. Der Grund ist einfach: Die künftigen Generationen leben noch gar nicht und können deshalb auch nicht qua Wettbewerb ihre Präferenzen auf dem Markt geltend machen (der

Staat muß also hier eine *Stellvertreterrolle* übernehmen). *Zweitens* mißtraut Hayek - wohl durchaus zurecht - grundsätzlich staatlicher Macht und befürchtet deren Mißbrauch; er ist aber blind gegenüber dem Machtmißbrauch durch *Private*, z.B. durch weltweit agierende Konzerne, deren Jahresumsatz längst das Sozialprodukt mittelgroßer Länder überrundet hat. Der Markt kann eben nicht nur vom Staat, er kann auch von Privaten manipuliert werden - und die wichtigste Manipulation ist die *Spekulation* mit Waren, Währungen und Wertpapieren. Spekulative Prozesse führen aber - das ist ein *dritter* Einwand - zu einer systematischen Verzerrung der Marktpreise und des Geldwertes. Die neoliberale These, Marktpreise seien der einzig wahre Ausdruck ökonomischer Knappheit, ist angesichts einer dramatischen weltweiten Verzerrung der Marktpreise durch Spekulationsprozesse unhaltbar geworden. *Viertens* verkennt der Neoliberalismus, daß der Markt auch *ausgrenzt*. Was vom Markt verstoßen wird (in Konkursen, bei Arbeitslosigkeit) oder den Marktzutritt durch eine verkäufliche Ware (z.B. ungelernete Arbeit) gar nicht erst schafft, erscheint auch nicht in der Denkwelt des Neoliberalismus, da er doch nur die Informationen als »wahr« und »gültig« betrachtet, die im Marktprozeß verarbeitet werden. Es wird verkannt, daß der Markt nur ein *kleines kognitives Fenster* der Welt öffnet, und aus diesem Fenster ist die Sicht *systematisch* verstellt. Hungerkatastrophen erscheinen z.B. nicht als einfaches Resultat des Weltmarkts und der Einkommensverteilung (wie der Träger des Wirtschaftsnobelpreises 1998 - Amartya Sen - gezeigt hat), sondern als fremdes, exogenes »Ereignis«. In der Parteinahme für den Markt, damit auch für dessen *ausgrenzende* Funktion und kognitive Beschränktheit, spricht der Neoliberalismus - *fünftens* - implizit ein *ethisches* Urteil über all jene Länder oder Personengruppen aus, die gar nicht oder nur als Zahl in Armuts- oder Kriminalstatistiken in Erscheinung treten (z.B. beim Versuch, durch Rauschgifthandel, Diebstahl, Erpressung oder Prostitution eine Eintrittskarte für den Weltmarkt zu erhalten). *Sechstens* ist die neoliberale These, Wirtschaftsprozesse seien *nicht planbar*, angesichts einer weltweit geplanten Produktion und Logistik großer Konzerne und ihrer Zulieferer bestenfalls als *naiv* zu bezeichnen. (Die Forderung einiger Vertreter des Neoliberalismus - z.B. W. Röpke -, große Konzerne zugunsten kleiner Betriebe zu zerschlagen, ist in der Dominanz der Chicago-Ökonomen längst vergessen.) *Siebtens* schließlich verkennen die Anhänger der *De-Regulierung*, daß auch eine Abschaffung von Regeln einen *Eingriff* in das wirtschaftliche System darstellt. Sie maßen sich also ein Wissen an, das sie anderen ökonomischen Schulen absprechen: Das Wissen darum, *welche* Regelungen und *wieviel* Regelung für die Wirtschaft »gut« ist. Zudem waren viele Regeln die *Antwort* auf destruktive Marktprozesse - z.B. das Weltwährungssystem nach dem 2. Weltkrieg oder die Einführung der Sozialversicherung. Wenn Regeln, wie Hayek sagt, tatsächlich blind und evolutionär entstehen, so ist es eine »Anmaßung von Wissen«, konstruktivistisch und von außen solche Regeln abschaffen zu wollen. Deregulierung ist eben nur eine *andere* Regulierung (auch im Interesse *anderer*), folglich das exakte Gegenteil einer »spontanen Ordnung«. Dieser *zentrale* Widerspruch in der *Theorie* Hayeks hat fatale *praktische* Konsequenzen.

Und da die Befolgung neoliberaler Konzepte globale *Fakten* geschaffen hat und weiterhin schafft, können die Anhänger dieser wirtschaftspolitischen Konzeption nicht von der *ethischen Verantwortung* für das entbunden werden, was sich gegenwärtig als planetarische Wirtschaftskrise abzeichnet - ebensowenig, wie die Gründerväter der Sowjetunion für *ihre* Opfer. Global hat der Neoliberalismus als wirtschaftspolitische Praxis viele nationale Volkswirtschaften destabilisiert, die ungleiche Einkommensverteilung weltweit drastisch verschärft, Hunger und Unterernährung multipliziert und das ökologische Desaster beschleunigt. Sogar in den USA sind die Reallöhne - entgegen der ausdrücklichen Prognose Hayeks - langfristig *gesunken*. So verwundert es nicht, wenn einer der führenden Chicago-Ökonomen - Gary S. Becker - heute feststellt: »Die Liebe zur Marktwirtschaft ist abgekühlt«. Jene 1,3 Milliarden Menschen, die täglich weniger als einen Dollar zum Leben haben, werden in dieser Liebe ohnehin stets große Zurückhaltung geübt haben.

Theorie und Praxis des Neoliberalismus

Referat bei der Neoliberalismus-Tagung der ADLAF
und der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg

Der folgende Beitrag soll zunächst einmal zur Klärung der Frage beitragen, womit wir es eigentlich beim Neoliberalismus in Lateinamerika zu tun haben. Es soll deutlich werden, wann man überhaupt von Neoliberalismus sprechen kann und darf und wofür er verantwortlich gemacht werden kann bzw. was ihm angekreidet oder gutgeschrieben werden kann. Die politische Stellungnahme, die diese politische Strömung zwangsläufig herausfordert, soll vorerst in den Hintergrund treten. (Häufig wird der Neoliberalismus mit Worten angegriffen und in der Sache verteidigt. Bisweilen ist es auch umgekehrt.)

Ausgangspunkt der Betrachtung ist das Credo der neoliberalen Doktrin, wonach es das Ziel aller gesellschaftlichen Organisation sein muß, für eine optimale, das soll heißen: möglichst effiziente Allokation der in dieser Welt knappen Ressourcen zu sorgen. Benutzt man dann, wie die Neoliberalen es mit ihrem konsequenten methodologischen Individualismus tun, zur Bestimmung des Optimums das Pareto-Kriterium - eine Veränderung oder Handlung ist nur dann eindeutig gut, wenn durch sie die Lage wenigstens einer Person verbessert wird, ohne daß die Lage auch nur einer anderen Person verschlechtert wird, wobei alle beteiligten Personen selbst darüber entscheiden, was für sie eine Verbesserung oder Verschlechterung ihrer Lage bedeutet -, dann stellen - und das ist geradezu tautologisch - zumindest kurzfristig nur Kaufs- und Verkaufshandlungen zwischen auf ihren Eigennutz bedachten Individuen auf einem freien Markt optimale Veränderungen und damit einen Beitrag zu einer effizienten Ressourcenallokation dar.

Umgekehrt heißt das nach dem neoliberalen Credo, daß jeder Eingriff von außen in das freie Marktgeschehen - sei es von seiten des Staates, sei es von seiten mächtiger Monopole - auf eine ineffiziente Allokation von gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen und damit auf eine Verschleuderung und Verschwendung knapper Mittel hinausläuft, mag die dahinterstehende Absicht noch so gutgemeint sein.

Weil es um das Wohl jedes Einzelnen - auch des Bestgestellten - geht, bedeuten solche Eingriffe nach dieser Doktrin außerdem notwendig Diskriminierungen, die nach dem neoliberalen formalen Gerechtigkeitsprinzip unbedingter Chancengleichheit nicht zugelassen sein dürfen.

Eine Gesellschaft, die allein nach diesen Kriterien eines liberalen Fundamentalismus gestaltet wäre und dem Staat allenfalls die Rolle eines Nachwächterstaats zugestehen würde, wäre mit der Bezeichnung Manchesterkapitalismus wohl ganz richtig beschriftet. Dabei bestimmen unsere politischen Interessen darüber, ob

wir eine solche Gesellschaft als brutale Ellenbogengesellschaft brandmarken oder als eine freie Gesellschaft freier Bürger bejubeln würden.

Nun ist der Neoliberalismus aber keine Angelegenheit des 18. oder 19. Jahrhunderts, sondern eine geschichtsmächtige Strömung am Ende des 20. Jahrhunderts. Worin besteht nun das Neue am Neoliberalismus? Ganz sicher nicht darin, daß er sich von dem alten liberalen Credo abgrenzen würde. Das Neue besteht vielmehr darin, daß der Neoliberalismus am Ende des 20. Jahrhunderts auf Gesellschaften stößt, die mit weitreichender staatlicher Wirtschaftstätigkeit, starker Regulierung privater Aktivitäten, Protektionismus, selektiver Subventionierung bestimmter Wirtschaftssektoren, Bildung von Monopolen und Oligopolen und Aufkommen großer staatlicher und halbstaatlicher Bürokratien zur Verwaltung des Bildungssystems, des Gesundheitswesens, der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge eindeutig gegen alte liberale Prinzipien verstoßen.

Die Aufgabe, der sich die neoliberalen Theoretiker und Praktiker verschreiben, kann deshalb nicht die Verteidigung einer gegebenen liberalen Gesellschaftsordnung sein. Sie sehen ihre Aufgabe vielmehr zunächst und zuallererst in einem Zerstörungswerk, nämlich im konsequenten Abbau aller staatlichen Aktivitäten, die die Freiheit des Marktes beschränken oder in den freien Lauf der Wirtschaft eingreifen. Man kann dieses Zerstörungswerk die systematische Desorganisation des organisierten Kapitalismus nennen; gewöhnlich werden dafür so wohlklingende Begriffe wie »Struktur Anpassung« oder englisch »Restructuring« benutzt. In Chile sind die Chicago Boys angesichts des sehr gründlichen Charakters dieser Umwälzung nicht vor dem Gebrauch des Begriffes »Revolution« zurückgeschreckt, und Milton Friedman war immer ehrlich genug, um direkt von einer »Konterrevolution« zu sprechen.

Dieses neoliberale Zerstörungswerk ist auf alle Fälle strikt zu unterscheiden von einer Politik innerhalb einer nach neoliberalen Prinzipien funktionierenden Gesellschaft. Im neoliberalen Sprachgebrauch entspricht diesem Unterschied der Unterschied zwischen Ordnungspolitik auf der einen und Tages- oder Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite. Beide unter der gleichen Rubrik »neoliberale Wirtschafts- oder Wachstumsstrategie« zu verbuchen, führt geradezu notwendig zu Irrtümern, und zwar sowohl bei Verteidigern wie bei Kritikern des Neoliberalismus.

Um das deutlich zu machen, akzeptieren wir zunächst einmal die Begriffe der Effizienz und der Diskriminierung, wie sie von den neoliberalen Theoretikern und Praktikern definiert und benutzt werden. Danach wäre eine Transaktion dann am effizientesten, wenn es keine andere Transaktion gibt, bei der das Verhältnis zwischen den eingesetzten knappen Ressourcen und dem erzielten Nutzen günstiger ist. Da auf dem freien Markt vorausgesetzt werden kann, daß sich Käufer und Verkäufer nur dann auf ihre Transaktion einigen, wenn für beide der erzielbare Nutzen im günstigsten Verhältnis zu ihren knappen Ressourcen steht, sind wir wieder bei dem Credo, daß einzig der freie Markt für die effizienteste Ressourcenallokation sorgt.

Diskriminierung ergibt sich nach neoliberalen Verständnis dann, wenn in den freien Markt eingegriffen wird und Menschen oder Gruppen daran gehindert werden, mit ihren knappen Ressourcen den Nutzen zu erzielen, den sie ohne diese Eingriffe - des Staates oder mächtiger Monopole oder beispielsweise der Monopolmacht der Gewerkschaften - erzielen könnten. In diesem Sinne versteht sich der Neoliberalismus auch als klassenneutral oder gewissermaßen über den Klassen und ihrem Kampf stehend.

In einer nach neoliberalen Prinzipien funktionierenden Gesellschaft wäre alles wirtschaftliche Handeln nach diesem defintorischen Selbstverständnis automatisch effizient. Und außerdem wäre in dieser Gesellschaft jede Diskriminierung - auch das ist tautologisch - ausgeschlossen. Insofern Korruption als Abzweigung öffentlicher Mittel für private Zwecke verstanden wird, müßte die Minimierung staatlicher Interventionen auch als effizientes Mittel zur Vermeidung von Korruption wirken. Die Theoretiker und Praktiker des Neoliberalismus verstehen sich daher nicht nur als grimmige Feinde jeder Art von Staatsinterventionismus, sondern gerade als solche auch als Vorkämpfer für äußerste Effizienz, gegen jegliche Art von Diskriminierung und gegen Korruption überhaupt. Sie nehmen dafür gern in Kauf, daß sich in diesem Kontext soziale Gerechtigkeit auf bloße formale Chancengleichheit reduziert.

Die real existierende Gesellschaft, auf deren Strukturpassung sich die Neoliberalen kaprizieren, ist aber gerade durch vielfache staatliche Intervention gekennzeichnet. Um das geplante Zerstörungswerk zu vollbringen, müssen die neoliberalen Ordnungspolitiker ihrerseits zu sehr durchgreifenden Interventionen des Staates greifen. Es ist wie mit dem Selbstmord, der sich auch ohne eine gehörige Portion Tatkraft und Entschlossenheit nicht bewerkstelligen läßt. Aber nicht nur das: Indem die neoliberalen Strukturpasser hart eingreifen, gehen sie - zumindest zeitweilig - das Risiko starker Diskriminierung und äußerster Ineffizienz ein. Um das zu zeigen, soll hier kurz auf die wichtigsten Bestandteile der Strukturpassungsprogramme eingegangen werden.

Die Liberalisierung aller Preise bedeutet zwangsläufig eine - je nach dem vorher erreichten Grad der Preiskontrolle - mehr oder weniger starke Veränderung der Preisstruktur und damit eine Begünstigung eines Teils der Anbieter und Nachfrager und eine Schädigung der Interessen eines anderen Teils, der nur auf der Basis der bisherigen Preisstruktur vorteilhaft produzieren oder verkaufen konnte. Diese zweite Gruppe muß sich auch nach neoliberalen Gesichtspunkten als diskriminiert vorkommen, weil sie sich aus freien Stücken nie auf diese staatlich verordnete Veränderung der Preisstruktur durch Liberalisierung eingelassen hätte. Da die Investitionsentscheidungen bisher auf der alten Preisstruktur beruhten, erweisen sich jetzt viele Investitionen als nachträglich falsch. Teile der bisherigen Produktion lohnen nicht mehr, das investierte Kapital wird entwertet, die knappen Ressourcen werden bewußt verschleudert, kurz, die Effizienz der Gesamtwirtschaft wird vermindert. In der Regel bedeutet das auch einen Rückgang der Pro-

duktion überhaupt, einen Rückgang, der als Ergebnis einer Schockpolitik dramatische Formen annehmen kann.

Der Versuch, behutsam vorzugehen und die Kapitalvernichtung dadurch zu verringern oder zu verzögern, daß die Preise nicht alle auf einmal, sondern gestaffelt freigegeben werden, läuft sogar auf eine bewußte und gezielte Diskriminierung hinaus, wiederum positiv für die einen, negativ für die anderen. Der Korruption und dem von den Neoliberalen so verachteten Klientelismus sind dabei Tür und Tor geöffnet. Den letzten Anschein von Klassenneutralität verliert eine solche Politik dann, wenn sie bewußt den Preis der Ware Arbeitskraft länger als die anderen Preise kontrolliert niedrig hält.

Für die anderen wesentlichen Punkte der Strukturpassungsprogramme läßt sich dieses Dilemma des Neoliberalismus sogar noch unmittelbarer zeigen. Das gilt beispielsweise für die Öffnung zum Weltmarkt durch die Senkung der Außenzölle, die die Kosten-Nutzen-Berechnungen der produzierenden Betriebe völlig über den Haufen wirft und dementsprechend zur massiven Kapitalvernichtung mit entsprechender Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Hier zeigt sich übrigens, daß die neoliberale Ordnungspolitik keineswegs im unmittelbaren Interesse der multinationalen Konzerne liegen muß. In vielen Fällen haben die Strukturpassungen trotz aller Investitionsanreize zu einer massiven Entwertung ausländischer Direktinvestitionen und damit zu einem Nettoabfluß von Auslandskapital geführt, weil die Produktion im betreffenden Lande nun nicht mehr lohnt. (Die großen multinationalen Konzerne, die in São Paulo ansässig sind, haben übrigens die kürzlich erfolgte Steigerung der brasilianischen Außenzölle für bestimmte Industrieprodukte ausdrücklich begrüßt.)

Bei den Privatisierungen staatlicher Unternehmen liegt auf der Hand, daß die normalen Bedingungen, die auf einem freien Markt Effizienz garantieren könnten, um so weniger gegeben sind, je schneller und umfassender die Privatisierung erfolgt. Hier stößt in der Regel ein sehr breites Angebot auf eine sehr schwache Nachfrage. Um überhaupt schnell etwas abstoßen zu können, wird staatliches Eigentum praktisch verschleudert. Der Korruption sind an dieser Stelle wieder sämtliche Schleusen geöffnet; aber auch ohne Korruption ergibt sich eine starke Diskriminierung zugunsten derer, die die bisher staatlichen Unternehmen mit sehr geringem Kapitalaufwand übernehmen können. Von gesamtwirtschaftlicher Effizienz auch hier kurzfristig keine Spur. (Bei den Präsidentenwahlen in Guatemala in diesem Monat haben alle achtzehn Kandidaten praktisch das gleiche neoliberale Strukturpassungsprogramm vorgelegt; gleichzeitig haben alle achtzehn Kandidaten ausdrücklich eine Privatisierung der Staatsunternehmen mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Privatisierung in Guatemala ohne Korruptionsexzesse nicht zu haben sei.)

Schließlich verlangt das neoliberale Programm einen beschleunigten Abbau der Ausgaben des Staatshaushalts, was in der Regel nicht durch Senkung der Rüstungsausgaben geschieht, die schon bei Adam Smith sakrosankt waren, sondern durch Abbau von Produktionssubventionen und vor allem durch eine mas-

sive Senkung der Ausgaben für soziale Zwecke. Auch dieser Teil des neoliberalen Programms läßt sich natürlich nicht ohne massive Diskriminierung eines großen Teils der Bevölkerung bewerkstelligen.

Ein weiteres Einfallstor für politische Willkür und Klientelismus ist die Sequenz der einzelnen Teile des Programms. Werden alle Teile gleichzeitig als Schockpolitik durchgeführt, sind die Folgen in Gestalt von Produktionsrückgang, steigender Arbeitslosigkeit und wachsendem Massenelend dramatisch, und von Effizienz kann, egal nach welchem Kriterium keine Rede sein. Folgen die Programmenteile aber aufeinander, so ist es eine von der politischen Kräftekorrelation abhängige Frage, in welcher Reihenfolge das geschieht. Ob erst der Sozialabbau und dann die Zollsenkung geschieht oder umgekehrt, entscheidet darüber, welche soziale Gruppe positiv oder negativ diskriminiert wird.

Die neoliberalen Theoretiker und Praktiker pflegen über das hier geschilderte Dilemma einer Politik, die im Namen von gesteigerter Effizienz und im Kampf gegen Diskriminierung und Korruption auftritt und zunächst nichts anderes bewirkt als Verschleuderung von investiertem Kapital, vielfache Diskriminierung und massive Korruption, mit dem Hinweis hinwegzugehen, daß es sich um eine Erblast der bisherigen Politik handle, deren Beseitigung eben ihre Kosten verlange.

Häufig genug nehmen die neoliberalen Praktiker diese Kosten aber auch gar nicht wahr und reden und handeln mitten im Transformationsprozeß so, als ob das neoliberale Paradies, in dem Korruption gar nicht mehr möglich sein dürfte, schon erreicht sei. So hat beispielsweise um 1980 der damalige Zentralbankpräsident von Chile, ein doktrinärer Chicago Boy, das allgemeine Publikum mit genauen Auskünften über seine spekulativen Privatgeschäfte versorgt und um Nachahmung gebeten, um nachzuweisen, wie unabhängig der Geld- und Finanzmarkt bereits von jeglichem staatlichen Eingriff sei.

Die Unterschlagung der Kosten des Transformationsprozesses oder der Strukturpassung ist in der Sache genau so falsch wie auf der anderen Seite die Identifikation des neoliberalen Projekts mit diesen Kosten. Unter dem Eindruck der schweren Krise des verlorenen Jahrzehnts der achtziger Jahre haben viele Kritiker gemeint, daß die Aufrechterhaltung der ordnungspolitischen Prinzipien des Neoliberalismus notwendig Produktionsrückgang, fortgesetzte regressive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, dauerhafte Diskriminierung breiter Schichten und massive Korruption bedeuten müßte. Seit sich in Chile, dann aber auch in Argentinien und Peru und anderen Ländern, zeitweilig sogar in Mexiko der Trend umkehrte und die Produktion für Export und Binnenmarkt wieder mehr oder weniger deutlich wuchs, galt das dann als Zeichen dafür, daß eine Abkehr vom neoliberalen Modell erfolgt sei.

Von einer solchen Abkehr kann in den meisten Fällen gar keine Rede sein. Im Gegenteil handelt es sich bei dem Aufschwung um eine Rekonstruktionsperiode auf der Basis dessen, was als Ergebnis des neoliberalen Zerstörungswerks noch übriggeblieben war, jetzt aber unter den Bedingungen scharfer Konkurrenz, die

keine ineffizienten Anbieter von Produkten oder Arbeitskraft auf dem Markt überleben läßt.

Es ist noch keineswegs ausgemacht, ob der Aufschwung der Ökonomien der einzelnen lateinamerikanischen Länder über eine Rekuperation der Verluste aus den achtziger Jahren hinausgeht und eines Tages ein Niveau erreicht, das dem entspricht, das mit einer Weiterführung der Wachstumsraten aus den sechziger und den frühen siebziger Jahren erreicht worden wäre. Viel hängt hier auch davon ab, ob die Industrieländer auf dem Weltmarkt den freien Zugang gewähren, der Voraussetzung für die Wirkung der neoliberalen Spielregeln ist. In jedem Fall kann nicht erwartet werden, daß die stark regressive Umverteilung von Vermögen und Einkommen, wie sie die Strukturpassungen hervorgebracht haben, unter den nun geschaffenen Bedingungen auch nur annähernd rückgängig gemacht werden kann. Für große Teile der Bevölkerung - und gerade die ärmeren Schichten - wird es also auch bei hohem Wachstum noch erheblich länger dauern, bis sie wieder dort anlangen, wo sie vor dem neoliberalen Zerstörungswerk einmal waren. Wenn dieser Zeitpunkt überhaupt noch einmal kommt. Die erzwungene Isolierung und Entsolidarisierung der Arbeitskräfte bei starker Konkurrenz um Arbeitsplätze, die immer häufiger prekär und informell werden, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verfestigung der Einkommensverteilung auf dem jetzt erreichten niedrigen Niveau.

Wesentlich für das Ausmaß, die Sequenz und die Geschwindigkeit der Durchsetzung neoliberaler Prinzipien sind natürlich die politischen Rahmenbedingungen, unter denen der Transformationsprozeß durchgeführt wurde. Hier ist zu unterscheiden zwischen den erzwungenen Strukturpassungen, zu denen vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank angesichts von Auslandsverschuldung, Haushalts- und Zahlungsbilanzdefiziten und starker bis galoppierender Inflation keine Alternative mehr gelassen wurde, und »freiwilligen« Transformationsprozessen, die teils in vorausweisendem Gehorsam gegenüber dem Internationalen Währungsfonds, teils in ideologischem Gleichklang mit ihm eingeleitet wurden. Es ist nicht zufällig, daß diese »freiwilligen« Prozesse zunächst nur unter dem Schirm eiserner Militärdiktaturen stattgefunden haben und daß das konsistenteste Beispiel einer rein von der Doktrin bestimmten neoliberalen Revolution in Chile stattfand, wo die Militärs die neoliberalen Ökonomen um de Castro gegenüber jeder politischen Einflußnahme gesellschaftlicher Gruppen lückenlos abschirmten, weil sonst das Zerstörungswerk nicht hätte gelingen können. Vegg Villegas in Uruguay und Martinez de Hoz in Argentinien waren um die Mitte der siebziger Jahre von den Militärs ihrer Länder nicht nur weniger gegen wichtige Interessengruppen geschützt, sondern teilweise mit diesen sehr direkt verbunden, so daß der Transformationsprozeß nicht mit der gleichen Konsequenz vorangetrieben wurde wie in Chile.

Die erzwungenen Strukturpassungen stellen die große Mehrheit der Fälle in Lateinamerika dar. Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß auch in diesen Fällen Leute an die Schalthebel der Macht kommen, die die Umgestaltung im

neoliberalen Sinne mit doktritärer Konsequenz betreiben. Sie haben dabei sogar die Chance, sich in mehr oder weniger demokratischen Wahlen durchzusetzen, wenn sie es verstehen, die Strukturpassung gegenüber dem herrschenden Desaster als einzige noch mögliche Lösung anzubieten. Einen Sonderfall erzwungener Strukturpassung stellen die Fälle von Argentiniens Präsident Menem und Perus Präsident Fujimori dar, weil sie das neoliberale Zerstörungswerk in Angriff genommen haben, nachdem sie in einer Art organisierten Wählerbetrugs versprochen hatten, es zu verhindern.

Es ist kein Wunder, daß Korruption, Klientelismus, politische Willkür und ökonomische Diskriminierung dort eine größere Überlebenschance haben, wo Strukturpassungen von außen erzwungen sind und ihre Sequenzen immer neu ausgehandelt werden.

Das Zerstörungswerk der Strukturpassung richtet sich natürlich zuerst auf die Bereiche, in denen der freie Markt seine unmittelbare Wirkung entfalten kann. Darüber wird häufig übersehen, daß natürlich auch die neoliberalen Theoretiker bestimmte Sphären kennen, in denen vom Markt allein eine optimale Ressourcenallokation nicht gewährleistet werden kann.

Erstens bedarf es einer allgemeinen Garantie für den Markt, wie sie nur ein starker - aber schlanker - Staat mit fähigen Polizisten und Steuereintreibern - setzen diese auch privat - zu leisten vermag.

Zweitens würde der freie Markt allein - wegen des beschränkten Zeithorizonts - nicht für eine »optimale Akkumulation von Humankapital« sorgen, so daß der Staat dieses Defizit durch geeignete Organisation des Bildungssystems beheben muß.

Drittens gilt Entsprechendes für das Gesundheitswesen.

Viertens verschließen sich die neoliberalen Theoretiker auch nicht prinzipiell vor dem Argument, daß der freie Markt allein noch nicht den auf Dauer nötigen Umweltschutz sichert.

Und fünftens halten sie zur Armutsbekämpfung die Sicherung eines Existenzminimums - sei es durch staatlichen Zuschuß oder durch eine Negativsteuer - im Prinzip für erlaubt.

Wer also glaubt, daß Bildungs-, Gesundheits-, Umwelt- oder Sozialpolitik an sich schon Abweichungen vom Pfad der neoliberalen Tugend darstellen, der hat sich gründlich geirrt. Allerdings stehen diese Politiken für die Neoliberalen erst dann wirklich auf der Tagesordnung, wenn die eigentlichen »ordnungspolitischen« Aufgaben erfüllt sind. Außerdem wird der Umfang bildungs-, gesundheits-, umwelt- und besonders sozialpolitischer Anstrengungen den Neoliberalen wahrscheinlich immer mühsam abgerungen werden müssen. Und schließlich sind nach dem neoliberalen Credo auch hier nur Mittel erlaubt, die der effizienten Ressourcenallokation dienlich sind und sie nicht stören. Das heißt beispielsweise, daß es möglich sein muß, Bildungs- und Gesundheitsgutscheine ebenso zu handeln wie Umweltverschmutzungsrechte, und daß einziges Kriterium für die

Gewährung von Sozialfürsorge die Armut der Betroffenen und nicht ihre Zugehörigkeit zu irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe ist.

Bei der CEPAL, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik, ist diese Denkweise längst die herrschende geworden, wie sich an ihren Schriften über Produktionsumbau und sozialen Ausgleich ablesen läßt. Und auch wenn in diesen Schriften einer selektiven Unterstützung des Staates für bestimmte Wirtschaftszweige zur besseren Eingliederung in den Weltmarkt das Wort geredet wird, bestimmen doch einzig und allein die Tendenzen des Weltmarktes über die vorzunehmende Selektion.

So eindeutig die Vorherrschaft neoliberaler Theorie und Praxis heute in Lateinamerika ist - und sie ist viel eindeutiger als beispielsweise in Westeuropa -, so wenig muß das bedeuten, daß es innerhalb des gesetzten Rahmens keinerlei politische Alternativen gibt. Über den Umfang und die inhaltliche Gestaltung der Politik auf den Gebieten der Bildung und der Gesundheit, des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit werden noch viele Auseinandersetzungen stattfinden. Wenn Kuba es schaffen sollte, seine Errungenschaften auf einigen dieser Gebiete wenigstens teilweise über die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen hinauszuretten, wäre das ein Ansporn für viele Menschen in anderen Ländern Lateinamerikas.

Seit Adam Smith und Kollegen wieder en vogue sind, ist Neoliberalismus die herrschende Wirtschaftslehre. Daß die Bezeichnung Verwirrung stiftet, weil zum Liberalismus in der Vor-Rexrodt-Zeit auch der Einsatz für die BürgerInnenrechte gehört hat, mag zu den Kniffen zählen, mit denen sich die Lehre von der Allmacht der Marktkräfte in die Hirne des eingeschüchterten Publikums frißt. Denkt man an die europäische Vorreiterin des Neoliberalismus, Margret Thatcher, könnte man die gebetsmühlenhafte Wiederholung einfacher Argumente genauso gut Neokonservativismus nennen. Aus der Geschichte der Wirtschaftstheorien betrachtet ist es eine neoklassische Lehre. Innerhalb der Wirtschaftsgeschichte selber ist es dann doch wieder eine neoliberale Wirtschaftspolitik, weil sie nach einer Periode staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und des Protektionismus wieder auf das Laissez-faire und den Freihandel zurückgekommen ist.

ila, Nr. 211, Dezember 1997

Wie der Neoliberalismus über Lateinamerika kam

„Trickle down“ und Pferdeäpfel

Die Konjunktur gibt der Weltmärkten vor, die Rezepte liefern die Metropolen. In diesem Sinne wird der Ausdruck Neoliberalismus in Lateinamerika gebraucht. Das hängt mit den vier Schuldenkrisen zusammen, welche die lateinamerikanischen Länder seit der politischen Unabhängigkeit im Abstand von jeweils etwa 50 Jahren erlebt haben. Auf eine Krise in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts folgte eine Orientierung auf Rohstoff-Exporte in die aufstrebenden Industriemetropolen, auf jene um 1870 folgten erste Versuche einer eigenen Industrialisierung. In der Zeit des klassischen Imperialismus, als sich der Kapitalismus in den Industrieländern mit protektionistischen Methoden konsolidiert hatte und sich nunmehr auf die Suche nach neuen Rohstoffquellen, Märkten und Anlagefeldern machte, wurde schon einmal Freihandel gepredigt; Lateinamerika lieferte Rohstoffe und kaufte Industriegüter. (In diese Zeit fallen

auch der 1. Weltkrieg, die Oktoberrevolution und der Aufbau des „Sozialismus in einem Land“, bei dem der Eingriff des Staates in die Wirtschaft und der Protektionismus extrem waren, wobei letzterer außer Wirtschaftspolitik auch Schutz gegen die Konterrevolution von außen war.)

Die Weltwirtschaftskrise in unserem Jahrhundert beendete die Zeit des Freihandels und machte Platz für die Wirtschaftslehren von John Maynard Keynes, den New Deal, den Faschismus und Nationalsozialismus, den lateinamerikanischen Populismus (dessen prominenteste Vertreter, Juan Domin-

go Perón und Getulio Vargas, Mussolini und Hitler bewunderten) und für die in jüngerer Zeit viel geschmähte importsubstituierende Industrialisierung. Die wiederum war im Nachkriegsboom zusammen mit dem Keynesianischen Wachstumsmodell bestens gediehen. Beide gerieten Anfang der 70er Jahre (1973 gab es den ersten „Ölpreis-Schock“) in die Krise und hatten sich spätestens mit Mexicos Schuldenstillungsbankrott 1982 endgültig überlebt. Die Zeit des Neoliberalismus war gekommen.

Verweilen wir aber zunächst bei der Periode der Importsubstitution. Sie begann im Zuge der Weltwirtschaftskrise eher unfreiwillig mit der Notwendigkeit, Güter zu produzieren, die nicht mehr importiert werden konnten. Die positive Seite an diesem Wandel der Rahmenbedingungen war, daß in den großen Ländern Lateinamerikas mit einer eigenständigen Industrialisierung begonnen werden konnte, die negative war die soziale Krise in den Ländern selber. Wie diese mit brutaler militärischer Gewalt bewältigt werden konnte, zeigte sich beim Aufstand von 1932 in El Salvador und seiner Niederschlagung – ein Vorgang, der sich beim Zusammenbruch der Importsubstitution um 1970 im Cono Sur wiederholte. Eine andere Variante war der Populismus, der Sozialgesetze, Gewerkschaftsfreiheit und Wohlfahrtsstaat brachte. Weil diese Politik die unteren Klassen besserstellte, ohne den Reichen wirklich weh zu tun, wurde Geld geschöpft. Und es begann, was lange Zeit als lateinamerikanische Krankheit galt: die

Inflation, deren vorläufige Drosselung den neoliberalen Durchmarsch auf den ersten Blick so überzeugend macht.

Die ungeheuren Zerstörungen während des 2. Weltkriegs in Europa legten den Grundstein für einen langen Nachkriegsaufschwung, in dem der erfolgreiche Keynesianismus weiter praktiziert und in Lateinamerika die Importsubstitution fortgesetzt werden konnte. Auf diesem Weg wurde zum Beispiel Brasilien 1981 zum siebtgrößten Industrieproduzenten der Welt. Aber die Schwächen des in Lateinamerika angewandten keynesianischen Wachstumsmodells waren offensichtlich. Die Industrialisierung in der Hand einheimischer Kapitalisten und transnationaler Konzerne, die sich der dynamischen Wirtschaftssektoren bemächtigten, war kapitalintensiv, schuf wenig Arbeitsplätze. Sie machte auch nicht wirklich unabhängig, denn komplexere Produktionsmittel mußten weiter importiert werden, weshalb Forschung und Technologieentwicklung vernachlässigt wurden. Wegen der Importe von Kapitalgütern, aber auch billiger Nahrungsmittel, mit denen die Reproduktionskosten und damit die Löhne niedrig gehalten wurden, blieben die Handelsbilanzen negativ. Die Binnenmarktorientierung führte zur Stagnation der Exporte, der Protektionismus dazu, daß die nationalen Industrien ineffektiv arbeiteten, die populistische Orientierung auf die städtischen Massen führte – wie gesagt – zur Inflation, aber auch zur Krise der Landwirtschaft und zur Landflucht. Eine Industrialisierung, die kaum städtische Arbeitsplätze schuf und solche auf dem Land zerstörte, konnte die seit langem bestehende scharfe Ungleichheit nicht abbauen. Ansätze einer breiten binnenmarktorientierten Industrialisierung gab es fast nur in Argentinien, auch dort blieb sie eine abhängige Industrialisierung, vorangetrieben von Populisten. Das heißt, die auf dem Land freigesetzten Arbeitskräfte wurden nicht oder kaum von der Industrie absorbiert. Deshalb blieb der Binnenmarkt zu klein. Das nationale Kapital wurde nicht zur Akkumulation veranlaßt, und so blieb die Abhängigkeit vom Auslandskapital bestehen. Abhilfen wie die Erweiterung des Binnenmarktes durch Regionalisierung (z.B. der Gemeinsame Mittelamerikanische Markt) oder die Stärkung eines die Nachfrage ankurbelnden Mittelstandes auf der Basis einer gründlichen Agrarreform (wie in

Taiwan oder Costa Rica geschehen) blieben auf halbem Wege stecken oder waren halbherzig, wie die vor allem politisch motivierten Agrarreformen in der Zeit der „Allianz für den Fortschritt“.

Ende der Nachkriegskonjunktur: die Wirtschaftsliberalen melden sich zurück

Ende der 60er Jahre war es mit dem Nachkriegsboom aus (die Bundesrepublik erlebte 1966/67 ihre erste große Rezession). Die erste Ölkrise anno 1973 verschärfte den Abschwung der globalen Konjunktur. In Lateinamerika wurde sie folgeschwer. Durch die verteuerten Erdölimporte hatten sich die negativen Handelsbilanzen weiter verschlechtert, als die rettenden Petro-Dollars am Horizont auftauchten. Die Regierungen griffen zu, sei es, um ihre Handelsbilanzen auszugleichen, sei es, wie in Mexiko, um die neue Erdölindustrie auszubauen, sei es, um Waffen zu kaufen. In Windeseile häufte sich ein Schuldenberg auf: Bereits 1978 gab Brasilien 64 Prozent



Foto: Cordelia Dilg

seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst aus.

Die zweite Ölkrise anno 1979 und die Erhöhung des Zinsniveaus in den Industriemetropolen zur Bekämpfung der dortigen Wirtschaftsflaute taten ein Übriges: Die Zinsen für die Schulden stiegen, der Export lateinamerikanischer Waren auf die schrumpfenden Märkte der Metropolen ging zurück. Als sich Mexiko dann 1982 zahlungsunfähig erklärte, begann das „verlorene Jahrzehnt“, und der Kontinent wurde endgültig reif für die neoliberale Revolution.

Ihre Bannerträger und AktivistInnen hatten sich schon vorher zurückgemeldet. Als Lehren aus dem 2. Weltkrieg griff der

philosophische Gott-Vater der Neoliberalen, Friedrich von Hayek, auf die Rezepte von Adam Smith und dessen Zeitgenossen David Ricardo zurück, der den Gedanken von den komparativen Standortvorteilen, die man nur nutzen muß, um zu einem allgemeinen Ausgleich und zu allgemeiner Wohlfahrt zu kommen, entwickelt hatte. Hayek reicherte seine Philosophie, welche zur Grundlage der monetaristischen Schule an der University of Chicago wurde (der Monetarismus erklärt die Inflation einzig damit, daß die in der Volkswirtschaft zirkulierende Geldmenge zu hoch ist), um ein Element an, das ihn Leuten vom Schlage eines Augusto Pinochet sofort sympathisch machte: Damit die Marktkräfte sich wirklich frei entfalten könnten, sollten autoritäre Regierungen den Einfluß von Interessengruppen wie Gewerkschaften und politische Parteien ausschalten. Die Kombination von Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Stärkung seiner repressiven Rolle wurde nirgendwo so lehrbuchmäßig und blutig umgesetzt wie in der chilenischen Militärdiktatur.

Weil sich aber die „unsichtbaren Hände“

bei näherer Betrachtung aus dunklen Anzügen strecken, bedeutet freies Spiel der Marktkräfte freie Entfaltung des Privatunternehmertums auf der Grundlage des Privateigentums. Dieses, vielleicht der Neoliberalen liebstes, Dogma hat auch seinen Niederschlag in diversen Modernisierungstheorien gefunden, denen zufolge der große Kuchen erst gebacken werden muß, bevor er verteilt werden kann. Die Botschaft für die Hungrigen ist klar: warten, warten und nochmals warten. Keynes hat diese Lehre als Pferdeäpfeltheorem verspottet: Wenn man das Pferd nur lang genug heraus-

füttert, fallen schließlich Pferdeäpfel ab, an denen sich die Spatzen dann gütlich tun können. Bekommt das Pferd dabei Durchfall, steht am Ende des Manövers das „trickle down“.

Heilsam: „Natürliche“ Arbeitslosenquote

Wegen der Sympathie für Diktaturen und der strikten Abneigung gegen Umverteilung und andere „soziale Experimente“ ist die Vermutung nicht ganz abwegig, daß das Ziel des Neoliberalismus eher ein politisches denn ein wirtschaftliches war und ist, nämlich den Marxismus zu

Keynesianismus zu bekämpfen.

1945 jedenfalls dominierte letzterer die kapitalistische Ökonomie; die Rolle des Staates in der Wirtschaft war unbestritten. Hayek und seine Gefolgsleute zogen sich zunächst auf den Mont Pélerin in der Schweiz (die 1947 von Hayek gegründete Gesellschaft gleichen Namens ist die Gralshüterin der reinen Lehre von Adam Smith) und dann nach Chicago zurück, von wo aus die Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman und Arnold Harberger in den 70er Jahren ihren neoliberalen Kreuzzug begannen.

Die 1973 einsetzende allgemeine internationale Krise gab ihnen Gelegenheit, ihre Ansichten zu Gehör zu bringen. Als Ursachen der Krise benannten sie die Macht der ArbeiterInnenbewegung und den Sozialstaat und empfahlen entsprechend zur Abhilfe ein paar Rezepte, denen wir seither auf Schritt und Tritt begegnen: Um Geldwertstabilität herzustellen, sollen die Zentralbanken das Zinsniveau anheben und die Regierungen die Staats Haushalte disziplinieren. Vollbeschäftigung ist nicht nur kein erstrebenswertes Ziel, sondern schädlich, wohingegen eine „natürliche“ Arbeitslosenrate heilsam sei (der Arbeitsmarkt ist dann bekanntlich „entspannt“). Mit einer Steuerreform soll eine Umverteilung nach oben in Gang gesetzt werden. Insgesamt wird so die Konkurrenz angeheizt – die Mutter des Wirtschaftswachstums. Die mit derlei Maßnahmen erreichte Vermögenskonzentration ist für die Neoliberalen ebensowenig ein Thema wie die schlichte Tatsache, daß sie sich damit immer weiter vom vollkommenen Markt entfernen.

Ab 1979 hat die Regierung Thatcher in Großbritannien diese Vorschläge konsequent aufgegriffen. Herausgekommen ist dabei eine Wirtschaftspolitik, die in entsprechenden Varianten später von den Regierungen Reagan und Kohl ebenfalls angewendet worden ist und die mittlerweile fast überall auf der Welt praktiziert wird.

Ihre Elemente:

- Durch Zinserhöhungen und Haushaltsdisziplin wird die Inflation gesenkt, die Geldmenge reduziert.
- Die Steuern auf hohe Einkommen werden gesenkt; die Ausfälle durch indirekte Steuern für alle (vor allem die Mehrwertsteuer) ausgeglichen.
- Die „industrielle Reservearmee“ (vulgo „Arbeitslosenheer“) wird zum Zwecke des

Druckes auf Löhne und Gehälter vergrößert.

- Dadurch und durch direkte Angriffe werden die Gewerkschaften geschwächt.
- Dereguliert werden einerseits der Sozialstaat (schlichter ausgedrückt, die Sozialausgaben – die „Lohnnebenkosten“ – werden gesenkt), andererseits der Handel und die

Finanzmärkte, d.h. die Waren- und Geldströme, werden nicht länger kontrolliert.

- Durch Privatisierung von Staatsbetrieben werden einerseits die Haushaltsausgaben gesenkt und gleichzeitig einmalige Haushaltseinnahmen gemacht und andererseits dem überschüssigen Geldkapital ein Anlagefeld geboten.

Gebündelt werden diese Elemente in den Stabilisierungsmaßnahmen des IWF, den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank, den Freihandelsabkommen und der Politik der Exportorientierung.

In Lateinamerika wurde zunächst in Chile (beginnend mit dem Militärputsch von 1973 und in voller Blüte nach der Wirtschaftskrise der Diktatur ab 1981) der Acker bereitet für den neoliberalen Siegeszug. Dabei haben sich die Staatsformen der offenen Diktatur und der kontrollierten Demokratie als nützlich erwiesen, um gleichzeitig die sozialrevolutionären Bewegungen in einigen Ländern zu zerschlagen und besonders rigide Sparprogramme durchzuführen.

Schuldenkrise, Importsenkung, Abwertung

Im Jahr des mexicanischen 'Schulden-Crash', 1982, war die lateinamerikanische Wachstumsrate zum erstenmal seit dem 2. Weltkrieg negativ. Außer dem Rückzug

des ausländischen Kapitals und den steigenden Erdölpreisen waren die wachsende Zinslast und die sinkenden Rohstoffpreise in Folge der Rezession in den Industrieländern dafür verantwortlich. Während die Schulden weiter stiegen, pumpten allein die Zinszahlungen riesige Kapitalmengen aus dem Kontinent: Zwischen 1983 und

1991 betrug der Netto-Abfluß 218 Milliarden US-\$. Hinzu kamen die erhöhte Kapitalflucht, als die Ratten das sinkende Schiff verließen, und die traditionellen Schröpfungen durch Gewinntransfers, Verschlechterung der „terms of trade“, Lizenzen und Gewinne des von Konzernen der Industrieländer beherrschten internationalen Transport- und Versicherungswesens. Die lateinamerikanischen Regierungen standen vor der Alternative, entweder ein Schuldenmoratorium anzustreben – Versuche dazu gab es – oder Devisen zu erwirtschaften durch verstärkte Exporte oder Einschränkung der Importe. Nach den Jahren der Binnenmarktorientierung und

Importsubstitution konnten die physischen Exporte aus dem Stand nicht erhöht werden. Also empfahl der IWF Abwertung, was zumindest den Exportwert in einheimischer Währung erhöhte. Die Importe wurden reduziert und damit die Binnenfrage in die Rezession hinein gedämpft. Die Stärke der Neoliberalen, Pragmatismus bei gleichzeitigem Beharren auf den simplen Grunddogmen, zeigte sich darin, daß der ansonsten freihändlerische IWF sogar Importsteuern und -kontrollen empfahl, um die Einfuhren zu drosseln. Alles wurde dem Schuldendienst unterworfen, der in den 80er Jahren die gesamten Handelsbilanzüberschüsse verschlang.

Unter solchen Umständen versiegten in Lateinamerika die Investitionen: Die öffentliche Hand tätigte keine mehr, die einheimischen Kapitalisten schafften ihr Geld außer Landes, die ausländischen Direktinvestitionen versiegten. Die Inflation nahm weiter zu, denn um die durch die Abwertungen teurer gewordenen Devisen aus den Handelüberschüssen in staatliche Mittel für den Schuldendienst zu verwandeln, wurden Schuldverschreibungen mit attraktiv hohen Inlandszinssätzen ausgegeben. Ergebnis waren wachsende Inlandsschulden, die mit Hilfe der Banknotenpresse bedient wurden. Auch hier bewiesen die Neoliberalen, daß sie bequem mit ihren Widersprüchen leben konnten: Das Interesse daran, daß die

Schuldner zahlungsfähig blieben, die schlichte Gier nach deren Zinszahlungen siegte über ihren anti-inflationistischen Eifer. Im Ergebnis erlebte Lateinamerika Inflation und Rezession statt der vom IWF beabsichtigten Stabilisierung.

Vorwärts auf den Stand von 1981

Mitte der 80er Jahre versuchten einige Länder, die Talfahrt zu bremsen, indem Löhne, Preise und Wechselkurse vorübergehend eingefroren und durch Umlenkung von den für den Export bestimmten Waren auf den Binnenmarkt die Nachfrage angekurbelt wurde. Mit ihren Cruzado-, Austral- und Inti-Plänen, mit denen neue Währungen geschaffen wurden, versuchten die Regierungen Brasiliens, Argentiniens und Perus einen Aufbruch zu suggerieren. So konnten zwischen 1984 und 1987 wieder positive Wachstumsraten erzielt werden. Weil aber die Investitionen nicht in Gang kamen, die Infrastruktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen weiter verrotteten, sanken am Ende dieses kurzen Frühlings die Wachstumsraten wieder gegen Null.

Eine Wende brachte erst der Brady-Plan von 1989, mit dem abgewertete Schuldtitel zu handelsfähigen Finanzprodukten, den Brady-Bonds, gemacht wurden. Untersuchungen haben ergeben, daß die damit erzielte Schuldenentlastung bescheiden war. Viel entscheidender war das symbolische Signal. Ähnlich wie die Beistandskredite des IWF wurden die Brady-Pläne zu Gütesiegeln für die internationalen Investoren. Länder, die sich diesen beiden Instrumenten unterwarfen, wurden ihres Vertrauens wieder würdig. 1991 überstieg der Zufluß von „fresh money“ zum ersten Mal wieder den Abfluß für die Schuldendienste.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Weltbank ihrerseits schon eine Weile Strukturanpassung betrieben, wozu als eines der Kernelemente die Privatisierung von Staatsbetrieben zählt. Da zeitgleich die „debt-for-equity-swaps“ erfunden wurden, bei denen die Gläubigerbanken für ihre Schuldtitel Beteiligungen an den privatisierten Unternehmen bekommen, konnten Schuldenerleichterung und Entstaatlichung für alle Beteiligten vorteilhaft kombiniert werden. Für fast alle: Im Zuge der Privatisierungen kam es zu Massenentlassungen. Der Schuldendienst, der nicht absolut, sondern nur gemessen an den allmählich steigenden Exporteinnahmen, geringer wurde, pumpte weiterhin in Lateinamerika geschaffene Werte, die dort dringend für

physische, soziale und produktive Infrastrukturinvestitionen gebraucht wurden, ab. Das in der Zeit der Importsubstitution akkumulierte „Tafelsilber“, Garant einer relativen Unabhängigkeit und eines gewissen wirtschaftspolitischen Spielraumes, geriet in die Hände transnationaler Konzerne.

Zu dem von Brady-Plan, IWF- und Weltbankprogrammen angelockten Kapital gehörten aber nicht nur transnationale Konzerne, sondern vor allem Portfolio-Investoren. Sie, die mit den ungeheuren Geldmengen aus Investment- und Pensionsfonds Immobilien, Währungen, Warenterminoptionen, Aktien und staatliche Schuldverschreibungen kaufen und – wie die Peso-Krise von 1994/95 gezeigt hat – auch schnell wieder verkaufen, sind die neuen Stars an den lateinamerikanischen Börsen. Sie sind auch die neuen Gläubiger hinter dem wieder auf über 500 Milliarden US-Dollar angewachsenen lateinamerikanischen Schuldenberg.

Verglichen mit dem neuen Zustrom ausländischen Kapitals sind die inländischen Investitionen im Zuge der neoliberalen Erholung 1992 gerade mal auf dem Stand von 1981 angelangt. Sie sind viel zu niedrig, um die Schäden, welche die Schuldenkrise der 80er Jahre angerichtet hat, zu reparieren.

Hinzu kommt eine Reihe weiterer negativer Auswirkungen der Strukturanpassung. Die Privatisierungswelle hat, wie gesagt, den wirtschaftspolitischen Spielraum der lateinamerikanischen Regierungen verengt. Aus öffentlichen Monopolen sind private geworden, die nach Belieben schalten und walten können. Ob sie die Dienstleistungen verbessern wie im Falle der neuen Telefongesellschaften oder die Straßen, die ihnen z.B. in Argentinien übergeben wurden, einfach nicht reparieren, bleibt ihnen überlassen – die Preise und Tarife heben sie mit ebensolcher Sicherheit an, wie sie die Kosten durch massive Entlassungen senken.

Die Handelsliberalisierung hat vor allem kleine und mittlere nationale Unternehmen in den Konkurs getrieben. Gewinner der Exportorientierung, des Freihandels und der Privatisierungen sind einige wenige starke nationale Kapitalgruppen und transnationale Konzerne. Sie überleben und florieren – einige, wie der mexicanische Zementkonzern CEMEX, werden sogar selber zu transnationalen Konzernen – mit Hilfe von Rationalisierung, d.h. Personalabbau, und der Übernahme von neuen Technologien und modernen Managementmethoden, zu denen die Zerschlagung von Betriebsgewerkschaften gehört. Das ist der Stoff, aus dem Erfolgsgeschichten gemacht werden wie jene der 22

mexicanischen Dollar-Milliardäre, die unter der Präsidentschaft des Bankrotteurs Salinas de Gortari groß geworden sind. Nicht nur, daß die soziale Ungleichheit in Lateinamerika im verlorenen Jahrzehnt gewachsen ist und im neoliberalen Aufschwung weiter wächst, immer mehr LateinamerikanerInnen, nämlich annähernd die Hälfte der Gesamtbevölkerung, ist gleichzeitig unter die Armutsgrenze von 60 US-Dollar Einkommen im Monat gerutscht.

So ist der Preis für den einzigen wirklichen Erfolg neoliberaler Politik, die Senkung der Inflation, gewaltig gewesen. Außerdem ist das Manöver nur mit Hilfe von ausländischem Kapital gelungen, dessen produktiv investierter Teil mit ständig neuen Anreizen (Steuer- und Zollbefreiungen, keine Umweltschutzaufgaben, freier Gewinntransfer, Deregulierung der vorhandenen Arbeits- und Sozialgesetze) angelockt werden muß, und dessen volatiler Teil abwandert, wenn die Zinssätze in den Metropolen hochgehen, oder fluchtartig das Weite sucht, wenn eine künstlich hochgehaltene Währung zusammenbricht. Beides war 1994/95 in Mexico der Fall. Die Rettung des neoliberalen Flaggschiffes leerte die Kassen der US-Regierung und des IWF. Die vorherrschende Schlußfolgerung aus dem Debakel: Schuld daran war nicht zu viel, sondern zu wenig Neoliberalismus. Also wurden die Löhne gesenkt, mit astronomischen Zinssätzen, welche die ausländischen Investoren zurücklocken sollten, zahlreiche Betriebe in den Konkurs gejagt, die öffentlichen Investitionen weiter eingeschränkt und die Privatisierung forciert. Das hat die Arbeitsplätze von über einer Million MexikanerInnen gekostet.

Voller Bauch...

Sie können sich mit dem Bonmot des Harvard-Professors Jeffrey Sachs trösten, der 1985 Bolivien mustergültig auf den rechten Pfad brachte: „Ich habe den Bolivianern von Anfang an gesagt: Was ihr hier habt, ist eine elende, arme Wirtschaft mit einer Hyperinflation. Wenn ihr mutig seid, einen Saumagen habt und alles richtig macht, werdet ihr am Ende eine elende, arme Wirtschaft mit stabilen Preisen haben.“ (In der BRD haben wir eine stabile Wirtschaft, die immer mehr Arme produziert, und einen elenden Kanzler, der gerne Saumagen ißt – d. Sätz.)

Eduard Fritsch

Quellen:

Duncan Green: *Silent Revolution*, London 1995.
Perry Anderson: *El despliegue del neoliberalismo y sus lecciones para la izquierda*. San José de Costa Rica 1996

Julio C. Gambina

Resistencia internacional a la globalización neoliberal

El último cuarto del siglo XX se caracterizó por una importante ofensiva del capital que resultó en variaciones regresivas de las relaciones sociales capitalistas,¹ en el marco de un clima de época que había generalizado la ausencia de alternativas globales en el imaginario popular. Sin embargo, en los últimos tiempos se vive un cambio de clima social, particularmente a partir de la batalla de Seattle en noviembre de 1999. Desde entonces se han sucedido importantes manifestaciones populares que rechazan el orden existente y que incorporan propuestas, tal como el encuentro de Porto Alegre en enero de 2001. Puede pensarse, así, en el comienzo de un proceso de constitución de un proyecto alternativo global. El punto a enfatizar no transita tanto por el programa sustentado, sino por la posibilidad de llevarlo a cabo. De sujetos que lo hagan viable. La afirmación se vincula a la existencia de propuestas programáticas que, teniendo antigüedad desde su formulación inicial, no contaban con fuerza social y política para hacerlas realidad. Lo nuevo está dado por sujetos que actúan en el escenario conflictivo de la resistencia callejera y enarbolando un arco ampliado de demandas, bastante lejos de la homogeneidad y, sin embargo, coincidente en señalar el obstáculo común que afecta a trabajadores, ecologistas, representantes de los derechos de las mujeres, los jóvenes, las minorías sexuales y otros actores. En algunos casos se agota el reclamo en propuestas de reformas y en otros asume carácter anticapitalista.

La reestructuración capitalista tuvo epicentro en la valorización financiera, en tanto respuesta del capital a la crisis capitalista expresada en el deterioro de la tasa de ganancia, especialmente entre los últimos años de

¹ La aceleración de las relaciones de intercambio en el ámbito mundial ha privilegiado el ciclo de circulación de la forma dinero del capital, superando por varias veces la circulación de mercancías. Incluso, debe consignarse un retraso relativo en la evolución de la forma productiva en relación con el proceso de valorización financiera.

la década del sesenta y los primeros de los setenta. Hay que recordar para ese mismo periodo la existencia del auge de la resistencia de los trabajadores y de los pueblos a escala global. El resultado de ese ejercicio del poder del pueblo se podía medir por la instalación en el conjunto de la sociedad de una agenda global favorable a las demandas por mejoras en la calidad de vida de la mayoría de la población.

La crónica periodística cotidiana, en el despertar del nuevo siglo, devuelve una realidad de signo contrario. El desempleo y subempleo global involucra a un tercio de la población económicamente activa en todo el mundo. Según datos de la OIT, se estiman en mil millones los parados en el planeta. La misma fuente denuncia que la mitad de la población vive con menos de dos dólares diarios. Son cifras alarmantes y que contrastan con el dato provisto para 1997 por el PNUD, que asigna a 225 fortunas individuales igual capacidad de apropiación de riquezas que a 47 por ciento de la población mundial, o sea, 2 500 millones de personas.

A fines de los años sesenta se hacía evidente la caída de la tasa de ganancia de los capitales más concentrados en el orden mundial. El economista chileno Orlando Caputo² resalta el fenómeno en Estados Unidos:

En los noventa la economía estadounidense continuó con un crecimiento de la masa y de la tasa de ganancia, inaugurando un periodo en que la acumulación capitalista se da en condiciones de una tasa de ganancia relativamente elevada. Situación que es muy diferente de la de la década de los setenta y gran parte de los ochenta en que la economía estadounidense funcionaba con una tasa de ganancia relativamente baja.

La situación en otros países capitalistas desarrollados no será distinta y, tanto en Europa como en Japón, se procesan transformaciones importantes en las últimas dos décadas para intentar restablecer un ciclo expansivo de la tasa de ganancia. Se trata de un proceso que está más allá de la actual crisis estadounidense.

Jungle World, Nr. 29, 11. Juli 2001

Bewegt euch endlich!

Die Globalisierungskritik basiert auf einem neuen Politikverständnis. Es geht nicht mehr darum, die Macht zu ergreifen, sondern die Selbstregierung zu organisieren. VON PIERLUIGI SULLO

Bei der Frage, was diese merkwürdige globale Bewegung gegen den Neoliberalismus ist und wohin sie sich bewegt, sind vor allem zwei Dinge zu berücksichtigen.

Zunächst: Wir stehen erst am Anfang. Schlüsse, die wir jetzt daraus ziehen, was wir bisher gesehen haben, können sich schon bald als falsch erweisen. Schließlich ist die Konferenz von Seattle noch nicht einmal zwei Jahre her, und der Aufstand der Zapatisten im Chiapas, mit dem die Bewegung begann, liegt gerade mal sieben Jahre zurück. Wir befinden uns in dem Moment, da der Gong den Beginn der Vorstellung ankündigt, der Vorhang muss sich noch heben.

Als zweites ist zu bemerken, dass diese Bewegung große Unterschiede von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent aufweist, auch wenn es beeindruckend ist, in welchem Maße bestimmte Verhaltensweisen und Symbole mittlerweile verbreitet sind. Tatsächlich gehört zu den auffälligsten und neuartigsten Merkmalen dieser Bewegung, dass sie gleichzeitig viele Gemeinsamkeiten, aber auch große Unterschiede in sich vereint und beide Aspekte betont.

Denn nicht nur zwischen den Staatschefs kursieren die Informationen ohne Verzögerung. So gingen beispielsweise in Göteborg die finnischen Tute bianche auf die Straße, während man in Mexiko über die italienischen Tute bianche diskutierte, die sich als Marcos' Leibgarde am Marsch der Zapatisten auf die Hauptstadt beteiligten. Offenbar gewinnen die lokalen Unterschiede, Kulturen und Traditionen an Bedeutung, während die Bewegung ihren Lauf nimmt und sich schließlich in ihren derzeitigen Formen wieder auflösen wird, wenn sie ihr eigentliches Ziel erreicht hat: eine allgemeine demokratische Partizipation in neuen, bisher noch unbekannt Formen.

In Italien verausgaben sich in ihren Kommentaren diejenigen, die schon alles gesehen und erlebt haben: Linke, die nicht glauben, das noch etwas Neues passieren könnte, das ihre Überzeugung in Frage stellt. Sie meinen: Aha, hier hat sich ein neuer Ritus gebildet. Einem Gipfel wird ein Gegengipfel entgegengesetzt, einer Konferenz der Mächtigen ein Forum der Zivilgesellschaft, und gegen die Polizeispalier nennen die Demonstranten an. Diese Beharrlichkeit und die Unbeweglichkeit der linken Kultur, die jede neue Erscheinung in die alten Schubladen steckt, scheint vor allem eine italienische Spezialität zu sein. Egal, ob der Konflikt oder die Vermittlung mit den Institutionen gesucht wird – die Politik findet innerhalb der nationalen Grenzen statt. Dies ist die Schwelle, auf der die italienische Linke stehen geblieben ist; sie macht weder einen Schritt nach vorne noch nach hinten. Paradox ist jedoch, dass diese Politik, die sich derartig in den Köpfen festgesetzt hat, genau das Gegenteil hervorbringt.

Zweifellos haben die Ereignisse von Seattle in Italien eine neue Welle des Widerstands ausgelöst. Zum einen ist der Feind erkannt. Es war schon immer tröstlich zu wissen, wo sich die Macht konzentriert, wo man sie treffen oder es zumindest versuchen kann. Daher die Flut von Veranstaltungen und Diskussionen, die seitdem losgebrochen ist.

Im letzten Jahr wurden mit erstaunlicher Geschwindigkeit unzählige Gegenveranstaltungen organisiert: gegen die Nato in Florenz, gegen die OSZE

in Bologna, gegen die Treffen zur Balkanpolitik in Ancona, gegen die multinationalen Gentechnik-Konzerne in Genua, noch einmal gegen die OSZE in Neapel und so weiter.

Neu ist jedoch, dass der Feind nicht mehr in »dem Bürgertum« gesehen wird. Denn das nationale Bürgertum, falls es überhaupt noch existiert, ist zu einer Variablen geworden, die von den internationalen Finanzmärkten und den multinationalen Konzernen abhängig ist. Auch nicht mehr in »dem Staat«, der sich ebenfalls dem Globalisierungsprozess untergeordnet hat.

An dessen Stelle sind die nur wenig durchschaubaren Konzentrationspunkte der transnationalen Macht getreten. Tatsächlich hat die Mobilisierung gegen diese oder jene globale Institution vor allem ein Ziel. Keine dieser Institutionen hatte eine Legitimation bzw. die Zustimmung, um derartige Macht auszuüben. Es gibt also ein demokratisches Problem auf globaler Ebene, bei dem keiner weiß, wie man es lösen könnte. Dagegen ist eine Opposition entstanden. Spätestens die Proteste in Prag gegen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) und gegen den EU-Gipfel in Nizza, zu denen vielen Glo-

auch nicht alle sofort zur Verantwortung gezogen wurden, wenn jemand einen Fehler machte.

In diesen Zusammenschlüssen wurde nicht nur demonstriert, sondern auch herausgearbeitet, warum das jeweilige Gipfeltreffen problematisch war: beispielsweise die Folgen der Instabilität auf dem Balkan für die Regionen rund um die Adria oder die prekären Arbeitsverhältnisse in den kleinen Unternehmen in der Emiglia Romana, als sich die OSZE zum Thema Flexibilisierung der Arbeit in Bologna traf.

Anfang dieses Jahres haben das Weltsozialforum in Porto Alegre und der Marsch der Zapatisten in Mexiko die Fantasie vieler dieser kleinen Gruppen angeregt. Die Botschaft, die von der anderen Seite des Atlantiks herüberschwappt ist, lautet: Politik bedeutet nicht, die Macht zu ergreifen und gegen den Staat zu kämpfen, indem man eine Arbeiterarmee aufstellt, sondern die Selbstregierung zu organisieren, wie die Zapatisten sagen. Die Stadt Porto Alegre wurde zum Symbol für die Selbstregierung. Durch eine Beteiligung am Haushaltset findet in der Stadt neben den regelmäßigen Wahlen der Kommunalverwaltung eine Form der direkten Demokratie statt.

der Italiener und Italienerinnen die Kritik des »popolo di Seattle« teilt. Die beiden Tendenzen könnten sich weiter ausbreiten als Versuch und Wunsch, die Städte zurückzuerobern. Dabei könnte der nationale Koordinationsrat des G 8-Protestes, das Genua Social Forum, eine wichtige Rolle spielen. Sei es in Form einer autonomen Partizipation in den Stadtverwaltungen oder in Form einer sozialen Opposition gegen die rechte Regierung. Schon jetzt tritt dieses Netzwerk Tag für Tag in seiner ganzen Pluralität als antagonistischer Verhandlungspartner der neuen Regierung auf.

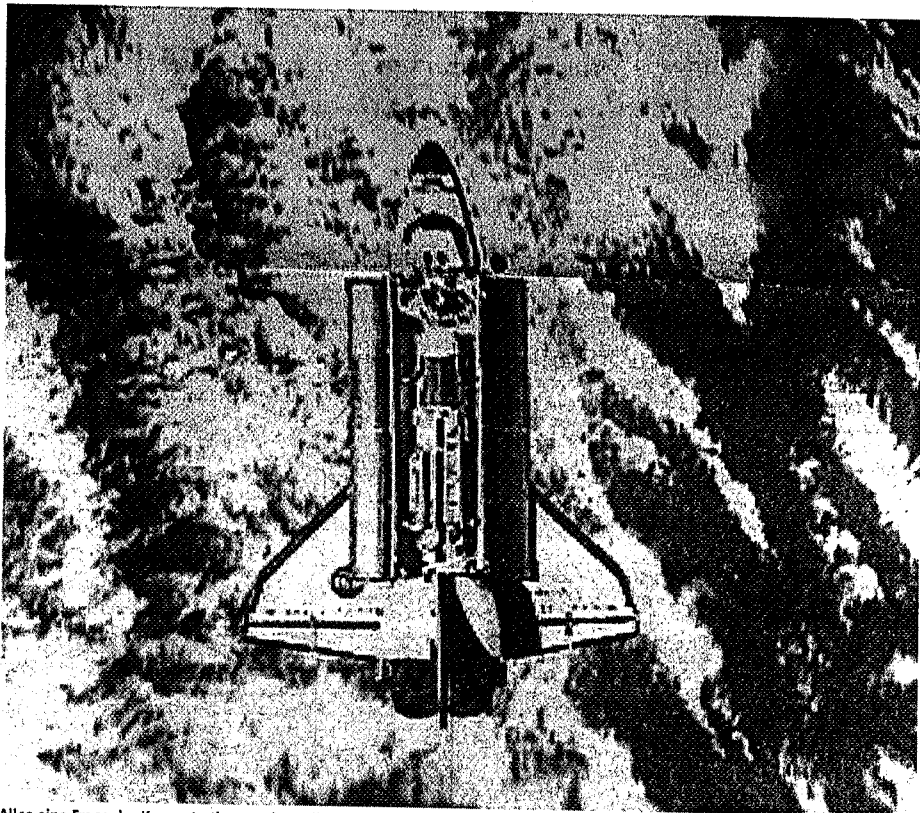
Vielleicht erleben wir diese dritte Phase in der anti-liberalistischen Bewegung in Italien schon in diesem Herbst. Es ist zu hoffen, dass sich diese Bewegung selbst abschaffen wird, so, wie Marcos es für die zapatistische Armee vorsieht. Allerdings muss sich die Bewegung weiterentwickeln, wenn sie sich an die Mehrheit der Italiener richtet und sie in der einen oder anderen Form einbinden will in eine Opposition oder wenn sie eine demokratische Partizipation möglich machen will.



Anstatt über Neoliberalismus, Sozialraub und die Knechtung der Völker zu schwadronieren, sollten die Globalisierungsgegner den rassistischen und antisemitischen Normalzustand angreifen, forderte Stephan Grigat (Nr. 27/01).



Die Trennung von Theorie und Bewegung verhindert eine praktische Auflösung der Verhältnisse, entgegnete Gerhard Hanloser (Nr. 28/01).



Alles eine Frage der Konzentrationspunkte: Blick von der ISS auf die Endeavour

balisierungskritiker aus Italien angeereicht sind, haben endgültig entschieden, dass sich der Feind in diesen Institutionen jenseits der nationalen Macht befindet. Das bestätigt auch die heftigen Reaktionen auf die Proteste.

Neben dieser Bewegung der Gipfel-Hopper ist gleichzeitig eine andere Bewegung in Schwung gekommen, die sich aus denselben Personen zusammensetzt und die dennoch konzeptionell anders arbeitet: die kleinen Gruppen und Bürgerinitiativen, die sich gebildet haben, um gegen einen bestimmten Missstand anzugehen. Bisher lösten sich diese Gruppen zumeist wieder auf, wenn ihre Proteste ins Leere liefen. Was blieb, war die Erfahrung, sich mit unterschiedlichen Kräften für gemeinsame Ziele verbündet zu haben, ohne die eigenen Besonderheiten aufzugeben. Dabei wurden Formen gefunden, die zwar nicht alle zusammenbringen konnten, bei denen aber

Diese Botschaft ist in der politischen Tradition Italiens auf einen fruchtbaren Boden gefallen. Für viele scheint dies die Antwort auf die Frage: Was können wir hier, wo wir leben, in unserer Stadt gegen die Probleme der Globalisierung tun? Als Konsequenz versuchen viele Anti-irgendwas-Gruppen, sich zuzumischen und das Modell Porto Alegre und die Erfahrungen der Zapatisten zu berücksichtigen. Damit verbunden ist oft auch der langwierige und zwiespältige Dialog mit den Institutionen. In vielen Kommunen haben sich Netzwerke gebildet, die auch Kandidaten bei den Kommunalwahlen im Mai aufgestellt haben. Auch wenn diese Anstrengung zumeist ohne Erfolg geblieben ist, steht das Thema zur Diskussion.

Ich halte es für einen glücklichen Umstand, dass diese beiden Entwicklungen zeitlich zusammenfallen. Auf der einen Seite rufen zahlreiche Organisationen zu Protesten in Genua auf, und zugleich entsteht ein Bewusstsein

Denn die derzeitigen Strukturen, die Gruppen, ihre Sprache, ihre analytischen Fähigkeiten, um nur einige Beispiele zu nennen, werden dafür nicht ausreichen.

Doch bekanntlich lernt man, indem man handelt. Das letzte Beispiel ist der unvorhersehbare große Erfolg der ersten nationalen Versammlung von Attac in Italien. Immerhin haben wir schon einiges getan und vieles verstanden über die Welt, der wir durch die Globalisierung ausgeliefert werden. Es gibt gute Gründe, optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Der Autor ist Chefredakteur der linken italienischen Wochenzeitung *Carta* und lebt in Rom.

»Die Unbeweglichkeit der linken Kultur, die jede neue Erscheinung in die alten Schubladen steckt, scheint vor allem eine italienische Spezialität zu sein.«

DIE LETZTE REDE VON PIERRE BOURDIEU

Für eine engagierte Wissenschaft

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu ist am 24. Januar im Alter von 71 Jahren gestorben. Buchtitel wie „Der Einzige und sein Eigenheim“ belegen, dass Pierre Bourdieu mehr und anderes als die rein theoretische Neugier getrieben hat. Er war der Vordenker einer wachsenden gesellschaftskritischen Bewegung und das Vorbild des engagierten Intellektuellen – engagiert nicht nur auf seinem Forschungsgebiet, sondern vor allem auch im Kampf für eine gerechtere Welt, die dem Raubbau an ihren natürlichen Ressourcen ein Ende setzt. Auf einer Konferenz mit griechischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftsvertretern im Mai 2001 in Athen plädierte Bourdieu in seiner letzten Rede dafür, dass die Wissenschaft ihre Verantwortung für die Entwicklung einer neuen Gesellschaft begreifen und wahrnehmen muss. Wir drucken den Text dieser Rede.

Von PIERRE BOURDIEU

Die Politik der Globalisierung, mit der wir heute konfrontiert sind, macht es dringend erforderlich, wenn nicht gar unverzichtbar, dass sich einige unabhängige Forscher im Rahmen der sozialen Bewegung engagieren. Ich spreche ausdrücklich von einer „Politik der Globalisierung“, nicht von „Globalisierung“ schlechthin, als handele es sich um eine natürliche Entwicklung.

Die Politik der Globalisierung wird, was ihre Produktion und Diffusion angeht, größtenteils geheim gehalten, und es sind schon erhebliche Forschungsanstrengungen nötig, um sie durchschaubar zu machen. Außerdem hat sie Wirkungen, die sich mit den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft voraussagen lassen, die aber kurzfristig für die meisten Menschen unsichtbar bleiben. Als weiteres Kennzeichen gehört zu dieser Politik, dass sie zum Teil von Wissenschaftlern selbst hervorgebracht wird. Die Frage ist also, ob diejenigen, die dank ihrer wissenschaftlichen Kenntnisse zu einer Antizipation der unheilvollen Konsequenzen dieser Politik imstande sind, schweigen können oder dürfen. Oder ob ein Schweigen nicht vielmehr eine Art unterlassene Hilfeleistung darstellt gegenüber Menschen, die sich in Gefahr befinden. Wenn es stimmt, dass unserem Planeten die schlimmsten Katastrophen drohen, haben dann diejenigen, die diese Katastrophen im Voraus zu kennen glauben und sie kommen sehen, nicht die Pflicht, jene Reserve aufzugeben, die sich die Wissenschaftler gewöhnlich auferlegen?

Die meisten gebildeten Menschen, zumal im Bereich der Sozialwissenschaften, haben eine Dichotomie im Kopf, die mir verhängnisvoll erscheint: die Dichotomie von *scholarship* und *commitment* – die Unterscheidung zwischen denen, die sich der wissenschaftlichen Arbeit widmen, indem sie mit wissenschaftlichen Methoden für die Wissenschaft und für andere Wissenschaftler forschen, und denen, die sich engagieren und ihr Wissen nach außen tragen. Dieser Gegensatz ist künstlich. Tatsächlich müssen wir als autonome Wissenschaftler nach den Regeln der *scholarship* arbeiten, um ein engagiertes Wissen aufzubauen und entwickeln zu können, das heißt, wir brauchen *scholarship with commitment*. Um ein wirklich engagierter, ein auf legitime Weise engagierter Wissenschaftler zu sein, muss man Wissen in engagierter Weise überführen. Und ein solches Wissen ist nicht anders zu erlangen als durch eine wissenschaftliche Arbeit, die sich an die Regeln und Normen der Wissenschaften hält.

Anders gesagt, wir müssen in unseren Köpfen mit gewissen Gegensätzen aufräumen, die nur dazu dienen, resignative Einstellungen zu rechtfertigen. Das fängt bei dem Wissenschaftler an, der sich in seinem Elfenbeinturm verschanzt. Die Dichotomie von *scholarship* und *commitment* beruhigt das Gewissen des Forschers, da die Gelehrtenrepublik ihm applaudiert. Es ist, als fühlten sich die Wissenschaftler ebendarm doppelt wissenschaftlich, weil sie aus ihrer Wissenschaft nichts machen. Nur: Wenn sie Biologen sind, kann das ein kriminelles Verhalten sein. Und falls sie Kriminologen sind, ist die Sache nicht minder ernst. Diese Zurückhaltung, diese Flucht in die Reinheit, hat schwerwiegende gesellschaftliche Folgen. Sollten denn Leute wie ich, die vom Staat bezahlt werden, damit sie forschen, die Ergebnisse ihrer Forschungsanstrengungen strikt für sich behalten und sie nur mit ihren Kollegen teilen? Es ist ein absolut gültiger Grundsatz, etwas, was man für eine Entdeckung hält, zuerst der Kritik der Kollegen auszusetzen, aber warum sollte das kollektiv erworbene und kollektiv überprüfte Wissen ihnen allein vorbehalten bleiben?

Wie mir scheint, haben die Wissenschaftler heute keine Wahl: Wenn einer von ihnen zu der Überzeugung gelangt, dass eine Korrelation zwischen der neoliberalen Politik und der Neigung zur Delinquenz besteht, eine Korrelation zwischen der neoliberalen Politik und den Kriminalitätsraten, eine Korrelation zwischen der neoliberalen Politik und allen Anzeichen dessen, was Durkheim „Anomie“ genannt hätte, wie sollte er das nicht laut sagen? Nicht nur dass ihm daraus kein Vorwurf zu machen wäre, man müsste es ihm sogar hoch anrechnen. Aber womöglich verteidige ich ja nur meine eigene Position ...

Kommen wir also zum nächsten Punkt: Was wird dieser Forscher in der sozialen Bewegung machen? Vor allem keine Lehren erteilen, wie wir es von manchen organischen Intellektuellen¹ kennen, die aus Unfähigkeit, ihre Waren auf dem hart umkämpften wissenschaftlichen Markt loszuschlagen, den Intellektuellen für Nichtintellektuelle gespielt und dabei die Behauptung aufgestellt haben, der Intellektuelle existiere gar nicht.

Der Forscher ist weder Prophet noch Vordenker. Er muss eine neue Rolle erfinden, die sehr schwierig ist: Er muss zuhören, forschen und erfinden. Er muss versuchen, jenen Organisationen zu helfen, die, wie zaghaft auch immer – selbst die Gewerkschaften trauen sich in dieser Hinsicht leider nicht mehr viel zu –, den Widerstand gegen die neoliberale Politik auf ihre Fahnen geschrieben haben. Er muss es sich zur Aufgabe machen, sie zu unterstützen, indem er ihnen Instrumente an die Hand gibt, und zwar insbesondere solche Instrumente, die den symbolischen Wirkungen, die „Experten“ im Auftrag der großen multinationalen Unternehmen erzielen, etwas entgegengesetzt können.

Man muss die Dinge beim Namen nennen. Die aktuelle Bildungspolitik beispielsweise wird von Unicef, dem Transatlantic Institute und ähnlichen Einrichtungen beschlossen.² Man braucht nur den Bericht der Welthandelsorganisation (WTO) über die Dienstleistungen zu lesen, um zu wissen, welche Bildungspolitik wir in fünf Jahren haben werden. Die nationalstaatlichen Erziehungsministerien sind lediglich der Resonanzboden für die von Juristen, Soziologen und Ökonomen ausgearbeiteten Empfehlungen, die dann, in eine rechtswirksame Form gebracht, als Weisungen kursieren.

Die Forscher können aber auch etwas Neuartiges und Schwierigeres tun: Sie können helfen, die organisatorischen Voraussetzungen für das kollektive Bemühen um die Entwicklung eines politischen Projekts zu schaffen. Und zweitens können sie dazu beitragen, dass möglichst günstige organisatorische Bedingungen für den Erfolg der Entwicklung eines solchen Projekts zustande kommen, das natürlich ein kollektives

Projekt sein wird. Auch die Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung von 1789 oder der Versammlung von Philadelphia waren Menschen wie du und ich. Sie brachten juristische Kenntnisse mit, hatten Montesquieu gelesen – und sie haben demokratische Strukturen erfunden. Genauso müssen wir heute neue Dinge erfinden ...

Gewiss, man kann sagen: „Es gibt Parlamente, es gibt einen Europäischen Gewerkschaftsbund und alle möglichen Institutionen, die eigens für solche Dinge da sind.“ Ich will das hier nicht ausführlich nachweisen, aber es bleibt doch festzustellen: Sie tun nichts. Darum müssen günstige Bedingungen für diese Art Erfindung geschaffen werden. Man muss helfen, die Hindernisse zu beseitigen, die ihr im Wege stehen – Hindernisse, die zum Teil in der sozialen Bewegung liegen, aber insbesondere bei den Gewerkschaften.

Gibt es gute Gründe, optimistisch zu sein? Ich glaube, man kann sagen, dass die Erfolgsaussichten nicht schlecht sind, dass gerade jetzt der *kairos*³, der richtige Augenblick, gekommen ist. Um 1995 haben wir mit Reden wie dieser eine gemeinsame Erfahrung gemacht: Man hörte uns nicht zu, man hielt uns für verückt. Leute, die wie Cassandra lauter Katastrophen voraussagten, wurden verspottet, beschimpft, von Journalisten niedergemacht. Das ist jetzt nicht mehr ganz so. Warum? Weil eine Menge Vorarbeit geleistet worden ist. Es gab Seattle und eine ganze Reihe von Demonstrationen. Auch werden die Folgen der neoliberalen Politik – die wir abstrakt vorausgesagt hatten – allmählich sichtbar. Und inzwischen begreifen die Leute, was geschieht.

Heute weiß jeder noch so bornierte und verstöckte Journalist, dass ein Unternehmen, wenn es keine 15 Prozent Gewinn einfährt, mit Entlassungen reagiert. Die schwärzesten Voraussagen der Unglückspropheten (die lediglich besser informiert waren als die anderen) beginnen Wirklichkeit zu werden. Es ist nicht zu früh. Aber es ist auch nicht zu spät. Weil es erst ein Anfang ist, weil die Katastrophen erst beginnen. Es ist noch Zeit, die sozialdemokratischen Regierungen wachzurütteln, denen die Intellektuellen so gern auf die Finger schauen, vor allem wenn sie von ihnen gesellschaftliche Vorteile aller Art beziehen.

Eine vereinigte soziale Bewegung auf europäischer Ebene hat meines Erachtens nur dann eine Chance, politische Wirkung zu erzielen, wenn sie es versteht, drei Komponenten miteinander zu verbinden: Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Wissenschaftler – natürlich unter der Bedingung, dass ein wirkliches Zusammengehen stattfindet und es nicht bei einem Nebeneinander bleibt.

Gestern habe ich den Gewerkschaftlern gesagt, dass in allen Ländern Europas eine tiefe Kluft zwischen den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften besteht, sowohl hinsichtlich der Inhalte, für die sie sich einsetzen, als auch hinsichtlich der Mittel, deren sie sich bedienen. Die sozialen Bewegungen haben politische Ziele wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die die Gewerkschaften und Parteien bereits abgeschrieben, vergessen oder verdrängt hatten. Sie haben auch Methoden der politischen Aktion entwickelt, die den Gewerkschaften fremd geworden sind – auch sie vergessen, ignoriert oder verdrängt. Das sind insbesondere Methoden des persönlichen Handelns: Die sozialen Bewegungen setzen in ihren Aktionen auf die symbolische Wirkung, die zum Teil vom persönlichen Engagement der Aktivisten selbst abhängt – von einem persönlichen Engagement, das auch ein körperliches ist.

Man muss Risiken eingehen. Das heißt nicht mehr nur mit untergehakten Armen marschieren, wie es die Gewerkschaften seit je am 1. Mai zu tun pflegen. Man muss Aktionen machen, Räume besetzen und Ähnliches mehr. Das verlangt nicht nur Fantasie, sondern auch Mut. Aber ich sage auch: Vorsicht, keine „Gewerkschaftsphobie“! Die Gewerkschaftsapparate haben eine Logik, die man zunächst verstehen muss. Warum versuche ich den Gewerkschaftlern den Standpunkt der sozialen Bewegungen nahe zu bringen, und warum sage ich den Leuten in den sozialen Bewegungen Dinge, die den Auffassungen entsprechen, die die Gewerkschaften von ihnen haben? Weil all die Spaltungen, die dazu beitragen, ohnehin sehr schwache Gruppen zusätzlich zu schwächen, nur überwunden werden können, wenn jede der Gruppen lernt, sich selbst mit den Augen der anderen zu sehen.

Die Widerstandsbewegung gegen die neoliberale Politik ist weltweit sehr schwach und durch innere Spaltungen zusätzlich geschwächt – ein Motor, der 80 Prozent seiner Energie in Form von Spannungen, inneren Reibungen und Konflikten verbrennt. Und dabei könnte er stattdessen doch die gemeinsame Sache viel schneller, viel weiter vorantreiben.

Die Hindernisse, die die Entstehung einer geschlossenen europäischen sozialen Bewegung erschweren, sind unterschiedlicher Natur. Es gibt sprachliche Hindernisse, die etwa bei der Kommunikation zwischen den Gewerkschaften oder den sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle spielen – die Vorsitzenden und Funktionäre sprechen Fremdsprachen, die einfachen Gewerkschaftler und Aktivisten eher nicht. Das macht eine Internationalisierung der sozialen Bewegungen oder der Gewerkschaften sehr schwierig. Es gibt aber auch Hindernisse, die mit den eingespielten Gewohnheiten und Denkweisen oder auch den festgefahrebenen Strukturen der sozialen Bewegungen wie der Gewerkschaften zusammenhängen. Welche Rolle kommt den Wissenschaftlern dabei zu? Sie haben an der kollektiven Erfindung der kollektiven Strukturen eines erfindnerischen Geistes zu arbeiten, dem eine neue soziale Bewegung entspringen kann. Das heißt, sie müssen neue Inhalte aufzeigen, neue Ziele formulieren und die neuen Mittel für internationale Aktionen entwickeln.

dt. Grete Osterwald

¹ Mit dem Begriff des „organischen Intellektuellen“ bezeichnet Antonio Gramsci diejenigen Denker, die die soziale Lage mit reflektieren.
² Vgl. „Europe Inc. Liasons dangereuses: entre institutions et milieux des affaires européennes“, CEO Agone, Marseille 2000.
³ Griech. „das rechte Maß“, „der günstige Augenblick“, „der entscheidende Zeitpunkt“ – der günstige, schicksalhafte Moment, der von den Handelnden auch als Moment sinnvollen Handelns erkannt und genutzt werden muss.



Demonstration gegen den
Plan Puebla Panamá (PPP)
in Xelajú/Quetzá

SOZIALE BEWEGUNGEN

¿Hacia una sociedad alternativa?

José Miguel Candía

Durante los primeros años 80, surgen en varios países de América Latina organizaciones sociales que agrupan a vecinos y pobladores preocupados por ser los protagonistas encargados de resolver los problemas de sus comunidades. Estos movimientos vecinales representan una nueva modalidad de participación ciudadana y gestión de los intereses colectivos y expresan, al mismo tiempo, una profunda desconfianza hacia los antiguos partidos. El fenómeno es resultado de la confluencia de diversos factores, entre los que cabe destacar, los efectos de descomposición y debilitamiento que provocaron los programas neoliberales en la clase obrera industrial y las fuerzas políticas vinculadas a ella.

*Walk, Heide; Brunnengraber, Achim: Die Globalisierungs-
wächter. Münster 2000.*

9. Neue soziale Bewegungen und NGOs: Die Transformation einer gesellschaftlichen Organisationsform

Als ersten theoretischen Baustein wollen wir die Bewegungsforschung heranziehen, um zu klären, wie NGOs und ihre Netze in einen gesellschaftstheoretischen Kontext eingefügt werden können. Bei der Bewegungsforschung sind zwei Argumentationsstränge hervorzuheben: NGOs können einerseits als der institutionalisierte Ausdruck von Bewegungen und somit als Synonym für Bewegungsorganisationen verstanden werden. Für dieses Argument spricht, dass viele NGOs, die sich in der Klimapolitik engagieren, aus der Umweltbewegung hervorgegangen sind. Sie existieren bereits seit mehreren Jahrzehnten und ihr Bestreben, den Handlungsradius über den Nationalstaat hinaus zu erweitern, ist keinesfalls neu (vgl. Kapitel 5.3). Die Übertragung des Bewegungsansatzes auf die internationale Ebene ist demnach ein leichtes:

„Can the emerging international environmental NGO phenomenon be adequately conceptualized in terms of social movement theory that has evolved from theorizing social movement activism at national levels, particularly in western democracies? If this is the case, one can view environmental NGOs as the continuation, on a global level, of what social movements were (and still are) on a national level“ (Finger 1994a:48).¹⁵³

Denkbar ist aber andererseits auch, dass die Popularisierung des Kürzels und seine Übernahme in die Sozialwissenschaften neue Dimensionen gesellschaftlicher Organisation widerspiegelt, die nur schwerlich mit Bewegungshandeln gleichgesetzt werden können. Für die Geltung dieser zweiten Behauptung kann angeführt werden, dass die transnationale Vernetzung und die politische Partizipation auf internationaler Ebene völlig neue, bisher unbekannte gesellschaftspolitische Dimensionen angenommen haben. Das wiederum könnte als die Krise oder das Ende der Umweltbewegung gedeutet werden. Zwischen diesen beiden Polen werden sich unsere Überlegungen bewegen. Unser Ziel wird es sein, das Erscheinungsbild der neuen sozialen Bewegungen mit demjenigen der NGOs zu vergleichen und entsprechend der daraus gewonnenen Erkenntnis- se Gemeinsamkeiten bzw. Abgrenzungen zwischen beiden gesellschaftlichen Organisationsformen herauszuarbeiten. Hierfür soll zunächst eine definitonische Eingrenzung des Bewegungsspektrums erfolgen und ein Überblick über

den Stand der sozialen Bewegungen gegeben werden. Dann wollen wir den Zusammenhängen zwischen dem politischen System und den Bewegungen, nach deren demokratischer Produktivkraft und den Charakteristika von Trans- bzw. Multinationalen Bewegungsorganisations (TNBOs, MBOs) nachgehen.

9.1 Eine definitonische Eingrenzung des Bewegungsspektrums

Neue soziale Bewegungen repräsentieren, so wird in der Bewegungsforschung hervorgehoben, eine Politik von unten. Soziale Gruppen, Nachbarschaften, persönliche Beziehungen und Freundschaften bilden das eigentliche Bewegungsmilieu, in dem sich die Interessen, Protesthintergründe, Argumentationslinien und Zielperspektiven einer Bewegung entfalten. Hier entstehen die Gemeinsamkeiten, Identitäten und Solidaritäten, aus denen sich schließlich das Lebenselixier der Bewegung zusammensetzt. In der Interaktion vieler solcher Assoziationen, die sich in einer ersten Organisationsphase zu Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen zusammenschließen, bildet sich der „Verfassungsschutz von unten“ heraus, wie Habermas (1996) die Funktionen von sozialen Bewegungen bezeichnet.¹⁵⁴ Der kollektive Akteur, mit dem Bewegungen gleichgesetzt werden, ist demnach nicht nur

„ein bloßes »Medium« sozialen Wandels, nicht passiver Ausdruck gesellschaftlicher Wandlungstendenzen ... , vielmehr Akteur, der aktiv in den Lauf der Dinge eingreift, mit dem Ziel, Einfluß darauf zu bekommen. Der Akteur ist nicht durch eine spezifische Organisationsform zu charakterisieren. Mit dem Begriff des »Akteurs« soll auch keine Einheitlichkeit unterstellt werden; vielmehr ist in der Regel eine Vielfalt von Tendenzen, Organisationen und Organisationsansätzen innerhalb einer Bewegung zu erwarten“ (Raschke 1987:20).

Der Suchprozess, in dem Bewegungen ihre Ziele definieren und allmählich eine symbolische Gemeinschaftsidentität ausbilden, hat bei der Herausbildung einer Bewegung einen hohen Stellenwert. Sowohl die politische Sozialisation der Individuen als auch die Politisierung bestimmter Themen finden im Rahmen dieses Suchprozesses statt. Eine solche Politisierung wurde etwa von der Frauenbewegung bewirkt. Sie „brach mit der Kultur des Schweigens über Frauenprobleme, die bisher in die Sphäre des Persönlichen und Privaten verwiesen waren“ (Wichterich 1995:9; vgl. auch U. Gerhard 1996). Die Umweltbewegung thematisierte ihrerseits die zerstörerischen Praktiken der kapitalistischen Vergesellschaftung und übte Kritik am anthropozentrischen Machbarkeitsdenken. Ziel war es, Probleme, die von politischen Entscheidungsträgern verdrängt oder öffentlich kaum wahrgenommen werden, zu thematisieren, zu bearbeiten und zu politisieren.

Die Auseinandersetzung mit den Umweltproblemen stellt aber erhebliche Ansprüche an Bewegungsakteure, zumal wenn das Ziel verfolgt wird, „... auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifika-tion mittels variabler Organisations- und Aktionsformen ...“, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“ (Raschke 1987:21).¹⁵⁵ Für die Integration der heterogenen Akteure, Einstellungen und Meinungen sowie der Variabilität an Organisationsformen ist eine erhebliche Binnenkommunikation innerhalb formaler und informeller Kanäle erforderlich. Die lockeren Strukturen als grundlegendes Formprinzip von neuen sozialen Bewegungen müssen quasi über eine anspruchsvolle Binnenkommunikation ständig von neuem hergestellt werden, um identitätsstiftend und koordinierend zu wirken und der Bewegung eine gewisse Kontinuität zu verleihen. Nicht zuletzt entscheidet sie über die Intensität und Dynamik der Mobilisierung. „Nur Binnenkommunikation erzeugt in sozialen Bewegungen Selbstlegitimation, Koordination und eine für Protest-artikulation notwendige Klärung gemeinsamer Interessen, Orientierungen und Situationsdeutungen“ (Klein 1996:13).

Vor dem Hintergrund der lockeren Strukturen verbunden mit einer anspruchsvollen Binnenkommunikation lassen sich neue soziale Bewegungen auch als Netzwerk charakterisieren, „oder genauer noch: als mobilisierte Netzwerke von Netzwerken“ (Neidhardt 1985:197). Unter einem Netzwerk werden hier keine festen Strukturen verstanden. Ein hoher Organisations- und in der Folge Bürokratisierungs- und Hierarchisierungsgrad wird insgesamt eher skeptisch betrachtet bzw. abgelehnt. Entsprechend diesen Formprinzipien haben Bewegungen auch keine Mitglieder im strengen Sinne. Treffender, so formuliert es Rucht (1997a:391), ist die Kategorie der Anhängerschaft. Bewegungen sind aber wiederum stabiler und strukturierter als kurzlebige Kollektivphänomene wie einmalige Protestmärsche und zeitlich befristete Kampagnen.

Lockere Maschen sollen es ermöglichen, dass möglichst viele Individuen, Gruppen oder Organisationen mit ähnlichen Überzeugungen integriert werden können, ohne dass sie ihre eigenen Überzeugungen grundsätzlich aufgeben müssen. Aus diesem Grund werden die (Ober-) Ziele der Mobilisierung bewusst offen formuliert, sodass sich die unterschiedlichsten Akteure mit ihren konkreten und vielfältigsten (Unter-) Zielen darauf beziehen können. D.h. der Allgemeinheit der Ziel- und Wertvorstellungen entsprechen die lockeren Netzwerkgebilde. Es überwiegen die Dezentralisierungs- gegenüber den Zentralisierungstendenzen und offene politische Zusammenhänge gegenüber klaren organisatorischen wie inhaltlichen Vereinbarungen. Das ist der heterogenen Zusammensetzung der jeweiligen Bewegung geschuldet, in der

wertkonservative, liberale, linke oder postmoderne politische Grundauffassungen zum Ausdruck kommen können.

Die Umweltschutzpioniere zu Beginn des letzten Jahrhunderts waren alles andere als radikale Oppositionelle. Vor allem Konservative setzten sich für die Bewahrung von Flora und Fauna ein.¹⁵⁶ Schon im Februar 1899 wurde mit dem Bund für Vogelschutz (BfV) der erste reichsweite Naturschutzverein gegründet, der Vorläufer des heutigen Naturschutzbundes (NABU). 1904 folgte der Bund Heimatschutz. Zwei Jahre später entstand eine staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen und 1908 feierte der BfV mit der Novelle des Reichsvogelschutzgesetzes seinen ersten Lobbyerfolg. Nach dem Krieg wurde der Naturschutz 1919 in die Reichsverfassung aufgenommen und 1921 das erste Naturschutzgebiet in der Lüneburger Heide ausgewiesen.¹⁵⁷ Im Nationalsozialismus trat die konservative Naturschutzbewegung zwar nicht als Ahne oder Förderer in Erscheinung. Das Nazi-Schlagwort von Blut und Boden klang aber für viele Heimatschützer verheißungsvoll, zumal sich auch Hitler als Vogelfreund zeigte (Urbach 1999:158).

Der Zweite Weltkrieg brachte eine deutliche Zäsur in der Entwicklung des Umweltschutzes mit sich. Er spielte kaum noch eine Rolle. Erst nach der Phase des Wiederaufbaus erholten sich die Naturschutzverbände wieder und neue Umweltverbände wurden gegründet (vgl. Kapitel 5.3). Als auch die SPD den Umweltschutz im Wahlkampf 1961 zum Thema machte und die Losung ausgab: „Der Himmel über der Ruhr muß wieder blau werden“, begann die Umweltpolitik auf breitere Resonanz zu stoßen. Ein Jahr später erließ die Regierung das erste Immissionschutzgesetz. Fortschritt und Umwelt waren dabei noch immer im Einklang, technische Lösungen standen im Vordergrund. Innerhalb der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt wurde 1969 schließlich Umweltschutz erstmals in eine Regierungserklärung aufgenommen und der Glaube an die unbegrenzten technologischen Möglichkeiten 1972 durch die Warnungen des Club of Rome erstmalig von angesehenen Wissenschaftsinstitutionen in Frage gestellt (vgl. Kapitel 1.1). Die große Resonanz des Club of Rome-Berichtes in der Öffentlichkeit zeigte, dass eine breite Sensibilisierung gegenüber umweltpolitischen Fragen stattgefunden hatte. Schließlich wurde gegen den von der sozial-liberalen Koalition forcierten Bau von Atomkraftwerken ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend protestiert (Fritzier 1997:45). Als Teil der neuen sozialen Bewegungen präsentierte sich die Umweltbewegung nunmehr eher zivilisationskritisch und emanzipatorisch-basisdemokratisch. Das hatte mit den Wurzeln der Bewegung zu tun:

„Es ist die Studentenbewegung, die mit ihren go-ins und sit-ins, mit der Ästhetisierung des Protests in Straßentheater, öffentlichen Happenings und

expressiven, phantasiereichen Demonstrationen, mit symbolischen Provokationen und begrenzten Regelverletzungen (z.B. Blockaden) ein neues Aktionsrepertoire »unkonventioneller Partizipationsformen« in die politische Kultur der Bundesrepublik einführt; die neuen sozialen Bewegungen können daran bruchlos anknüpfen“ (K.W. Brand 1987:37).

Die neuen sozialen Bewegungen lehnten die institutionalisierten und zentralistisch organisierten Formen der Arbeiterbewegung ab. Hierarchische Strukturen, Bürokratisierung und Professionalisierung galten als Herrschafts- und Integrationsinstrument eines korporatistischen Staates. Mit der Einrichtung von Kommunikationszentren, alternativen Projekten und durch Öffentlichkeitsarbeit wurden außerdem wichtige Marksteine für eine breite Bewegungsinfrastruktur gelegt. Vor allem seit Beginn der 1970er Jahre bildeten sich verschiedene Bewegungsnetzwerke heraus, die zumindest in den westlichen Gesellschaften in den 1980er Jahren öffentliche Herausforderungen einer technokratischen Modernisierungspolitik darstellten.

Vor allem die Kritik an den herrschenden Verhältnissen, die dialektische Verknüpfung von Selbst- und Gesellschaftsveränderung, die Ablehnung herrschaftlicher Normen sowie die Einflussnahme auf die politischen und gesellschaftlichen Institutionen standen im Zentrum des Protestes. Als Geburtshelfer der neuen sozialen Bewegungen wurde aber auch die „Ausdehnung neuer Mittelschichten und besonders die Expansion der Humandienstleistungen sowie die »stille Reserve« durch das Anwachsen wohlstandsgestützter »postmaterielle« Werthaltungen“ angesehen (Roth/Rucht 1987:68).¹⁵⁹ Die (Protest-) Bedürfnisse sowie die politischen Einfluss- und Beteiligungsansprüche resultieren also nicht nur aus sozialen Benachteiligungen oder schlechten Lebensbedingungen derjenigen, die unmittelbar davon betroffen waren, sondern aus kulturellen, politischen oder ökologischen Motiven heraus.

Diese Motive wurden zunehmend bedeutsamer, sodass sich die Umweltbewegung allmählich vom politischen Dogmatismus distanzierte, den noch die Auseinandersetzungen in der Studentenbewegung und die Anfänge der militanten antistaatlichen Bewegungen bestimmte. Das Engagement vieler Initiativen richtete sich schließlich nicht mehr gegen den Staat, das kapitalistische System oder die (transnationalen) Konzerne, sondern zielte auf die Demokratisierung des Staates ab. Die anti-kapitalistisch, anti-staatlich oder anti-imperialistisch eingestellten Protestbewegungen wurden im Zuge dieser Entwicklung zumindest in den westlichen Industrieländern zunehmend marginalisiert und unbedeutsamer. Die neuen sozialen Bewegungen wurden quasi zur Vermittlungsinstanz, die die gesellschaftliche Kritik lautverstärkend formulierte und an das System weiterleitete. Diese Entwicklung

war deshalb von einer Verschiebung vom radikalen zum reformerischen Politikverständnis begleitet, weil sich die Auffassung durchsetzte, dass Veränderungen zwar durch kollektives Handeln und Protestmobilisierungen eingeklagt werden, nicht jedoch in Eigenregie realisiert werden können:

„Akteure der Interessenartikulation können selbst keinen direkten Einfluss auf die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen ausüben; sie versuchen Parteien, die Akteure der Interessenaggregation, die um Exekutivpositionen konkurrieren, zu beeinflussen, damit über diese vermittelt ihre Interessen durchgesetzt werden; die Mobilisierung öffentlicher Meinung ist ein Weg, Parteien unter Druck zu setzen“ (J. Gerhards 1993:149).

Die repräsentativen Politikformen wurden von der Bewegungsforschung in den Überlegungen zu den Gelegenheitsstrukturen aufgegriffen (*opportunity structures*). Es wurde gefragt, welches bestehende gesellschaftliche bzw. politisch-institutionelle Umfeld Bewegungshandeln begünstigt oder diesem entgegenwirkt. Im Ergebnis wurde deutlich, dass sich neue soziale Bewegungen in vorgegebenen, relativ stabilen Strukturen bewegen und enge thematische Bezüge hierzu vorhanden waren, d.h. bewegungsexterne Bestimmungsfaktoren in hohem Maße über die Chancen der Mobilisierung, über Einfluss und Erfolg bestimmten. Beide Sphären blieben aber im politischen Entscheidungsprozess getrennt voneinander: „Es wird staatlich entschieden, und Öffentlichkeit ist eine Sphäre, in der soziale Bewegungen, die immer nur kurzzeitig auftreten, kritisch darauf hinwirken können, andere Entscheidungen herbeizuführen, ohne daß doch Öffentlichkeit das Medium gesellschaftlicher Allgemeinheit und Entscheidung würde“ (Demirovic 1997:177).

Das bedeutend aber nicht, dass Bewegungen und staatliche Akteure unabhängig voneinander agierten. Vielmehr bildeten sich vielfältige Wechselwirkungen zwischen den Bewegungen und dem etablierten System, durch die weit reichende Lern- und Anpassungsprozesse ausgelöst wurden. Die nicht-institutionalisierte bzw. unkonventionelle Politik der neuen sozialen Bewegungen bewirkte sogar vielfache Veränderungen des Systems bzw. der herrschenden politischen Praxis: Sie hat *erstens* Alternativen in die klassischen Handlungsfelder des etablierten Systems hineingetragen, *zweitens* das Feld dessen, was politisch ist, nachhaltig ergänzt und *drittens* direkt-repräsentativdemokratische Veränderungen hervorgerufen (Roth 1997b: 437f.).¹⁶⁰ Von allen drei Dimensionen profitieren heute die NGOs. Ihre Entwürfe und Alternativvorschläge werden gehört. Die Ausgrenzungspolitik wurde von der Integrationspolitik abgelöst und die Akzeptanz gegenüber repräsentativ-demokratischen Politikformen ist gestiegen. Somit hat sich auch die legitimatorische Grundlage für die NGOs verbessert.

6.6. Subjekte emanzipatorischer Politik

Gegenmacht braucht konkrete Träger. Über die Subjekte gesellschaftlicher Veränderung gab es immer wieder eine intensive Diskussion, vor allem im Bannkreis des Marxismus. Heute ist die Vorstellung von einer vereinheitlichenden progressiven politischen Kraft obsolet. Es gibt kein homogenes, sozial und/oder politisch klar umgrenztes und verfasstes Subjekt der Gesellschaftsveränderung wie die Arbeiterklasse im orthodoxen Marxismus, die Bauern im Maoismus, Randgruppen in anderen linken Strömungen oder auch Eliten. Der Kurzschluss zwischen „objektiver“ sozialer Lage und der „subjektiven“ Konstituierung zum politisch bewusst handelnden Akteur gehört zu jenem Typus unterkomplexer Konzepte, die an der Realität gründlich gescheitert sind. Eine emanzipative Linke konstituiert sich daher nicht als einheitliches Subjekt, sondern besteht aus einer Vielzahl von Initiativen mit unterschiedlichen Vorstellungen.

Auch gibt es in emanzipativen Bewegungen Interessendifferenzen und Spaltungen. Diese sollten nicht negiert und mit Übereinstimmungen zugedeckt werden. Das Hegelsche Prinzip: *Der Widerspruch ist das Fortleitende* ist als intellektuelle und politische Produktivkraft nutzbar zu machen. Gemeinsamkeiten und Differenzen, die oft gar nicht von vornherein feststehen, sollten in einem offenen Prozess herausgearbeitet werden, um Verständigungs- und Lernprozesse sowie praktische Bündnisse zu ermöglichen. Eng damit verbunden ist die Fähigkeit zu Selbstkritik und Infragestellung eigener Positionen und Handlungsweisen. Das Aushalten und die Austragung von Differenzen ist jedoch kein Selbstzweck, sondern zielt letztlich auf die Entwicklung von Bündnisfähigkeit, sei es punktuell, sei es in strategischen Allianzen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind uns drei Akteurstypen als potenzielle Träger von Gegenmacht und emanzipativer Praxis einer näheren Betrachtung wert: Soziale Bewegungen, NGOs¹⁰¹ und Gewerkschaften. Sie werden als *Typen* und *potenzielle* Akteure bezeichnet, weil sie nicht per se kritisch-

¹⁰¹ Eine strikte Unterscheidung zwischen NGOs und sozialen Bewegungen vorzuziehen, ist keineswegs Konsens. Teilweise werden soziale Bewegungen heute insgesamt unter dem NGO-Begriff subsumiert, andernorts werden manche NGOs als „Bewegungsinfrastruktur“ verstanden. Allerdings zeigt die begriffliche Gegenüberstellung durchaus eine wichtige Differenz an. Denn mit NGOs und sozialen Bewegungen sind insbesondere verschiedene Politikformen verbunden. Tatsache ist, dass viele Fragen, die von sozialen Protestbewegungen aufgeworfen wurden, heute auch Fokus von NGOs sind, allerdings meist in stark veränderter Form. Damit liegt die Vermutung nahe, dass NGOs in bestimmten Bereichen Ausdruck einer Institutionalisierung von Konflikten sind, die von den sozialen Bewegungen aufgeworfen wurden (insbesondere Umwelt und Geschlechterverhältnisse).

emanzipative Ansprüche haben. Umgekehrt gibt es in allen drei Bereichen aber auch zahlreiche Akteure, die versuchen, emanzipative Werte und alternative Praxen gegen die herrschenden Entwicklungen zu stärken.¹⁰²

6.6.1. Soziale Bewegungen

Während in allen Konzepten einer Global Governance NGOs als die vermeintlichen Trägerinnen einer „internationalen Zivilgesellschaft“ und Ausdruck der Demokratisierung des globalen Systems eine prominente Rolle spielen, werden soziale Bewegungen kaum thematisiert. Dabei waren es gerade die neuen sozialen Bewegungen, wie die Umweltbewegung, die als erste wichtige Fragen aufgeworfen haben, die vom Global Governance-Diskurs bearbeitet werden.

Die sogenannten neuen sozialen Bewegungen (NSB) zielen nicht per se auf strukturelle Gesellschaftsveränderung. Der Begriff steht eher für ein Sammelstadium sehr heterogener kollektiver Akteure. In den siebziger und achtziger Jahren war aber ein kritischer Bezug auf das herrschende Institutionensystem und eine praktische Kritik an den vorherrschenden Formen von Politik stärker ausgeprägt. Die NSB verkörpern ein Politikverständnis („Bewegungspolitik“), das gerade auch den Alltagsbereich mit einbezug und damit die Fixierung von „Politik“ auf das politische Institutionensystem aufbrechen wollte. Protest wandte sich nicht zuletzt gegen die Art und Weise, wie soziale Konflikte ausgehandelt und bearbeitet wurden. Eine solche kritisch-emanzipative Perspektive ist heute in den Hintergrund getreten, wie generell die Stärke und politische Ausstrahlung der NSB sehr zurückgegangen sind.

Dabei sind die sozialen Bewegungen keineswegs verschwunden, sondern haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Roland Roth ordnet die neuen sozialen Bewegungen Westdeutschlands historisch ein:

„In Opposition gegen ein noch immer starkes fordristisches Akkumulationsregime in den sechziger Jahren schienen die Protestbewegungen ungeheuer radikal und herausfordernd gegenüber den stabilen Institutionen jener Zeit. In der Perspektive der Mehrzahl der beteiligten Akteure (nicht nur auf der Bewegungsseite) war die Herausforderung fordristischer Regulationsweisen identisch mit einer antikapitalistischen Orientierung. Aber was das Ende des Kapitalismus zu sein versprach, war im Rückblick lediglich die krisenbe-

¹⁰² Dass wir hier lediglich auf kollektive Subjekte eingehen, schließt nicht aus, dass auch nicht-organisierte Individuen ein kritisches Bewusstsein haben können und dementsprechend handeln, was gerade im Alltag und dessen Infragestellung wichtig ist. Allerdings liegt an der Schnittstelle von Organisation und nicht organisierten Individuen heute eine der schwierigsten und ungelösten Probleme emanzipativer Strategie. Die neoliberalen Konkurrenzverhältnisse und der Bedeutungsverlust traditioneller Organisationsformen gegenüber der Globalisierung haben die Bereitschaft sich zu organisieren dramatisch zurückgehen lassen.

dinge Suche nach neuen Regulationsweisen. Hier setzte auch die Zuarbeit des Protests ein, die sich als Trend zur Normalisierung und prekären Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik niedergeschlagen hat. Er ist verknüpft mit dem weit gehenden Abschmelzen jener radikalen Gehalte, die einmal über den Horizont einer neuen Form kapitalistischer Vergesellschaftung hinauswiesen. Was bleibt, ist die Zuarbeit, begleitet von einem dünnen Strom radikaler Kritik.“ (Roth 1998: 112f.; vgl. auch Klein 1997; Rucht et al. 1997; Balistier 1996).¹⁰³

Der Bewegungssektor stiftet heute zwar politische „Unruhe“ und Widerspruch, wirkt störend und innovativ für die anderen politischen Institutionen, diese werden jedoch nicht mehr insgesamt in Frage gestellt (Roth 1994: 17; vgl. ebd.: 233ff. zu wichtigen institutionellen Innovationen der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik).

Können die Veränderungen von Bewegungspolitik hier zu Lande eventuell noch für andere westliche Länder verallgemeinert werden, so sieht es in vielen peripheren Ländern ganz anders aus. Hier entstehen in der Folge der neoliberalen Strukturpassungen – und teilweise auch wegen der Übergänge von autoritär-diktatorischen zu liberaleren politischen Systemen, die gesellschaftliche Selbstorganisation erst ermöglichen – vermehrt Protestbewegungen. Angesichts der neoliberalen Verwerfungen in vielen peripheren Ländern nehmen in den letzten Jahren Initiativen innerhalb der informellen Ökonomie zu, die in ein breiteres soziales, kulturelles und politisches Umfeld eingebettet sind. Neben den bekanntesten mexikanischen Zapatistas, der brasilianischen Landlosenbewegung MST oder den indischen Bäuerinnen, die in der KRSS organisiert sind, gibt es zahllose wirkungsvolle Initiativen, denen allerdings bisher keine internationale Aufmerksamkeit zuteil wird.

Es wächst das Bewusstsein, dass soziale Bewegungen durch weltweite Kooperation in ihren jeweiligen Ländern und darüber hinaus an politischer Macht gewinnen. Ein Beispiel ist das 1997 gegründete Netzwerk *Peoples Global Action (PGA)*, das sich als Koordinationsinstrument und nicht als Organisation versteht. Dezentralität und Autonomie, eine konfrontative Grundhaltung und der Aufruf zu zivilem Ungehorsam sind der Anspruch des Zusammenschlusses (vgl. www.agp.org). Aktionsschwerpunkte waren u.a. die letzten beiden Ministerkonferenzen der WTO in Genf/Schweiz und Seattle/USA.¹⁰⁴

¹⁰³ Roth (1994) hält vor diesem Hintergrund eine schroffe Gegenüberstellung von Bewegung und Institution nicht mehr für sinnvoll. Denn die neuen sozialen Bewegungen seien selbst „auf dem Weg zur politischen Institution“, da sie bestimmte Merkmale von Institutionen wie Festigkeit, Dauer oder verfestigte Verhaltensmuster und Sinnorientierungen aufweisen.

¹⁰⁴ Bei den spektakulären Straßenaktionen in Seattle spielte die PGA allerdings nur eine Nebenrolle. Es waren vor allem US-Organisationen, die in Seattle das Bild bestimmten.

Allerdings zeigt das Beispiel von *Peoples Global Action* auch die vielen politischen und praktischen Schwierigkeiten einer internationalen Vernetzung an der Basis. Die Ungleichheit der Partner – in Europa vor allem studentische Aktivisten, in Asien und Lateinamerika bäuerliche Massenbewegungen –, die Ressourcenknappheit, die Sprach- und interkulturellen Verständigungsprobleme etc. haben den Initiativen von PGA in den Industrieländern bisher nennenswerte Erfolge verwehrt.

Eine interessante Neuentwicklung ist auch die von Frankreich ausgehende ATTAC,¹⁰⁵ eine Bewegung, die aus einer Vernetzung zwischen kritischen Intellektuellen um die Zeitung „Le Monde Diplomatique“, Gewerkschaften, NGOs, Kommunen und mehreren Zehntausend individuellen Mitgliedern besteht. Ursprünglich als Bewegung für eine Devisentransaktionssteuer (*Tobin Tax*) entstanden, entwickelt sich ATTAC zu einer generellen Anti-Globalisierungsbewegung, die sich auch zunehmend international vernetzt.

Soziale Bewegungen sind ein bedeutendes Agens gesellschaftlicher Transformation, wie die historische Erfahrung mit der „alten“ sozialen Bewegung Arbeiterbewegung aber auch der Studenten-, Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung zeigt. In allen Fällen wurden weitgehende gesellschaftliche Prozesse angestoßen oder befördert.

6.6.2. NGOs

Das Phänomen NGO findet erst in den 90er Jahren in einer breiteren Öffentlichkeit Beachtung. Die gestiegene Aufmerksamkeit hängt vor allem mit den verschiedenen UN-Weltkonferenzen zusammen, die zwischen 1992 und 1997 stattfanden. Ihre politische Rolle ist eng verbunden mit der im 3. Kapitel analysierten Veränderung des Staates und des internationalen Staatensystems. NGOs sind Ausdruck sehr heterogener Interessen, wobei sich die meisten von ihnen nicht kritisch auf die dominanten gesellschaftlichen Strukturen und Konfliktsysteme beziehen, bzw. in der für sie typischen *single issue*-Orientierung dies mehr oder weniger bewusst ausblenden.

Als dominante Politikformen von NGOs lassen sich ein eher professionellierter, reformerischer, etatistischer und kooperationsorientierter Politikstil, der gerade nicht auf Erfahrungen, breite Mobilisierung und entsprechende Politisierungen setzt, anführen. Während soziale Bewegungen in der Regel auf Protest und symbolische Politik setzen und damit auf die Herstellung von Öffentlich-

¹⁰⁵ ATTAC heißt in deutscher Übersetzung „Assoziation für die Tobin Tax im Interesse der Bürger“

keit, wählen NGOs häufig ein „Strategiemix“, wozu auch das Lobbying oder die Teilnahme an offiziellen Verhandlungsprozessen gehören (Walk & Brunengraber 1999c: 254f). Dies hat insofern etwas mit den aktuellen Strukturveränderungen zu tun, als die neoliberale Globalisierung auch die ideologischen Kräfteverhältnisse derart verschoben hat, dass andere Politikvorstellungen als jene, die staatliches Handeln beeinflussen, kaum relevant sind (vgl. auch Calließ (Hrsg.) 1998; Wahl 1996; Brand 2000). Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die meisten NGOs affirmativ auf die etablierten Konfliktsysteme beziehen.

Eine eigentümliche Leerstelle in den Strategien vieler NGOs ist der fehlende Bezug auf die umfassenden bürgerlich-kapitalistischen Reproduktions- und Produktionsverhältnisse. So ist insbesondere in den metropolitanen Ländern die Ebene der Unternehmen in der Regel für NGOs kein Thema. Veränderungen von Produktionsformen sollen über den Staat erreicht werden. Eine wichtige Ausnahme stellen NGOs dar, die insbesondere auf internationaler Ebene versuchen, eine Art „Produktionsöffentlichkeit“ herzustellen, um die Entwicklungsstrategien von Unternehmen öffentlich bekannt zu machen und zu kritisieren. Ein prominentes Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen von NGOs wie *Rural Advancement Foundation International* (RAFI) oder *Genetic Resources Action International* (GRAIN) mit den Agrar- und Pharmakonzernen, die die Produktion und Vermarktung gentechnisch veränderter Produkte durchsetzen wollen. Gerade hier wird deutlich, dass NGOs angesichts der komplexen Themen und Politikprozesse über ein enormes Know how verfügen müssen.

Zunehmende Bedeutung erlangen in den letzten Jahren themenorientierte Kampagnen. Die bereits erwähnten Auseinandersetzungen um die Einführung gentechnisch manipulierter Produkte im Agrarbereich haben derzeit eine besondere Prominenz. So erreichten Kampagnen von NGOs und Basisgruppen in Ländern wie Deutschland, dass Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé unter Druck geraten und große Handelsketten gentechnisch veränderte Produkte aus den Regalen nahmen. Hier deutet sich auch die Macht aufgeklärter KonsumentInnen an. Ein anderes Beispiel ist die von südlichen Gruppen getragene Kampagne zur internationalen Entschuldung *Jubilee South*, der es nicht nur um einen weit reichenden Schuldenerlass geht, sondern auch um die grundlegende Veränderung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Strukturen (vgl. Jubilee South 1999).

Ein ganz anderer Typ von NGOs agiert im Bereich der alternativen Ökonomie. Angesichts der bestehenden Massenarbeitslosigkeit, einer breiten Kritik am dominanten Verständnis von Arbeit und dem fehlenden Vertrauen darauf, dass diese mit den herkömmlichen Mitteln von Wirtschaftswachstum und korporatistischen „Bündnissen für Arbeit“ überwunden werden kann, entwickeln

sich neue Ansätze. In europäischen Krisenregionen werden solche Versuche direkter ökonomischer Kooperation unter den Leitbegriffen *social economy*, *new economic strategies* oder *people-centered development* erprobt (vgl. Bauhaus Dessau Foundation & European Network for Economic Self-Help and Local Development 1996). Der „dritte Sektor“, speziell die non-profit-Ökonomie, erweist sich in der potentiellen Entwicklungsrichtung als ausgesprochen ambivalent: Zum einen birgt er erhebliche alternative Potentiale, zum anderen ist er aber durchaus auch mit neoliberalen Politiken kompatibel (vgl. etwa Revelli 1999).

Die Vermittlung verschiedener Handlungsebenen, insbesondere die Einbeziehung der internationalen, ist eine entscheidende Neuerung der letzten Jahre. Daraus leitet sich ein Politikverständnis ab, das verschiedene Handlungsebenen und Politikformen enthierarchisiert und verschränkt, Alltags- und Institutionenpolitik ebenso zu integrieren sucht wie Erfahrungs- und Expertenwissen (Enloe 1990; Ruppert 1998b: 240). Gerade in Frauenbewegungen ist zentral, dass nicht-marktförmige Lebens- und Arbeitsbereiche einbezogen werden, wobei außer Frage steht, dass Probleme von Markt, Produktion und Erwerbsarbeit nicht ohne die Bearbeitung der Probleme von Reproduktion, unbezahlter Arbeit und Konsum zu lösen sind.

Insbesondere für die internationale Ebene kann gesagt werden, dass NGOs durchaus demokratisierende Akteure sind, indem sie demokratische Grundvoraussetzungen einfordern, nämlich Öffentlichkeit, Transparenz und Verantwortlichkeit. Damit eine Demokratisierung der internationalen Verhältnisse gleichzusetzen, wäre allerdings eine Verkennerung der dominanten Entwicklungen. Festzuhalten bleibt aber, dass sich zivilgesellschaftlichen Akteuren wie sozialen Bewegungen und NGOs mehr Möglichkeiten politischer Einflussnahme im „Verhandlungsstaat“ eröffnen. Dabei besteht immer die Gefahr der Kooptation und des *participation overkill* – der Absorption aller Energien in weitgehend irrelevanten Gremien und Dialogangeboten.

6.6.3. Gewerkschaften

Bei allen Differenzierungen ist Gewerkschaften gemeinsam, dass sie die Interessen von Lohnabhängigen vertreten und versuchen, negative Folgen der Konkurrenzsituation, in der sich die Lohnabhängigen untereinander befinden, durch Organisierung abzuschwächen und Handlungsmacht zu gewinnen. Damit agieren sie im Kernbereich des kapitalistischen Verwertungsprozesses.

Die Schwächung der Gewerkschaften war und ist ein zentraler Bestandteil des neoliberalen Projektes. Die Gewerkschaften haben selbst zur Schwächung

ihre Kampfkraft beigetragen, indem sie am korporatistischen Politikverständnis festhielten, sich zu sehr auf staatliche Politiken verließen, und die Gewerkschaftsbürokratie eigene Interessen herausbildete. In den 80er und 90er Jahren herrschte zunächst eine große Orientierungslosigkeit in den Gewerkschaften, der Auseinandersetzungen über den Umgang mit der neuen Situation folgten. In den metropolitanen, aber auch in einigen peripheren Ländern hat sich eine Art „Wettbewerbskorporatismus“ durchgesetzt. Dabei verstehen sich die Gewerkschaften als Teil der nationalen oder regionalen Konstellation, bei der es im internationalen Standortwettbewerb um gute Verwertungsbedingungen für das Kapital geht (vgl. etwa Deppe 1999).

Symbolisch drückt sich das im sog. „Bündnis für Arbeit“ aus. Ingrid Kurzscherf (1999) nennt es einen „männerbündischen Traditionalismus“. Fragen der Produktivitätserhöhung und der Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen, die zusammen mit den Arbeitgebern bzw. dem Management und teilweise mit dem Staat bearbeitet werden, sind für die meisten Gewerkschaften wichtiger als Fragen der Verteilung und offensiven Interessenvertretung. Gewerkschaften sind daher keine per se progressive Kraft, sondern häufig nationalistisch und wohlstandschauvinistisch eingestellt. Zudem geht diese Orientierung mit einer Konzentration auf die produktive KernarbeiterInnenschaft einher, weshalb die Gewerkschaften nicht unerheblich zur Spaltung der Lohnabhängigen beitragen. Zum anderen werden Probleme der innergewerkschaftlichen Bürokratisierung und der eigenständigen Interessen der Gewerkschaftsfunktionäre, der fehlenden innergewerkschaftlichen Demokratie immer deutlicher (etwa Moody 1997; Redaktion Sozialismus & Redaktion express (Hrsg.) 1999). Progressive Positionen haben es schwer, sich gegen die weitgehend affirmativen Politiken der Gewerkschaften hörbar zu machen und zu behaupten.

Dennoch ist es weiterhin notwendig, dass Menschen ihre Interessen im Produktionsbereich organisieren. Auch hier müssen anti-neoliberale Positionen gestärkt werden. Progressive Gewerkschaften sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Alternativen, denn es geht dabei auch um tief greifende Veränderungen von Produktion und Arbeitsorganisation als zentraler Bestandteil des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Die gesellschaftliche Organisation von Produktion und Arbeit ist eine entscheidende Dimension einer emanzipativen Gesellschaftsentwicklung.

Dabei geht es nicht zuletzt um den Arbeitsbegriff selbst, der in den letzten Jahren vor allem aus feministischer Perspektive einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Bedeutung und Veränderungen von Arbeit wie auch die Interessen der Lohnabhängigen werden häufig in der Debatte um „zivilgesellschaftliche“ Akteure unterschlagen.

Ganz anders sieht das gewerkschaftliche Spektrum in vielen peripheren Ländern aus. Hier sind die Auswirkungen der neoliberalen Politik viel direkter zu spüren, fundamentale Interessengegensätze deutlicher. In Ländern wie Südkorea, Brasilien oder Südafrika bilden sich kämpferische Gewerkschaften heraus, die viel stärker den Charakter von sozialen Bewegungen als von bürokratischen Apparaten haben (Moody 1997: 201ff.). Dieser *social movement unionism* (Kim Moody) ist im Vergleich zu den traditionellen Gewerkschaften durch ein anderes politisches Selbstverständnis und andere Organisationsformen ausgezeichnet. Der angestrebte Einflussbereich geht über die Fabrikore hinaus, die Forderungen beziehen sich auf umfassende soziale und wirtschaftliche Veränderungen, Bündnisse mit anderen progressiven Akteuren sind keineswegs rein taktischer Natur (vgl. ebd.: 269ff.). Auch die Frage, wie sich Menschen im sog. informellen Sektor organisieren können, gewinnt an Bedeutung.

In Zeiten der kapitalistischen Globalisierung wird immer deutlicher, dass – obwohl der Nationalstaat das entscheidende politische Terrain bleibt – gewerkschaftliche Organisation zunehmend international erfolgen muss. Das wichtigste Ziel dabei ist, die internationale Konkurrenzsituation der Lohnabhängigen zu unterlaufen. Grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch sowie internationale Kommunikations- und Organisationsstrukturen bilden sich erst langsam heraus. Ein international bekanntes Beispiel ist der Austausch zwischen den US-amerikanischen *United Electrical Workers* (UE) und der mexikanischen *Frente Auténtico de Trabajo* (FAT); zu neuen Formen der Auseinandersetzung in den USA vgl. etwa Lühje & Scherrer (Hrsg.) 1997). Einen avancierten Ansatz internationaler Vernetzung stellt das Netzwerk *Transnational Information Exchange* (TIE) dar (Moody 1997: 249ff.). Andere Ansätze sind die Euromärsche (Offeringer 1999) oder die vielen gewerkschaftlichen Initiativen, die sich mit progressiven Bewegungen, Erwerbslosen oder Flüchtlingen auseinandersetzen und miteinander zu kooperieren versuchen.

■ Die meisten Mitte-links-Regierungen in Europa sind abgewählt. Daran hat die „Bewegungslinke“, die sich enttäuscht von der „Regierungslinke“ abwandte, nicht wenig Anteil. Man redet aneinander vorbei, obwohl beider Positionen gar nicht soweit auseinander liegen. Ein Essay von CLAUS LEGGEWIE

Statt ins Abseits in die Mitte

Reibungen zwischen „Partei“ und „Bewegung“ sind so alt wie die Massenparteien der Linken. Denn Parteien müssen heterogene Interessen bündeln und, einmal an der Regierung, stets „faule“ Kompromisse eingehen, während soziale Bewegungen – wenigstens eine Zeit lang – der reinen Lehre verpflichtet bleiben, ihre Identität pflegen und punktgenaue Kampagnen initiieren können.

Die Sozialdemokratie vor 1914 genau wie später die ökologischen Parteien haben den Streit zwischen Fundis und Realos exemplarisch durchgezertzt; beide lassen sich als Partei gewordene Bewegungen charakterisieren, womit klar wird, dass bei allen Unterschieden die partei- und bewegungsformigen Aktivitäten in einem Mobilisierungszyklus aufeinander folgen und in konflikthaft-kooperativer Arbeitsteilung zusammenwirken können. Die jeweiligen „Fundamentalisten“ – orthodoxe Linke, kompromisslose Pazifisten und reinrassige Umweltschützer – sind häufig marginalisiert worden, während andere Aktivisten eine „realistische“ Wende vollzogen und sich den Konventionen der Parteiendemokratie unterordneten.

Dieses Spannungsverhältnis aktualisiert sich gerade im Gegensatz zwischen Mitte-links-Regierungen und außerparlamentarischen Globalisierungskritikern. Grob kann man eine „Regierungslinke“ von der „Bewegungslinke“ unterscheiden.

Wohl kein europäischer Regierungschef hat die Tobin-Steuer, mit der Kritiker die Globalisierung domestizieren wollen, so wohlwollend begleitet wie Lionel Jospin; unter seiner Ägide fand die Tobin-Steuer Eingang in die parlamentarischen Beratungen. Während Tony Blair sich im Sommer 2001 über die Chaoten von Genua echauffierte, begrüßte Jospin den (friedlichen) Straßenprotest als Vorschein einer weltbürgerlichen Bewegung und Ausdruck des Willens der Mehrheit der Menschheit, die Früchte der Globalisierung gerechter zu teilen.

Dies ist dem Sozialisten nicht gedankt worden: Im Frühjahr 2002 nahmen ihm mehrere linksradikale Präsidentschaftskandidaten so viele Stimmen ab, dass er im zweiten Wahlgang gegen Jacques Chirac nicht antreten konnte. Gegen den an seiner Stelle angetretenen Jean-Marie Le Pen lehnte sich die radikale Linke in erschrockenen Demonstrationen auf, aber seither ist von ihr nicht mehr viel zu hören. Die Sozialisten verloren die anschließenden Parlamentswahlen (1); Chirac herrscht mit einer komfortablen Majorität, wie sie selbst Charles de Gaulle nicht vergönnt war.

So kann es gehen: Man wollte das „gesamte rote Farbspektrum“ aufleuchten lassen – und bekam stattdessen Le Pen vs. Chirac. Heute sitzt „la droite pure et dure“ fest im Sattel, von der Tobin-Steuer ist keine Rede mehr. Die Linke hat den elektoralen Erdbeben wie ein Naturereignis und ohne große Selbstkritik zur Kenntnis genommen, obwohl doch vor allem der Maximalismus dreier totalitärer Bewerber um das höchste Amt Jospin (ironischerweise selbst ein Ex-Trotzkist) zum Straucheln brachte.

Nicht viel anders war es bei der Präsidentschaftswahl in den USA. Auch Al Gore fehlten gegenüber George W. Bush weniger Stimmen, als sie Ralph Nader, der Kandidat der Grünen und Favorit

vieler Globalisierungskritiker, auf sich vereinigen konnte. Gewiss: Al Gore hätte ebenso wenig „linke“ Politik gemacht wie Bill Clinton (und nebenbei gesagt Ralph Nader). Doch seine Umweltpolitik hätte sich unterschieden, und auf internationaler Ebene – von den Klimakonferenzen bis zum Internationalen Strafgerichtshof – wären die USA wohl nicht mit solcher Wucht als Bremser aufgetreten.

Im Herbst 2002 sind so gut wie alle Mitte-links-Regierungen abgewählt, nachdem man noch 1998 ein neues sozialdemokratisches Jahrzehnt heraufziehen sah. Die zwischen Paris und Washington unterschiedlich ausgeprägte, aber stets um einen „Dritten Weg“ zwischen steriler Sozialstaatsverteidigung und Neoliberalismus bemühte „linke Mitte“ droht zwischen der ultraliberalen und der protektionistischen Rechten aufgegeben zu werden. (2) Übrig bleibt Tony Blair, geschützt vor allem durch das Mehrheitswahlrecht.

Unerkennbaren Anteil daran hatte die „Bewegungslinke“, die sich enttäuscht von der „Regierungslinke“ abwandte. Weil sie dort zu viel Entstaatlichung und Deregulierungsprogramm sah, konnten sich viele Mitglieder sozialer Bewegungen nicht mehr zur Wahl des „kleineren Übels“ durchringen. Dies droht auch mit Blick auf den 22. September.

Hier rächt sich die Funkstille, die lange zwischen Bewegungs- und Regierungslinke herrschte. Die Signale von Umwelt-, Frauen und entwicklungspolitischen NGOs kamen bei Grünen und SPD nicht mehr an, obwohl sich die älteren Aktivisten durchaus noch kennen und teilweise übereinstimmende Ziele verkünden. Die in ihrer governementalen Rolle überkompensierende Linke Mitte überhörte die Botschaft der transnationalen Protestbewegung; nach Göteborg und Genua war vom deutschen Außenminister Fischer eine schroffe Distanzierung zu hören. Auch beim Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2002 ließ sich kaum ein Regierungspolitiker der linken Mitte blicken – während die Präsenz des Bundeskanzlers beim gleichzeitigen World Economic Forum im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel unübersehbar war.

Das ändert sich derzeit. Die Kommentare führender Sozialdemokraten zur Globalisierung sind mittlerweile erheblich kritischer geworden (3) und summieren sich zu einem vagen „deutschen Weg“. Auch ist im Bezug auf die mögliche Irak-Intervention der USA die „uneingeschränkte Solidarität“ rhetorisch aufgekündigt worden. Und Fischer lobt Attac. Doch damit ist der Graben für die meisten Globalisierungskritiker nicht überwunden, mehr noch: Viele zeigen sich an dem, was Sozialdemokraten und Grüne veranstalten, nicht mehr im Entferntesten interessiert.

Offenbar sind hier Traditionen einer politischen Sozialisation abgerissen, die die Linke besonders stark tangieren, aber das Parteiwesen und die Inter-

senvertretungen als Ganzes treffen dürften. Der Unterschied zu den 60er- und 70er-Jahren liegt auf der Hand: Damals fungierte die SPD als Transmissionsriemen zwischen sozialer Bewegung und Parteiendemokratie. Und als die SPD in der Ära Schmidt in den Spagat zwischen Arbeitnehmerinteressen und so genannten Postmaterialisten, zwischen pazifistischer Grundstimmung und sicherheitspolitischen Bündniszwängen geriet, stand links von ihr in Gestalt der Grünen ein Auffangbecken bereit. Trotz der ursprünglichen Stillisierung zur Anti-Partei sozialisierten die Grünen zigttausend junger Menschen in das politische System hinein.



FOTO: REUTERS

Im vergangenen Jahrzehnt ist diese Rekrutierungskette im Mobilisierungszyklus fast abgebrochen, weithin herrscht wechselseitige Ignoranz. Bewegungen und Parteien reden aneinander vorbei. So antwortete das grüne Establishment auf den pathetischen Antiamerikanismus der im Herbst 2001 neu aufgestellten Friedensbewegung mit Amerikapahlie. Völlig berechtigte Kritik am amerikanischen Unilateralismus überdeckte Rot-Grün mit diplomatischen Formelkompromissen.

Dabei liegen die Positionen der – mehrheitlich moderaten – Globalisierungskritiker und der Bundesregierung nicht so stark auseinander, wie es den Anschein hat. Beide argumentierten, man müsse jenseits der unmittelbaren Gefahrenabwehr dem Terrorismus den „Nährboden entziehen“ und dazu eine entsprechende Außen- und Entwicklungspolitik auflegen, und beide befürworteten einseitige Maßnahmen der USA gegen die „Achse des Bösen“ eine Friedenskonferenz im Mittleren Osten nach dem Vorbild der KSZE. Die Themen der „alten“ und „neuen“ neuen sozialen Bewegungen sind weitgehend identisch; neu ist, dass sie heute den nationalstaatlichen Politikrahmen sprengen und stärker unter ressortübergreifenden Ansätzen wie „Nachhaltigkeit“ verfolgt werden.

Sieht man von den „Autonomen“ ab, gehört die Bewegungslinke in Gestalt eines ausgefeilten Netzwerkes internationaler NGOs heute insgesamt weit stärker zum politischen Establishment, als dies für die außerparlamentarischen Oppositionen der Jahre 1965–1985 galt.

Was Linksparteien und Protestbewegung trennt, dürfte ein existenzialistisches Motiv sein, das hier und da zu einer mystischen Verklärung der Ursprünge von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen geführt hat, bisweilen unter Einschluss ihrer terroristischen Exzesse. (4)

So kam es zu der bizarren Konstellation, dass sich ausgerechnet die Anhänger einer friedlichen „anderen Welt“ die militanten Ursprünge der realpolitisch gewordenen Barrikaden-Generation zum Vorbild erkoren und sie den „Renegaten“ vorhalten. In der Mediengesellschaft kommen solche Narrative (ein prügelnder Außenminister in spe) besonders gut an. Diese Entfremdung von der parlamentarischen Linken verbindet sich mit einer seit langem wirksamen Tendenz der Distanzierung von der etablierten Politik insgesamt. (5)

Doch das Bild ist differenzierter. Mehr denn je in der deutschen Geschichte bejahen junge Menschen die Demokratie – misstrauen aber den herkömmlichen politischen Organisationen. Stattdessen setzen sie auf informelle Gruppierungen und punktuelle Beteiligung, bevorzugen Demonstrationen und Unterschriftensammlungen – also genau das, was mit „Seattle“ und „Genua“, Greenpeace und Attac assoziiert werden kann. Die vorherrschenden Organisationsformate sind informell und ephemer, während die aus der Arbeiterschaft überkommenen politischen Interessenvertretungen an rasanter Auszehrung leiden.

Als „Entpolitisierung“ kann man das alles nicht klassifizieren. Während Ältere in Talkshows und von Podien herab müde über die angebliche Beteiligungsmüdigkeit der Jugend räsonieren und dabei oft nur Verhaltensmuster der Flakhelfer- oder der 68er-Generation absolut setzen, die selber in Parteien und Bürgerinitiativen führten, arbeiten junge Menschen in einer nie gekannten Vielfalt von Initiativen an konkreten Alternativen: für einen fairen Welthandel, für nachhaltige Entwicklung, für kulturelle Diversität und Gleichstellung der Geschlechter. In diesen als „jugendlich“ (punktuell und situativ) bezeichnete Mobilisierungsformen darf man wohl, neben ressentimentgeladenen Populismus, ein bedeutsames Muster politischen Engagements im 21. Jahrhundert erkennen.

An dieser Bewegung gibt es nichts zu idealisieren. Sie leidet an ihren radikalen Rändern unter einem ungeklärten Verhältnis zur Straßengewalt, in ihr kommen, ebenfalls an den Rändern, links- und rechtsradikale Vermächtnisse zum Vorschein. Auch ist sie als Bewegung ohne (feste) Mitglieder vor allem auf Resonanz in den elektronischen Medien angewiesen und oft in der von ihnen bestimmten Ökonomie der Aufmerksamkeit befangen.

Für die kommenden Jahre muss man sich wohl auf rechte Regierungskoalitionen einstellen. Eine bittere Ironie: Ausgerechnet in dem historischen Augenblick, in dem der globale Kapitalismus erheblich an Legitimität verliert und

eine Kontrolle des schrankenlosen Freihandels (nach Art der Tobin-Steuer) aussichtsreicher geworden ist, werden die möglichen Träger einer Repolitisierung serienweise abgewählt. (6)

Es gibt nun Autoren, die im Niedergang der Sozialdemokratie einen Sieg der Bewegungslinke erblicken. „Nirgendwo sonst in Europa hat es nach dem Scheitern einer linken Sozialdemokratie so wirkungsvolle Protestaktionen gegeben wie in Italien. Diese Erfahrung gibt uns die Gewissheit, dass das Netzwerk der Multitude keine Sozialdemokratie mehr braucht, um zu kampfen und die Welt zu verändern“ (7), schreibt der „neue Theoretiker“ Antonio Negri – der sein altes Ziel, die Vernichtung der reformistischen Linken, nicht aufgegeben hat.

Dabei geht es gerade um das Gegenteil: Regierungs- und Bewegungslinke dürfen sich nicht weiter aus den Augen verlieren. Denn wer, wenn nicht Parteien und Interessenverbände, soll am Ende den gesellschaftlichen Willen bündeln, um politische Entscheidungen durchzusetzen? Wer, wenn nicht sie, kann auch den NGOs die fehlende repräsentativ-demokratische Legitimation verleihen und ihre Forderungen gegenüber mächtigeren gesellschaftlichen Gruppen durchsetzen? Es wird der Zeitpunkt kommen, an dem sich auch jugendliche politische Akteure, anders als der linksradikale Guru, auf die Tugenden von Mitgliedschaft und nachhaltiger Organisation besinnen. Anzeichen dafür sind erkennbar, wenn etwa Attac und die Gewerkschaftsjugend von Verdi und IG Metall gegen die radikale Privatisierung des Gesundheitswesens zusammenwirken. Die Einverleibung der Bewegung ist damit nicht notwendig verbunden.

Statt also über das Anti-Kriegs-Thema die Verparteilichung der sozialen Bewegungen zu betreiben, wie dies manche Globalisierungskritiker im Sinn haben, müssen sich die Parteien der linken Mitte bewegungsartiger und als Netzwerke mit flacheren Hierarchien rekonstituieren – und genau das ist bei den meisten unter den Bedingungen „postmodernen Politik“ längst der Fall. (8)

Ein stärker arbeitsteiliges Verhältnis ist also geboten: Der Beitrag der Bewegungen besteht vor allem im Agenda-Setting, in Mobilisierung und Bereitstellung fachlicher Expertise, während Parteien in der Demokratie ihre klassischen Funktionen der Aggregation und Legitimation von Interessen auspielen können. Die schlechtere Alternative ist, dass sich Regierungslinke und Bewegungslinke in eine verschärfte Konfrontation begeben – um am Ende beide im politischen Abseits zu stehen.

Der Aufsatz erscheint hier in gekürzter Form. In ganzer Länge ist der Text im Septemberheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ abgedruckt.



CLAUS LEGGEWIE, 51, ist seit 1989 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen. Im Jahr 2000 erschien von ihm: „Amerikas Welt. Die USA in unseren Köpfen“ (Hoffmann & Campe). Im vorigen Jahr gab er zusammen mit Richard Münch den Band „Politik im 21. Jahrhundert“ (suhrkamp) heraus. FOTO: ARCHIV

Interview mit Luis Fernando Giraldo, Vizepräsident der Erziehungsgewerkschaft des Cauca

Der Plan Colombia wird vor allem im Süden Kolumbiens umgesetzt. Nicht zuletzt deshalb, weil es dort eine außerordentlich starke soziale Bewegung gibt, deren Organisationen sich untereinander gut vernetzen. Eine von ihnen ist die Regionalgewerkschaft der LehrerInnen, ASOINCA. Sie geht weit über das hinaus, was man unter traditioneller Gewerkschaftsarbeit versteht.



Lehren, lernen, kämpfen

ASOINCA ist eine LehrerInnengewerkschaft. Wer sind eure Mitglieder?

ASOINCA – Asociación de Institutores del Cauca – ist die Gewerkschaft der Primar- und SekundarstufenlehrerInnen des Cauca-Departements. Sie wurde 1937 gegründet. Mitglieder unserer Gewerkschaft sind Lehrer und Lehrerinnen aus afrokolumbianischen, indigenen und mestizischen Gemeinden. Bis 1995 lag unsere Mitgliederzahl bei 3500. Aktuell sind jedoch von insgesamt 11 500 LehrerInnen des Departements 9500 Gewerkschaftsmitglieder. 60 Prozent davon sind Frauen.

Wie sieht eure Arbeit aus?

Unsere Gewerkschaft ist seit sieben Jahren in einem Veränderungsprozess. Grundlegend dafür war eine Umkehr in der Finanzpolitik. Sie ist auf Wachstum und den Einigungsprozess der Organisation ausgerichtet. Der Gewerkschaftsbeitrag beträgt 0,7 % des monatlichen Grundgehältes. Unsere erste Aufgabe war es, die Organisation an sich und die freiwillige Beteiligung der Leute an den Gewerkschaftsaktivitäten zu stärken, um sozusagen vom „Beruf“ Gewerkschafter loszukommen. Die Mittel der Gewerkschaft werden transparent verwaltet. Ihr Bestim-

mungszweck wird bei Kreisversammlungen festgelegt.

Wichtig ist für uns die Schulung der LehrerInnen und ihre wirkliche Teilhabe an den Entscheidungen. Wir haben das Forschungs- und Studienzentrum für die Lehrenden umstrukturiert, eine regionale pädagogische Zeitschrift gegründet, haben als Gewerkschaft eine öffentliche Bücherei und eine Videothek für Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen eingerichtet. Diese Videothek führt heute über 1000 Videos über Bildung und soziale Bewegungen in Lateinamerika. Außerdem haben wir eine Beerdigungszulage für die Familien von verstorbenen LehrerInnen und einen Gesundheitszuschuss für das Lehrpersonal eingerichtet. Wir wollen die Mittel der Gewerkschaft so ausgeben, dass sie in der Lage ist, die Arbeitsreformen der gegenwärtigen Regierung zu kontern. Die Regierungspolitik orientiert sich an den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der internationalen Banken.

Wie ist eure Gewerkschaft organisiert und wie ist die Beziehung zur nationalen Ebene?

ASOINCA hat einen Vorstand, der alle drei Jahre gewählt wird. Er besteht aus 11 Mitgliedern. Ein Delegiertenplenum vertritt die Komitees und Unterkomitees von

41 Municipien (Landkreisen) des Cauca-Departements. In Bezug auf die nationale Erziehungsgewerkschaft, *Federación Colombiana de Educadores – FECODE* –, ist ASOINCA autonom, da wir in Fragen der regionalen Bildungspolitik unsere eigenen Entscheidungen fällen. Aber national beteiligen wir uns an der Beschlussfassung zu den Positionen gegenüber dem Staat und der vom IWF auferlegten Bildungspolitik.

Unsere Gewerkschaft pflegt auch enge Beziehungen zu anderen sozialen Organisationen. Unsere Mitglieder sollen sich auch bei Bauern-, Indigena- und Basisorganisationen engagieren. Das hilft ihnen, von der einschränkenden Berufsrolle wegzukommen, die ihnen in den staatlichen Programmen zugeschrieben wird. Wir Lehrenden dürfen nicht nur unterrichten, sondern müssen vor allem Lernende sein. Wir müssen uns in die Probleme der Gemeinden einfühlen und einfinden, die Notwendigkeiten ihrer Kämpfe verstehen lernen. Der Kampf für ein staatliches und öffentliches Bildungswesen ist für uns ein Kampf im Dienst der unterdrückten und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen. Der Staat hingegen versucht, die gesamte Bildungsstruktur und die humanen und technischen Ressourcen so auszurichten, dass sie letztendlich dem Profit des Privatkapitals dienen.

Ir ganz Lateinamerika hat das öffentliche Bildungssystem große Probleme. Was sind die wichtigsten Probleme des Bildungswesens in Kolumbien?

Es ist wesentlich, zwischen öffentlicher Bildung und staatlicher öffentlicher Bildung zu unterscheiden. Denn private Einrichtungen können mit dem Staat Verträge abschließen und Dienstleistungen öffentlicher Bildung anbieten. Wir verteidigen ein staatliches öffentliches Bildungssystem. Es ist nicht nur wichtig, dass der Staat die Bildung der Bevölkerung finanziert, sondern auch, dass er die Bildungshoheit ausübt.

Die Regierung von Andrés Pastrana hat seit 1998 einen Prozess eingeleitet, der das Finanzierungssystem von öffentlicher Bildung und Gesundheit reformiert. Diese Reform verändert das Finanzierungsmodell der öffentlichen Erziehung, das vorher die Finanzierung des Bildungsangebotes zur Grundlage hatte. Es wird von dem der Bildungsnachfrage ersetzt.

Bis 2001 war der kolumbianische Staat laut Verfassung dazu verpflichtet, das Erziehungsangebot zu finanzieren. Dies garantierte, dass in den allgemeinen Staatsausgaben jährlich ein Bildungsbudget vorgesehen war, um das Funktionieren des Bildungssystems unter mehr oder weniger normalen Bedingungen zu finanzieren und die kostenlose Grundbildung für die gesamte Bevölkerung zu sichern. Die Verfassung von 1991 sieht sowohl die staatliche Finanzverantwortung wie die Bildungsautonomie vor. Trotzdem forderten die Weltbank und der IWF, die Mittel des Staatshaushaltes umzuwidmen, um die Zinszahlung der Auslandsschulden zu garantieren. Deshalb wurde ein Übergangsfonds geschaffen, der bis 2008 den Weg von einer staatlichen öffentlichen Bildung zu einer privaten öffentlichen Bildung ebnet. Der Fonds soll nur an mittellose SchülerInnen Zuschüsse bereitstellen. Der Staat wird lediglich für die „Ärmsten unter den Armen“ aufkommen, alle anderen müssen selbst das Bildungsangebot bezahlen.

Gegen das Gesetz 508, das sich darauf bezieht, hat die Bildungsgewerkschaft FE-CODE eine Strafanzeige gestellt. Ihre Anzeige trug ein Jahr später Früchte, denn das Gesetz wurde wegen Verfassungswidrigkeit annulliert. Aber 2000 intervenierte die Regierung und schlug eine Verfassungsreform der Artikel 346, 356 und 357 vor, in denen die staatliche Verpflichtung der Bildungsfinanzierung festgeschrieben ist. FE-CODE rief zu einem Generalstreik auf, um diese Verfassungsreform zu verhindern. Aber im Juni 2001 stimmte der Senat

mit Mehrheit der Reform zu. Damit wird ein neues System der Finanzierung der staatlichen öffentlichen Bildung eingeleitet, dessen wichtigste Prämisse ist, den Staat von der Verpflichtung zu entheben, die gesamten Bildungskosten zu übernehmen. Er kann diese Mittel für die Zahlung der Auslandsschulden freisetzen. Es ist paradox, dass der Staat die Verantwortung für die Finanzierung der Bildung an die Bevölkerung abgibt, aber die Überwachung der akademischen Orientierung beibehält. Die Kontrolle der Bildungsprogramme, Curricula sowie standardisierte Evaluierungen durch den Staat sind ebenfalls Forderungen des IWF und der Weltbank.

Wie wirkt sich dies auf die Situation der Beschäftigten im Bildungssektor aus?

Die Verfassungsreform bestimmt neue rechtliche Regelungen, die in Gesetz 120 festgelegt sind. Es wird voraussichtlich Anfang 2002 verabschiedet. Die Reform ändert das Angestelltenverhältnis der Lehrenden. Bisher waren sie beim Staat angestellt. Jetzt findet eine Flexibilisierung statt. Sie haben Arbeitsverträge mit privaten und lokalen Einrichtungen. Auf Gewerkschaftsebene bedeutet das eine Atomisierung der Kämpfe und ein allmähliches Verschwinden der Gewerkschaften im staatlichen Sektor. Ein US-Funktionär sagte: „Wir müssen das Rückgrat der FECODE und ihrer Regionalverbände brechen.“ Mit dieser Reform wird praktisch die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes zerstört.

In Deutschland wird es sehr positiv bewertet, dass bei den letzten Regionalwahlen Floro Tunubalá gewonnen hat. Er ist der erste indigene „Ministerpräsident“ in der Geschichte Kolumbiens. Welche Veränderungen gibt es unter seiner Regierung – besonders was die Bildung betrifft?

Unser regionales Problem muss man aus nationaler und internationaler Perspektive sehen.

Floro Tunubalá hat vor allem wegen zwei Faktoren die Wahlen gewonnen: einmal wegen der Mobilisierung des Südwesten Kolumbiens, der sog. Marcha del Suroccidente Colombiano im Jahr 1999. Der zweite Faktor war der Prestigeverlust des vorherigen Gouverneurs, des Liberalen Cesar Negret Mosquera. Dieser Gouverneur wurde wegen seiner Bildungs- und Gesundheitspolitik gehasst. Ein weiterer Punkt gegen ihn war, dass er hinter dem Rücken der Gemeinden die Mittel aus dem Verkauf des Wasserkraftwerkes La Salvajina im Nord-Cauca verteilt hat.

Man kann nicht erwarten, dass sich in der kurzen Zeit seit dem Amtsantritt von F. Tunubalá die Bildungschancen im Departement direkt verbessern. Zwischen ihm und unserer Gewerkschaft besteht Dialog- und Kooperationsbereitschaft. Aber die Regionalregierung ist verpflichtet, die nationalen Gesetze umzusetzen, die gegen eine staatliche öffentliche Bildung und Gesundheit sind. Das ist problematisch, da dadurch das basisbezogene Mandat von Floro Tunubalá in Frage gestellt wird. ASOINCA ist bereit, den Gouverneur zu stärken, um sich den Forderungen von IWF und Weltbank zu widersetzen.

Welche Ziele hatte die Mobilisierung des Südwestens 1999? Wie lief der Protest ab, was wurde erreicht?

Die endlosen wirtschaftlichen Probleme infolge der staatlichen Politik für den ländlichen Raum, Privatisierungen, die Auslieferung unseres Landes an Multis, die Verschuldung der Bauern, Umweltprobleme, die Zerstörung der Wälder durch das irische Unternehmen Smurfit, die Auswirkungen der extensiven Viehzucht in der Region El Patía, fehlende Verkehrswege, die Vertreibung der ländlichen Bevölkerung, das Nicht-Erfüllen von Vereinbarungen durch den Staat – all dies war Ausgangspunkt für unsere riesige Protestaktion. Der „Große Marsch des Südwestens Kolumbiens“ wurde von elf Bauernorganisationen und Gewerkschaften einberufen, wozu sowohl der Gewerkschaftsdachverband CUT als auch ASOINCA gehörten. 26 Tage lang haben 50 000 Menschen die Panamericana blockiert, die auf dem Weg von Ecuador durch unsere Region führt. In den Gemeinden und in Popayán wurden täglich Unterstützungsaktionen organisiert.

Der Staat forderte die Demobilisierung des Protestes, um in Verhandlungen einzutreten. Aber aufgrund der Stärke der Bewegung mussten die Minister vor Ort, bei der Blockade, verhandeln. Natürlich gab es Bestrebungen, die Protestbewegung einzuschüchtern und abzuwerten, sie mit der Guerilla in Verbindung zu bringen. Vier Heeresbataillone wurden extra nach Popayán verlegt. Am zweiten Tag der Blockade wurde versucht, die Panamericana gewaltsam zu räumen. Acht Personen wurden umgebracht.

Wichtige Forderungen waren eine Agrarpolitik zugunsten von Kleinbauern und Indigenas, Umweltprogramme, die von den Gemeinden selbst durchgeführt werden, Infrastruktur, d.h. Kläranlagen, Elektrifizierung, Telefon für den ländlichen Raum, Maßnahmen gegen die Arbeitsre-

form im Bildungsbereich, d.h. Anstellung der LehrerInnen auf nationalstaatlicher Ebene. Politisch wird diese Mobilisierung allgemein als Erfolg bewertet. Es gab konkrete Resultate: Land für Bauern, Finanzierung von Umweltprojekten, Mittel für Bildung und Gesundheit sowie für Infrastruktur. Bisher hat die Zentralregierung 50 Prozent ihrer Verpflichtungen infolge der Vereinbarungen eingelöst.

Der Süden Kolumbiens ist eine prioritäre Region für die Umsetzung des Plan Colombia. Was heißt das konkret? Hat der Plan Colombia eine direkte Auswirkung auf die Lehrerschaft und die Gewerkschaftsmitglieder?

Der Plan Colombia, dessen Reichweite jetzt auf den Anden-Raum ausgedehnt ist – er heißt jetzt auch Plan Andino – ist eine Strategie zur Enteignung des Landes der Kleinbauern. Dafür wird eine paramilitärische Praxis angewendet, die drei wichtige Aspekte enthält: Zum einen die militärische Vorgehensweise, die die Zerstörung der sozialen Organisationen, die Ermordung ihrer Führungspersonen und die gewaltsame Vertreibung der Gemeinden beinhaltet. Das Land von Bauern und Indigenas wird mittels Terror und Einschüchterung enteignet.

Die wirtschaftlichen Ziele dabei sind die Stärkung des Großgrundbesitzes, der extensive Anbau von Coca und Schlafmohn, die Schaffung günstiger Bedingungen für den Abbau von Gold, Kohle, Erdöl, die Anlage von Monokulturen (Broccoli, Spargel, Zitrusfrüchte, Blumen, Kautschuk, Nadelwald), sowie der Bau eines weiteren Staudamms im Süd-Cauca.

Aus psychologischer Sicht schließlich wird durch Terror die Zukunft der Gemeinden konditioniert. Der Paramilitarismus ist ein kriminelles Programm, das sich auf die Mechanismen von Straflosigkeit gründet. Wenn Morde von Führungspersonen vor den Augen ihrer Familien und der Gemeinden geschehen, dann hat das zum Ziel, alle einzuschüchtern, die Botschaft ist, dass sich niemand mehr sozial engagieren soll. „Plan Colombia“ ist die Bezeichnung für eine Summe von Initiativen und Programmen, die auf die Zerstörung von Organisationen, die gewaltlosen Widerstand leisten, abzielen.

Die Führungsleute der sozialen Organisationen des Cauca, einschließlich von eurer Gewerkschaft, sind oft Opfer von Morddrohungen und selbst von Ermordungen. Wie sieht die derzeitige Situation der Gewerkschaftsspitze und euren Mitgliedern aus?

Von unserer Gewerkschaft wurden bisher 45 Mitglieder ermordet. Unser Vorstand und leitende Mitglieder sind von den Paramilitärs (AUC) bedroht. Mehrere Betroffene mussten deshalb weggehen. Der Staat hat keine Sicherheitsmaßnahmen

Gemeinden übereinstimmt. Wir versuchen ihre Identität zu fördern und gehen weniger von uns selbst aus. In der Tat wissen wir nicht, ob die Rechte und das Arbeitssystem, für das eine Gewerkschaft kämpft, nicht nur Symptom für einen



Auch ihr soll die Schule wegprivatisiert werden

für die Gewerkschaft ergriffen, obwohl er anerkennt, dass das Sicherheitsproblem der Gewerkschafter im ganzen Land, besonders in unserer Region, gravierend ist. Unsere Gewerkschaft befindet sich in der gleichen Situation wie alle anderen sozialen Organisationen, die an der Mobilisierung 1999 teilgenommen haben. Sogar der Gouverneur, Floro Tunubalá, ist in Gefahr. Aber viele Menschen, die von den Paramilitärs verfolgt und umgebracht werden, bleiben anonym. Über 300 Menschen von den sozialen Organisationen unserer Region wurden schon umgebracht.

ASOINCA geht in ihrer Praxis über die traditionelle Gewerkschaftsarbeit hinaus. Ihr arbeitet auch mit ländlichen Gemeinden. Wie sieht diese Arbeit konkret aus?

Die Campesin@s und Indigenas leben völlig anders als die meisten Lehrer und Lehrerinnen. Ihre Bildung erfolgt nicht so sehr in den Schulen, sondern bei ihren Versammlungen und während der mingas, der Gemeinschaftsarbeit. Zwischen Unterrichtsstoff und Lebensrealität der Gemeinden besteht oft ein grundlegender Widerspruch. Die Schule scheitert, wenn sie nicht das Leben an sich mit einbezieht.

Die Gemeinden bauen andere Beziehungen untereinander und mit der Natur auf. Wir entwickeln eine Praxis, die mit der Dynamik der ländlichen und indigenen

Mangel sind, Symptom für eine gesellschaftliche Krankheit, deren tödliche Strukturen in der Entfremdung der Arbeit wurzeln. Wenn ein Bauer lohnabhängig wird, hat er irgendwie schon seine Seele verloren, denn seine Seele ist sein Land.

Wir versuchen gemeinsam mit den Gemeinden eine andere Lebensform zu erreichen. Wir lernen von ihnen, das traditionelle Saatgut zu bewahren, das die Firmen Monsanto und Novartis patentieren wollen, um es danach wieder an uns zu verkaufen. Deshalb beteiligen wir uns auch an der Verteidigung des Landes der Kleinbauern und Indigenas, am Schutz ihres Wissens über Land und Ressourcen. Wir fördern die Kontrolle dieses Wissens durch die Gemeinden. Diese Kontrolle wird nicht von Spezialbehörden und Universitäten ausgeübt, die mit diesen Kenntnissen handeln, sondern von sozialen Organisationen. Die wichtigsten Punkte unserer Arbeit mit den Landgemeinden sind deshalb Selbstversorgung, diversifizierter Anbau, Wiedergewinnung von traditionellem Saatgut und traditionellen Kenntnissen über Anbaumethoden sowie Bildung in gemeinschaftlicher Arbeit. Wir versuchen unsere Bildungszentren an die Prozesse von gewaltfreiem gemeinschaftlichem Widerstand anzubinden. ♦

Die Fragen von Bettina Reis wurden von Luis Fernando Giraldo im Dezember 2001 schriftlich beantwortet.

ila, Nr. 212
Februar 1998



Lokal denken, lokal handeln

Organisationsprozesse auf dem Land - Das Beispiel Guatemala

Der MST in Brasilien und die revoltierenden chiapanekischen Campesinas/os sind derzeit die bekanntesten Gruppen einer immer stärker werdenden Landbewegung in Lateinamerika. Demonstrationen in Ecuador zeugen hiervon ebenso wie Landbesetzungen in Paraguay, Honduras oder El Salvador. Auch in Guatemala verzeichnen Campesina/o-Organisationen seit Anfang der 90er Jahre einen starken Zulauf. Mittlerweile bilden sie auf nationaler Ebene die stärkste soziale Bewegung.



Eigentlich ist es schwierig, von der guatemalteckischen Campesina/o-Bewegung zu sprechen. Denn mit dem Begriff Campesina/o bezeichnen sich sowohl Landlose, deren Zahl zur Zeit auf 400 000 Familien geschätzt wird, als auch mehrere hunderttausend Familien mit Kleinstparzellen sowie LandarbeiterInnen. In Guatemala kommt zudem der Bevölkerungsteil hinzu, der während des Bürgerkrieges vor der Repression des Militärs geflüchtet ist und nun nach Kriegsende auf das eigene Land zurück möchte. Die Gruppen eint – und dies läßt sie zu einer Bewegung werden – die Forderung nach Land, das für sie nicht mehr und nicht weniger bedeutet als eine Möglichkeit, das Überleben ökonomisch abzusichern.

Dieses unmittelbare Interesse spiegelt sich in der Struktur der guatemalteckischen Campesina/o-Bewegung wider, die ihre Basis in vielen einzelnen *Comunidades* hat. *Comunidad* bedeutet auf deutsch Gemeinde. Wenn aber beispielsweise die derzeit stärkste Einzelorganisation von Bauern und Bäuerinnen Guatemalas (CONIC) angibt, in ihr seien 148 *Comunidades* organisiert, sind damit nicht nur gesamte Dörfer, sondern auch Ortsgruppen oder Zusammenschlüsse von LandarbeiterInnen gemeint. Den Anstoß für eine Gemeinde, sich zusammenzuschließen, bildet eine konkrete Auseinandersetzung: Eine Gemeinde wurde durch einen Großgrundbesitzer von ihrem Boden vertrieben, Familien haben eine Gruppe gebildet und fordern Land oder PlantagenarbeiterInnen kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Die nationale Politik spielt dabei meist eine untergeordnete Rolle, internationale Zusammenhänge wie der vielbeschworene Neoliberalismus sind kaum im Blickfeld. Allerdings besteht ein diffuses Bewußtsein für die Einbettung des konkreten Problems in Zusammenhänge, die von Reichen und Mächtigen bestimmt werden. Das bedeutet, daß es den Menschen nicht um einen Kampf für übergeordnete politische Ziele geht. Die Organisierung auf lokaler Ebene stellt vielmehr den ersten Schritt dar, sich

von der tradierten und erfahrenen Ohnmacht gegenüber dem direkt erlittenen Unrecht zu befreien und die eigene Lebenssituation zu verbessern.

In den Dörfern Guatemalas gibt es eine Vielzahl von „Gruppen zur Land-suche“ ebenso wie Ortskomitees, die für Trinkwasserversorgung, Schulen oder eine Asphaltstraße eintreten. Die

meisten dieser Gruppen verstehen sich selber nicht als Teil einer Bewegung, da sie mit ihrem Anliegen den lokalen Rahmen nicht überschreiten und sich auf nationaler Ebene kein Gehör verschaffen können. Die Forderungen der Gruppen ähneln allerdings denen von Gemeinden, die sich einer nationalen Organisation anschließen. Von daher bilden sie einen Teil der Landbewegung, auch wenn dieser nur schwer faßbar ist. Für nationale Campesino/a-Organisationen liegt hier ein großes Mobilisierungspotential.

Viele Gemeinden suchen oft erst nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen, alleine in ihrem Kampf voranzukommen, Unterstützung bei einer größeren Organisation. Die Kontaktaufnahme läuft über verschiedene Wege. Viele Gruppen erhalten Namen und Adresse einer Campesina/o-Organisation durch Mund-zu-Mund-Propaganda, über Menschenrechts- oder Indígenagruppen, die vor Ort arbeiten, oder über fortschrittliche Priester der katholischen Kirche. Oft läuft der Kontakt auch so, daß Campesinas/os sich mit ihrem jeweiligen Problem an eine Gemeinde wenden, die bereits im Landkampf steht und dadurch regional bekannt geworden ist. Die nationalen Verbände unterhalten ihrerseits ein System von RegionalkoordinatorInnen, um die lokalen Gruppen zu

vernetzen. „Die Gemeinden sollen sich über ihre Probleme, Erfahrungen und Wünsche austauschen, sie sollen voneinander lernen und sich gegenseitig Mut machen“, bezeichnet Rafael Ordóñez, einer der Regionalkoordinatoren von CONIC, das Ziel seiner Arbeit. Ihm kommt die Aufgabe zu, die lokale Basis politisch zu schulen und deren Forderungen an das CONIC-Büro in der Hauptstadt weiterzugeben. Zugleich bildet er für abgelegene Gemeinden oft eine Verbindung zur Außenwelt, dient als Anlaufstelle für juristische Fragen und stimmt lokale Aktivitäten – Demonstrationen, Besetzungen oder Verhandlungen mit Großgrundbesitzern – zeitlich und politisch mit den landesweiten ab.

Ihre innere Struktur bestimmen die Gemeinden selbst, nachdem die nationalen Führungen ihre Basis lange Zeit auf einen kollektiven Gemeindeaufbau orientierten. In Zeiten der äußeren Bedrohung war dies auch ein funktionierendes Modell, wie die Erfahrungen der „Widerstandsdörfer“ zeigen, in denen sich Anfang der 80er Jahre Repressionsflüchtlinge zusammenschlossen. Aufgrund der massiven Bedrohung durch das Militär bildeten die Menschen Kollektive, was für sie über Jahre der einzige Weg zum Überleben darstellte. Seitdem die äußere Bedrohung sank, setzten sich – bei einem nach wie vor solidarischen Umgang untereinander – zunehmend individuelle Lebenskonzepte durch. Ähnliche Entwicklungen haben Gruppen gemacht, die Land erkämpft haben: Die Organisationsstruktur der Kampfzeit zerfällt nicht, doch ist der enge Zusammenhalt unter vergleichsweise normalen Bedingungen nicht aufrechtzuerhalten. Diese Erfahrungen haben die nationalen Organisationen aufgenommen und in ihre Arbeit integriert: Ihre VertreterInnen diskutieren mit den Gemeinden über das jeweils günstigste Organisationsmodell – Kooperative, Agrarvereinigung, Kleinbetrieb –, da sich jeweils unterschiedliche Vor- und Nachteile ergeben. Die Wahl erfolgt nach den Kriterien des größtmöglichen ökonomischen Nutzens und geringsten staatlichen Einflusses in innere Gemeindeangelegenheiten. Abseits der Romantik von internationalen Solidaritätsgruppen hat zudem die Basisdemokratie in Volksorganisationen ihre Grenzen: Sowohl lokale Gruppen sind hierarchisch aufgebaut, was sich unter anderem in der Vielrednerie einiger Männer bei Gemeindeversammlungen (das ist ja wie bei den Ila-Sitzungen – der manchmal vielredende Sáz.) äußert, als auch nationale Organisationen, die oft stark von Führungspersönlichkeiten abhängen.

In Guatemala existiert eine Vielzahl von regionalen und nationalen Campesina/o-Organisationen. Die meisten entstanden mit Unterstützung der Guerilla, für die dies

Teil ihrer Massenarbeit war. Die Gruppen bildeten sich entsprechend der Operationsgebiete der drei größten Teilorganisationen der Guerilla und nach der jeweiligen Lebenssituation – beispielsweise als Kleinbäuerinnen/-bauern oder als Flüchtlinge. Hieraus entwickelten sich sowohl unterschiedliche Organisations- als auch Politikansätze. Trotz einer lange Zeit proklamierten Einheit der Bewegung war eine Zusammenarbeit untereinander oft schwierig. Die Streitpunkte sind letztlich nicht klar auszumachen, dürften aber in der Hauptsache in Strategie- und Proporzfragen gelegen haben. Nur langsam bröckeln die Mauern zwischen den einzelnen Organisationen: 1994 wurde eine nationale Koordination (CNO) gegründet, in der mittlerweile 14 Campesina/o-Verbände zusammenarbeiten. Doch ist die CNO bislang eher ein Diskussionsforum denn eine schlagkräftige Instanz.

Bewegung im Wachsen

In den letzten Jahren verzeichneten die CNO-Organisationen einen verstärkten Zulauf, was mit den nationalen Rahmenbedingungen zusammenhängen dürfte: Mit dem Ende der Militärdiktatur und des Bürgerkrieges hat sich in Guatemala formal ein demokratisches System durchgesetzt. Die politischen Handlungsspielräume, für soziale Forderungen einzutreten, wuchsen. Dadurch verloren viele Menschen in ländlichen Gebieten, die bis vor kurzem noch fest im Griff des Militärs waren, die Angst, sich zu organisieren. Andererseits hat sich an den Macht- und Besitzverhältnissen nichts verändert, vielmehr verschärfte sich die Lebensbedingungen für die Landbevölkerung unter den sogenannten Strukturanpassungsprogrammen.

Die Campesina/o-Koordination tritt für einen Forderungskatalog ein, der sich an der konkreten Situation im und auf dem Land ausrichtet. Ihre Anliegen lassen sich in zwei Blöcken bündeln. Zum einen geht es ihnen um den Zugang zum Produktionsmittel Land, um es sowohl zum Anbau von Grundnahrungsmitteln für den Eigenverbrauch als auch zur marktorientierten Produktion zu nutzen. Vom Staat fordern die Campesinas/os dabei, die in den Händen weniger konzentrierte landwirtschaftliche Nutzfläche umzuverteilen. Zudem soll er den Besitz juristisch absichern, Produktionskredite und Vermarktungshilfen zur Verfügung stellen und die Infrastruktur verbessern.

Zum anderen tritt CNO für eine grundlegende Demokratisierung des politischen Systems ein, da trotz des Friedensschlusses die Landbevölkerung nicht in politische Entscheidungsprozesse einbezogen

wird und weiterhin eine Clique von schwerreichen Unternehmern, Großgrundbesitzern und Militärs das Land beherrscht. Auch wird beklagt, daß formale Demokratie und größere Freiräume zur Wahrnehmung bürgerlicher Rechte letztlich nur Feigenblätter sind, um die Unterschiede zwischen arm und reich durch neoliberale Reformprogramme zu verfestigen.

Nimmt man diese beiden Kernforderungen nach Land und politischer Beteiligung zusammen, ergibt sich eine Kombination von politischer Brisanz. Der Schritt, von hier aus auf nationaler Ebene die Machtfrage zu stellen, ist nicht weit. Denn Großgrundbesitz ist in dem Agrarland Guatemala nach wie vor eine wichtige Reichtumsquelle und damit auch Machtbasis, die von der Politik abgesichert wird. Zwar schwingt die Machtfrage im Kampf der Campesinas/os mit, die Forderungen sind aber in erster Linie auf die lokalen Probleme gerichtet, auf die konkreten Auseinandersetzungen. Auf nationaler Ebene verfolgen die Organisationen daher eine Politik der Anklage von Ungerechtigkeiten und Übergriffen. Ein Grund hierfür liegt sicherlich darin, daß es an übergreifenden Konzepten für eine alternative Gesellschaftsstruktur fehlt. So ist es ein Zeichen von politischem Realitätssinn, wenn innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems nur mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und mehr Demokratie gefordert wird.

Dies spiegelt sich auch auf internationaler Ebene wider. Im November vergangenen Jahres trafen sich in Brasilia 338 Delegierte von 49 Campesina/o-Organisationen aus 23 Ländern zum zweiten Kongreß der Lateinamerikanischen Koordination der Landorganisationen (CLOC). Dessen Abschlußerklärung dreht sich in erster Linie um das Ziel, würdige Lebensbedingungen für die Landbevölkerung durchzusetzen. Hierzu gehören neben der Schaffung eines gleichberechtigten Verhältnisses zwischen Männern und Frauen, der Achtung von kulturellen Unterschieden und der Erhaltung der natürlichen Umwelt eben auch eine umfassende Agrarreform und die Teilhabe am politischen System. Das Papier liest sich wie ein Mosaik von Forderungen, ohne daß ein komplettes Bild eines alternativen Gesellschaftsmodells entsteht. Gemeinsam ist den Forderungen, daß sie den konkreten, drängenden Bedürfnissen der Landbevölkerung in Lateinamerika entspringen. Sie sind der Ausdruck einer Landbewegung, die immer weiter wächst. Oder wie es in der Abschlußerklärung heißt: „Es gibt praktisch keine Region Lateinamerikas, die nicht Schauplatz der Kämpfe von Landorganisationen ist.“

Werner Lamotte

NGO oder soziale Bewegung? Das Beispiel der Frauenorganisation Mérida Amaya Montes

Politik trotz Projekten

Das Interview mit A.E. geht der Frage nach, was es für eine Basisorganisation bedeutet, wenn sie mit NGO-isierung konfrontiert ist. A.E. ist 1993 in El Salvador zur Frauenorganisation MAM gestossen, zuerst als freiwillige Auszubildnerin, dann als Vertreterin eines Schweizer Hilfswerkes und, nach ihrer Rückkehr in die Schweiz, als gewähltes Mitglied. Sie hat die Prozesse und die Erfahrungen der Organisation seit der Gründung aus nächster Nähe mitverfolgt, in einer politisch widersprüchlichen Position: als compañera und als Vertreterin einer finanzierenden NGO.

V o n R e g u l a F l u r y

Die salvadorianische Frauenorganisation Mérida Amaya Montes (MAM) wurde 1992 nach den Friedensabkommen von Frauen der Befreiungsbewegung FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) gegründet. Sie ist eine autonome, dezentral im Land verankerte Frauenorganisation. Das MAM organisiert rund 3000 ehemalige Guerillakämpferinnen und Frauen aus dem Exil, hat eine Vereinsstruktur mit einer Geschäftsleitung und verfügt über drei Regionalstellen und die Casa Nacional, den Hauptsitz, in San Salvador. In den einzelnen Dörfern gibt es Frauengruppen, die über die Regionalstellen zusammengefasst sind. Die Arbeit des MAM adressiert sich an die Frauen in den Dörfern und städtischen Elendsvierteln, aber auch an Fabrikarbeiterinnen oder Bäuerinnen. Mérida Amaya Montes war Lehrerin und im Krieg die zweitwichtigste Führungsperson der grössten Guerillaorganisation. Als Folge von Richtungskämpfen wurde die Vertreterin einer basisorientierten Politik vom Vorsitzenden ermordet, weil sie eine andere politische Meinung vertrat. Die Namensgebung versinnbildlicht die Verpflichtung gegenüber ihrem Politikverständnis.

Ich würde gerne mit dem Thema Finanzierung beginnen. Da die Frauen zuwenig Geld haben für Mitgliederbeiträge, ist das MAM vollständig auf Fremdfinanzierung angewiesen. Woher kommen die Gelder?

Von europäischen, US-amerikanischen und z.T. australischen Hilfswerken. Aus der Schweiz z.B. vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH). Dieses finanziert über Gelder der DEZA, aber auch über Eigenmittel Projekte des MAM. Dann finanziert die

österreichische Kooperation, ein Hilfswerk, das mit staatlichen Mitteln arbeitet, über ein weiteres Hilfswerk ein ökonomisches Projekt.

Haben die Geldgeber einen Einfluss auf die Projektinhalte?

Die Politik der Geldgeber bestimmt, welche Projektinhalte «in» oder «out» sind. «Out» ist politische Arbeit. Was auch kaum mehr finanziert wird, sind feministische Bildungsprojekte. Generell ist die Finanzierung reiner Frauenprojekte schwieriger geworden. Im Gesundheitsbereich war es eine zeitlang relativ einfach, Finanzierung für kleine Kliniken zu finden, Gesundheitsposten mit einem minimalen, auf Frauen zugeschnittenen Basisgesundheitsangebot. Da die staatliche Gesundheitsversorgung absolut schlecht ist und die Frauen kein Vertrauen in sie haben, sind sie auf diese privaten Gesundheitsposten angewiesen. Es wurden viele Gesundheitsposten eingerichtet, wovon ein Teil nun mangels Finanzierungsmöglichkeiten wieder schliessen musste.

In Mode ist hingegen die «Armutsbekämpfung», das sind sog. produktive, also ökonomische Projekte wie das Kleinkreditprojekt des MAM. Nach dem Vorbild der Grameen-Bank werden sog. «solidarischen Gruppen» von Frauen Kleinkredite gewährt, die sie dann mit Zinsen als Gruppe zurückzahlen müssen. Sonst bekommen sie keinen neuen Kredit. Dies erzeugt einen enormen Druck untereinander, die Frauen müssen sich gegenseitig kontrollieren. Wer nicht rechtzeitig zurückzahlt, fliegt aus der Gruppe raus. Die Solidarität wächst da trotz des Namens nicht. Hinzu kommt eine geschlechtsspezifische Komponente: Frauen sind im Gegensatz zu Männern sehr pflicht-

bewusst und häuslicherisch. Frauen sind die besseren Kreditrückzahlerinnen. Die Idee hinter den Kleinkreditprojekten ist, dass die Frauen sich selber darum kümmern sollen, wie sie aus der Armut herauskommen, und dass sie nicht, z.B. gegenüber der Regierung, ihre Rechte einfordern – letztlich bedeutet das eine Privatisierung und Individualisierung des Problems.

Finanziert werden generell eher privatisierende als politische Projekte, welche eine Selbstorganisation der Menschen zur Folge hätten. Zudem ist es schon ein Erfolg, wenn eine einjährige Finanzierung zustande kommt. Unter diesen Voraussetzungen ist eine kontinuierliche Arbeit schwerlich möglich.

Ist die Finanzierung eines Projektes mit Bedingungen bezüglich dessen Gestaltung und Struktur verbunden?

Ja, ein Beispiel dafür ist der sog. «marco lógico», d.h. die zielorientierte Planung. Das ist eine komplizierte Methodik, mit der Projektplanung, -durchführung und -auswertung weitgehend bestimmt werden und in der zuerst wir HilfswerkvertreterInnen, anschliessend auch die MAM-Frauen in San Salvador ausgebildet wurden. Von Anfang an wird darin festgelegt, welche Resultate erwartet werden, welches die Indikatoren dafür sind und wie das gemessen wird. Entwicklungsprozesse, also organisations- oder bewusstseinsbildende Prozesse, können damit nicht erfasst werden, sondern nur technologische Ziele. Das ist meiner Meinung nach kein Zufall. Wenn sie der Marktlogik der Projektfinanzierung entsprechen wollen, müssen sich die Méridas diese Instrumente aneignen. Als Folge davon überlassen es die Frauen in den Regionalstellen des MAM denjenigen im Hauptsitz, diese zielorientierte Planung zu machen. Strategiediskussionen, die von der Basis ausgehen (Weshalb organisieren sich die Frauen? Was wollen sie gegenüber welchen Stellen erkämpfen und mit welchen Mitteln? Mit wem gehen sie warum welche Bündnisse ein?), also alles Fragen, die sich in der Alltagsarbeit der Méridas stellen, sind im Mainstream-Planungs-, Evaluations- und Monitoring-Denken überhaupt nicht enthalten. Anstelle eines politischen Prozesses von unten wird von oben ein technokratisches Schema aufgezungen.

Gibt es eine Kontrolle? Wie funktioniert sie?

Die Durchführung eines sog. Monitoring ist immer eine Bedingung, um Gelder zu erhalten. Vordergründig geht es um die Kontrolle darüber, dass das Geld auch für

die Projektziele eingesetzt wird. Die geldgebenden Hilfswerke, wie das SAH (Schweizerisches Arbeiterhilfswerk), müssen ja gegenüber ihren Geldgebern, z.B. dem DEZA, ebenfalls Rechenschaft ablegen. Begründet wird das Monitoring mit dem Kampf gegen die Korruption, obwohl es klar ist, dass die grosse Korruption, z.B. mit Krediten der Weltbank, von den Regierungen begangen wird. Wenn das kontrollierende Gegenüber ein technokratisches ist, dann wird es nie verstehen können oder wollen, welche Entwicklungsprozesse die Frauen durchlaufen, bis sie sich organisieren, um selber für ihre Rechte zu kämpfen und es nicht irgendwelchen NGOs überlassen, für sie zu sprechen. Das ist weder Inhalt noch Ziel eines Projektes und fällt somit aus der Finanzierung hinaus. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Korruption wird eigentlich kontrolliert, dass Gelder nicht für politische Prozesse verwendet werden.

Ich gehe aber davon aus, dass Monitoring auch dazu dient, Informationen über das Organisationsniveau, den Bewusstseinsgrad und darüber, was die Frauen interessiert, aus den Organisationen herauszuholen. Das ist ganz klar bei USAID. Die unterstützen unter Umständen auch Organisationen mit einer politischen Geschichte, weil sie erfahren wollen, wie jetzt die Situation bei diesen aussieht.

Was bedeutet das für die Organisation und ihre Arbeit, dass man nur in Projektform arbeiten kann, nur dafür Geld bekommt?

Es hat Auswirkungen auf die Personalpolitik und auf die internen Machtkonstellationen. Die Anforderung der Projektarbeit verlangt, dass Frauen mit einem hohen Grad an Professionalität, also Universitätsabgängerinnen, angestellt werden müssen. Da stellt sich die Frage, welches Wissen wichtig ist. An der Universität ist abstraktes Wissen, Analysieren, Komprimieren wichtig, reinster Neopositivismus, alles muss messbar sein. Eine Folge dieser Ausbildung ist auch, dass man sich die Finger nicht schmutzig machen will, ganz wörtlich. Es war immer ein Anspruch der Mélidás, dass die Frauen vom Hauptsitz auch in die Regionen gehen. Es wurden auch schon Frauen entlassen, weil sie den Kontakt zur Basis nicht wirklich suchten und weil sie ihr universitäres Wissen nicht denjenigen Frauen zur Verfügung stellten, welche weniger an Wissen herankommen. Die «professionellen» Frauen haben, im Gegensatz zu den Frauen aus den Regionen, häufig keinen politisch aktiven Hintergrund, aber trotzdem viel Macht innerhalb der Organisation. Es gibt Versu-

che, die Wissensmacht in den Regionen zu stärken, z.B. über «zielorientierte Planung»-Workshops. Aber deren Anforderungen schüchtern die Frauen ein. Das Wissensgefälle ist zum Teil sehr gross, einige Frauen in den Regionen sind Analphabetinnen, andere haben die Grundschule gemacht und einige haben nach dem Friedensabkommen noch studiert.

Interne Machtkonstellation

Das Verfassen von Projektbeschreibungen, Verhandlungen, Berichterstattung und Abrechnungen werden mehrheitlich durch die administrativen und technischen Angestellten im Hauptsitz gemacht. Sie stehen unter grossem Druck zwischen den Wünschen der Basis und den Vorstellungen der Geldgeber. Durch den engen Kontakt, den sie zu den Geldgebern haben, geraten sie in Machtpositionen, welche ihnen institutionell eigentlich nicht zustehen. Es sind nicht Positionen, die sie sich durch die Arbeit mit der Basis erschaffen hätten oder durch klare politische und inhaltliche Vorstellungen sowie Vermittlung derselben. Die Kontrolle, die z.B. das DEZA mit dem Korruptionsargument über die geldgebende NGO ausübt, wird von dieser an die Mélidás weitergeben. Die Frauen der Administration kommen damit intern in die Rolle einer NGO. Mit dem Argument ihrer Verantwortung vertreten sie deren Vorstellungen gegenüber der Basis, die vielleicht andere Prioritäten, andere Vorgehensweisen oder andere zeitliche Vorstellungen hätte. Wenn die Frauen aus der Administration ein entsprechendes Bewusstsein haben, dann versuchen sie, die Beschreibung der konkreten Arbeit der Mélidás in den Berichten an die Geldgeber so anzupassen, dass dieser sie abnimmt und zufrieden ist und nicht umgekehrt.

Was die einzelnen Projekte unterscheidet, ist der darin enthaltene Verhandlungsspielraum mit den Geldgebern. Ein weiteres Problem ist deshalb, wer über die einzelnen Projekte entscheidet. Es ist so, dass die Geldgeber die hierarchischen Vereinsstrukturen der Mélidás, mit einer Geschäftsführerin an der Spitze, benutzen, um dieser die Entscheidungskompetenz über ein Projekt aufzuzwingen und damit die eigentlich breit abgestützten Entscheidungsstrukturen auszuschalten. Begründet wird dieser Versuch mit Sachzwängen, mit fehlender Effizienz und Zeitmangel, denn basisdemokratische Entscheidungsprozesse brauchen viel Zeit.

Projektarbeit heisst, man bewegt sich immer in kurzfristigen Zeiträumen. Läuft das der geforderten Nachhaltigkeit nicht diametral entgegen?

Die Mélidás sagen, dass es ein Widerspruch in sich ist, kurzfristige Projekte zu finanzieren und dann von Nachhaltigkeit zu sprechen. Nachhaltigkeit muss aufgebaut und begleitet werden. Es muss von vornherein überlegt werden, was Nachhaltigkeit oder Kontinuität fördert. Bei den Mélidás sind das zurzeit drei Faktoren: die Beschränkung der Angestellten, die Ausbildung der Frauen und die politische Planung.

Eine strukturelle Massnahme, um die Kontinuität zu gewährleisten, ist nicht zu wachsen. Die Mélidás haben entschieden, dass sie nicht mehr als vierzig Frauen anstellen. Die jahrelange Erfahrung hat gezeigt, dass sie diese Anzahl von Personen langfristig finanzieren können.

Ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeit ist die andauernde interne Ausbildung und Förderung der Frauen, was in kurzfristigen Projekten nicht möglich ist. Um das zu erreichen, haben die Mélidás sowohl für die Angestellten als auch für die Frauen der Basisgruppen, und unter Berücksichtigung derer Wünsche, spezielle Ausbildungsprogramme geschaffen. Diese umfassen Frauenrechte, wie z.B. die Selbstbestimmung über den eigenen Körper, Gesundheit, Solidarität unter Frauen in einer machistischen Gesellschaft, ökonomische Themen wie z.B. die Betroffenheit durch die Privatisierungen oder deren Ursachen oder Globalisierung. Ebenso gibt es Kurse zur Förderung der Organisation von Frauen und ihrer politischen Partizipation. Ein weiterer Bereich ist die kollektive Aufarbeitung ihrer Kriegs- und Gewalterfahrungen. Damit verfügen die Mélidás über eine Erfahrung und ein Wissen, das sie weitervermitteln können, wodurch ihr Selbstvertrauen und damit auch ihre Handlungsfähigkeit wachsen, womit sie wiederum die Organisation stärken. Es wird den Frauen aus den Dörfern aber auch ermöglicht, Kaderpositionen zu erreichen und damit versucht, ein institutionelles Gleichgewicht zu schaffen.

Eigeninitiative

Wichtig für die Kontinuität ist, dass Diskussionen gefördert werden, nicht nur die erfolgreiche Ausführung eines Projektes. Ein Erfolg und Ziel ist, wenn es Frauen in einer Gemeinde mit der Unterstützung der Mélidás gelingt, von der Behörde ein Stück Land im Nutzungsrecht zu bekommen und nicht wenn das MAM dieses Land kauft, um es dann an die Frauen zu verteilen. So soll die ökonomische Abhängigkeit der Frauen

vom MAM, der Klientelismus, verhindert, hingegen deren Eigeninitiative zur Durchsetzung ihrer Rechte auf der politischen Ebene unterstützt werden. Diese intern geförderten Resultate werden von der Geldgeberseite kaum unterstützt.

Wichtig für die Kontinuität ist auch, dass es nicht nur eine Projektplanung gibt, sondern ebenso eine strategische Planung bezüglich der politischen Entwicklungen, welche anstehen, z.B. die Privatisierung des Gesundheitswesens und der Elektrizität, die Arbeitsbedingungen in den Maquilas etc. Dazu gehören auch Mobilisierungen für Demos. Da das MAM dafür meistens kein Geld bekommt, ist auch keine Arbeitszeit für die politische Arbeit vorgesehen. Diese Zeit wird aus der «Projektzeit» herausgepresst, was eine Doppelbelastung und enormen Stress zur Folge hat. Da die Frauen die Fristen der Projekte einhalten müssen, entsteht der Druck, die politische Arbeit zugunsten der Projektarbeit einzuschränken. Der Weiterbestand der Organisation wird also auch durch die Doppelbelastung und politische Gratisarbeit gewährleistet.

Ohne dieses bewusste Schaffen von Kontinuität, wäre das MAM ein Sammelsurium unverbundener Themen oder Projekte, losgelöst von ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext.

Bedeutet Projektarbeit nicht auch, dass immer bestimmte Kategorien von «Begünstigten» hergestellt werden? Was bedeutet es für Ex-Guerillakämpferinnen, plötzlich als «Arme» bezeichnet zu werden?

Es gibt einige NGOs, die sich nach der Marktlogik ausrichten. Sie entwerfen am Schreibtisch ein Projekt und erfinden dafür eine Zielgruppe, mit der sie bis anhin noch nichts zu tun hatten oder die es bisher gar nicht gab.

Die Ex-Guerilleras sind einerseits entsetzt, andererseits wütend. Sie selbst wollen nicht als Projektbegünstigte auftauchen, sie versuchen, sich durchzukämpfen. Es ist eher so, dass sie dann noch ärmere Frauen suchen und sagen, so für diese ist jetzt das Projekt. Wenn Frauen ein politisches Bewusstsein haben, gehen sie nicht auf diese Adressierungen ein, weil diese eine Art «Mutter Teresa-Optik» zur Folge haben. Sie entwerfen ein Opferbild, das in der Selbstwahrnehmung der Frauen zur Zerstörung der Identität und Entfremdung beiträgt. Das ist genau das Gegenteil von Emanzipation.

Führt diese Form der Finanzierung über Projekte tendenziell zu einer Entpolitisierung? Worauf zielt sie ab?

Die Gefahr besteht eindeutig, dass die Organisation weniger politische Arbeit macht, keine Mobilisierungen mehr etc. Die Aktionsformen werden verlagert. Dann laufen z.B. in irgendwelchen geschneigelten Hotels in San Salvador Veranstaltungen mit eingeladenen Prominenz, Presse und Essen. Da werden nicht wenige Mittel verbraucht, die dann für politische Aktionen, Demos etc nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ein Ziel ist sicher, eine sogenannte Zivilgesellschaft aufzubauen, die als eine Art Puffer funktioniert, damit die sozialen Organi-

sationen ja nicht an finanzielle Unterstützung herankommen. Mit Zivilgesellschaft meine ich eine Schicht von NGOs und die Desartikulation einer politischen Einflussnahme von Seiten der sozialen Bewegungen. Die grossen Geldgeber machen jetzt Ausschreibungen, an denen die lokalen NGOs teilnehmen dürfen, z.B. die EU mit einem Projekt für nachhaltige Landwirtschaft. Die NGOs, die ja eigentlich zusammenarbeiten könnten, treten nun gegeneinander auf. Es wird also gezielt gefördert, dass kein Bündnis und damit kein geschlossener, starker Verhandlungspartner gegenüber dem Geldgeber entstehen kann. Die NGOs vereinzeln und machen sich dann gegenseitig fertig, um an die Gelder zu kommen. Da versuchen wir als Gegenströmung eine Koordination herzustellen.

3. Soziale Bewegungen: Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung konsolidiert sich

Die Resultate einer Versammlung, um mit Freiheit und Freude zu lernen und sich Gedanken zu machen.

Fähig sein, auf der Tradition zu beharren – Kontinuität – und sich gleichzeitig der notwendigen Anpassung gegenüber neuen Situationen zu öffnen – Wandel – , dies ist die konstante Herausforderung der sozialen Organisationen und deren Zukunft. Dies bedeutet, die Erfahrungen als ein kollektives Erbe zu wertschätzen und sie gleichzeitig zu relativieren als etwas, das den sich ändernden Umständen angepasst werden muss. Vielleicht liegt darin die Erklärung für den Erfolg und die Möglichkeiten eines Vorschlags wie der Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung.

Am 12. und 13. April 02 wurde die Versammlung der Plattform durchgeführt mit der Idee, den Wandel der Situation zu analysieren, von den Erfahrungen zu lernen und zukünftige Aktionen dieser Koalition von mehr als 70 Organisationen zu planen.

Die Versammlung analysierte die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) in der unmittelbaren Zukunft. Der Krieg wird einen schönen Teil der gesellschaftlichen

und staatlichen Mittel aufbrauchen und dazu kommt die Kürzung der sozialen Budgetposten aufgrund des Schuldendienstes. Dies alles lässt eine Verschlechterung des Wohlbefindens der Bevölkerung und eine Zunahme der unbefriedigten sozialen Bedürfnisse vorhersehen.

Aufgrund dieser Situation schlug die Plattform vor, sowohl auf eine Einstellung des Krieges wie auf eine grundlegende Lösung des Problems der Auslandsschuld hinzuwirken. Diese Ausrichtung soll von der Anstrengung begleitet sein, dass diese Rechte Teil der politischen Kultur der KolumbianerInnen werden, dass in den Universitäten und den sozialen Bewegungen die nationale Realität mit dem Schlüssel dieser Rechte gelesen wird und diese ins Zentrum der Vorschläge und Initiativen für Lösungsvorschläge gerückt werden. Nach all dem wäre ein Kolumbien in Frieden nichts anderes als ein Land, in dem die Gesamtheit der Menschenrechte vollumfänglich und ohne Abstriche erfüllt würden.

Kolumbianische Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung

Die Kolumbianische Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung ist eine Koalition von mehr als 70 sozialen, akademischen und nicht-staatlichen Organisationen Kolumbiens und wurde 1994 gegründet. Sie versucht strategische Übereinkommen unter den verschiedenen sozialen Sektoren und Institutionen zu erreichen, welche auf eine Entwicklung hin arbeiten, die auf der Vertiefung der Demokratie und der ganzheitlichen Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte beruht.

Die Plattform hat die Aufgabe, Prozesse der bürgerlichen Partizipation zu unterstützen und Strategien zur Einforderung und Überwachung zu entwickeln, damit der kolumbianische Staat seine Pflichten in Bezug auf die Menschenrechte allgemein und auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte im Besonderen erfüllt.

Die Plattform versucht auf lokale, regionale und internationale Organisationen, auf Instanzen lokaler und nationaler Behörden, auf die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft, auf die öffentliche Meinung und das Bewusstsein der Menschen Einfluss zu nehmen mit dem Ziel, soziale und institutionelle Übereinkommen zu schaffen, die notwendig sind, um die umfassende und ganzheitliche Einhaltung aller Menschenrechte für alle Menschen in Kolumbien zu ermöglichen.

Wenn Sie mehr Informationen über die Arbeit und Aktivitäten der Plattform wünschen, so konsultieren Sie die Internetseite: www.plataforma-colombiana.org oder schreiben Sie an folgende e-mail Adresse: plataformaco@colomsat.net.co

Aus dieser Perspektive will die Plattform eine Arbeitslinie entwickeln, die auf der Einforderbarkeit der WSK-Rechte beruht und damit auch die Beziehungen zu den sozialen Bewegungen und zur Welt der Akademie stärken. Diese Perspektive wird zweifellos dazu beitragen, dass die Menschenrechte

auf die Strasse getragen werden, um dadurch den Sorgen und Hoffnungen der ganz gewöhnlichen Menschen einen Sinn zu geben.

Als besonderen Aspekt zog die Versammlung der Plattform eine Beziehungsaufnahme mit der Inte-

amerikanischen Plattform in Betracht. Dies ist eine ihrer grössten Aufgaben. In diesem Sinne wurde auch die Notwendigkeit betont, die Identifikation und die Zugehörigkeit zu dieser supranationalen Instanz zu vertiefen.

Die Versammlung zog auch eine Bilanz ihrer Aktivitäten, insbesondere ihrer jüngsten Kampagne zum Recht auf Gesundheit. Aufgrund einer eingehenden Systematisierung dieser Erfahrung wurden die grundlegenden Lehren herausgeschält, welche auch bei dem Versuch weiter verfolgt werden sollen, die WSK-Rechte durch soziale Strategien einzufordern. Diese Erfahrung zeigt, dass es möglich ist, breite Mobilisierungen aus der Sicht der Menschenrechte zu erreichen, sofern ein konkreter Vorschlag vorhanden ist und wie das Recht auf Gesundheit ein breites Interesse hervorruft, dies sowohl bei den sozialen Organisationen wie auch in der Berufswelt und den Universitäten, dies immer innerhalb einer breiten, transparenten und wirklich partizipativen Kampagne, die Interesse weckt und zu Engagement und zum Willen zu handeln führt.

Die Versammlung diskutierte auch die wichtigsten Initiativen für die nächste Zeit. Es sind dies zwei Kampagnen: Eine für das Recht auf Land und eine für das Recht auf Bildung. Zweifellos steht die

Plattform vor einer beachtlichen Herausforderung. Diese besteht darin, die Menschenrechte und besonders die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ins Zentrum der sozialen Problematik und ihrer Lösungen zu stellen.

Ebenso wurde beschlossen, sich in die Diskussion des kommenden nationalen Entwicklungsplans einzuschalten. Es soll erreicht werden, dass dieser aus der Perspektive der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit formuliert wird. Dazu ist es notwendig, einen Raum zu schaffen, wo die sozialen Organisationen, die akademischen Institutionen und die NGO's Alternativen gegenüber dem heute gültigen Entwicklungsschema und zur ganzheitlichen Erfüllung der Menschenrechte einbringen können.

Zuletzt nahm die Plattform Wechsel in den Vertretungen der akademischen und pädagogischen wie auch den thematischen Kommissionen vor. Ohne jegliche Traumas und in einem kameradschaftlichen Klima wechselte die Plattform 60% der Nationalkoordination aus und öffnete damit den Weg, damit andere Institutionen sich in diesem wichtigen Gremium einbringen können. Erwartet wird, dass die neuen Engagements die Plattform als eine Instanz konsolidieren, die zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in Kolumbien beiträgt.

Info-Blatt
Juli 2002

Von Chiapas nach Genua und zurück

Yvonne Zimmermann vergleicht Globalisierungskritik im Norden und Süden und verfolgt die Spuren des Anti-ALCA-Widerstandes zurück bis zu den Protesten zum 500. Jubiläum der Conquista.

„Kein Indio wird heute in die Hauptstadt hineingelassen“, hatte der ecuadorianische Präsident Jamil Mahuad am Morgen des 21. Januar 2001 über Radio und Fernsehen verkündet und den Ausnahmezustand erklärt. Militärkontrollen wurden errichtet und alle in die Hauptstadt fahrenden Transportmittel durchsucht. Tiere, Lebensmittel und Weiße durften weiterfahren, EcuadorianerInnen mit dunkler Haut oder einem Indígena-Nachnamen hingegen nicht. Nichtsdestotrotz gelangten über 20000 Indígenas nach Quito. Sie nahmen das Stadtzentrum ein, überrannten Polizei- und Militärsperren, stürmten den Kongress, und in einer Allianz mit dem progressiven Flügel der ecuadoriani-



Proteste der Zapatisten in San Andrés/Chiapas im Januar 2002

schen Armee stürzten sie den Präsidenten, der Stunden zuvor ihren Protest zu verhindern versucht hatte.

Der Protest der Indígenas richtete sich gegen die Etablierung des Dollars als Hauptwährung. Mit der Dollarisierung würde nicht nur die bisherige Währung, der Sucre, verschwinden, sondern die Lebenskosten in Ecuador beträchtlich ansteigen. Die Regierung müsste, um die Währungsreserven zu halten, ihre Ausgaben senken, was als

erstes bei den sozialen und Bildungsausgaben sichtbar würde. Und, während die Preise für Lebensmittel oder Transporte in die Höhe schnellten, sollten die Löhne und der Verkaufspreis der Bauern einer anderen Logik unterliegen und auf ihrem im allgemeinen niedrigen Niveau bleiben.

Die Einführung des Dollar war Teil der strukturellen Anpassungsmaßnahmen, die den kleinen Andenstaat auf die Einführung des Freihandelsraum ALCA vorbereiten sollte. Von ALCA oder was der Ausdruck „strukturelle Anpassungen“ bedeutet, wussten die meisten Indígenas allerdings nichts. Ein Großteil der Landbevölkerung sind AnalphabetInnen, die Regierung hatte zudem die EcuadorianerInnen nie zu den geplanten Schritten konsultiert. Genau dies führte unter anderem dazu, dass die Bauern und Indígenas in einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung in Armut lebt, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft praktisch von der parlamentarischen Politik ausgeschlossen

ist und kein Einspracherecht hat, keinen anderen Weg des Widerstands sahen als den des nationalen Aufstands.

Erstmals nach 500 Jahren: Indigener Protest verschafft sich weltweit Gehör

Und es war nicht ihre erste Erhebung. Im Vorfeld der Festivitäten zum 500-Jahr-Jubiläum der Entdeckung Amerikas hatten sich Indígenas des ganzen Kontinents für ihre Proteste vorbereitet, für die 500-Jahrfeier indigenen Widerstands gegen koloniale Ausbeutung. Die Identität der Indio-Völker in Amerika fand damit erstmals breiten öffentlichen Ausdruck. In verschiedensten Ländern kam es im Oktober 1992 zu Massendemonstrationen, Indígenas in Chiapas in Mexiko besetzten die Stadt San Cristóbal de las Casas, in Ecuador kam es zum ersten Indígena-Marsch in die Hauptstadt.

Weiteren Auftrieb fanden diese neuen Bewegungen 15 Monate später, als sich im Südosten Mexikos die indigene Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Waffen erhob. "Ya basta!", "Es reicht!", war der Kampfschrei der ZapatistInnen an dem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft trat. Dieses Abkommen, das die Handelsschranken zwischen Kanada, den USA und Mexiko aufhob, sollte die Verkaufschancen für mexikanische KleinproduzentInnen massiv reduzieren und die ohnehin schon auf 50 Prozent der Bevölkerung beziehungsweise auf 50 Millionen Menschen bezifferte Armut weiter ansteigen lassen.

Die ZapatistInnen waren zwar nicht die ersten, die sich gegen die neoliberale Politik zur Wehr setzten, aber die ersten, die weltweit zur Kenntnis genommen wurden. Sie beriefen die mexikanische Zivilgesellschaft zu einem Treffen im Lakandonen-Urwald ein, und organisierten die erste "intergalaktische Konferenz gegen den Neoliberalismus und für Menschlichkeit", an dem Menschen von Basisbewegungen weltweit teilnahmen. Damit initiierten die Zapatisten im Südosten Mexikos, deren Existenz zuvor kaum jemand außerhalb, und wenige innerhalb Mexikos wahrgenommen hatte, neue Bewegungen weltweit gegen die neoliberale Politik. In Lateinamerika trugen sie zudem dazu bei, das indigene Selbstbewusstsein zu stärken. Im Gegensatz zu den städtischen Bewegungen oder denen des Nordens verwarfen sie die kapitalistische Logik nicht aus der klassischen linken Perspektive heraus,

sondern aus der Situation und Kultur der Tzeltales, Tzotziles, Choles, Tojolobales – der Ethnien in Chiapas. Ihr Widerstand erwuchs nicht einer ideologischen Position, sondern daraus, dass ihnen außer dem Recht auf Leben in Würde mehr und mehr das Recht auf Überleben verweigert wurde. Mit dieser Haltung weckten sie in den indigenen Völkern Amerikas und weltweit Hoffnung und neue Bewegungen des Widerstands.

Kampf ums Überleben

Seither wuchsen die Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung sowohl in den Ländern des Nordens als auch des Südens sprunghaft an, und spätestens seit Ende 1999 Hunderttausende von Menschen die Eröffnung des Kongresses der Welthandelsorganisation WTO in Seattle verhinderten, sind die Proteste auch in den europäischen und US-amerikanischen Massenmedien ein Thema – zumindest wenn es zu großen Mobilisierungen kommt wie im September 2000 in Prag oder im Juli 2001 in Genua.

In den lateinamerikanischen Ländern ist der Kampf gegen den Neoliberalismus ein Kampf ums Überleben. Es geht konkret darum, dass die lateinamerikanischen KleinproduzentInnen ihre Produkte nicht mehr verkaufen können, wenn der Markt geöffnet wird, und damit ihr einziges Einkommen wegfällt. Oder dass, wie in Cochabamba in Bolivien, die Wasserpreise um das Drei- bis Vierfache ansteigen, wenn die Wasserversorgung und die Wasserreserven privatisiert werden, und infolgedessen nur noch Wohlhabende das Recht auf Trinkwasserversorgung haben. Oder dass die Indígena-Bevölkerung von ihrem Land vertrieben wird, wenn genau in ihrer Region ein Bio-Reservat oder ein Stausee errichtet werden soll. Wie in den Hügeln zwischen Honduras und El Salvador, wo die Regierungen der beiden Länder einen Stausee planen, um den steigenden Strombedarf der Freihandelszonen zu decken. Einen Stausee, der laut der honduranischen Bauernorganisation Copinh rund 35000 Menschen betrifft.

Der Großteil der Bevölkerung Lateinamerikas weiß heute, nach acht Jahren Vorbereitung und Verhandlungen zu ALCA nicht, was dieser Freihandelsraum ist und was er für Konsequenzen bringt. Sämtliche Verhandlungen sind unter Ausschluss der Zivilgesellschaft geführt worden, und die Bevölkerung wurde in den meisten Ländern weder informiert noch konsultiert. Jedoch haben die Menschen die Auswirkungen der Politik, die mit Unterstützung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds ALCA den Boden bereitet, sehr direkt kennen gelernt, und immer weniger Menschen sind bereit, diese widerstandslos hinzunehmen. So blockierte beispielsweise die Bevölkerung von Cochabamba im Frühjahr 2000 während drei Wochen jeglichen Verkehr in und um die Stadt, bis die Regierung die Privatisierung des Wassers – die unter Druck der Weltbank zustande gekommen war – rückgängig machte. Und nicht nur das: Die Koordination für die Verteidigung des Wassers, ein Zusammenschluss der BewohnerInnen Cochabambas, übernahm die Wasserversorgung als selbstverwalteten Betrieb, denn in den täglichen Massensammlungen war sie zum Schluss gekommen, dass das Wasser in den Händen eines korrupten Staats keine Alternative zur Privatisierung sein konnte.

Cochabamba wurde so zu einem Vorbild weltweit: Erstmals war die Privatisierung nicht nur aufgehalten, sondern rückgängig gemacht worden. Der transnationale Konzern Bechtel, der unter dem Namen "Aguas del Tunari"



Viele soziale Bewegungen und Organisation setzen auf Information und Diskussion mit der Zivilbevölkerung: Workshop zu PPP und ALCA in den Hügeln im Grenzgebiet zwischen Honduras und El Salvador.

das Wasser erstanden hatte, fordert allerdings schon eine Schadenersatzsumme von 25 Millionen US-Dollar. Wird ALCA Wirklichkeit, dauern solche Prozesse nicht mehr lange, denn im Abkommen ist schon festgelegt: Die Regierungen müssen bezahlen, wenn ein privater Betrieb wegen Gesetzen oder anderen staatlichen Auflagen nicht schrankenlos investieren kann und deshalb (vermeintlich) weniger Gewinn macht.

Zunehmende Vernetzung

Der Widerstand gegen die neoliberalen Pläne findet immer weniger isoliert statt. Sowie die Information zu diesen Plänen verbreitet wird, vernetzt sich auch der Widerstand dagegen. Es gab bereits diverse Treffen von Basisbewegungen und sozialen Organisationen des amerikanischen Kontinents zu dem vom mexikanischen Präsidenten Vicente Fox präsentierten Plan Puebla-Panama, zum Plan Kolumbien oder zum Freihandelsraum ALCA.

So trafen sich beispielsweise im vergangenen März VertreterInnen von zahlreichen sozialen Bewegungen im "internationalen permanenten Camp für soziale Gerechtigkeit und Würde" in Ecuador, wo sie an drei Orten Diskussionsforen durchführten und protestierten. Dass neben Quito die abgelegenen Städte Manta und Lago Agrio gewählt wurden, war kein Zufall: Beide Orte stehen in Ecuador symbolhaft für die Auswirkungen des Plan Colombia.

Die Küstenstadt Manta beherbergt eine US-amerikanische Militärbasis, deren Radare laut Militärexperten eher der Entdeckung von Guerillacamps als von Kokafeldern dienen, und nimmt damit aktiv am Krieg in Kolumbien teil. In Lago Agrio in der Grenzprovinz Sucumbíos ist seinerseits eine zunehmende Militarisierung und Paramilitarisierung sichtbar. Auch zeigen dort die Besprühungen der Kokafelder in Kolumbien ihre Auswirkungen: Im Grenzgebiet sind zahlreiche Menschen erkrankt, in einigen Dörfern sind Kinder plötzlich gestorben und die Ernte hat sich drastisch reduziert. Die AktivistInnen aus verschiedenen Ländern Amerikas und Europas diskutierten im Rahmen des "internationalen Camps" in diversen Veranstaltungen mit der lokalen Bevölkerung über die Auswirkungen von ALCA und Plan Colombia sowie über Alternativen zu dieser Menschen verachtenden Politik.

Auch an anderen internationalen Treffen beschlossen die im Weltsozialforum und im Andenforum zusammengeschlossenen Bewegungen sowie die Bauernorganisationen Lateinamerikas oder - in weniger institutionalisiertem Rahmen - die Bewegungen des weltweiten Netzwerks "People's Global Action", dass dem Kampf gegen ALCA und die ihn begleitende Militarisierung Lateinamerikas Priorität eingeräumt werden muss. Während allerdings einige soziale Organisationen Verbesserungen der neoliberalen Pläne vorschlugen, lehnen andere die Einführung des Freihandelsraums rundweg ab. "Diese

Pläne sind für uns Pläne des Todes", erklärte Doris Trujillo einer Bauernbewegung in Ecuador. "Wir können doch nicht verhandeln, wie viele Menschen des Hungers sterben sollen."

Innerhalb der Widerstandsbewegungen besteht jedoch noch immer ein Problem: Die Mehrheit der Bevölkerung Lateinamerikas weiß nicht, was ALCA ist. Viele soziale Bewegungen und Organisationen setzen sich deswegen erstmals eine breite Informationskampagne zum Ziel.

Dabei soll es jedoch nicht bleiben. In zahlreichen Ländern wollen soziale Organisationen eine Befragung, die so genannte "consulta popular", durchführen und Alternativen zum Freihandelsraum diskutieren. Und Anfang November, wenn sich die Wirtschaftsminister aller amerikanischen Staaten außer Kuba in Quito einfinden, wollen die Bewegungen ihren Widerstand deutlich machen: Zahlreiche ecuadorianische und internationale Bewegungen und Gruppen von Bauern, Indígenas, ArbeiterInnen und Studierenden rufen zu einem weiteren "internationalen permanenten Camp für soziale Gerechtigkeit und Würde der Völker" auf.

Damit sollen nicht nur die Proteste vom März weitergeführt werden, sondern ein Raum zur Vernetzung des Widerstands und zur Diskussion von Alternativen entstehen.

Bauern- und Indígena-Bewegungen in Ecuador wollen zudem gemäß ihrer Tradition der vergangenen Jahre mobilisieren und x-Tausende von Menschen nach Quito bringen. Auf diese Weise stürzten sie in den letzten fünf Jahren zwei Präsidenten, auf diese Weise hielten sie die Privatisierung der Elektrizitätswerke auf. "Nein zum Freihandelsraum der Amerikas!", ist ihr diesjähriges Motto.

El Alca y la destrucción del medio ambiente

LA LUCHA Y LOS MOVIMIENTOS SOCIALES

Vivimos en una crisis profunda y estructural del sistema capitalista, una crisis que es también multifacética: económica, política, social, cultural y ambiental y que pone en jaque todo el modelo hegemónico de desarrollo. Sabemos que toda acción humana modifica la naturaleza y puede generar una profunda destrucción ambiental o bien se puede realizar en condiciones de mayor equilibrio con el medio ambiente. La forma en que se interactúa con la naturaleza deriva de la opción política que se hace por un determinado tipo de desarrollo que se realiza en ciertas y determinadas condiciones históricas.

En otras etapas de la humanidad la degradación ambiental no tuvo escala planetaria. Era grave, causaba grandes impactos como por ejemplo la destrucción de las selvas y bosques en toda América provocada por la llegada de los colonizadores europeos. Pero el modelo de producción y consumo no era suficiente para que estuviera en peligro el equilibrio del planeta a escala global.

Con el capitalismo, especialmente a partir de la revolución industrial, la crisis ambiental planetaria se manifestó en la forma actual. Una crisis que proviene del agotamiento de los recursos naturales y de la liberación de fuerzas destructivas capaces de afectar significativamente el equilibrio ambiental de la Tierra.

Analicemos, por ejemplo, el problema del agujero de la capa de ozono. La sociedad industrial moderna, principalmente las grandes naciones industriales encabezadas por Estados Unidos - que es responsable, exclusivo de más del 30% de emisiones de gases tóxicos - emiten gases que genera el agujero de la capa de ozono, que afecta directamente la Patagonia en Argentina y parte austral de Chile, una región en que no existe concentración de industrias y, por lo tanto, emisiones de gases tóxicos en gran escala. Por más que las personas que habitan en esas regiones pretendan vivir en armonía con el medio ambiente, están siendo afectadas por ese problema.

¿Por qué se produce esta crisis? ¿Se puede evitar? ¿Para quién producir y cómo producir?

El capital con su tendencia "natural" a la expansión en busca de mercados ha sustituido el valor de uso de las mercancías por su valor de cambio. Realiza una producción y un consumo insostenibles, generando fuerzas destructivas que desequilibran los ecosistemas, desmantelan las economías y producen una verdadera sociedad de lo desechable. En su etapa imperialista y globalizadora amplía la reproducción de esa lógica y pone en jaque los recursos naturales, la fuerza de trabajo y el planeta mismo. La producción y el consumo se realizan cada vez más no para satisfacer las verdaderas necesidades humanas y sí para el mercado globalizado, que controlan las empresas multinacionales.

El documento final de la Conferencia de los Pueblos en Québec afirmaba, analizando esta crisis: "El 20% de los ricos consume el 80% de los recursos naturales, generando así una desigualdad social y ambiental sin precedentes en la historia de la humanidad".

En esas condiciones no es posible continuar con este modelo de desarrollo. El planeta no soporta el consumo sustantivo realizado por la minoría de los ricos ni soporta una producción que considera a los recursos naturales como fuentes ilimitadas. Debe, por lo mismo, condenarse al gobierno de Estados Unidos por haberse negado a ratificar el Protocolo de Kyoto, lo que quiere decir seguir la marcha que implanta la barbarie y la consiguiente destrucción del planeta.

Coherentes con esto, debemos concluir que no hay lucha consecuente en defensa del medio ambiente si ella no se dirige también contra el actual modelo de producción y consumo, o sea, contra el capital. Eduardo Galeano ha alertado en su más reciente libro que nunca en nuestra historia se crearon tantos organismos en defensa del medio ambiente, que nunca hubo un consenso parecido al que existe hoy en estos temas, pero que a pesar de eso la destrucción ambiental sigue cre-

ciendo. Esta constatación muestra que sólo podemos conjurar la crisis ambiental si nos concentramos en modificar su esencia, o sea, la lógica destructiva del capital. Eso quiere decir que debemos combinar las luchas cotidianas, coyunturales y puntuales por mejoras ambientales con una perspectiva más estratégica que apunte a una transformación radical de la sociedad, que se oriente al socialismo.

EL ALCA Y EL MEDIO AMBIENTE

Los partidarios y los impulsores del Área de Libre Comercio de las Américas (Alca) defienden su aprobación como una forma de crear más riqueza, generando recursos adicionales para la protección ambiental y para la realización del desarrollo sustentable.

Esos argumentos son falsos. Basta mirar el proceso de globalización capitalista en curso y el neoliberalismo para apreciar cómo han crecido la injusticia, la exclusión social, el desempleo, la crisis ambiental y otros males provocados por el sistema. El Alca intensificará ese proceso ampliando más la crisis ambiental planetaria, teniendo, entre otras, las siguientes consecuencias:

1. Privatización de los recursos naturales. En función del agotamiento de los recursos naturales, las transnacionales desean tener el monopolio de los mismos, especialmente del agua potable y energía. Las transnacionales ya están impulsando ese proceso, independientemente del Alca.

2. Transferencia del poder de decisión y gestión de los recursos naturales, del plano público al campo privado. Obviamente la privatización acarreará el debilitamiento de los Estados y de la sociedad civil en cuanto al control y gestión de los recursos naturales.

3. Debilitamiento de las legislaciones ambientales y la soberanía nacional sobre los ecosistemas. El Alca pretende someter las leyes ambientales nacionales y los acuerdos y tratados internacionales sobre el medio ambiente a los acuerdos comerciales de libre comercio, minimizando así el papel de los Estados en lo relativo al control de sus territorios, de los ecosistemas y la biodiversidad.

4. Superexplotación de los recursos naturales y transferencia de industrias "sucias".

Aquí también tendrá una acción devastadora "la mano invisible del mercado", puesto que sin regulación la explotación de los recursos naturales será intensificada por las transnacionales.

5. Reforzar la producción agrícola basada en el monocultivo, en los agrotóxicos y la hegemonía de los grandes capitales. Destrucción de la pequeña producción local y su perspectiva sustentable.

El Alca es un aliado poderoso de los gigantes de la industria agrícola, especialmente de los productores de transgénicos, que quieren privar a los trabajadores rurales del derecho a las semillas, además de poluir el medio ambiente y causar un conjunto de problemas a la salud humana. Como si esto no bastase, el Alca provocará también un fuerte impacto en la pequeña producción desmantelando las economías locales y su perspectiva de sustentabilidad.

6. Destrucción de los ecosistemas y la biodiversidad.

El Alca profundizará la destrucción de los ecosistemas y la biodiversidad ya que no es trivial que el proceso de patentes impuesto por Estados Unidos atenta contra el derecho soberano de las naciones, de las poblaciones indígenas y de las poblaciones tradicionales y contra la posibilidad de utilización sustentable de los recursos de las selvas y bosques para la seguridad alimentaria de los pueblos y el avance de la producción de medicamentos, libres de la hegemonía de las transnacionales farmacéuticas.

7. Finalmente, el Alca profundizará el modelo no sustentable de producción y consumo, aumentando la exclusión social y la destrucción ambiental.

Desde un punto de vista más general, es preciso intensificar los lazos de solidaridad entre los pueblos de las Américas y luchar en favor de una verdadera integración. La sola resistencia al modelo que se advierte en el continente es un ejemplo concreto de que es posible soñar con otro modelo de desarrollo que no sea dictado por el imperialismo.

La tarea es inmensa, pero es posible imaginar líneas de trabajo, basadas en la premisa de que la crisis ambiental planetaria es parte integrante de la crisis general del capitalismo y que la destrucción del mundo del trabajo y el medio ambiente son dos caras de la misma moneda. En ese sentido solamente las clases trabajadoras y el pueblo pueden dar una salida consecuente a los problemas ambientales, ya que además de ser los principales afectados por la disminución de su calidad de vida, son los únicos sectores capaces de unir la lucha ambiental con la lucha por la construcción de una nueva sociedad.

Por lo tanto, los movimientos sociales, a mi juicio, deben incorporar a su estrategia la defensa del medio ambiente y constituir a este respecto una agenda política propia e independiente. Deben luchar contra el ac-



PEDRO Ivo Batista: la lucha contra el Alca.

tual modo de producción y consumo, exigiendo políticas públicas que fortalezcan la protección ambiental y disminuyan los efectos de la crisis en el medio ambiente. Por lo mismo deben obtener garantías de que el medio ambiente no será sometido a acuerdos comerciales de ningún tipo, ya que un medio ambiente ecológicamente equilibrado es un derecho inalienable de los seres vivos.

Es imperativo impulsar luchas y movilizaciones por objetivos como los siguientes: oposición al sistema de patentes que se quiere imponer y defensa del conocimiento de las poblaciones originarias y tradicionales así como la preservación de la biodiversidad; defensa de la seguridad alimentaria soberana concordante con sus intereses económicos, ecológicos y culturales; defensa del derecho universal al acceso a las semillas y oposición a los transgénicos; apoyo y fortalecimiento de la pequeña producción local, estímulo a los mercados locales, como forma concreta de resistencia y oposición al Alca; desarrollo de modelos sustentables de producción agrícola y de alternativas ecológicas "limpias". Finalmente, es muy importante el fortalecimiento de las relaciones comerciales solidarias, ya que a diferencia del libre comercio debemos crear mecanismos democráticos de regulación del comercio, garantizando la soberanía nacional y la autodeterminación de los pueblos en la definición de sus políticas comerciales, lo que entre otras cosas significa oponerse a las políticas de bloqueo que afectan a los pueblos, como ocurre actualmente con Cuba.

La defensa del medio ambiente es hoy una tarea histórica, urgente e intransferible, pues se trata de defender nuestra supervivencia como especie, la biodiversidad y la propia tierra. Esta tarea ineludible es parte de otra más general y grande, que es la transformación social.

PEDRO IVO BATISTA (*)

(*) Presidente del Instituto Terrazul y dirigente de la Red Brasileña de Integración de los Pueblos contra el Libre Comercio.

In Brasilien muss die Globalisierung erst zum Thema werden – die Lösung der Schuldenfrage ist wichtiger als eine Tobin-Steuer. Ein Interview mit Antonio Martins.

Wiewohl europäischen Ursprungs, ist ATTAC heute bereits ein internationales Phänomen. Auch dort, wo die neue Weltordnung viel einschneidender in die Lebensbedingungen der Menschen eingreift als hier zu Lande, sind Gruppen entstanden. ATTAC Brasilien existiert seit Anfang 1999 und hat heute Gruppen in fünf Landeshauptstädten. Bei aller Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen unterscheiden sich Ausgangslage und Ziele von ATTAC Brasilien durchaus von denen in Frankreich oder Deutschland.



attac

»Das Defizit als Chance«

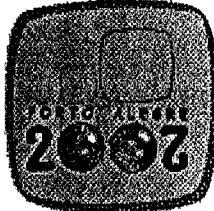
Tópicos: Ist Attac Brasilien als reiner Reflex auf die französische Gründung entstanden?

Antonio Martins: Wir sind, wie andere auch, dem Aufruf in Le Monde Diplomatie gefolgt. Wir wollten aber zunächst keine eigene Bewegung gründen, sondern für die existierenden Bewegungen, Organisationen und Parteien einen Diskussionsort schaffen. In Brasilien sind Gewerkschaften und Parteien noch in der Lage, Menschen zu mobilisieren. Das Problem ist, dass bei uns internationale Politik und speziell die Globalisierung wenig diskutiert wird. Brasilien hat eine isolationistische Tradition und interessiert sich kaum für internationale Themen, nicht einmal angemessen für seine lateinamerikanischen Nachbarn. Das erste Weltsozialforum in Porto Alegre Anfang 2001 war für uns sehr wichtig, denn es führte der brasilianischen Öffentlichkeit vor Augen, dass die Welt nicht an der Atlantikküste zu Ende ist. Seit ihrem Engagement in der Vorbereitung des Forums richten etwa die Arbeiterpartei PT und der Gewerkschaftsverband CUT, aber auch die Landlosenbewegung MST ein größeres Augenmerk auf internationale Themen.

Tópicos: Hat sich seitdem auch der Charakter von Attac Brasilien verändert?

Martins: Attac Brasilien hat derzeit fünf Gruppen – in São Paulo, Rio de Janeiro, Brasília, Belo Horizonte und Porto Alegre – mit je 30–40 Leuten. Als wir begannen, gab es bei uns keinerlei Anzeichen für eine Bewegung gegen Globalisierung. Das kam ja auch in Europa erst Ende 1999 mit Seattle. Heute wollen und können wir für jene

jungen Leute interessant sein, die jetzt anfangen, sich zu politisieren. Für sie ist die wichtige Rolle, die PT und die Gewerkschaften in den achtziger Jahren spielten, nur Geschichte, die sie aus Büchern kennen – wenn überhaupt. Auf dem zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre (31. Januar bis 5. Februar 2002) haben wir einen Kongress abgehalten, auf dem sich Attac Brasilien als Bewegung konstituiert hat.



Tópicos: Und wie schätzen Sie die Mobilisierungsmöglichkeiten ein? Könnte es so wie in Deutschland verlaufen?

Martins: Die sozialen Bewegungen in Brasilien waren immer sehr aktionsorientiert. Dadurch haben sie meines Erachtens ein Theorie- und Informationsdefizit ausgebildet. Das kann Attac einerseits Schwierigkeiten machen, weil den Menschen einfach die Grundlage fehlt, um die Globalisierung verstehen zu können. Andererseits verstärkt dies nur die Notwendigkeit einer solchen Bewegung wie Attac in Brasilien, die ja stark auf politische Bildung abhebt. Bei uns haben leider auch die Massenmedien eher desinformierende Wirkung. Uns fehlt die Tradition einer kritischen Presse, von Radio und Fernsehen ganz zu schweigen. Aber auch hier gilt: das Defizit kann für Attac zur Chance werden.

Tópicos: Wie wirkt sich die neoliberale Globalisierung in Brasilien aus?

Martins: In Brasilien wurde in den neunziger Jahren unter den Präsidenten Collor (1990–1992) und Cardoso (seit 1994) innerhalb kürzester Zeit ein neoliberales Programm durchgezogen, das den brasilianischen Kapitalismus völlig veränderte: Privatisierung vieler Staats-

betriebe, Abbau staatlicher Kontrollen der Wirtschaft, Demontage der vorhandenen Ansätze von Sozialstaat, Massenentlassungen. Die Linksparteien und die Gewerkschaften hatten sich im erfolgreichen Kampf gegen einen protektionistischen und staatsgestützten Kapitalismus bewährt, der im Zuge der konservativen Modernisierung unter der Militärdiktatur (1964–1985) entstanden war und ein großes und selbstbewusstes Proletariat hervorgebracht hatte. Plötzlich nun, in den neunziger Jahren, war den Gewerkschaften der Boden entzogen. Heute sind Streiks in Brasilien fast unmöglich. Es gibt so viele Arbeitslose, dass die Gewerkschaftsarbeit darauf abzielen muss, Beschäftigung zu sichern. Politische Forderungen oder Forderungen nach Verbesserung von Arbeitsschutzbedingungen sind nicht mehr durchsetzbar. Dieses Klima hat die sozialen Bewegungen insgesamt gelähmt. In dieser Situation ist der MST entstanden, der keine Bewegung des städtischen Proletariats mehr ist, sondern eine Bewegung der Ausgeschlossenen, der Marginalisierten. Aber die Arbeiter und Angestellten in den Städten bilden mittlerweile die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung, und wenn sie auch vielfach mit dem MST sympathisieren, so kann der MST als Bewegung des ländlichen Raums sie nicht vertreten. Ich glaube, das Weltsozialforum und die Aufmerksamkeit, die es in Brasilien erregte, haben den brasilianischen sozialen Bewegungen ein Fenster geöffnet, um sich aus der Lähmung der Neunziger zu befreien, vor allem für die vielen älteren Aktivisten, die zuletzt nur Niederlagen erlebt hatten.

Tópicos: Brasilien hat nach wie vor eine sehr hohe Auslandsverschuldung. Ist das ein Thema?

Martins: Die Schulden werden langsam wieder zum Thema. Im letzten Jahr haben eine Reihe von Organisationen zusammen eine „Volksbefragung Auslandsverschuldung“ durchgeführt, bei der über 5 Millionen Brasilianer symbolisch ihre Stimme abgaben. Dieses Jahr sind bei uns Präsidentschaftswahlen. Wir planen unter dem Slogan „Ein anderes Brasilien ist möglich“ eine Kampagne, in dem die Verschuldung der öffentlichen Hand eine zentrale Rolle spielen wird. Dabei wird es auch um die Inlandsverschuldung gehen. In den Jahren der Regierung Collor ist die interne Staatsschuld von 50 auf 600 Milliarden Reais, also etwa 200 Milliarden Dollar, gestiegen, und das bei einem Zinssatz von 20 Prozent! Beide Seiten der Verschuldung zusammen kosten uns jährlich 80 Milliarden Reais an Zinsen.

Tópicos: Attac ist hier in Europa mit der Forderung nach einer sogenannten Tobin-Steuer auf internationale Finanzspekulationen angetreten. Spielt diese Forderung in Brasilien eine Rolle?
Martins: Wir vertreten auch die Einführung einer Tobin-Steuer, aber für uns ist im Zusammenhang mit den Finanzmärkten die Frage der Verschuldung weitaus wichtiger. Denn die Zinszahlungen haben dazu geführt, dass die Staatsbetriebe ausverkauft wurden, dass die ohnehin nicht besonders hohe Qualität des Gesundheits- und Erziehungswesens drastisch gesunken ist, und dass ganze Infrastrukturbereiche zusammen-

ATTAC – ein Akronym schwirte in den Monaten nach dem G8-Gipfel der wichtigsten Industriestaaten im italienischen Genua durch die Weltpresse. Der Protest Hunderttausender, der in Gewalt und mit einem toten Demonstranten endete, führte der Öffentlichkeit die Existenz einer neuen weltweiten sozialen Bewegung vor Augen: die „Globalisierungsgegner“. Obwohl sich in Genua – wie vorher in Seattle und nachher in Prag – sehr unterschiedliche Gruppen und Organisationen zusammenfanden, gilt das Netzwerk ATTAC als Zentrale dieser neuen Bewegung. Im Juni 1998 entstand in Frankreich auf Initiative der Monatszeitschrift *Le Monde Diplomatique*, die *Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyen*, kurz ATTAC. Der komplizierte Name („Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen zugunsten der Bürger“) zeigt bereits an, dass die „Globalisierungsgegner“ keineswegs generell

brechen. Brasilien verfügt über 15 Prozent des Süßwassers auf der Erde und hat schon früh auf Wasserkraft gesetzt. Heute aber wird Strom rationiert, weil seit zehn Jahren nicht mehr in diesen Sektor investiert wurde. ■

Das Interview führte Dawid Danilo Bartelt, Historiker und Journalist, am Lateinamerika-Institut der FU Berlin promoviert mit einer Arbeit zu „Sertão, Republik und Nation. Canudos als sozialhistorisches und diskursives Ereignis der Geschichte Brasiliens“. Arbeitet zur Zeit als Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim Weltfriedensdienst in Berlin und hat einen Lehrauftrag am LAI.

gegen Globalisierung antreten. Im Zentrum ihrer Anliegen steht die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte vor allem mittels der sogenannten „Tobin-Steuer“. Währungsspekulationen und schnelle exorbitante Gewinne sollen beschnitten, Steuerflucht verhindert werden. ATTAC sieht sich als Sprecher der „Globalisierungsverlierer“, der Bevölkerung in der Dritten Welt, aber auch die sozial Schwachen in den Industriestaaten. Deshalb wendet sich ATTAC Deutschland etwa verstärkt gegen die hiesige Privatisierung des Sozial- und Gesundheitswesens. ATTAC ist selbst ein Produkt der Globalisierung. Seine Schlagkraft erzielt das Netzwerk vor allem über das Internet. In 30 Staaten gibt es mittlerweile ATTAC-Landesnetzwerke. ATTAC Frankreich hat allein 30.000 Mitglieder. ATTAC Deutschland, Anfang 2000 gegründet, hat nach Genua seine Mitgliederzahl auf 4.250 verdreifacht, Tendenz stark steigend. ATTAC Brasilien existiert seit Anfang 1999.

**WELTZOZIALFORUM:
PORTO ALEGRE I**

Inprekorr
Nr. 354,
April 2001

Weltsozialforum in Porto Alegre: Nach dem Erfolg die gleichen Verlegenheiten

Ohne Zweifel. Der Gegenwind bleibt zurück und der Horizont klärt auf. Vor nur einigen Jahren, als die liberale Konterrevolution mit all ihrer Arroganz über den Planeten fegte, wäre ein Weltsozialforum von solcher Größe und solcher Wirkung undenkbar gewesen. Die enorme Mobilisierung in Porto Alegre zeigt daher ebenso wie breit, radikal und vielfältig der Widerstand gegen die kapitalistisch-imperialistische Globalisierung ist, als auch, in welcher Krise die konservative Hegemonie steckt. Das Szenarium des Kampfes verändert sich in eine günstige Richtung, indem sich erneut ein Internationalismus - solidarisch und kämpferisch - entwickelt. Im gleichen Takt wie die sozialen Gegensätze nimmt die politische Unregelmäßigkeit zu. Vor allem in der sogenannten Dritten Welt.

Ernesto Herrera

Ohne Zweifel aber ist die Bildung von neuen und entscheidenden Kräfteverhältnissen noch nicht abgeschlossen. Die Dilemmata bestehen weiterhin und müssen gelöst werden: Wie können die Kämpfe und der zivile Ungehorsam in eine neue, organisierte Bewegung übersetzt werden?

Wie kann man von einer Allianz gegen die „neoliberale Globalisierung“ hin zu alternativen und antikapitalistischen Vorschlägen kommen?

Und wie kann letztlich die Breite einer sozial und politisch heterogenen Zusammensetzung mit der nötigen programmatischen Rigorosität erfasst werden?

Daher hat jede illusionäre Erwartung an ein Experiment ähnlich dem, das Marx und Engels mit der Ersten Internationale unternommen haben, nichts zu tun mit der Wirklichkeit des Weltsozialforums - unter anderem deshalb, weil uns mehr als ein Jahrhundert voneinander trennt.

GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE

Es fanden verschiedene Foren gleichzeitig statt. So eines im Camp der Bauern, der Ureinwohner und der Jugendlichen. Die Stimmung war aufgeheizt, aufsässig, aufreißerisch.

Es wurde jede Methode des Kampfs thematisiert und vom „Übergehen zur Aktion“ gesprochen. Eine gute Portion Utopie beherrschte das Ganze.

Vom Klassenschützengraben der Landlosenbewegung aus wurden der „Angriff auf das Privateigentum“ und radikalere Punkte in die Debatte geworfen. Tageszeitungen und Fernsehen leisteten Propagandaarbeit: Die „Intoleranz“ der Expropriateure stand den Ärmsten und am meisten Ausgegrenzten zur Seite.

Anders dagegen in den Workshops. Hier zielten die Diskussionen und der Austausch auf konkrete und sofortige Forderungen hin. Die Stars glänzten weniger und die sozialen, radikalen und gewerkschaftlichen AktivistInnen aus der Basis beanspruchten das Wort für sich.

Die Verpflichtung (und auch der Druck), mögliche Alternativen zu entwerfen, verdrängte die großen Geschichtenerzähler. Parteipolitik fehlte dabei oder wurde kritisiert. Genauso wie in den Camps.

Dann die Konferenzen mit den angekündigten Themenachsen: Neuorganisation der Produktion, gerechter Handel, Regulierung der Zirkulation des Finanzkapitals und die Agrarfrage.

Massenhafte Teilnahme; theoretisch fundierte Ausführungen; Debatten; Übereinstimmung und Nichtübereinstimmung unter den Vortragenden - nicht wenige Fragen aus dem Publikum. Bei diesem anfänglichen Hin und Her drückten sich das Politisch-Programmatische und die

Auseinandersetzung mit einem „alternativen Projekt“ am stärksten aus.

Die Frage nach der Demokratie nahm hier eine vorrangige Stellung ein. Das ist verständlich, wurde das Forum doch in der Wiege der basisdemokratischen Versuche mit dem „partizipativen Staatshaushalts“ verwirklicht.

Logisch: Die Gemeinsamkeiten und Gefühle waren unterschiedlich. Und dieser Aspekt brachte Reichtum und Spannung in das Forum. Am motivierendsten waren Forderungen, die die vorherrschende wirtschaftliche Ordnung überwinden wollten, wie z. B. die Forderung nach völliger Streichung der Auslandsschulden der Dritten Welt und der Einführung der Tobin Tax, einer Steuer auf alle internationalen Finanztransaktionen. (Diese erreichen zur Zeit bis zu zwei Mrd. Dollar täglich)

Auch weniger konkrete Forderungen wie „gerechter Handel“ und „ökologische Schulden“, die die reichen Länder zahlen sollten, um „die Ungleichheit zu verringern“, gab es. Die Argumente zugunsten dieser „Maßnahmen von globaler Auswirkung“ gründeten sich auf allgemeine und dramatische Diagnosen. Die Schuld der Länder des Südens beträgt heute 2 Mrd. Dollar. Das ist viermal so viel wie 1980, obwohl sie schon das Sechsfache des ursprünglichen Wertes bezahlt haben.

Bei diesem Thema tat sich der Beitrag von Eric Toussaint hervor. Er ist der Präsident des „Komitees für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt“ (CADTM). Eric Toussaint sparte nicht mit Kritik an Lula und an den Führungspersonen und UmweltaktivistInnen der Linken, die eine „Überprüfung“ statt der Abschaffung der Schulden vorschlugen.

Aber auch andere Wege und Ideen wurden aufgezeigt. Ein Aufschrei richtete sich gegen landwirtschaftliche Subventionen, die die Märkte der reichen Länder abschotten und die Preise der Hauptexportartikel des Südens niedrig halten.

Die Landwirte, die in Armut leben und durch die Internationale Organisation „Vía Campesina“ („Weg der Bauern“) vertreten waren, beschlossen, gegen eine Einfuhr von Lebensmitteln, die ihrer Arbeit schadet, aktiv zu werden.

„Die Landwirtschaft ist kein Geschäft“ und die Lebensmittel dürfen nicht wie Waren behandelt werden; sie sind ein Menschenrecht - so argumentierten die Anführer dieser Bewegung, z.B. der Brasilianer Egidio Brunetto, der aus Honduras stammende Rafael Alegría und der Franzose José Bové.

Die Trennlinie zwischen Radikalen und Gemäßigten wurde zum Beispiel zwischen denjenigen, die die Abschaffung von IWF, Weltbank und der OMC forderten, und den „Realisten“, die sich für eine Reform derselben einsetzten, deutlich. Zu ersteren gehörte der Philippine Walden Bello, zu den letzteren der Brasilianer Luciano Coutinho.

Ein weiteres Beispiel für die Radikalen sind auch die BefürworterInnen eines allgemeinen Mindesteinkommens als Recht für alle und während des ganzen Lebens. Gleichzeitig wird so mit der dominanten Kultur gebrochen, die besagt, dass nur die Arbeit eine Bezahlung rechtfertigt.

Hinter vielen Vorschlägen erkannte man deutlich das Aufeinanderprallen zweier Strategien des Widerstandes: Auf der einen Seite diejenigen, die, gegen die Institutionen oder an ihnen vorbei auf eine Vereinigung der Kräfte und auf radikalen zivilen Widerstand mit der Perspektive der „Volksmacht“ setzten; auf der anderen Seite die, die an einen schrittweisen Wandel durch eine Vertiefung der Demokratie, der Partizipation und, letztendlich, an eine pragmatische und realistische Strategie der „Regierungskultur“ glaubten.

Auch die Frage nach dem sozialen Subjekt wurde aufgeworfen.

Viele bezogen sich auf die „Zivilgesellschaft“, obwohl, wie François Houtart bemerkte, die Gesellschaft immer noch in Klassen unterteilt ist.

Klar: Auch Buhrufe und Ablehnungsbekundungen gab es. Vor allem, als die Regierungsminister der französischen Sozialistischen Partei bei einigen Veranstaltungen und Diskussionen auftauchten.

Jean-Pierre Chevènement musste sich die Verlesung eines Briefes anhören, in dem er angeklagt wurde, verantwortlich für ein Gesetz gegen die Immigranten zu sein. Der Brief war von einer Gruppe von Aktivistinnen und Aktivistinnen unterschrieben, an deren Spitze Alain Krivine, Abgeordneter des Europaparlaments und leitende Persönlichkeit der LCR

(französische Sektion der IV. Internationale), stand.

Auch François Huwart erhielt, was er verdiente, weil er der „Vertreter eines Landes“ war, das „seine landwirtschaftlichen Produkte zum Nachteil der Dritten Welt subventioniert“ und „Länder in Afrika bombardiert“.

Oft stand der utopische Blick von einigen, die mittelfristige Ziele verfolgten, im Gegensatz zu den dringlichen Anliegen anderer, wie z.B. die Aktivitäten gegen den Plan Colombia und gegen die Beschleunigung des Projektes „Freihandelszonen Panamerikas“, ALCA („Area de Libre Comercio de las Américas“).

Und natürlich war da auch die anti-imperialistische Solidarität mit der kubanischen Revolution.

Eine Delegation der bewaffneten revolutionären Kräfte Kolumbiens – Armee des Volkes (FARC-EP) zog die Aufmerksamkeit und den solidarischen Enthusiasmus von Hunderten von Teilnehmern, vor allem jungen politischen Aktivistinnen, auf sich.

Javier Cifuentes, Mitglied der Internationalen Organisation zur Organisation Aufständischer, betonte die Bedeutung des WSF:

„Wir stimmen mit seinen Idealen überein. Wir glauben, dass eine bessere Welt möglich ist. Das ist auch der Kampf der FARC in Kolumbien. Auch wir sind hier, um den ‚Plan Colombia‘ zu verurteilen und die Aufmerksamkeit auf die amazonische Frage zu lenken. Die Brasilianer dürfen nicht erlauben, dass sich die Vereinigten Staaten das Amazonasgebiet unter den Nagel reißen.“

Zugleich beharrten Gewerkschaften und soziale Netzwerke auf der Wichtigkeit, Front gegen die Wiederkolonialisierungsprojekte der Vereinigten Staaten zu machen.

Die „Kontinentale Soziale Allianz“ („Alianza Social Continental“) rief zur Teilnahme am „2. Gipfel der Völker“ auf, der vom 16. bis zum 21. April in Québec, Kanada stattfinden wird. Und sie rief dazu auf, Strategien des Widerstands gegen ALCA weiter zu diskutieren und fügte hinzu, dass „ein erster Schritt in diese Richtung die Mobilisierungen in Buenos Aires parallel zum Treffen der Handelsminister des ALCA Anfang April“ sein werden.

Eine „abschließende Erklärung“ oder ein „Schlußdokument“ gab es nicht. Diese Entscheidung ist vernünftig. Die politische und soziale Vielfalt beim WSF hätte die Abfassung einer solchen Erklärung sehr schwierig gemacht. Und die aberhundert Debatten, Überlegungen und Vorschläge wären in nur einem Dokument nicht zur Geltung gekommen. Daher wurden verschiedene Erklärungen abgefasst: der sozialen Bewegungen, des parlamentarischen Forums, der Workshops des Weltfrauenmarsches, usw.

Aber eines findet sich in allen: Ein Infragestellen der Eliten und der Hegemo-

nie des Kapitals. Und es finden sich das Bedürfnis und der Vorsatz, eine breite Allianz gegen die „neoliberale Globalisierung“ zu schaffen, weiterzumachen und den Widerstand und die organisierte Mobilisierung zu stärken.

Dieser Wandel fand sich sogar in der gemeinsamen Erklärung der Parlamentarier. Sie klagten nicht nur die „Wiederkolonisierung der Welt“ an, sondern schlossen sich sogar verschiedenen Kampagnen an, die sich „gegen die Verschuldungsmechanismen und für die Streichung der unmoralischen Schuldenlast der armen Länder; für die Besteuerung spekulativer Kapitalbewegungen durch Steuern des Typs Tobin; für die Abschaffung von Steuerparadiesen“ richteten.

Andererseits haben die Parlamentarier auch weiterhin Illusionen in „eine tiefgehende Reform der WHO und der internationalen Finanzinstitutionen“. Aber ihre Schlusserklärung ist, generell gesehen, trotzdem begrüßenswert. Natürlich bleibt abzuwarten, ob die Mehrheit dieser Senatoren und Abgeordneten, die, zumindest im Fall von Lateinamerika und der Karibik, mehrheitlich Parteien des Foro de São Paulo (Forum von São Paulo) angehören und die mit der Zeit den Weg des institutionellen Pragmatismus eingeschlagen haben, sich letztlich dazu aufrufen, in ihren Parlamenten für die Abkommen in Porto Alegre zu kämpfen.

Bezüglich der Frauen wurde das „NEIN zur aktuellen neoliberalen und kapitalistischen Globalisierung“ und das „JA zu solidarischen Alternativen“ wiederholt; die „sexistische Globalisierung, die die massive und anwachsende Feminisierung der Armut hervorhebt und die vielfältigen Formen der Gewalt gegen Frauen steigert“, wurde angeklagt. Generell aber wurde die Frauenfrage in die zentralen Achsen des Forums nur wenig integriert. Die Beiträge von Buenaventura de Souza und Frei Betto wenigstens verbanden das politische emanzipatorische Projekt mit einer multikulturellen und feministischen Dimension.

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH - ABER WAS FÜR EINE?

Es klingt sehr Eindrucksvoll: „NGOs rücken auf Kosten der Linken vor.“ So der Titel einer Notiz in der Tageszeitung Folha de São Paulo (28. 1. 01). Ihre Argumente sind die beinahe völlige Abwesenheit von Ausdrücken wie „Sozialismus“ oder „Revolution“ und eine „niedrige ideologische Intensität“. Sind die politischen Fahnen pulverisiert?

Bernard Cassen, Director von Le Monde Diplomatique und einer der bedeutendsten Organisatoren des WSF, sagte es als Einstieg: „Wir sind hier, um Ideen zu diskutieren. Danach müssen wir nach Wegen suchen, wie wir sie in Kämpfe umsetzen können. In einigen Jahren werden wir soweit sein, dass wir Maßnahmen vorschlagen können“. (Tageszeitung Zero Hora, Porto Alegre, 24.1.01) Er fügte hinzu, dass er „mehr interessiert an konkreten Aktionen von organisierten Bewegungen“ sei, als an „einer Polarisierung

zwischen rechts und links“. Das habe, so sagte er, „an Sinn verloren“.

Fast im gleichen Sinne sprach Ignacio Ramonet in seinem Artikel „Porto Alegre“ (Le Monde Diplomatique, Januar 2001). Das Weltsocialforum sei nicht dazu da, um „wie in Seattle, Washington oder Prag zu protestieren, (...) sondern um – diesmal in konstruktivem Sinn – zu versuchen, einen theoretischen und praktischen Rahmen zu schaffen, der es erlaubt, einer neuen Globalisierung entgegen zu sehen und zu unterstreichen, dass eine andere, weniger unmenschliche und dafür solidarischere Welt möglich ist.“

Aber es gab auch Proteste und Mobilisierungsvorschläge in Porto Alegre.

Außerdem begann – wenn auch nur in kleinem Rahmen – eine theoretische und programmatische Auseinandersetzung. Natürlich war sie lückenhaft in einigen Punkten wie dem Verweis auf die Klassendimension, dem Widerspruch Arbeit-Kapital und der sozialen Aneignung der Produktionsmittel.

So wird Unsicherheit darüber deutlich, welches die Vorbedingungen für einen theoretischen Rahmen sind, der politische Abgrenzung und Klarheit über die Beschaffenheit der „anderen Welt, die möglich ist,“ schafft.

Und tatsächlich, wenn sich die „Antiglobalisierungs-Bewegung“ nur auf die verabschwächendsten Auswirkungen des kommerziellen Austausches, auf den Horror der Auslandsverschuldung und auf die Bedingungen, die von Institutionen wie der WHO, der Weltbank und dem IWF auferlegt werden, beschränken würde, würde sie bei solchen Problemen, die mit dem Ungleichgewicht im „Funktionieren des Marktes“ zusammenhängen, stecken bleiben.

Die Kritik am Marktfetischismus und an der Vermarktung aller menschlichen und sozialen Beziehungen verlöre so einen Großteil ihrer Wirkung.

Ein anderes Dilemma, in dem die Bewegung gegen die kapitalistisch-imperialistische Globalisierung und auch das WSF selbst stecken, ist, wie es auch François Chesnai, Claude Serfati und Charles-André Udry unterstreichen, „die Schaffung neuer Verhältnisse zwischen

Lohnabhängigen und Bauern aus verschiedenen Ländern. Neue Verhältnisse, die die Anonymität und die Äußerlichkeit des kommerziellen Austauschs verringern oder vielmehr soweit unterdrücken würden, daß die internationale Arbeitsteilung und der Welthandel sich in den Ausdruck eines Verhältnisses verwandeln könnten, wo die Produzenten die Bedingungen ihrer Existenz und ihrer Arbeit selbst kontrollieren könnten“. (siehe: Die Zukunft der „Antiglobalisierungsbewegung“. Erste Überlegungen zur Sicherung ihrer theoretischen Grundlagen. Auf Spanisch in der Zeitschrift zur Sozialen Beobachtung von Lateinamerika, Buenos Aires, Januar 2001, veröffentlicht.)

„Eine wirkliche kritische Gegenmacht“ aufzubauen, wie Pierre Bourdieu sagt, und die Perspektive für eine radikale Umwandlung und Selbstbestimmung zu schaffen, worauf Chesnai, Serfati und Udry immer wieder insistieren, „muß daher bei der Möglichkeit, die Waren, das Wertgesetz und die Lohnarbeit in Frage zu stellen und zu schwächen, ansetzen. Das wäre die Antwort auf die verallgemeinerte Konkurrenz, in die alle Elemente des Kapitals (des variablen Kapitals, d.h. der Lohnabhängigen und der Arbeitslosen) zueinander gesetzt sind und die die gesamte Gesellschaft durchtränkt.“

Die Breite und Radikalität der Kämpfe (anders als in den Siebzigern, als sie hochpolitisch waren und eine starke sozialistische Komponente hatten) stellen sich nicht nur gegen die Anpassungspläne „nach neoliberalem Modell“ und den sich daraus ergebenden Konsequenzen der „sozialen Atomisierung“.

Sie nehmen in ihren täglichen Kampf auch die Macht- und Eigentumsverhältnisse auf: Wenn sie eine Fabrik einnehmen, in Großgrundbesitz eindringen, Häuser besetzen oder einen Piratenradiosender installieren, stellen sie die etablierte Ordnung in Frage – das heißt, immer dann, wenn die Leute von unten sich das Recht herausnehmen, das, was ihnen vom Kapital weggenommen wurde, wiederzuverlangen. Ohne Zweifel – jeder Kampf, auf seine Art und manchmal nur am Rande, bringt auch die Frage nach den Machtverhältnissen auf den Tisch.

Das erfordert Organisationsinstrumente und eine politische Strategie (und zwar dringend!). Der Widerstand gegen die kapitalistisch-imperialistische Globalisierung ist ein hervorragendes Experimentierfeld für Kampferfahrung und für die politischen, theoretischen und programmatischen Auseinandersetzungen einer internationalen Bewegung, die, wie das WSF, den Anspruch hat, eine Alternative zur Globalisierung des Kapitals zu schaffen.

Und mehr noch, weil es seitens einiger Teile die Versuchung gibt, die Widerstandsbewegung zu „entpolitisieren“ und sie auf ein antineoliberales „Zweck-“ Bündnis zu reduzieren, dessen Zielrich-

tung nicht auf die Bourgeoisie und ihre Regierungsapparate, die der Herrschaft dienen, geht. In einigen – sicherlich extremen – Fällen spricht man sogar von einer Wiedererlangung von Rechten anstatt davon, sie auszuweiten oder neue und andere zu schaffen. Und dass diese Bewegung „anders“ sei, weil sie sich „gegen den Fortschritt“, wenigstens gegen den neoliberalen, ausspricht.

CHIAPAS, SEATTLE UND DIE „REBELLISCHE INTERNATIONALE“

Im August 1997 gab es das „Erste Treffen Für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus“. Von der EZLN einberufen, wurde dort – laut Subcomandante Marcos – versucht, eine Bewegung aufzubauen, in die „alle Welten“ passen sollten.

Tausende von AktivistInnen und SympathisantInnen der Zapatisten kamen in Chiapas zusammen. Mehrheitlich soziale Bewegungen und NGOs. Das Politische wurde hart in Frage gestellt. Man sprach von einer „Internationale der Hoffnung“. Ein Samen wurde ausgesät, wenn auch der Versuch nicht auskeimte. Vor allem deshalb, weil es sich um eine Solidaritätsbewegung handelte, die sich stark auf die Kämpfe an einem bestimmten Ort bezog. Der internationale Kontext war sehr ungünstig und der Graben zwischen dem Sozialen und dem Politischen hatte seine größte Ausdehnung erreicht.

Seattle veränderte dieses Bild. Vor allem, weil dort der soziale Widerstand weltweit sichtbar gemacht worden war und weil ein Präzedenzfall geschaffen worden war: Das multilaterale Investitionsabkommen konnte gestoppt werden.

Die Proteste und Aufstände gegen die Globalisierung wurden seit Seattle kontinuierlicher und sorgten für das Fiasko der „Milleniumsrunde“ im November-Dezember 1999. Wenig vorher gab es Genf und Köln. Später kamen London, Bangkok, Davos, Washington, Genua, Prag und Nizza. Die Chronologie ist beeindruckend und übt auf diejenigen, die sich im „Rückzug“, den „Niederlagen“ und im „ideologischen Zurückweichen“ verankert hatten, Druck aus – in bestimmten Fällen, um ihre Entmoralisierung und Anpassung an das System zu rechtfertigen; in anderen, um die eigene politische Ohnmacht und Unfähigkeit, die Veränderungen in der Wirklichkeit und

der Dynamik des Klassenkampfes zu synchronisieren, zu verbergen.

In beiden Fällen wogen die Steine der Berliner Mauer schwer auf den Schultern.

Auch Lateinamerika war bei diesen Prozessen des Widerstandes und der Gegenoffensive dabei. Schon vor Seattle. Schlag auf Schlag gab es Streiks, Erhebungen und Bewegungen der Bevölkerung. Regierungen fielen, und die Instabilität war und ist das Kennzeichen der Region.

Der Graben zwischen sozialer Polarisierung und politischem Ausdruck schloss sich allmählich. Das drückt unwiderlegbar der politische Fortschritt der Linken in Uruguay, Brasilien, Ecuador, El Salvador und Nicaragua aus. Ebenso der Kampf für die Menschenrechte und gegen die Straflosigkeit, der letzte großartige Sieg der Bewegung der Indios in Ecuador oder die auf dem ganzen Kontinent stattfindende Mobilisierung gegen den Plan Colombia.

Währenddessen ergreifen die Zapatisten aufs neue die Initiative und bereiten ihren Marsch nach Mexiko-Stadt vor.

Jedenfalls ist es offenkundig, dass die Voraussetzungen für ein Wiedererstehen der radikalen Linken und ein programmatischer antikapitalistischer Wiederaufbau greifbarer geworden sind, wenn nur die politischen Ziele und theoretischen Begriffe geklärt werden.

Das Weltsozialforum wurde von einigen TeilnehmerInnen und JournalistInnen als die neue „rebellische Internationale“ bezeichnet. Seine wichtigsten Organisatoren und Vertreter sind davon nicht überzeugt. Das nächste Treffen (Porto Alegre 2002) wird zeigen, ob man in dieser Richtung weiterkommt oder ob, ganz im Gegenteil, das Forum zu einem „gegen-globalisierenden“ Gesprächspartner für die „neoliberale Globalisierung“ wird.

Februar 2001

Übersetzung aus dem Spanischen: Larissa R.

„Die Globalisierung ist am Ende“

Inprekorr, Nr. 354,
April 2001

Wenn es unter den Organisatoren des Weltsozialforums einen gibt, der für seinen Optimismus bekannt ist, dann ist es der brasilianische Soziologe Emir Sader. Als aktives Mitglied des Ausschusses, der alle Organisationen vereinigt, die in Opposition gegen die neoliberale Globalisierung stehen, bestreitet er, dass das Treffen sich auf Wege in eine „goldene Vergangenheit“ begibt. Hier gibt es weder islamische Fundamentalisten noch Nationalisten“ bekräftigte er.

Interview mit Emir Sader

Wenn Sie die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmer am Forum betrachten und das weite Spektrum an Themen, erwarten Sie überhaupt ein gemeinsames Ergebnis der Diskussionen?

Ich glaube, dass die Gemeinsamkeit der Überzeugungen, die sich seit Seattle herausgebildet hat, sich in gewisser Weise in der gemeinsamen Opposition gegen die Merkantilisierung der Welt kristallisiert. Die Überzeugung, dass die Welt nicht zum Verkauf steht, und dass die wesentlichen Dinge keinen Preis haben. Das eint gewissermaßen die Ökologen, die Gewerkschafter und die Feministinnen. Davon ausgehend müssen wir diskutieren,

wie die Welt beschaffen sein soll, die wir aufbauen wollen. Das beginnt mit der Frage, wie wir die Produktion organisieren sollen, wie wir einen gleichberechtigten Handel bekommen, wie wir die Zirkulation des Finanzkapitals reglementieren, und wie wir das Problem der Agrarproduktion lösen.

Das sind in erster Linie ökonomische Sujets, aber davon ausgehend stellen sich andere, soziale, politische und kulturelle Fragen.

Die Globalisierung scheint vollzogen zu sein. Das Forum scheint in der Gefahr zu stehen, eine Wendung zum Nationalstaat zu vollziehen?

men stattfindet, hat sich die Politik des Neoliberalismus, die heute in der Welt vorherrscht, nicht geändert.

Eine der Aufgaben dieses Forums ist es, Plattformen und Modelle für eine neue Weltordnung zu entwerfen, und von da ausgehend die notwendigen Kräfte zu sammeln, um die Realität verändern zu können. Nicht nur durch oppositionelle Intervention gegen die neoliberalen Regierungen, sondern auch indem wir die Grundlage dafür legen, dass andere Regierungen nicht erneut gestürzt werden. Der schwächste politische Punkt ist die Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen, etwas, was wir am Ende des Forums hoffen erreichen zu können.

Erhöht der Machtverlust der lateinamerikanischen Staaten das Risiko von irgendwelchen autoritär-militaristischen Abenteuern?

Die nationale Souveränität ist sehr geschwächt. Ein Ausweg muss heute dadurch gefunden werden, dass man die Selbstbestimmung der Bevölkerung als Ausdruck der nationalen Souveränität stärkt. Das bedeutet Demokratisierung der Macht und des Staates im Stile partizipativer Politik. Selbstbestimmung des Volkes als Grundlage nationaler Souveränität herzustellen, ist bei dem derzeitigen Grad der internationalen Kapitalverflechtung sehr schwierig. Man muss versuchen, durch einen Prozess politischer Demokratisierung die Macht des Kapitals in der jeweiligen Gesellschaft zu reduzieren. Und das bedeutet, dass wir eine mindestens regionale Allianz benöti-

gen, weil die simple nationale Souveränität heute nur darin besteht, Regierungen zu wählen. Abgesehen von Situationen wie der in Venezuela mit Hugo Chavez, der die Ölproduktion kontrolliert, liegen die großen Hebel der Ökonomie in den Händen privater und internationaler Unternehmen. In dieser Situation droht eine schwere Krise: Der ausländisch kontrollierte Teil der Ökonomie wehrt sich gegen Regierungen, die starke Massenunterstützung hinter sich haben.

Wie lässt sich der existierende Graben zwischen der Zivilgesellschaft und einer Reihe von Regierungen erklären?

Ich glaube, dass sich hierin die Krise der sozialdemokratischen und populistischen Parteien Lateinamerikas zeigt, die sich zu Agenten der neoliberalen Politik gemacht haben, in offenem Widerspruch zu ihrem historischen Projekt einer sozialen Politik. Auf der anderen Seite untergräbt der Neoliberalismus die Staatssysteme, schwächt ihre Finanzen und damit ihre Fähigkeit zu Sozialausgaben. Die Regierungen geraten in die banale Falle, der Bevölkerung Geldwertstabilität und Senkung der Staatsausgaben als Lösung aller Probleme anzubieten. Als Resultat ernsten sie nicht nur das Problem der Verarmung der Bevölkerung, sondern geraten auch selbst in die Krise. Die Tendenz ist dann der Verlust der Massenunterstützung wie im exemplarischen Fall von Fernando de la Rúa.

Übersetzung aus dem Spanischen: Klaus Engert

WELTZOZIALFORUM



Demonstration der TeilnehmerInnen des WSF in Porto Allegre

Los desafíos de Porto Alegre

Millares de personas nos reunimos en Porto Alegre, Brasil, con el sentimiento de estar construyendo un sujeto histórico, destinado a generar un mundo nuevo. Llegamos allí porque queremos estar, participar, queríamos opinar, volver a tener nuestro destino en nuestras manos. Éramos millares hacia los cuales miraban millares y millares de personas que, descontentas con un mundo reproducido a semejanza del dinero y del mercado, miran en todas direcciones buscando las señales de un mundo nuevo.

¿Qué cambió el Foro Social Mundial de Porto Alegre en la lucha por un tipo más solidario y humano de sociedad?

Sería fácil decir que el tiempo dirá. Pero respecto a la construcción de una fuerza, a la aparición de nuevos actores, o hacemos que el tiempo hable o él no nos dirá nada.

¿Qué condiciones están dadas para que se avance en la construcción de una nueva fuerza histórica? ¿Cuánto avanzamos y qué caminos tenemos que transitar para dar un vuelco decisivo en la lucha?

El Foro representó, en primer lugar, una victoria moral, en cuanto dejó en claro que era en los foros de Davos (Suiza) y Porto Alegre (Brasil) donde se discutían los temas fundamentales de la humanidad al iniciarse el nuevo siglo. El amplio espectro de los temas en discusión, la composición opuesta de los grupos que se enfrentaron en la teleconferencia (ver págs. 6 y 7), el tipo de personas que fueron a una y otra reunión, las propuestas y otras cosas indicaban la presencia de dos mundos diferentes: el de los que están en la cima y el de los de abajo, el del dinero y el de los derechos, el del lucro y el de las

dos posibles mediante la cobertura casi equitativa de los dos eventos.

En el plano teórico y en el de las propuestas, es necesario recoger todo el material presentado, para hacer posible un balance real, aunque ya sabíamos por el nivel de elaboración conocido anteriormente que hay amplios puntos de coincidencia en los diagnósticos respecto a la situación del mundo en el período actual del capitalismo, a la correlación de fuerzas existente, a las principales líneas de acceso a la superación del neoliberalismo, teniendo a la mercantilización como obstáculo fundamental para la construcción de un mundo distinto. Podemos, de cualquier forma, prever que el campo de las formulaciones teóricas y estratégicas que imponen las nuevas condiciones de lucha, requerirá de un esfuerzo específico de elaboración debido a las novedades que hay en las formas de acumulación de fuerzas y a la especificidad de las nuevas modalidades que impone la diversidad de los conflictos, sus formas diferenciadas de organización, la complejidad de las relaciones que hay entre los diferentes movimientos, partidos, ONGs, etc.

Detengámonos un poco para decir que tenemos para esto una fuerza moral y social acumulada, así como capital teórico. Sin embargo, esa fuerza se enfrenta con una debilidad enorme en el campo político. A partir de Seattle conseguimos cambiar el escenario ideológico en el mundo pero eso no ha significado hasta ahora que apareciera un solo gobierno más defendiendo posiciones por lo menos aproximadas a las nuestras y ni un solo dólar dejó de circular por los circuitos especulativos del mundo. Sin embargo, descolocados a raíz de la nueva polarización mundial que ya no corresponde a su discurso sobre "modernidad o atraso", los gobernantes

la democracia económica de los organismos internacionales, así como sus ventrilocuos, siguieron adelante en su farrá especulativa que inunda el mundo con la supremacía de la desregulación financiera. Ningún gobierno cambió de posición, ninguna fuerza política significativa asumió posiciones diferentes de las que tenía durante el auge del neoliberalismo a mediados de la década pasada.

Un frente de lucha contra el neoliberalismo, por la amplitud que asumió esa ideología con sus políticas, no cuenta ahora con gobiernos como los que existían en el Tercer Mundo, sin hablar de la desaparición de regímenes que se declaraban anticapitalistas. Lo que no significa que no puedan comenzar a aparecer. Tal vez Brasil sea un caso aislado de país donde sea posible conquistar un gobierno que sintonice con el Foro Social Mundial el año que viene.

Esta nueva situación nos coloca ante la necesidad de buscar herramientas teóricas que nos permitan enfrentar las nuevas formas de acumulación de fuerzas en las condiciones actuales de lucha. ¿Cómo pasar de esa fuerza moral y social a una fuerza política? ¿Cómo apoyarnos en los gobiernos locales y hacer de ellos puntos de apoyo para conquistar gobiernos nacionales y, al mismo tiempo, articular alianzas internacionales? ¿Cómo combinar programas locales de auto organización y resistencia que les permitan sobrevivir y reproducirse en medio de una dinámica avasalladora de carácter financiero y mercantil que trata de ocupar todos los espacios de nuestras sociedades?

El mayor desafío que se nos presenta es, pues, el de forjar fuerzas políticas que permitan efectivamente comenzar a transformar este mundo hecho a imagen y semejanza del liberalismo económico

EMIR SADER

Ein grosser Schritt... um laufen zu lernen

Die Gegenveranstaltung zum WEF in Davos fand im brasilianischen Porto Alegre statt. Dabei zeigte sich, dass nicht nur Schwierigkeiten hinsichtlich eines Dialogs mit dem WEF bestehen, sondern auch noch viel Arbeit bleibt, um die sozialen Bewegungen in ihrem Kampf zu einen.

Von Sergio Ferrari, Porto Alegre*

"Eine andere Welt ist möglich", war der Slogan, unter dem sich während fünf Tagen über 4000 akkreditierte Delegierte aus 117 Ländern, 436 ParlamentarierInnen aus 26 Nationen und mehr als 240 lokale AmtsträgerInnen aus zahlreichen Städten dieser Welt besammelten.

Dieses erste grosse Anti-Globalisierungs-Treffen auf weltweiter Ebene stellte trotzdem weder das Ende eines Weges dar, noch das Angebot an weltweiten alternativen Lösungen, was zeitweise zu erreichen erhofft worden war.

Hingegen war das Treffen die bedeutendste Eigenmobilisierung der Volks- und sozialen Bewegung in dieser neuen Ära des Kampfes gegen die Globalisierung, mit eigener Agenda und ohne Forderungen nach konjunkturabhängigen Antworten. Es war Zeit vorhanden, um ohne Tränengas zu träumen.

Wenn es von Chiapas (Januar 1994) bis Seattle (Dezember 1999) fast fünf Jahre zur Formulierung neuer globaler Antwortformen und der Universalisierung der Solidarität waren, so war der Abschnitt von Seattle bis Porto Alegre viel kürzer und die Energie der sozialen Bewegung vervielfachte sich.

Die Mobilisierungskraft Porto Alegres drückt sich in "drei Foren in einem" aus, welche simultan, komplementär und sektoriell geprägt waren. Das breiteste und wichtigste Forum, das Weltsozialforum, brachte VertreterInnen der aktiven sozialen Bewegungen und der geneigten Intellektualität zusammen.

Das Forum der ParlamentarierInnen eröffnete die Möglichkeit, einer "progressiven Koalition" auf globaler Ebene zu stärken, so wie es die SprecherInnen im Sinne einer Schlussfolgerung vorneweg nahmen.

Das dritte Forum, jenes der lokalen

Autoritäten, mit weniger Profil als die vorgängig erwähnten, aber mit grossen strategischen Möglichkeiten, wenn das Lokale als Ausgangspunkt für jede effektive und langfristige Ansammlung von Anti-Globalisierungskräften angesehen wird.

Es stellt sich die so wichtige Frage nach der Klärung der Allianzen. Die sektorielle Verbundenheit erschien in Porto Alegre als ein analytisch starkes Konzept. Es genügt, die medienwirksame und symbolische Zerstörung von gentechnisch manipulierten Feldern des US-Multis Monsanto am Tag der Eröffnung des Weltsozialforums durch João Stedile und José Bové, von der brasilianischen Landlosenbewegung bzw. der französischen Bauernföderation, in Erinnerung zu rufen. Oder die gemeinsame Erklärung der 436 ParlamentarierInnen der verschiedenen politischen Kräfte oder die gemeinsame Teilnahme der Lehrkräfte des Kontinentes oder, was nicht von minderer Bedeutung ist, das regionale Konzept, welches bestimmte Initiativen innerhalb des Weltsozialforums skizzierten. Dabei darf das bedeutendste Ergebnis dieser sektoriellen Initiative nicht vergessen gehen: Die Abschlusserklärung von rund 150 BürgerInnenorganisationen – angefangen bei Volksbewegungen wie den brasilianischen Landlosen, über namhafte Gewerkschaften bis hin zu einigen NGOs und Netzwerken, welche allerdings in geringerer Anzahl als im vergangenen Juni in Genf präsent waren.

Die Erklärung legt präzise den Protest- und Mobilisierungskalender fest, welcher während des gesamten Jahres gemeinsam unterstützt werden wird, von Cancún – Weltwirtschaftsforum im Februar – bis Genf – G-8-Treffen im Juli – über Buenos Aires und Quebec – Freihandelszone Amerika – bis hin zu den nächsten Versammlungen und Gipfeln von IWF und Weltbank

sowie der WTO im zweiten Halbjahr.

Die Unmöglichkeit, nach sechs intensiven Arbeitstagen ein programmatisches Basisdokument vorlegen zu können, war kein Zufall. Wenngleich die Grösse des Anlasses und sein elefantöses Profil auf methodologischer Ebene mit der wirklichen Möglichkeit effizienter Schlüsse konspirieren, so ist es nicht weniger gewiss, dass zwei Gründen dafür auftauchten, weshalb eine "neue BürgerInnencharta" in Porto Alegre nicht geboren wurde.

Die Differenzen in der Wahrnehmung – was nicht unversöhnliche Brüche impliziert –, der verschiedensten anwesenden AkteurInnen und die fehlende Reife derselben, um zu einer Synthese zu kommen, welche noch Monate – oder Jahre – benötigen wird, waren offensichtlich. Nicht reif zu sein kommt nicht einer Niederlage gleich. Es hängt nicht mit einer Unfähigkeit der Volksbewegung, sondern mit dem aktuellen Entwicklungsstand der weltweiten sozialen Bewegung zusammen.

Ein einziges Beispiel schafft Klarheit: Die Spannung zwischen den OrganisatorInnen des Weltsozialforums und einiger Organisationen sowie Strömungen rund um die Telefonkonferenz mit Davos. Die Radikalen traten für ein kategorisches Nein ein. Die OrganisatorInnen beharrten dagegen auf der taktischen Notwendigkeit dieses Kontaktes, der Porto Alegre Medienaufmerksamkeit verschaffte.

Trotz des triumphalistischen Diskurses der OrganisatorInnen des Weltsozialforums, welche die Summe der Dokumente und (Teil-)Erklärungen feierten, als ob ein einziges, globales Ergebnis erzielt worden wäre, und trotz des Potenzials der am Forum unterbreiteten Alternativen, bleibt noch immer eine globale Synthese aus und damit als Herausforderung bestehen.

Mit dem Risiko, dass die wirtschaftlichen und politischen Machtzentren dieser Welt bei der Analyse Porto Alegres ihre despektierlichen, repetitiven, aber schlagenden Argumente hervorholen: dass sich die weltweite soziale Bewegung aufgrund tiefergründiger Widersprüche nicht einig werden könne und dass dieselbe Bewegung, aufgrund ihrer Natur, nicht die Fähigkeit besitze, ernsthafte Alternativen anzubieten, wenn es darum ginge, ein alternatives Projekt für die Menschheit zum gegenwärtigen Neoliberalismus zu entwerfen.

Es wird in die Verantwortung der kommenden "Porto Alegre" fallen, welche alljährlich zum gleichen Datum wie Davos stattfinden werden, gangbare Wege "der Globalisierung der Alternativen und Solidarität" aufzuzeigen. Ausgehend von einer

klarerer Lektüre der Notwendigkeiten, des Potenzials und der Grenzen, die aus diesem Forum hervorgegangen sind.

Die schwache Teilnahme aus Afrika, die nahezu ausbleibende Präsenz Delegierter aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks, aus Indien und Nordamerika stellt einen weiteren Mangel des Forums von Porto Alegre dar, das im Wesentlichen zu einem lateinamerikanisch-europäischen Treffen wurde, und – aus vielen legitimen Gründen – zu einem Gutteil durch Brasilien dominiert wurde. Von 4700 Delegierten stammten über 2500 aus Brasilien.

Es bleiben im Weiteren als zu lösende Fragen die reale Artikulierung der sozialen Bewegungen unter sich, der sozialen Bewegungen mit den NGOs und der Volksbewegungen mit den intellektuellen, welche sie zu vertreten glauben. – Eine Schlüsselfrage in diesem gegen die Globalisierung gerichteten Gesamtprozess. Trotz dieser Fragen steht Porto Alegre für einen wichtigen Anlass der sozialen AkteurInnen, indem konsolidierte soziale Bewegungen die Hegemonie zurückgewannen.

Es mangelte für Augenblicke auch nicht an der – notwendigen? – Dichotomie zwischen dem rhetorischen Diskurs einiger SozialwissenschaftlerInnen, die anlässlich der zentralen Debatten proportional besser vertreten waren als die sozialen Bewegungen selbst, und der militanten Schreie und internen Kundgebungen jener sozialen AkteurInnen Brasiliens, welche das Weltsozialforum als ein geeignetes Schaufenster verstanden, um ihre Anliegen und Forderungen weltweit bekannt zu machen.

Die starke Präsenz der Jugend am Forum verpflichtet zu einer weiteren, doppelten Überlegung. Einerseits jener über die Methode, um das bestehende Interesse der Jugendlichen für diesen Kampf für die Formulierung von Alternativen aufrecht zu erhalten. Und über die so notwendige wie hängige Verlagerung über Generationen hinweg einer "weltweiten sozialen Führung", die bisher in den Händen der Generation der fünfziger Jahre liegt, welche den politischen Einstieg zu Zeiten des Mai 68 oder der lateinamerikanischen Guerillas vollzogen.

Telekonferenz Porto Alegre – Davos

Der Dialog über das Fernsehen von etwas mehr als einer Stunde zwischen den beiden gegensätzlichen Foren, stellte eines der in Brasilien mit am meisten Spannung erwarteten Ereignisse dar. Fast wie ein rhetorisches Boxduell, konfrontierte es, sich im Studio in der brasilianischen Stadt befindende AnführerInnen der Volksbewegun-

gen mit VertreterInnen von Grossunternehmen und der Vereinten Nationen im Studio in Davos. Ein echter "Dialog der Tauben" war das Ergebnis, wobei beide Seiten davon überzeugt waren, die Wahrheit auf ihrer Seite zu haben. Die Debatte wurde von einer Gruppe unabhängiger Unternehmer organisiert, welche ihren Platz zahlreichen Fernsehanstalten verkauften.

Allein der Umstand, dass diese Telekonferenz zustande kam, ist bereits eine historische Tatsache und zeigt, dass das Weltsozialforum eine Realität ist, bestätigten die beiden Präsentatoren im Studio in Porto Alegre. Die "Konfrontation" war weitgehend ungleich hinsichtlich der Mandate und Repräsentativität.

Der Unternehmer George Soros (vom Institut für eine offene Gesellschaft), zwei hohe UNO-Funktionäre und ein anerkannter schwedischer Geschäftsmann nahmen die Idee auf, aus Davos an der Diskussion teilzunehmen, jedoch ohne das WEF offiziell zu vertreten, welches keinen Sprecher für die Debatte stellte.

Auf der anderen Seite, in Porto Alegre, war das Dutzend an RepräsentantInnen der Volks- und sozialen Bewegungen, das zu Wort kam, mit einem ausdrücklichen Mandat des Weltsozialforums ausgestattet.

Die Abstimmung und Komplementarität der Argumente von Bernard Cassen, Direktor von Le Monde Diplomatique, mit jenen von Hebe de Bonafini, Präsidentin der Mütter der Plaza de Mayo, oder Diane Matte, Vertreterin des Weltfrauenmarsches, überraschte nicht.

Im Zentrum der Diskussion standen einige Schlüsselthemen. Rhetorik und Anschuldigungen und Gegen-Anschuldigungen füllten das Medium. Die einen machten die anderen für die "mörderische Globalisierung" verantwortlich. Aus Davos wurden die GesprächspartnerInnen in Porto Alegre kritisiert, es fehlte ihnen die Fähigkeit, zuzuhören, um einen wirklichen Dialog zu führen.

"Sie könnten in den Stunden vor Beendigung des World Economic Forums daran arbeiten, Unterschriften der Anwesenden zu sammeln und eine verpflichtende Erklärung für einen Erlass der Schulden des Südens verteilen", forderte Bernard Cassen, der auf der Notwendigkeit beharrte, dass im Bündner Ort über die Tobin-Steuer nachgedacht werde, um das spekulative internationale Finanzkapital zu bestrafen.

"Die Vereinten Nationen sind im Kampf gegen die Armut stark engagiert... Wenn der Generalsekretär der UNO in Davos weilt, so deshalb, weil er das WEF für eine gute Plattform hält, um in diesem

Wipe out the WEF!

Die sozialdemokratische Polizeichefin sagt im Fernsehen, Gewaltfreiheit sei der rote Faden in ihrer Biographie.

Zur Verteidigung der transnationalen "Elite" in Davos werden Polizei und Armeeeinheiten mobil gemacht. Während Wochen wird in den Medien eine Angststimmung erzeugt. Am Abend des 27. Januar soll die seit langem beispiellose Polizeistaatsmaschinerie "legitimiert" werden: Sie wird gegen die DemonstrantInnen in Zürich losgelassen. Unser Freund Richi Frick, Gewerkschafter und Aktivist der Kolumbien-Solidarität, wird durch den kriminellen Einsatz von Gummikugeln so schwer am Auge verletzt, dass seine Sehkraft und berufliche Zukunft bedroht sind. Globalisierung – Militarisierung! Unsere Solidarität für Richi, unsere Wut den WEF-"Eliten" und ihren Helfershelfern.

Correos

Sinne auf Entscheidungen einzuwirken", entgegneten die UNO-Funktionäre.

"Die Globalisierung tötet unsere Völker durch Hunger und unsere Kinder verurteilt sie zum Elend", antwortete eine sichtlich erregte, sich am Rande des Nervenzusammenbruchs befindende Hebe Bonafini.

"Man kann den Wert des ökonomischen Wachstums als Basis für jedes dauerhafte Entwicklungsprojekt nicht negieren", meinte seinerseits Soros, der eine "saubere" Debatte forderte.

Das Weltsozialforum stand eineinhalb Stunden lang still. Im Pressesaal, im Amphitheater (mit Grossbildschirm), in den Gängen der Katholischen Universität, welche den 3500 Delegierten aus 135 Ländern Obdach gewährte, überall verfolgte man die Telekonferenz mit der gleichen Spannung wie ein Endspiel einer Fussballweltmeisterschaft.

Schlussfolgerungen wurden keine gezogen. Für die TeilnehmerInnen in Davos blieb das Gefühl eines gewissen Unbehagens. Sie kamen, um zu debattieren, mit einer bestimmten Offenheit und guten rhetorischen Absichten und fanden sich in einem wahrhaftigen Hinterhalt wieder. Für die AkteurInnen in Porto Alegre war es ein Pyrrhussieg: Porto Alegre trat auf die internationale Medienbühne und damit in einen Raum, den die OrganisatorInnen seit dem Aufkommen der Idee eines Weltsozialforums zu belegen anstrebten.

* Pressedienst É-CHANGER/UNITÉ;
Übersetzung: José Oggier

lateinamerika
Anders
CV 1. / 2001

LEBENDIGE DEMOKRATIE IN BRASILILIEN

Die „partizipative Haushaltsaufstellung“ von Rio Grande do Sul
findet weltweit Nachahmer.

Ein zierlicher Mann mit schwarzem Schnauzbart und in dezentem Anzug bahnt sich den Weg durch die bunte Menge von AktivistInnen aus aller Welt. Rote Fahnen werden geschwenkt, „Olívio, Olívio“-Sprechchöre erschallen in der riesigen Halle der Katholischen Universität von Porto Alegre. Auf der Abschlussveranstaltung des Weltsozialforums erhält kaum jemand mehr Beifall als der Gastgeber: Olívio Dutra, 58, Gouverneur des Bundesstaates Rio Grande do Sul.

Dutra gehört zur Gründergeneration der brasilianischen Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*), die soeben ihren 21. Geburtstag gefeiert hat und zur wichtigsten Linkspartei Lateinamerikas geworden ist. GewerkschafterInnen, progressive Christen, demokratische SozialistInnen, TrotzkiistInnen, orthodoxe und unorthodoxe Linke, BasisaktivistInnen aus einer Unzahl von Strömungen schlossen sich zu einer Partei „neuen Typs“ zusammen, die heute mehr Wähler hinter sich weiß denn je zuvor. Porto Alegre war 1988 die erste Landeshauptstadt, in der ein PT-Politiker zum Bürgermeister gewählt wurde – Olívio Dutra.

Die Kassen waren leer, die Gegnerschaft des einheimischen Establishments enorm. Also machte sich die kommunale PT-Spitze daran, ihre „Isolation zu durchbrechen“, so Luciano Brunet vom „Bürgerbüro der Beziehungen zur Gemeinschaft“. In Zusammenarbeit mit der Basisbewegung aus den Armenvierteln entstand das *Orçamento Participativo* (OP), zu deutsch etwa „Partizipative Haushaltsaufstellung“, die inzwischen zum Markenzeichen von Porto Alegre und manch anderer PT-regierter Stadt geworden ist. „Wir fingen an, den Mangel transparent zu verwalten“, erzählt Brunet. „Die Bevölkerung wurde nach Prioritäten gefragt, die wenigen Mittel in den bedürftigsten Stadtvierteln konzentriert.“ Nach diesen beiden Prinzipien funktioniert das OP bis heute.

Ab März werden auf Bürgerversammlungen in 16 Bezirken die örtlichen Prioritäten festgelegt. Soll eine

Kinderkrippe gebaut werden? Oder ist die Renovierung des Kulturzentrums wichtiger? Oder vielleicht doch die Asphaltierung zweier Nebenstraßen? Parallel dazu beraten Vertreter von Basisbewegungen auf fünf thematischen Foren über die Struktur der Investitionen im Stadthaushalt – derzeit etwa 15 Prozent des gesamten Etats, denn der Löwenanteil besteht aus laufenden Kosten wie den Gehältern der städtischen Angestellten.

Die Bürger- und Delegiertenversammlungen erarbeiten bis Ende September konkrete Investitionspläne, wobei die Exekutive nur den Umfang der bereitstehenden Mittel bekannt gibt. Der Bürgermeister präsentiert die Vorschläge unverändert dem Stadtparlament, das bis Ende November den Jahreshaushalt verabschiedet. Im vergangenen Jahr waren rund 30.000 Menschen am OP für den Jahresetat 2001 beteiligt – von insgesamt 1,4 Millionen Einwohnern. Durch diese Form der direkten Mitbestimmung sind Korruption und Vetternwirtschaft, ein Grundübel der brasilianischen Politik, in Porto Alegre so gut wie unbekannt.

Konservative Kritiker beklagen, dass Mitglieder der Arbeiterpartei den gesamten Prozess dominieren. Die PT verstoße gegen in der Verfassung vorgegebene Mechanismen der repräsentativen Demokratie, behauptet etwa der emeritierte Politologe José Giusti Tavares. Für ihn ist das OP ein „Machtinstrument der PT“. Das Wahlvolk scheint das nicht zu stören: Vor wenigen Monaten erzielte der jetzige Bürgermeister Tarso Genro, der bereits von 1992 bis 1995 im Amt war, in der Stichwahl 63 Prozent aller Stimmen.

Ein konkretes Beispiel, wie sich die Bürgerbeteiligung auszahlen kann, ist der Wohnkomplex *Lupicínio Rodrigues* im Zentrum Porto Alegres. Noch vor drei Jahren befand sich an gleicher Stelle ein Armenviertel, eine „ziemlich wilde Favela“, wie Valdemar de Oliveira meint. Unter der Leitung des rührigen Vorsitzenden der örtlichen Bürgervereinigung erstritten sich die 80

Familien auf den OP-Versammlungen ihres Bezirks die Haushaltsmittel für den Neubau des Viertels. Während der Übergangszeit von einem knappen Jahr wohnten sie in großen Schuppen.

Auch heute stehen Oliveira mit seiner vierköpfigen Familie nur zwei Stockwerke mit 30 Quadratmetern zur Verfügung, aber die Anlage hat jetzt einen Kindergarten und einen Gesundheitsposten. Das Gemeinschaftszentrum wird gerade eingerichtet. „In der kommenden OP-Runde wollen wir erreichen, dass vor dem Viertel eine Polizeistation installiert wird“, sagt Oliveira, der vor 15 Jahren aus dem Hinterland von Rio Grande do Sul auf der Suche nach Arbeit nach Porto Alegre gekommen ist.

Gleich nebenan befindet sich ein städtisches Obdachlosenasyll, wo bis zu 40 „StraßenbewohnerInnen“ vorübergehend untergebracht werden. Die sechzigjährige Delcy da Silva, die im nahegelegenen Stadtpark wohnt, wartet auf ein warmes Essen. „Das Asyl ist nicht schlecht, aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein“, klagt sie. „Wir werden immer mehr.“ Die Stadtregierung könne die sozialen Probleme nur lindern, räumt Luciano Brunet ein. „Natürlich wirkt sich die Wirtschaftskrise, vor allem die Arbeitslosigkeit, auch auf Porto Alegre aus“, sagt er. Die brasilianischen Kommunen erhielten nur 17 Prozent der Steuereinnahmen – im Gegensatz zu Europa, wo dieser Anteil im Schnitt drei Mal so hoch sei.

Seit zwei Jahren steht Olívio Dutra der Landesregierung von Rio Grande do Sul vor. Das südlichste Bundesland Brasiliens ist mit 280.000 Quadratkilometern größer als der Nachbar Uruguay oder die alte BRD – allerdings wohnen hier nur elf Millionen Menschen. Nun setzt die PT-Landesregierung das OP auch im weitgehend ländlich geprägten Flächenstaat um – eine „aufregende Erfahrung“, wie Iria Charão, die Ministerin für die „Beziehungen zu den Gemeinschaften“ meint.

Die vitale 56-Jährige macht nach eigenem Bekunden seit ihrem Hauptschulabschluss vor 42 Jahren Basisarbeit

und gehört zu Dutras Mitarbeitern der ersten Stunde. Mit ihrem 50-köpfigen Team hat sie die ehemalige Residenz der Vizegouverneure bezogen, den neoklassizistisch angehauchten *Palacinho* („kleinen Palast“). „Das OP ist ein einziger großer Volksbildungsprozess,“ schwärmt die Ministerin. 190.000 Menschen hätten sich im ersten Jahr beteiligt, dann wirkte ein Abgeordneter der Opposition ein zeitweiliges Verbot, das OP mit staatlichen Mitteln zu propagieren. „Wir setzten auf Mund-zu-Mund-Propaganda und sammelten Spenden für den Kauf der nötigen Materialien“, berichtet Charão. Und so sei trotz aller Behinderungen die Beteiligung im vergangenen Jahr noch einmal um 50 Prozent gestiegen.

In den 497 Gemeinden finden alljährlich Bürgerversammlungen statt. „Für viele Menschen ist das die erste Chance gewesen, direkt mit Regierungsvertretern zu reden,“ so die Ministerin, die Wert darauf legt, den Prozess so oft wie nur irgend möglich vor Ort zu begleiten. „Bei den *Kaingang*-Indianern oder in so mancher Gemeinde mit deutschstämmiger Bevölkerung werden die Redebeiträge hin- und herübersetzt.“

Auch die Widerstände von Provinzfürsten, die ihre Pfründe in Gefahr sahen, hätten nachgelassen. Allerdings würden noch längst nicht alle Vorgaben der insgesamt 14.000 Delegierten umgesetzt, so etwa der Vorschlag, bei 30 Großunternehmen zusätzliche Steuern einzutreiben. Die Opposition, die im Landesparlament die Mehrheit stellt, legte sich quer. Es können bei weitem nicht alle Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden, denn die finanziellen Spielräume sind auch auf Landesebene denkbar eng.

Selbst politische Gegner der PT räumen ein, dass die hohe Transparenz bei den Entscheidungsprozessen zu einer effektiveren Nutzung der knappen Haushaltsmittel geführt hat. „Dadurch, dass die staatlichen Ausschreibungen offengelegt werden, sparen wir manchmal bis zu 30 Prozent. Korruption ist praktisch unmöglich geworden“, sagt Iria Charão. „Außerdem fühlen sich die Menschen einbezogen und schlagen deswegen oft originelle oder konsensfähigere Lösungen vor.“

Der Politikwissenschaftler Denis Rosenfield von der Bundesuniversität Rio Grande do Sul lobt die durch das OP bestimmte Sozialpolitik der Landesregierung. Doch andere Bereiche, etwa die Bildungs- und Forschungspolitik, würden im Gegenzug vernachlässigt. Auch für die Ansiedlung neuer Firmen sei noch kein stimmiges Konzept vorhanden.

Das von der UNO und anderen internationalen Organisationen gepriesene OP hat in Dutzenden brasilianischer Städte Schule gemacht und stößt auch in Metropolen wie Barcelona, Bologna, Montevideo und Buenos Aires auf großes Interesse. Die indische Wissenschaftlerin Vandana Shiva, Trägerin des alternativen Nobelpreises, bezeichnete Rio Grande do Sul gar als den „wahrscheinlich weltweit einzigen Ort, wo die Regierung macht, was die Bevölkerung will.“ Verständlich also, warum die Initiatoren des Weltsozialforums sich letztes Jahr für den Veranstaltungsort Porto Alegre entschieden.

Natürlich nutzten die Gastgeber, die das Forum personell und finanziell nach Kräften unterstützten, die Gelegenheit zur Selbstdarstellung. Das OP wurde in mehreren überfüllten Workshops vorgestellt; mehrfach traten Olívio Dutra, PT-Ehrenvorsitzender Lula und andere Parteigrößen auf. Bürgermeister Tarso Genro organisierte ein Treffen progressiver Bürgermeister „für die soziale Integration“. Die lautstarke Präsenz der „Petistas“ und ihr Druck auf das Organisationskomitee, auch das kommende Treffen der Globalisierungskritiker in Porto Alegre auszurichten, wäre allerdings beinahe nach hinten losgegangen: Buchstäblich erst in letzter Minute fiel die Entscheidung für eine Neuauflage 2002 zu gleicher Zeit am gleichen Ort.

Als sie bekannt gegeben wurde, feierten Tausende. Denn der Erfolg des diesjährigen Weltsozialforums macht Lust auf mehr. Nach dem intensiven Austausch von Tausenden aus aller Welt wird es im kommenden Jahr darauf ankommen, gemeinsam effektive Vorschläge für eine andere Weltordnung zu erarbeiten – und wo könnte das besser gelingen als in Porto Alegre, der Hauptstadt der partizipativen Demokratie? □

Gerhard Dilger (Porto Alegre)

Taz, 19./20. Mai 2004

Welche Ziele verfolgt die lateinamerikanische Linke nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre? Fragen an João Pedro Stedile

Interview von GERHARD DILGER

Der Brasilianer João Pedro Stedile gehört zur nationalen Leitung der „Bewegung der landlosen Landarbeiter“ (MST) und ist Mitglied im brasilianischen Organisationskomitee des Weltsozialforums von Porto Alegre.

taz: Herr Stedile, das Weltsozialforum ist vor gut drei Monaten zu Ende gegangen. Welches Fazit ziehen Sie aus der Distanz?

Stedile: Porto Alegre war ein Hafen für Menschen aus aller Welt, die sich vergewissern wollten, dass es möglich ist, sich gegen das Kapital zu erheben. Es war ein pluralistisches Treffen. Der Prozess ist zweigeteilt: Einige organisieren Veranstaltungen, um alternative Vorschläge zu diskutieren. Andere wollen eine internationale Protestbewegung gegen den Neoliberalismus aufbauen.

Gerade in Europa wurde kritisiert, dass es kein Abschlussdokument gab, das Perspektiven eröffnet hätte. Ist das für Sie ein Problem?

In der akademischen Tradition Europas, gerade auch der Linken, sind Thesen und Dokumente sehr wichtig. Die sozialen Bewegungen in der Dritten Welt drücken ihren Konsens in anderen Formen aus. Gerade auf Veranstaltungen dieser Art müssen wir pluralistisch bleiben. Aus politischen und pädagogischen Gründen haben wir uns gegen ein Abschlussdokument entschieden.

Aber in den Tagen vor der Abschlussveranstaltung kam der Eindruck auf, dass das Komitee über diese Frage geteilt, gelähmt war.

Das Gerede von Spaltung ist Blödsinn. Mit unserer Arbeitsweise versuchen wir zu vermeiden, dass Einzelne in den Medien groß rauskommen oder folklorisiert werden. Die Themen werden dabei nur banalisiert.

Die Bauernorganisationen waren in Porto Alegre sehr aktiv – Schwarze, Indigene oder Jugendliche aus den Armenvierteln der Städte kamen nicht so recht zum Zug. Der Diskurs wurde von Akademikern, Nichtregierungsorganisationen und Politikern dominiert. Wie haben Sie die so genannten „Ausgegrenzten“ erlebt?

Auch wir haben diese Selbstkritik geübt. Offensichtlich dominierten in Porto Alegre die Weißen, der Westen, die über 30-jährigen mit politischer Erfahrung. Wir müssen versuchen, diesen Ideenaustausch in unseren Ländern zu reproduzieren. Deshalb plädieren wir von der MST und von der Via Campesina dafür, dass wir uns ab 2002 an mehreren Orten treffen, damit all jene, die in sozialen Kämpfen stecken, an dieser Debatte teilhaben können und die Möglichkeit geschaffen wird, dass eine Volksbewegung daraus wird.

Andere kritisierten den dominierenden „Reformismus“.

Das Forum wurde weder von ultralinken Flügeln wie Trotzkisten oder Anarchisten dominiert noch von der „rechten Linken“. Natürlich gab es dort sozialdemokratische, reformistische Kräfte. Aber die Forderung nach radikalen Änderungen war der zentrale Kern, um den sich die Debatten drehten. Das Forum war sich einig: Man darf die Auslandsschulden nicht bezahlen. Ich bin sicher, der internationalen Bourgeoisie hat Porto Alegre kein bisschen gefallen.

Auffällig war, wie dünn Mittel-, Ost- und Nordeuropa vertreten waren.

In Europa haben wir ein Problem. Die Gewerkschaftsbewegung steckt in großen Schwierigkeiten. Für Porto Alegre hat Attac [das Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte; in Anmerkung der Redaktion] mobilisiert, keine soziale Bewegung. Schwierig ist es aber auch in Afrika, Asien und der arabischen Welt. Bei aller berechtigten Kritik am Treffen: Es geht vor allem darum, den Prozess zu sehen, und der muss sich ausweiten.

Daher auch die Idee weiterer Paraleltreffen, die zeitgleich zu Porto Alegre 2002 stattfinden sollen.

Die Leute werden angeregt, nationale Komitees zu bilden. In Dutzenden von Ländern ist man dabei, dies zu tun, als erster Schritt. Zu parallelen Treffen könnte es zum Beispiel in Bangkok, Quito, Dakar und in den USA kommen.

Ein Kristallisationspunkt für die Linke in ganz Amerika ist die geplante Freihandelszone von Alaska bis Feuerland (FTAA), die im Dezember 2005 Realität werden soll. Was kann man ihr entgegensetzen?

Die FTAA ist ein Projekt der US-Multis, um den lateinamerikanischen Markt

noch besser beherrschen zu können. Wenn es den USA gelingt, die FTAA durchzusetzen, werden sie einen langen Kampf um die nationale Souveränität auslösen. Zentral sind dabei die großen Länder, die sich dem entgegenstellen könnten. Mexiko ist praktisch schon drin. Und auch Argentinien ist bereits eine Geisel der USA, weil es seine Wirtschaft dollarisiert hat. Die große Herausforderung ist also Brasilien.

Wir können die FTAA nur aufhalten, wenn es uns in den nächsten drei Jahren gelingt, die Massenbewegung wieder zu entfachen. Wir brauchen ein wenig historische Geduld. Die Zeit zwischen 1974 und 1978 war so ähnlich wie jetzt. Das Volk hatte die Nase voll von der Diktatur, aber man ging noch nicht auf die Straße. Ich bin zuversichtlich, dass es in zwei, drei Jahren so weit ist.

Auch der Widerstand gegen den Plan Colombia wird immer wieder als gemeinsames Anliegen der lateinamerikanischen Linken genannt. Aber wie soll das konkret aussehen?

Die brasilianische Linke ist sich der US-Intervention bewusst, doch sie ist nicht in der Lage, dagegen zu mobilisieren, denn die meisten Brasilianer wohnen an der Küste und nicht in Amazonien. Eher noch glaube ich, dass man über die Rolle der Multis bei der Gentechnik oder den Patentgesetzen an die Leute herankommt. Ich glaube, die einzige Chance gegen den Plan Colombia haben wir, wenn es eine Rebellion in Ecuador gibt. Dann könnten sich die Kräfteverhältnisse im andinen Raum verschieben. Wenn dagegen in Kolumbien, einem Land ohne Gesetz, das Pendel in die eine oder andere Richtung ausschlägt, dann könnte es zu einem Bürgerkrieg in ungekanntem Ausmaß kommen.

Von der kolumbianischen Guerilla gehen ja keine innovativen Impulse

aus, ganz im Gegensatz zu den Zapatistas. Kommen die zum nächsten Weltsozialforum und werden sie die Diskussion bereichern?

Bestimmt. Aber ich fürchte, der Zapatismus hat sich letztlich reduziert auf die Frage der Autonomie für die indigenen Völker. Aber für den Kampf gegen das internationale Kapital müssen die Massen mobilisiert werden. In dieser Hinsicht sind die Zapatistas hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sicher auch, weil sie jahrelang in Chiapas eingeschneit waren.

Zurück zur Gentechnik. Warum, meinen Sie, eignet sie sich besonders gut zur Bewusstseinsbildung?

Sie bringt die Konsumenten und die Bauern zusammen. Bei Gensoja und Genmais gibt es ungeklärte Risiken für Gesundheit und Umwelt. Und wenn die Multis eine Monopolstellung beim Saatgut erlangen, bedeutet das das Ende für die Kleinbauern. Sie werden zu Pächtern degradiert, und die Multis entscheiden über Technik und Saatgut. Die Kleinbauern wissen um die Bedeutung des Saatgutes für ihre Autonomie. Und außerdem kommt das Thema auch in Europa und Nordamerika gut an.

Worum ging es bei den weltweiten Protesten der Via Campesina Mitte April?

Wir wenden uns gegen die Gentechnik und gegen Agrarimporte. Jedes Volk muss das Recht haben, das zu produzieren, was es braucht. Und was darüber hinausgeht, kann im bilateralen Handel mit anderen ausgetauscht werden. Das verstehen wir unter Ernährungssicherheit.

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen der Landlosenbewegung und der brasilianischen Regierung?

Das ist ein Katz-und-Maus-Spiel. Wir versuchen, der Katze den Käse zu klauen,

und wenn die Katze uns schnappt, dann frisst sie uns. Aber wir sind noch nicht stark genug, um der Katze eine Schelle umzuhängen. Wir tun alles, um gegen Symbole des Wirtschaftsmodells zu kämpfen. Wir verfolgen damit auch eine pädagogische Absicht für all jene, die noch kein Bewusstsein darüber haben. So hoffen wir, immer mehr Leute gegen die Regierung aufzubringen. Wir müssen die Katze schlagen und fliehen, das ist eine Pendelbewegung.

Für die Regierung scheint die MST der Lieblingsfeind zu sein ...

Ja, sie setzt ihr Agrarmodell mit Biegen und Brechen durch, sie will ganz offensichtlich keine Agrarreform im klassischen Sinn durchführen, sondern uns als politische Organisation besiegen. Anders als während der Militärdiktatur geht es weniger um nackte physische Gewalt. Jetzt läuft die Repression über die Justiz. Es sind 180 Verfahren gegen uns anhängig. Dazu kommen die Bespitzelung durch die politische Polizei und die Kampagnen in den Massenmedien, durch die die Gesellschaft gegen uns aufgebracht werden soll.

Auch wenn wir keine spektakulären Erfolge hatten, die Anzahl der Mobilisierungen steigt. Um den internationalen Frauentag herum gab es die bisher größten Aktionen von Bäuerinnen, gleich danach von der Bewegung gegen Staudämme. Manchmal müssen wir Landlose diese quasi feuerwerksartigen Aktionen machen, wie die Zerstörung des Monsanto-Versuchsfeldes während des Weltsozialforums oder die Besetzung eines Landgutes des brasilianischen Botschafters in Italien. So machen wir die Leute auf die Lügen der Regierung aufmerksam.

Akteure & Projekte

João Pedro Stedile gehörte 1984 zu den Mitbegründern der „Bewegung der landlosen Landarbeiter“ (MST) und zählt heute zur Leitung des brasilianischen Organisationskomitees des Weltsozialforums von Porto Alegre. Der 46-jährige Ökonom, dessen Vorfahren aus Südtirol stammen, rechnet sich dem linken Flügel der Arbeiterpartei (PT) zu und bringt es fertig, gleichzeitig Fan von Corinthians São Paulo, Gremio Porto Alegre und Juventus Turin zu sein.

Die Landlosenbewegung MST ist die wohl stärkste soziale Bewegung Lateinamerikas. Ihre Basis sind die viereinhalb Millionen Landlosenfamilien Brasiliens. Die MST ist in 23 der 27 brasilianischen Bundesstaaten aktiv. Sie strebt neben einer Agrarreform eine grundsätzliche Umorientierung der Landwirtschaft an, die nach wie vor von traditionellen Großgrundbesitzern und der exportorientierten Agrobusiness dominiert wird.

Die MST ist Mitglied der Via Campesina, einem Zusammenschluss von Bauernorganisationen aus 87 Ländern. Die wichtigsten Anliegen der Via Campesina: Agrarreformen und die Deklaration von Saatgut zum Erbe der Menschheit.

Die US-Firma Monsanto ist zum Symbol für jene Agrarmultis geworden, die sich für den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen. Ihr Gensoja ist gegen das Monsanto-Herbizid Roundup Ready immun, aber in Brasilien bislang noch nicht zugelassen.

Die zwei wichtigsten Projekte, mit denen die USA ihre Hegemonie in Lateinamerika sichern wollen, sind die für Dezember 2005 angestrebte Freihandelszone der Americas (FTAA, auf Spanisch Alca) und der Plan Colombia, über den – unter dem Vorwand des „Kriegs gegen die Drogen“ – die nördlichen Anden und weite Teile des Amazonasbeckens militarisieren werden.

Das Weltsozialforum, auf dem über Wege zu einer „solidarischen Globalisierung“ diskutiert wird, soll künftig alljährlich parallel zum Weltwirtschaftsforum von Davos stattfinden. Nach der gelungenen Premiere im südbrasilianischen Porto Alegre zu Beginn des Jahres kommt es vom 31. Januar bis zum 5. Februar 2002 zu einer Neuaufgabe am gleichen Ort. Parallel dazu sind Regionaltreffen in anderen Teilen der Welt angedacht.

Das Organisationskomitee, in dem brasilianische Gewerkschaften, NGOs und Bewegungen vertreten sind, verabschiedete vor kurzem fünfzehn Prinzipien. Ausdrücklich ist darin die Ablehnung totalitärer und reduktionistischer Geschichtsbilder festgehalten. Außerdem werden Organisationen ausgegrenzt, die „als Methode politischer Aktion Menschenleben aufs Spiel setzen“.

„Eine andere Welt ist möglich“, war das Motto in Porto Alegre. Das Beharren auf Pluralismus hat klar gemacht: Gemeint ist „eine Welt, in die viele Welten passen“ (Subcomandante Marcos).



Porto Alegre, Februar 2002: Die Welt als Bühne

Foto: AP/Douglas Engle

WELTSOZIALFORUM: PORTO ALEGRE II

IM BRENNPUNKT DER GESCHICHTE: DAS II. WELTSOZIALFORUM IN PORTO ALEGRE

Von außen besehen gleicht Porto Alegre (zu deutsch: fröhlicher Hafen) dem, was sein Name verspricht. Das bunte Treiben seiner ca. eine Million Einwohner – viele von ihnen Söhne und Töchter von deutschstämmigen Einwanderern – vermischt sich einmal im Jahr mit dem Gewirr von Zehntausenden von Besuchern aus aller Welt. Für den von der brasilianischen Arbeiterpartei PT regierten Bundesstaat Rio Grande do Sul ist das Weltsozialforum von Porto Alegre bereits zu einer Tradition geworden, die aus dem Stadtbild nicht wegzudenken ist, auch wenn es – heuer vom 31. Jänner bis 5. Februar – erst zum zweiten Mal stattgefunden hat.

Leo Gabriel

Rein quantitativ hat das II. Weltsozialforum das erste bei weitem übertroffen: 51.300 Menschen sind aus insgesamt 131 Ländern angereist, darunter 43 Prozent Frauen; 15.230 Delegierte von 4.909 Organisationen beteiligten sich an den über 700 Vorträgen, Seminaren und Workshops, die innerhalb von vier Tagen in Räumlichkeiten in- und außerhalb des weitläufigen Geländes der katholischen Universität PUCA abgehalten wurden.

Die Losung: „Hier ist eine andere Welt möglich!“

Und doch war das Weltsozialforum von Porto Alegre nicht bloß das „Woodstock der Linken“, als das es in vielen internationalen Medien dargestellt wurde. Denn nicht nur die Massivität des Megaevents, sondern vor allem die dort vorgestellten tausendfältigen Inhalte, Vorschläge, Visionen und Utopien machten Porto Alegre zum historischen Ereignis an der Zeitenwende des 21. Jahrhunderts. Ob es nun tatsächlich am Beginn der Endzeit einer kapitalistischen Weltgesellschaft steht, wie es der US-

amerikanische Soziologe Imanuel Wallerstein sieht, oder bloß die „sichtbare Fackel“ eines weltweit spürbaren Generationenwechsels ist, wie der basische Jesuit und Polittheoretiker Xabier Gorostiaga behauptet, wird die Zukunft zeigen.

Fest steht jedenfalls schon jetzt, dass gerade weil dieses Treffen in einem der wenigen politischen Freiräume, die es heute auf der Welt noch gibt, abgehalten werden konnte und von keiner wie immer auch gearteten ideologischen oder religiösen Autorität vorherbestimmt wurde, der inneren Struktur der Diskussionen eine umso größere Bedeutung zukam. Oder anders gesagt: „Die andere, mögliche Welt“, die noch im Vorjahr viele im Dunkeln tappen ließ, wurde heuer als tatsächlich möglich erachtet und hat in den unzähligen Gesprächen in und am Rande des Weltsozialforums bereits konkrete Gestalt angenommen.

Will man den letztendlich unmöglichen Versuch wagen, das diesjährige Weltsozialforum und damit die kollektiven Visionen seiner 50.000 TeilnehmerInnen thematisch zusammenzufassen, könnte sich daraus in etwa folgendes Bild ergeben, das sich aus drei „optischen Achsen“ (wie die Kameraleute sagen würden) zusammensetzt:

1. Achse Solidarökonomie: die Netzwerke einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Dieser Themenkomplex, mit dem sich Hunderte Menschen (insgesamt vielleicht ein paar Tausend) während der gesamten Arbeitszeit des Forums auseinandersetzten, bildete gewissermaßen die Basis der gesamtgesellschaftlichen Reflexion. Insbesondere vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Argentinien gingen die VertreterInnen von Produktions- und Konsumgenossenschaften, Tauschvereinen und sonstigen Assoziationen, die sich in den letzten Jahren vor allem in den Ländern des Südens und Ostens herausgebildet haben, der Frage nach, ob und wie sich die bestehenden Netzwerke zu einem gesamtgesellschaftlichen Gefüge derart verdichten könnten, dass

sich daraus eine gangbare Alternative zu der in sich kollabierenden Welt(un-)ordnung der transnationalen Unternehmen entwickeln würde. Sowohl der brasilianische Befreiungsphilosoph Euclides Mance als auch der prominente Wirtschaftswissenschaftler Marcos Arruda gaben sich diesbezüglich optimistisch: „Die durch die Abwanderung bzw. Schließung der Großbetriebe freigesetzten ArbeiterInnen schließen sich entweder sofort den bestehenden Netzwerken an oder gründen neue. Über das Internet informieren sie sich dann ziemlich rasch, wie sie sich mit () Konsumgenossenschaften in ihrem Gebiet verbinden können. Ein gewisses Problem besteht noch darin, dass es zu viele Produktionsgenossenschaften und zu wenige Konsumvereine gibt.“

Noch scheint die Zeit allerdings nicht gekommen zu sein, um an einen Boykott der Transnationalen denken zu können, meinen die AlternativökonomInnen, wenn gleich sie feststellen, dass die gemeinschaftliche Ethik, die u.a. auch von ökologischen Erwägungen getragen ist, auch das kollektive Kaufverhalten bestimmt.

2. Achse: partizipative versus repräsentative Demokratie – eine falsche Dichotomie?

„Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Demokratie und es gibt keine Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit.“ war einer der meistgehörten Sätze in Porto Alegre. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass den sozialen Bewegungen eine tragende Rolle bei der Entwicklung einer partizipativen Demokratie zukommt. Darüber, welche politische Struktur sich aus dem partizipatorischen Ansatz entwickeln könnte, bestanden nicht unbeträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Im Seminar über soziale Bewegungen etwa krachten die chilenische marxistische Theoretikerin Marta Harnecker mit ihrer Forderung nach einer strukturellen Einheit („viele Minderheiten machen noch keine Mehrheit“) und die zapatistische Nachdenkerin Maria Esther Ceceño („was wir brauchen, ist kein Programm, sondern eine gemeinsame Methode“) aneinander.

Auch das Weltsozialforum selbst spiegelte diese Debatte in einer Größenordnung wider, die sich kaum jemand zuvor erwartet hatte. Bereits im Vorfeld (vom 28. bis 30. Jänner) hatte das sogenannte Lokale Gemeindeforum (*Forum de Autoridades Locais pela Inclusão Social*) stattgefunden, an dem die Bürgermeister von Buenos Aires, Paris, Rom, São Paulo, Brüssel, Buda-



pest und natürlich auch der von Porto Alegre selbst aufgetreten waren. Letzterem wurde nicht nur deshalb besonders stark applaudiert, weil er Gastgeber war, sondern auch, weil die sogenannte „partizipative Budgeterstellung“ (ein auf Bezirksversammlungen basierender Entscheidungspro-

zess) inzwischen auch in anderen Weltstädten Nachahmung gefunden hat.

Ebenso wie beim Forum der Parlamentarier waren die Reden allerdings weitaus radikaler als die gemeinsame Schlusserklärung. Die schlauen Abgeordneten brachten es sogar fertig, zwei Schlusserklärungen – eine gemäßigte und eine radikalere – zu verabschieden, weil sie sich nicht einigen konnten. Vor

diesem Hintergrund erregte auch die Anwesenheit von Ministern aus Frankreich den öffentlichen Unmut der TeilnehmerInnen, die ihnen vorwarfen, ihr Auftreten in Porto Alegre für ihre persönliche Wahlpropaganda missbrauchen zu wollen. Der belgische Ministerpräsident, dem von den Veranstaltern bereits vorher mitgeteilt worden war, er dürfe keine öffentlichen Reden halten, entschloss sich noch rechtzeitig, seinen Flug nach Porto Alegre zu stormieren.

Den mehr oder minder gescheiterten Versuchen der PolitikerInnen, die Tribüne zu nutzen, um sich selbst ins Rampenlicht zu rücken, standen die zivilgesellschaftlichen Initiativen verschiedener NGOs (z.B. eine Initiative des nicaraguanischen Soziologen Alejandro Bendaña zur Bekämpfung der „Korrupten und der Korrumpierer“) und vor allem die sozialen Bewegungen gegenüber. Allabendlich setzten sich über hundert RepräsentantInnen der

weltweit wichtigsten sozialen Bewegungen zusammen, um ein gemeinsames Schlussdokument auszuarbeiten (siehe unten), das auch einen genauen Aktionsplan für die Mobilisierungen in diesem Jahr enthält.

3. Achse: globaler Friede, eine Grundforderung aller GlobalisierungskritikerInnen

Obwohl die Diskussionen, die auf den verschiedensten Ebenen gleichzeitig liefen, eine starke inhaltliche Kontinuität zum Ersten Weltsozialforum im vergangenen Jahr aufwiesen, standen sie doch im Schatten der kriegerischen Ereignisse nicht nur in Afghanistan und Palästina, sondern auch in Kolumbien und auf den Philippinen. Unvergesslich bleibt der spontane Wutausbruch, der die TeilnehmerInnen an der Abschlussversammlung der sozialen Bewegungen befiel, die gerade das Schlussdokument verabschiedeten, als die Nachricht von den Bombardierungen im Irak eintraf; eindrucksvoll aber auch die Stille im Saal, als Noam Chomsky den denkwürdigen Satz aussprach: „Entweder es wird eine Menschheit ohne Krieg geben, oder es wird keine Menschheit geben.“

Für die meisten waren der Widerstand gegen den Krieg, zu dem aufgerufen wurde, und der Widerstand gegen die (neoliberale) Globalisierung nur zwei Seiten derselben Medaille. Vittorio Agnolotti vom Genua-Sozialforum etwa brachte die Sache auf den Punkt: „Wir sind ein und dieselbe Bewegung: Unser Kampf ist gegen den Neoliberalismus und gegen den Krieg.“

Dass die stärkste Waffe sowohl gegen den Krieg als auch gegen den Neoliberalismus die Mobilisierung der ökonomischen Netzwerke, der Menschenrechtsorganisationen, der radikalen Linksparteien, der Bauern- und Landlosenorganisationen etc. ist, kam sowohl bei der Friedensdemonstration am Beginn als auch bei der Demonstration gegen die von der Bush-Regierung vorangetriebene ALCA (*Area de Libre Comercio de las Américas* – Amerikanische Freihandelszone) zum Ausdruck. An die 40.000 Menschen strömten durch die Straßen von Porto Alegre; und selbst denen, die nicht direkt daran teilnahmen, sah man an, dass sie richtig stolz darauf waren, dass ihre Stadt plötzlich ins Rampenlicht der Geschichte gerückt ist. „Wir haben während der Militärdiktatur zwanzig Jahre unserer Geschichte versäumt“, sagte ein Künstler am Straßenrand, „jetzt haben wir sie wieder eingeholt“. □

Leo Gabriel ist Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für zeitgenössische Lateinamerikaforschung.

AM RANDE DES WELTSOZIALFORUMS: INTERVIEWS IN PORTO ALEGRE

BIANCA CHANCOSO

*Gründungsmitglied der
Confederación Nacional
de los Indígenas del Ecuador,
CONAIE*

Inwieweit spiegelt dieses Forum das Konzept eines multiethnischen und plurinationalen Staates wider?

Dadurch, dass das Forum einen Aufruf an alle darstellt, gegen den Rassismus und die Diskriminierung anzukämpfen und die Ungleichheiten zu beseitigen, die es in jedem Land gibt. Denn wir haben trotz unserer Unterschiede die gleichen Rechte.

Glauben Sie, dass die Autonomie, die die Indígenas anstreben, auch für die anderen Länder anwendbar wäre?

Ich glaube das wäre sehr wichtig. Denn nur so würden wir alle lernen, uns gegenseitig zu respektieren. Wenn es mehr Autonomie gäbe, dann gäbe es

auch nicht diese Korruption, die es in den Regierungskreisen fast überall gibt.

Wielange wird das, glauben Sie, noch dauern, bis alle diese Forderungen, die hier erhoben werden, erfüllt sind?

Das ist ein Prozess, an dem teilzunehmen wir alle aufrufen. Die Zeit hängt davon ab, wie lange es dauert, bis alle bereit sind, sich am Aufbau dieser neuen Welt zu beteiligen.

HASSAN A. SUNMONU

*Generalsekretär der
Organisation of African Trade
Union Unity, Accra, Ghana*

Wie gefällt Ihnen das Forum? Welche Bedeutung hat das für Afrika?

Die Bedeutung für uns zeigt sich darin, dass wir dieses Jahr dreimal mehr Leute als letztes Jahr sind. Außerdem

haben wir ein sehr erfolgreiches afrikanisches Sozialforum gehabt, bevor wir hierhergekommen sind. Dabei waren 240 Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen aus 45 afrikanischen Ländern.

Glauben Sie, dass es auf dieser Ebene leichter sein wird, die Einheit Afrikas herzustellen als auf der Ebene der Regierungen?

Wir haben unseren Regierungen gesagt, dass die Einheit Afrikas nur über die Vereinigung der afrikanischen Völker herbeigeführt werden kann. Wir, die sozialen Bewegungen, werden das unter Beweis stellen.

Aber trotzdem gibt es in Lateinamerika zum Beispiel viel mehr soziale Bewegungen als in Afrika.

Es kommt nicht auf die Zahl an, sondern darauf, wie effektiv sie sind. Ich zum Beispiel repräsentiere alle Gewerkschaftszentralen in allen 54 afrikanischen Ländern.

JOSÉ BOVÉ

*Bauernführer der Confederation
Paysanne, Frankreich*

Wenn Sie das erste Weltsozialforum Revue passieren lassen und sich fragen, was hat sich seither getan, dann stoßen Sie unweigerlich auf den Krieg. Wie sehr hat der Krieg die sozialen Bewegungen im allgemeinen und die Bauernbewegungen im besonderen beeinträchtigt?

Ich glaube ganz persönlich, dass die Attentate vom 11. September das Gesicht der Welt nicht verändert haben. Es sind die Anhänger des Neoliberalismus, die diese Attentate instrumentalisiert haben, um vorzutäuschen, dass die Antiglobalisierungsbewegungen auf die eine oder andere Weise für diese Situation verantwortlich sind.

Andererseits glaube ich, dass der Friede etwas Grundlegendes ist und dass man den Frieden nicht ohne Gerechtigkeit erreichen kann. Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Das Ziel dieses Forums 2002 ist es, die Gerechtigkeit auf ökonomischer und sozialer Ebene zu erreichen, sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Nationen. Um einen

dauerhaften Frieden zu erlangen, darf das kein Friede sein, der sich auf Waffen stützt.

Aber glauben Sie nicht, dass es sich dabei um zwei verschiedene Phänomene handelt? Einerseits der soziale Friede, den Sie mit Ihren sozialen Forderungen zu erreichen suchen, und andererseits der militärische Friede, wie er in Afghanistan etwa auf dem Spiel gestanden ist?

Ich glaube, dass es heute eine zweifache Globalisierung gibt: eine ökonomische und finanzielle Globalisierung auf der einen Seite und eine militärische Globalisierung auf der anderen. Die große Gefahr heutzutage besteht darin, dass diese beiden Globalisierungen in dieselbe Richtung gehen. Eine Minderheit von Ländern hat sich die Mehrheit der Ressourcen angeeignet. Schon allein der Vorrat an Atomwaffen ist für den Frieden eine ungeheuerliche Hypothek. Daher kann ein bewaffneter Friede niemals ein wirklicher Friede sein.

Was kann eine Organisation wie die Ihre, was kann Via Campesina gegen den militärischen Krieg überhaupt unternehmen?

Ich glaube, dass Via Campesina allein gar nichts machen kann. Nur in

Zusammenarbeit mit den anderen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen können wir den Frieden aufbauen. Nur in dem Maße, in dem es der zivilen Gesellschaft gelingt, eine Gegenmacht gegen die Verursacher der Kriege aufzubauen, können wir an einen dauerhaften Friedens denken. Der Friede, das ist vor allem die Zivilgesellschaft; wenn die Zivilgesellschaft Nein zum Krieg sagt, kann er nicht stattfinden.

Bedeutet das nicht einen Qualitätssprung für die Bewegungen, wenn jetzt die Zivilgesellschaft dem Kampf gegen den Krieg die Priorität einräumen muss?

Ich glaube eben, dass die Lösung der Kriege, die es heute gibt, nicht ganz einfach das Unterschreiben eines offiziellen Dokuments ist, weil ja gerade die Kriege durch die Missachtung internationaler Abkommen hervorgerufen werden. Der Nahe Osten ist heute ebenso das Opfer eines wirtschaftlichen wie auch eines militärischen Krieges. Und wenn wir uns das Abkommen von Oslo anschauen, dann sehen wir, dass es nur zwei Seiten über die politischen Aspekte und acht Seiten über die wirtschaftlichen Aspekte gibt. Gerade diese wirtschaftlichen Aspekte, bilden die Ursachen für die politische und militärische Unterwerfung Palästinas. □ Interviews: Leo Gabriel

Eine andere Welt ist möglich

Das 2. Weltsozialforum in Porto Alegre – viel mehr als eine Gegenveranstaltung

Mehr als 16.000 Delegierte von mehr als 4.900 Organisationen und sozialen Bewegungen nahmen in der südbrazilianischen Stadt Porto Alegre am 2. Weltsozialforum vom 31. Januar bis zum 5. Februar 2002 teil. Insgesamt waren über 60.000 TeilnehmerInnen aus 150 Ländern gemeldet. In 900 Seminaren, Workshops und Diskussionsveranstaltungen suchten die TeilnehmerInnen danach, die Vision „Um outro mundo é possível“ konkret werden zu lassen.

Noch in seiner letzten Rede, „Für eine engagierte Wissenschaft“, im Mai 2001 klagte der französische Soziologe Pierre Bourdieu: Die Widerstandsbe- wegung gegen die neoliberale Poli- tik ist weltweit sehr schwach und durch innere Spaltungen zusätz- lich geschwächt – ein Motor, der 80 Prozent seiner Energie in Form von Spannungen, inneren Reibun- gen und Konflikten verbrennt. Vielleicht hätte er das nach Porto Alegre 2002 ein wenig optimisti- scher gesehen.

Das 2. Weltsozialforum in der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul war Diskussionsforum, Aktionstref- fen und Volksfest zugleich. Zwei Tendenzen bestimmten das Tref- fen. Zum einen die gegenseitige Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der Delegierten und Teilnehme- rinnen und die Suche nach einem Konsens, zum anderen das Stre- ben nach gemeinsamer politischer Aktion. Das Besondere an Porto Alegre war, wie diese beiden Ten- denzen zusammenwirkten: Aus ihnen entstand eine gemeinsame Bewegung. Aufgrund dieser identi- tätbildung sprechen viele heute von einem Porto Alegre-Prozess. Ein Großteil der Veranstaltun-

gen und Diskussionen war geprägt von den sozialen Bewegungen und Organisationen des Gastgeberlan- des. Dennoch gehörte zu den Hauptmerkmalen des Forums die Vielfalt der Themen und der Zu- gänge zu den einzelnen Fragen.

Neben den eher von Organi- sationen des Nordens forcierten Konzepten, durch Druck auf den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank oder die Welthan- delsorganisation (WTO) zu Refor- men zu kommen, forderten die VertreterInnen des Südens eine Abschaffung dieser Institutionen beziehungsweise deren Legitima- tionstzung. Die Dominanz der Intellektuellen aus dem Norden und im speziellen aus Europa war deutlich aufgebrochen, vielmehr bestimmten Konzepte aus dem Süden die Debatte. Eine heraus- ragende Rolle spielte dabei das Netzwerk Focus on the Global South. Der von den Philippinen stammende Soziologe Walden Bello, Vordenker der Organisati- on, plädierte dafür, die Bretton- Woods-Institutionen IWF und Welt- bank aufzulösen, um so den Neo- liberalismus zu entmachten und eine „De-Globalisierung“ zu er- reichen. Vorschläge aus dem Nor- den zur Stärkung der Vereinten

Nationen, zu Global Governance- Konzepten oder zur Demokrati- sierung der internationalen Insti- tutionen stießen dagegen in Por- to Alegre auf weit weniger Reso- nanz.

Porto Alegre war nicht nur ein Diskussionsforum, sondern auch ein Aktionstreffen. Ausdruck da- von waren unter anderem vier große Demonstrationen: Eine Auf- taktdemo mit über 50.000 Teil- nehmerInnen gegen den Krieg und für den Frieden, eine weitere ge- gen Diskriminierung und gegen Fundamentalismus, eine Solida- ritätsdemo mit dem argentinischen Volk und zum Abschluss die größte und mächtigste Demo gegen die FTAA, das für das Jahr 2005 ge- plante Freihandelsabkommen von Alaska bis Feuerland.

Eine andere Stimmung ist möglich...

Porto Alegre 2002, das war auch ein großes Festival. Überall gab es Verkaufstände mit T-Shirts und Mützen – Che Guevaras Konter- fei war omnipräsent – an jeder zweiten Ecke improvisierten Augusto Boal-Theatergruppen. Vierterorts fanden Konzerte und Parallevents statt. Und überall genügte ein Lächeln um teilzuneh-



Eine andere Welt ist möglich

men, so die Schlagzeile in einer Lokalzeitung. Diese Festagsstim- mung war ein wichtiger Bestand- teil des Weltsozialforums. „Die Freude, mit der die Menschen hier teilnehmen, ist ein wichtiger Fak- tor, um die Resignation und den Fatalismus zu besiegen. Das Welt- sozialforum hat gezeigt, dass wir eine bessere Welt erkämpfen kön- nen, wenn wir uns vereinen und tätig sind, miteinander zu disku- tieren.“ so die Bilanz eines uru- guaysischen Delegierten.

Inmitten des großen Trubels be- wegten sich auch die Stars der Bewegung. So waren zum Beispiel die indische Aktivistin Vandana Shiva und die kanadische No Logo-

Schriftstellerin Naomi Klein vor- mehr, nämlich um das Wiederer- langen von Definitionsmacht über Begriffe, so auch um eine eigene Definition von Globalisierung. Seine Ausführungen stießen auf reges Interesse: Auf dem „Forum gegen den Krieg“ mit Chomsky als Hauptredner wurde um die gut 2000 Plätze im Veranstaltungssaal gestritten. Chomskys Attraktivität hat auch mit der Wut auf die Po- litik der USA zu tun. So waren die totale Ablehnung der US-Politik und Debatten über den Zusam- menhang zwischen der neuen mi- litärischen Weltordnung und dem Neoliberalismus insgesamt sehr präsent.

WELTZOZIALFORUM

Die andere herausragende Persönlichkeit war – natürlich – Lula. Luiz Inacio Lula da Silva, der Kandidat der PT für die Präsidentschaftswahlen in Brasilien im Oktober diesen Jahres, nutzte geschickt das Forum für seinen Wahlkampf und hatte mehrere umjubelte Auftritte, so unter anderem beim Forum „Ein anderes Brasilien ist möglich“. Der französische Aktivist José Bové dagegen, der durch seine Aktion gegen eine McDonalds-Filiale in Frankreich bekannt wurde und der noch auf dem letztjährigen Forum zu den Stars gehörte, reiste zwei Tage vor Abschluss des Forums enttäuscht ab.

Vergesst Rio+10

Allein die Existenz des Weltsozialforums ist bereits ein bedeutender Fortschritt und weist auf ein erstarktes Selbstbewusstsein vieler Bewegungen, vor allem in den Ländern des Südens hin. Daran hat sich auch nach dem 11. September nichts geändert. Viele Delegierte und TeilnehmerInnen sind vor allem wegen eines verstärkten Austausches und einer weltweiten Vernetzung nach Südbrasilien gekommen. Schon deshalb ist die Beschreibung von Porto Alegre als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum völlig überholt. Zwar war diese Parallelität die Ausgangsidee der Gründer um die Zeitschrift *Le Monde Diplomatique*, als sie das erste Weltsozialforum ins Leben riefen, doch davon hat sich das Weltsozialforum längst emanzipiert. Im Gegensatz zu den großen UN-Konferenzen der 90er Jahre, auf denen sich NROs und soziale Bewegungen auf Gegen- und Parallelveranstaltungen versammelten, um Einfluss auf die

Entscheidungen der Regierungen zu nehmen, war das Weltsozialforum 2002 eine Veranstaltung, die weitgehend vom Einfluss politischer Parteien und Regierungen frei war. Hier hat ein Perspektivwechsel eingesetzt. Das wurde auch daran deutlich, dass in Porto Alegre der so genannte Welt-

unklar. Besonders für viele Delegierte und WissenschaftlerInnen aus dem Süden ist offensichtlich, dass die Tobin-Steuer das spekulative Kapital nicht bändigen kann, die Probleme nicht löst. Mehr noch: Für viele legitimiert und anerkennt die Tobin-Steuer die Mechanismen der internationalen



Solidarität mit dem argentinischen Volk

gipfel zur Nachhaltigen Entwicklung im kommenden August/September in Johannesburg kaum eine Rolle spielte. Auf Wiedersehen nächstes Jahr in Porto Alegre und dann 2004 in Indien. Das neue Motto könnte lauten: Vergesst Rio+10!

Leider spiegelt das vom Organisationskomitee erarbeitete Abschlussdokument die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit der Debatten nicht wieder. Hier kamen doch wieder die alten Probleme und Differenzen zutage. Und es ist wenig konkret. Der einzig konkretere Vorschlag ist die Attac-Forderung nach der Tobin-Steuer, einer Besteuerung von Devisentransaktionen. Und auch diese war sehr umstritten, ihre Aufnahme bis zum letzten Moment

Spekulation als ein Hauptelement des Neoliberalismus und des Kapitalismus.

Wirklich ein Welttreffen?

War Porto Alegre wirklich etwas Besonderes, wirklich ein Welttreffen? Die gemeinsame Strategie im Kampf gegen den Neoliberalismus und den Krieg wurde auch in Porto Alegre nicht ge- oder erfunden. Jedoch wurde Gemeinsames wiederentdeckt. Ob diese Dynamik sich weiterentwickelt, wird auf dem nächsten Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre und auch auf den einzelnen Vorbereitungs-treffen deutlich werden. Das europäische Vorbereitungstreffen zum Weltsozialforum ist für Oktober 2002 in Italien geplant.

Stefan Thimmel

E-MAIL BRASIL, CVT-95
1/2002

Vernetzungsarbeit zum Weltsozialforum

Auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre wurden im Januar 2001 unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ die zerstörerischen Auswirkungen des Neoliberalismus analysiert und diskutiert. Das Weltsozialforum, das Anfang Februar 2002 nochmals in Porto Alegre stattfindet, soll zu einem regelmäßigen Gegenpol des Weltwirtschaftsforums der mächtigsten Industrienationen werden. Ziel ist es, sozial und ökologisch nachhaltige Strategien und Alternativen zu den derzeit weltweit vorherrschenden Liberalisierungstendenzen und dem Primat der Wirtschaft zu entwickeln.

Globalisierung findet weltweit statt und hat weltweit sehr unterschiedliche Auswirkungen. Das internationale Organisationskomitee des Weltsozialforums lädt daher die organisierte Zivilgesellschaft in den einzelnen Ländern zur Bildung nationaler Komitees ein, um regional die interessierten Organisationen und Initiativen sozialer und ökologischer Ausrichtung zu vernetzen, Diskussionen über alternative Formen von Globalisierung voranzutreiben und über eigene regionale Foren das globale Anliegen voran zu treiben. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die lokalen und regionalen Initiativen und Organisationen mit ihren spezifischen Arbeitsfeldern erfolgreich in den gemeinsamen Prozess eingebunden werden und sich das Weltsozialforum somit zu einer weltweiten Initiative entwickelt, die in den Regionen verankert ist.

Um dieses Anliegen gemeinsam mit den anderen Akteuren voranzutreiben hat die KoBra (Kooperation Brasilien eV. – Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilien-solidaritätsgruppen) mit der Förderung durch den Deutschen Entwicklungsdienst (ded) eine Stelle für diese Vernetzungsarbeit einrichten können.

1. Der Countdown läuft

Ende Januar platzt Porto Alegre aus allen Nähten

Damit hatten die OrganisatorInnen mit Sicherheit nicht gerechnet. Am 11. September 2001 wollten sie der Öffentlichkeit die zweite Ausgabe des Weltsocialforums (WSF) in Porto Alegre (31. Jan. - 5. Feb. 2002) vorstellen. Vittorio Agnoletto vom Genua Social Forum und der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel waren extra angereist. Aber dann geriet die Pressekonferenz zu einem Rätselraten über die Hintergründe der Bilder, die unauffällig aus New York übertragen wurden. Im Nachhinein hätte das Datum symbolträchtiger nicht sein können. „Eine andere Welt ist möglich“, hieß es beim WSF I im Januar dieses Jahres. Aus aktuellem Anlass wurde daraus inzwischen: „Eine andere Welt in Frieden ist möglich.“ Hoffentlich.

Der Konjunktur zum Trotz: Sie wollen sich nicht kalt erwischen lassen. Sie verkünden, dass es auch bei dem derzeit heftig blasenden Gegenwind anders geht. Wenn der Krieg als (vorüberliches) Mittel der Konfliktlösung wieder hoffähig geworden sei, meinte Olívio Dutra, Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul Ende Oktober, wenn nunmehr die reichste Nation der Welt die ärmste angreife, dann müsste der WSF II zeigen, dass Kriegsglogik keine Zukunft hat. Nur soziale Gerechtigkeit statt Neoliberalismus, Partizipation und cidadania - womit die BrasilianerInnen BürgerInnenbeteiligung meinen - könnten Terrorismus und Gewalt die Lebensadern kappen. Taufiq Ben Bella vom senegalesischen Zweig des afrikanischen ENDA-Netzwerks (zur Schuldenstreichung) wies darauf hin, dass der Vorwurf der Gewalt auch in Afrika zunehmend auf GlobalisierungskritikerInnen angewandt werde. „Auf dem WSF I hatten wir eindeutig die Initiative, beim WSF II müssen wir es wieder beweisen, dass wir sie haben“, so der brasilianische Ökonom Emir Sader. Und die resolute Mobah Phoko aus Südafrika fand, man solle einmal hinter die Schlagwörter sehen. Die desolate Gesundheitsversorgung in Afrika aufgrund der Macht der Pharmaunternehmen sei doch geradezu ökonomischer Terrorismus. Solchermaßen redeten sich die TeilnehmerInnen beim zweiten Treffen des internationalen WSF-Rats erst einmal warm. Rund 100 Mitglieder und BeobachterInnen - einschließlich des brasilianischen Gouverneurs höchstpersönlich - waren dafür Ende Oktober nach Dakar/Senegal gekommen. Dakar deswegen, um auch in Afrika für das WSF zu werben. Was als Idee reichlich naiv wirkte, stellte sich als gar nicht so verkehrt heraus. Von Südafrika bis Mali waren AfrikanerInnen gekommen. Presse und Fernsehen berichteten. Und einige Abgeordnete senegalesischer Linksparteien beschwerten sich, nicht eingeladen worden zu sein. So ist das nun mal, sobald eine Bewegung einigermaßen von sich reden macht, sehen die Etablierten ihre Felle davonschwimmen und setzen alles daran, sich selbst in die erste Reihe zu bugsiern. Haben wir alles schon erlebt hierzu? Letzten Sommer etwa, als Normalo-Politiker sich plötzlich als Globalisierungskritiker outen wollten. Auch beim WSF II sind solche Shows voraussehbar. Schon beim WSF I hatten sich ein paar politische Hotshots ausgesprochen telegen in Demospitzen eingereicht. Frankreichs Medien etwa berichteten mehr über den Auftritt des ehemaligen Ministers Chévenement als über den Rest der Veranstaltungen in Porto Alegre (während sich in Deutschland niemand als Bestehenden ging). Beim nächsten Mal wird allein schon das dem WSF unmittelbar vorausgehende Lokalpolitikerforum die mediale Aufmerksamkeit umlenken und möglicherweise den Sinn des Ganzen umdefinieren. Erwartet werden unter anderem die BürgermeisterInnen von Paris, Delanoë, von Rom, Veltroni, von Sao Paulo, Suplicy, von Buenos Aires, Ibarra, und von Montevideo, Arana.

Hotshots am Horizont

Sicher, den einen Sinn des Ganzen wird es ohnehin nicht geben. In gewisser Weise hat die Organisation dem auch vorgebaut. Es wird keine gemeinsame Schlussklärung geben, da eine solche bei der erwarteten TeilnehmerInnenzahl unter Einhaltung demokratischer Prinzipien nicht ernsthaft abstimmbare ist. Mensch sehe sich dazu nur an, was auf die Stadt zukommt. Beim WSF I tummelten sich 5000 Delegierte und insgesamt etwa 20 000 AktivistInnen in Porto Alegre. Diesmal, so sieht Gouverneur Dutra voraus, werden es 60 000 sein. Nur ein Teil davon sind Delegierte, also Abgesandte einer Organisation, die eine Veranstaltungsgelühr bezahlt haben und dafür ein Schildchen erhalten, das ihnen theoretisch den Zutritt zu den Sälen mit den Hauptkonferenzen - wie beim ersten Mal wieder in der lokalen katholischen Universität - sichert. Dort haben maximal 11 000 Personen Platz. Bis zum Stichtag 23. Oktober aber hatten sich per E-Mail schon 17 000 AspirantInnen auf einen Delegiertenplatz angemeldet. Wer nun nach welchen Kriterien aussortieren wird, das stand in Dakar nicht auf der Tagesordnung. Und es wollte auch lieber niemand von den OrganisatorInnen laut darüber reden, wie man denn damit umgeht, wenn, wie gemunkelt wird, Fidel Castro und Hugo Chávez auftauchen. Als mache die allerdings berechtigte Frage Angst, ob die Stars dem Forum nicht den Lebenssaft wegsaugen. Ob die Bewegung sich nicht im Schoße des Systems und des Machbaren wiederfände, ehe sie so richtig ausgebrochen ist. Und wer da am Ende auf Messers Schneide, ob Porto Alegre weiterhin Austragungsort bliebe. Dagegen sprachen den Bürgermeister von Porto Alegre als auch den Gouverneur des zugehörigen Bundesstaates Rio Grande do Sul stellt, könnte, so die Befürchtung, das WSF zu eigenen Wahlkampfzwecken umfunktionieren. Andererseits waren echte Alternativen nicht in Sicht. Wo gibt es schon eine Stadt- und Landesregierung, die hinter dem Projekt steht, Infrastruktur finanziert, die Innenstadt nicht absperrt und DemonstrantInnen nicht die Polizei auf den Hals schießt? Der Kompromiss war letzten Januar, das WSF noch einmal in Porto Alegre zu belassen, gleichzeitig aber für Regionalforen in anderen Teilen der Welt zu werben und mindestens 2003 definitiv woanders zu tagen. Die Idee mit den regionalen Sozialforen hat sich, was voraussehbar war, nicht sonderlich durchgesetzt. Dazu ist das WSF noch zu wenig konsolidiert. Allerdings wird es im Januar eines in Bamako/Mali geben. Das WSF 2003 ist weiterhin heimlos. Nochmals Porto Alegre? Zu lateinamerikaorientiert. Südafrika? Dot Keet vom dortigen Alternative Information and Development Center war entsetzt. „No way“, sagte sie, „von außen aufzupropfen geht nicht. Der Vorschlag muss von einer breiten sozialen Bewegung in einem Land selbst kommen. Sonst endet das WSF im Chaos.“ Irgendjemand hatte gehört, dass in Indien die Bereitschaft bestehe. Asien ist gut. Vielleicht könne man da mal anrufen? Das Ergebnis, oh Wunder: Kerala, ein linksregierter Bundesstaat, sei bereit...?? Schlussendlich jedoch traute dem niemand so recht. Bis Ende Januar wird weiter sondiert.

Porto Alegre wird heil

Am Ende der drei Tage Dakar bleiben im Grunde alle Fragen offen - aber wozu gibt es webseitiges (Adressen s.u.). Dort sind inzwischen die vier thematischen Hauptachsen mit je sechs Konferenzen zu finden. Das macht 24 Konferenzen, bei denen es angesichts der Anmeldungen kaum mehr als deklamatorisch zugehen wird. Um diese Konferenzen herum können workshops angemeldet werden - für den letzten Ausdruck mit den bislang eingegangenen Vorschlägen liefen 41 Seiten aus dem Drucker. Übrigens haben auch das Goethe-Institut und InterNations workshops angemeldet. Idealerweise werden die Ergebnisse all dieser Veranstaltungen täglich in einem Pressezentrum zusammengetragen und zu einer Gesamtvision zusammengefasst. Wenn das mal keine Illusion ist...

Der Markt der Möglichkeiten ist damit aber noch längst nicht am Ende. Abgewichen von drei Foren an den Vortagen (LokalpolitikerInnen, Gewerkschaften und Umweltgruppen – letztere tagen im nordbrasilianischen Belém) finden während der eigentlichen Forumstage große Parallelkonferenzen über Ernährungssicherheit (1.2.), über den Sozialismus (Jawohl, 3.2.), die geplante Freihandelszone ALCA (4.2.) und ein Schuldentribunal (1. u. 2.2.) statt. Es wird wie beim ersten Mal ein Jugendcamp geben, ein ParlamentarierInnenforum (1. u. 2.2.), maßgeblich von brasilianischen Abgeordneten und EuroparlamentarierInnen initiiert) und vermutlich jede Menge improvisierte Aktionen, die mensch nur mikrotrop, wenn er oder sie zufällig darüber stolpert. All dies, wenn sich die politische Lage nicht zuspitzt. Vor wenigen Tagen haben die politischen Oppositionsparteien in Rio Grande do Sul, die im Landesparlament die Mehrheit stellen, ein Kesseltreiben gegen Gouverneur Olívio Dutra begonnen. Angeblich habe er für seinen Wahlkampf Gelder von Betreibern illegaler Spielhöhlen bekommen. Alles ohne Beweis, aber erst mal ist heftigster Streit entbrannt. Ein ganz anderer Streit, allerdings auch um Geld, hat übrigens dazu geführt, dass das Gegenforum zum WSF in Porto Alegre, das zeitlich parallel tagende WEF (World Economic Forum) in Davos nächstes Jahr nach New York umzieht. Den SchweizerInnen waren die Kosten für den polizeilichen und militärischen Schutz der ManagerInnen und PolitikerInnen in deren Schlepptau zu teuer geworden. Solche Probleme drohen in Porto Alegre nicht. Das verschafft Freiraum für die Offensive, die dringend vonnöten ist. u

aus: ila, Januar 2002 von Gaby Küppers

2. „Eine andere friedliche und gerechte Welt ist möglich“

In Erwartung von über 50.000 TeilnehmerInnen

Gut zwei Monate vor Beginn der zweiten Auflage des Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre schienen selbst die optimistischsten Prognosen übertroffen zu werden. Die OrganisatorInnen rechnen mit zwischen 50.000 und 100.000 TeilnehmerInnen an den diversen Aktivitäten. Diese anti-neoliberale Lawine umfasst 20.000 Delegierte, die restlichen BesucherInnen werden den großen öffentlichen Mobilisierungen zu Beginn, am 31. Januar abends, und am Schluss, am 5. Februar mittags, beiwohnen. Alles deutet darauf hin, dass sich die TeilnehmerInnenzahl gegenüber dem Treffen im Januar dieses Jahres verdoppeln dürfte – trotz der komplizierten internationalen Entwicklung seit dem 11. September, dem Tag der Anschläge in New York und Washington. Diese stellen auch im folgenden Interview mit Eric Toussaint wichtige Aspekte dar. Eric Toussaint ist Verantwortlicher des Komitees für die Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM), mit Sitz in Brüssel, und Mitglied des internationalen Rates der Organisation des Weltsozialforums.

Nach Genua und New York

Sergio Ferrari: Die Attentate vom 11. September und die ideologische sowie militärische Reaktion der US-Regierung stellen ein neues Moment in der Gegenwartsgeschichte dar. Ist es denkbar, dass diese Ereignisse das kommende Weltsozialforum in die Defensive drängen werden?

Eric Toussaint: Ich denke, dass diese Ereignisse weder das Weltsozialforum noch die weltweiten sozialen Bewegungen in die Defensive zwingen werden. Dagegen glaube ich, dass das Thema Frieden im Zentrum der Überlegungen des Forums seinen Platz haben wird. Alles wird durch diesen Aspekt mitgeprägt sein. Es gibt sogar Vorschläge, den Slogan des vergangenen Jahres „Eine andere Welt ist möglich“ durch „Eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit ist möglich“ zu ersetzen.

Hinter diesem Vorschlag verbirgt sich die Idee, sich der kriegerischen Vision der nordamerikanischen Regierung und ihrer Alliierten entgegenzustellen und das Problem in den Rahmen der grundlegenden Herausforderung einzubetten, jener des Aufbaus einer wirklichen internationalen Gerechtigkeit.

Worin kann der Unterschied zwischen dem soziopolitischen Klima, in dem sich das erste Weltsozialforum entwickelte, und seiner nächsten Auffolge bestehen?

Eric Toussaint: Was die globale Situation prägt und die Sache schwierig macht, ist, dass der gegenwärtige Krieg in einer internationalen Krise des Kapitalismus stattfindet, was sich weltweit an Hunderttausenden Entlassungen ablesen lässt. Wir wohnen einer brutalen Eskalation der Offensive des Kapitals gegen die Arbeit bei. Dies hat zur Folge, dass die heutige Situation für einen Gutteil der Gewerkschaftsbewegung komplexer ist, als zu Zeiten des ersten Weltsozialforums. Es genügt zu sehen, was die Swissair- oder Sabena-ArbeiterInnen durchmachen, um die Dimension dieser Realität zu verstehen.

Könnte diese Situation der Massenentlassungen und Wirtschaftskrise nicht dazu führen, dass die Debatte in Porto Alegre von konjunkturellen Fragen dominiert wird, statt das Interesse an der Suche und dem Aufbau strategischer Alternativen ins Zentrum zu stellen?

Eric Toussaint: Nein, sicher nicht, im Gegenteil. Dieser weltweite Kontext wird das Fortschreiten der Diskussion, Suche und Erarbeitung alternativer Vorschläge zusätzlich begünstigen. Gegenwärtig befindet sich das Konzept des Eigenums, welches das hegemoniale System prägt, in einer tiefen Krise. Es ist undenkbar, dass die Hunderttausenden Personen, welche die Bewegung gegen die neoliberale und patriarchale Globalisierung bilden, gebremst werden können.

Ich möchte noch einmal auf die weltweite Konjunktur nach den September-Ereignissen zurückkommen. Denken Sie nicht, dass die Polit- und Finanz-Macht versuchen wird, das Treffen von Porto Alegre zu verteuern und delegitimieren?

Eric Toussaint: Ich glaube nicht, dass dies möglich sein wird. Ich denke, sie wird auf die Strategie setzen, gewisse Mobilisierungen, wie jene von Genua, von der eigenen Dynamik des Weltsozialforums zu trennen versuchen. Vielleicht will sie von der Existenz friedlicher und gewalttätiger GlobalisierungsgegnerInnen sprechen. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass sie der Vertiefung des Weltsozialforums eine Politik der Unterwanderung, der Zweckenfremdung vorzieht. Man muss sich dessen bewusst sein, dass nach Schätzungen der OrganisatorInnen im kommenden Jahr viel mehr MinisterInnen und Parlamentsabgeordnete, einschließlich der Mitte-Rechts-Parteien, teilnehmen werden als es dieses Jahr der Fall war. Und das ist gut so! Die Debatte muss breiter geführt werden!

„Alle haben das Recht, zu kommen“

Wie erklären Sie sich diesen Anstieg an TeilnehmerInnen aus Mitte-Rechts- und reformistischen Kreisen?

Eric Toussaint: Dadurch, dass es sich um Sektoren handelt, die – beispielsweise in Europa – delegitimiert sind. Ich beziehe mich dabei auf sozialdemokratische und gewisse grüne Parteien, die in einigen unserer Länder an der Regierung beteiligt sind und sich von den Erwartungen des Volkes entfernt haben. In Porto Alegre machen sie ein geeignetes Mittel aus, um sich zumindest auf rhetorischer Ebene neu zurechtzufinden. Ich komme auf die vorhergehende Überlegung zurück: Möglicherweise versuchen die Mächtigen diejenigen, die nach Porto A-

legre kommen, von jenen zu trennen, die in so vielen Winkeln des Planeten auf die Strasse gehen. Dementsprechend wird die Schlüsselrolle des Weltsozialforums darin bestehen, klar und mit lauter Stimme das BürgerInnenrecht auf Mobilisierung, Streik sowie zivilen Ungehorsam zum Ausdruck zu bringen. Es steht nicht zur Debatte, ob ein Schaufenster eingeschlagen wird oder nicht, sondern die Grundfrage der Massenmobilisierung, welche die fundamentalen Rechte fordert und verteidigt, wie es in Brasilien die Landlosenbewegung und viele soziale Bewegungen weltweit tun.

Ist es nicht besorgniserregend, dass einige das Weltsozialforum für sich vereinnahmen oder unterwandern wollen? Riskiert man da nicht einen Rückschritt hinsichtlich der partizipativen Denkweise und der engagierten Dynamik dieses internationalen Forums?

Eric Toussaint: Es erschrickt mich nicht, dass Sektoren mit einem einst progressiven Diskurs, die sich nun in einer Krise befinden, nach Porto Alegre kommen. Die engagiertesten Akteuerinnen des Weltsozialforums, die PromotorInnen selbst, werden sich nicht vereinnahmen lassen. Alle haben das Recht, nach Brasilien zu kommen. Alle haben ihren Platz innerhalb des Forums. Es geht nicht darum, jemanden auszuschließen, sondern vielmehr darum, die sozialen Bewegungen zu stärken.

Sind bei den weltweit engagierten sozialen Bewegungen seit dem ersten Forum Fortschritte zu verzeichnen betreffend Überlegungen und/oder der Koordination?

Eric Toussaint: Im vergangenen August fand in Mexiko ein wichtiges Treffen statt, welches von Via Campesina, der ArbeiterInnenzentrale Brasiliens, ATTAC Frankreich und weiteren Organisationen aus dem Norden einberufen worden war. Es kamen über 300 VertreterInnen der Bäuerinnen- und Bauern-, der indigenen sowie Volksbewegung zusammen. Ich war dort und bekam den Eindruck, dass sehr zufriedenstellende Resultate erzielt wurden. Die Agenda war sehr klar. Welches ist die Strategie des Globalisierungskapitalismus? Wo liegen seine Schwächen und wie können diese ausgenutzt werden, um Alternativen zu formulieren? Die Resultate waren bedeutend, ein gutes Zeichen eines sich in vollem Gange befindenden Akkumulations- und Stärkungsprozesses von Netzwerken.

Sergio Ferrari, Pressedienst von E-CHANGER (Mitglied der Plattform Unité); Übersetzung: Joseph Oggier, aus: www.gvom.ch (Groupe volontaire Outre-Mer), Interview mit Eric Toussaint 13.11.01

3. Was wird aus Porto Alegre II?

Gemäss "Otras Palabras", dem wöchentlich erscheinenden Bulletin zu den Vorbereitungen auf das zweite Weltsozialforum, soll die vorgesehene Agenda trotz der Septembereignisse beibehalten werden. Dennoch werden zu den zentralen Themen der Frieden, die Verteidigung der Selbstbestimmung und die nationale Souveränität, die zivilen Freiheiten, die religiöse und kulturelle Toleranz, der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie gegen die Militarisierung gehören, wie in der neusten Ausgabe besagten Bulletins nachzulesen. Wenn gleich der definitive Slogan noch aussteht, so dürfte sich entweder "Eine andere, gerechte und friedliche Welt ist möglich" oder "Eine andere Welt ohne Kriege ist möglich" durchsetzen. Die Strukturierung des Weltsozialforums stand Ende Oktober praktisch fest. Vier Themen werden den Leitfaden für die rund zwanzig morgendlichen Konferenzen in vier Tagen bilden: die Reichtumsproduktion, der Zugang zum Reichtum und die Nachhaltigkeit, die Zivilgesellschaft und der öffentliche Raum sowie die politische Macht und die Ethik. Ein paar dieser Konferenzen werden auf Grossbildschirm live an einigen Punkten der Stadt übertragen. An

den Nachmittagen finden rund 1000 thematische Workshops statt, die dem Stile des ersten Forums folgen. Eine qualitative Differenz gibt es allerdings: Neu wird der Besuch von ein- oder zweitägigen Seminaren (jeweils am Nachmittag) möglich sein, um die Vertiefung spezieller Themen zu erlauben. Die nächtlichen Erzählungen verschiedener Persönlichkeiten - von José Bové, über Eduardo Galeano bis zu den Müttern der Plaza de Mayo - werden wie bereits anlässlich des ersten Weltsozialforums stattfinden. Die Anzahl TeilnehmerInnen legt den OrganisatorInnen die Notwendigkeit der Dezentralisierung der Aktivitäten an verschiedenen Punkte Porto Alegres nahe, da der Campus der Universität überlaufen wird, wo im vergangenen Jahr die Hauptaktivitäten stattfanden. Parallel hierzu werden an zwei verschiedenen Orten in der Stadt das Lager der Jugendlichen und jenes der Indigenen errichtet. Die öffentliche Versammlung zum ALCA (dem Freihandelsvertrag der Amerikas), vorgeschlagen von lateinamerikanischen TeilnehmerInnen, wird eine der neuen Grossveranstaltungen des kommenden Weltsozialforums sein, genauso wie das Tribunal gegen die Schulden des Südens, eine enorme Manifestation, die zwischen 8000 und 15.000 Personen in einem Fussballstadion zusammenströmen lassen wird, gleich wie anlässlich des ersten Tribunals, welches vor zwei Jahren von brasilianischen Organisationen in São Paulo organisiert worden war. Anfang November war der Vorschlag der Landlosenbewegung Brasiliens (MST) noch hängig, drei grosse morgendliche Konferenzen über den Sozialismus abzuhalten, die nach Schätzung des MST 5000 Personen vereinigen könnten.

Sergio Ferrari - Übersetzung: Joseph Oggier, aus: www.gvom.ch

4. Globalisierung von unten

Minuten vor dem tropischen Gewitter schillert der Guaba-Fluss zwischen stürmischem Stahlblau und Braun. Immer wieder stürzen lauwarne Wassermassen aus dem Himmel über der Hauptstadt des Bundesstaats Rio Grande do Sul. Doch der Begeisterung der 4.702 angemeldeten Delegierten (mit Angehörigen sind über 13.000 Menschen angereist), die aus 117 Ländern zum ersten Weltsozialforum (WSF) gekommen sind, tut die Sintflut keinen Abbruch. Das WSF, ein Symbol des internationalen Widerstands gegen die liberale Globalisierung, entstand als Antwort auf das Davoser Weltwirtschaftsforum, wo sich seit rund dreißig Jahren jeweils im Januar die Vertreter des Geldadels und "globale" Wirtschaftsführer zu einer einwöchigen Tagung zusammenfinden.

Die Aufmerksamkeit der Medien verschaffte sich die Bewegung mit den Kundgebungen gegen die WTO-Ministertagung in Seattle im November 1999, also rund ein Jahr vor dem ersten Weltsozialforum. Damals wurde beschlossen, die wichtigsten Treffen der multilateralen Wirtschaftsinstitutionen durch Demonstrationen und Informationsforen kritisch zu begleiten. Mit jedem Mal konnte man mehr Teilnehmer mobilisieren. Das gilt selbst für die Treffen zur Weltbankkonferenz in Barcelona, die im Juni 2001 abgesagt wurde. Mit jeder Demonstration wurde zudem die Gelegenheit genutzt, aller Welt vor Augen zu führen, wer die wirtschaftlichen Leitlinien bestimmt, die in unser Leben eingreifen, wie die gewählten Volksvertreter in ihren Entscheidungen beeinflusst werden und welche Kräfte und Interessen jenseits von Gesetz und Staat - die Marschrichtung vorgeben.

Kurz nach dem Davoser Forum von 2000 trafen sich in Paris zwei führende Repräsentanten der brasilianischen Bürgerbewegung mit dem Vorsitzenden von Attac, um die Gründung eines Gegenforums zu erörtern. Im Mittelpunkt der Veranstaltung sollte nicht nur die abermalige Kritik an der Globalisierung stehen, sondern vor allem der Austausch von Erfahrungen und die Formulierung von Alternativvorschlägen für die Gesellschaften des Nordens und des Südens. Dieses "Weltsozialforum" sollte erstmals im darauf folgenden Jahr zur gleichen Zeit wie das Davoser Forum stattfinden.(1)

Als Tagungsort einigte man sich schließlich auf Porto Alegre in Brasilien. Die Hauptstadt des "Gauchó"-Bundesstaats mit ihren 1,3 Mio. Einwohnern ist insofern von symbolischer Bedeutung, als die dort seit elf Jahren regierende Arbeiterpartei (PT) - als Bürgermeister fungierten nacheinander Olívio Dutra, Tarso Genro und Raul Pont - eine ziemlich originelle Form von Demokratie entwickelt hat, das so genannte partizipative Budget. Olívio Dutra wurde übrigens vor kurzem zum Gouverneur des Bundesstaats gewählt. Eine seiner ersten Entscheidungen war ein Anbauverbot für genetisch veränderte Organismen (GVO).

Das Weltsocialforum von Porto Alegre entstand nicht aus dem Nichts: Vorangegangen war ein Jahr mit zahlreichen "globalen" Demonstrationen im Gefolge von Seattle (Bangkok, Washington, Genf, Bologna, Millau, Prag, Bangalore, Melbourne, Seoul, Nizza). Als Antwort auf die Vermarktung der Welt als Ware erfanden engagierte Bürger die globale Stellvertreterdemonstration. Das Prinzip ist einfach: Bei jedem Treffen einer multilateralen Institution - die wichtigsten sind der Internationale Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und nun auch der EU-Ratigipfel - wird regional zu einer Großdemonstration mobilisiert, zu der auch Delegationen aus verschiedenen Ländern anreisen. Die Protestbewegung vor Ort vertritt bei ihren Zusammenkünften, Diskussionsveranstaltungen und Foren, aber auch in ihren Parolen, auf ihren Spruchbändern und Schildern zugleich die Forderungen der anderen Kontinente mit.

Diese Großveranstaltungen sind zwar zum Teil auch sehr bunt zusammengewürfelt - vertreten sind Bürgervereinigungen, Gewerkschaften, feministische Gruppen, Umweltschützer, Bürgerrechtskomitees usw. -, aber es ist noch stets gelungen, sich auf das wesentliche Ziel zu einigen: Es geht darum, der liberalen Deregulierung, der Finanzspekulation, der Verletzung von Menschenrechten und der Zerstörung der Umwelt Einhalt zu gebieten. Diese Forderungen konkurrieren nicht miteinander, sondern ergänzen sich vielmehr synergetisch. Sie rücken die Verschuldung der Entwicklungsländer, die Privatisierung des Lebendigen, die Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen und den Schutz der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Die Demonstrationen 2001 in Mexiko-Stadt, Buenos-Aires, Quebec, Göteborg, Genua, Beirut und Brüssel trugen allesamt den Stempel von Porto Alegre. Sie vertieften die Reflexion über Alternativen und verbreiteten die globale Hoffnung: "Eine andere Welt ist möglich." Bei der Veranstaltung in Mexiko im März 2001 begleiteten einige führende Akteure des Weltsozialforums den "zapartistischen" Subcommandante Marcos, kurz bevor der "Marsch der Würde" Mexiko-Stadt erreichte. Das Treffen mit Marcos war vor allem eine Ehrenweisung an die Aufständischen des 1. Januar 1994. An diesem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Alena) in Kraft trat, hatte der Widerstand gegen die liberale Globalisierung eine Stimme bekommen.

Auf dem Alten Kontinent werden sich die Verfechter der liberalen Wirtschaftsordnung allmählich bewusst, dass die Bewegung kein Strohhalm ist, sondern dass sie eine Alternative verkörpert und auch konkrete Alternativen vorzuschlagen hat. Seit Göteborg und Barcelona, vor allem aber seit Genua sucht der Staat die in den Medien so genannten Globalisierungsgegner zu kriminalisieren. Als sich die europäischen Regierungs- und Staatshäupter am 15. Juni 2001 unter schwedischer EU-Präsidentschaft in Göteborg versammelten, schoss die Polizei mit scharfer Munitition in die Menge der Demonstranten. Zu beklagen waren ein Schwerverletzter - der Glücklicherweise wieder bei Gesundheit ist - sowie mehrere Leichtverletzte. Einen Monat später folgten in Genua 200.000 Menschen dem Aufruf des "Genova Social Forum" gegen das G-8-Gipfeltreffen. Das Resultat von polizeilicher Gewalt und Provokationen waren ein Toter und hunderte von Verletzten.

Das Symbol der Antiglobalisierungsbewegung ist die Bürgervereinigung Attac, die mit ihren rotweißen Fahnen auf jeder Kundgebung vertreten ist.

Die im Juni 1998 in Frankreich gegründete Organisation hat bis heute Ableger in 35 Ländern (darunter 17 europäischen) hervorgebracht. Attac Schweden, im Januar 2001 gegründet, zählte Ende des Jahres 6.000 Mitglieder, in Finnland sind es 3.000, in der Schweiz und in Belgien je fast 5.000.

Eine Partei der Globalisierungsgegner

In Deutschland, wo im Oktober 2001 ein Attac-Kongress stattfand, treten jeden Monat mehr als hundert Bürger bei. Auch in Polen, Russland und anderen Ländern beginnt die Vereinigung langsam Fuß zu fassen. Auf dem amerikanischen Kontinent gibt es Attac-Gruppen im kanadischen Quebec, in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Paraguay und Uruguay. Trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten ist Attac auch in Afrika präsent: in Burkina Faso und Senegal ebenso wie in den Maghrebländern. Jeder nationale Attac-Verband ist unabhängig, verpflichtet sich aber, die internationale Plattform zu vertreten, die im Dezember 1998 ausgearbeitet wurde.

Nach den Gründen dieses Erfolgs gefragt, erklärt François Dufour, einer der beiden Vizepräsidenten von Attac Frankreich, die Bürgervereinigung führe "Menschen mit unterschiedliche Anliegen zusammen, die ein gemeinsames Interesse daran haben, die liberale Höllenmaschine zu entlarven, um eine in sich stimmige Reflexion und Praxis auf dezentraler Ebene zu entwickeln". Raffaele Laudani, einer der Verantwortlichen von Attac Italien, meint: "Attac füllt bei uns eine politische Leerstelle aus. Attac ist in der Lage, eine internationale Ebene mit der Verwurzelung in Stadt und Land zu verbinden. Unsere Vereinigung ist ein Ort des Austauschs mit Menschen, die in verschiedenen Ländern organisiert sind und zwischen denen es ohne Attac keine Zusammenarbeit gäbe. Wirklich neu an Attac ist der Aspekt der aktionsorientierten Öffentlichkeitsarbeit."

In Frankreich zählte Attac Ende 2001 230 Ortsvereinigungen mit insgesamt 27.000 Mitgliedern, eine gesellschaftliche Realität, über die nicht mehr hinwegzusehen war und die bereits Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen, Bücher und Artikel geworden ist. Rund 100 französische Abgeordnete, die mit der Organisation sympathisieren oder Mitglied sind, haben sich in der "Coordination des députés membres d'Attac à l'Assemblée nationale" zusammengeschlossen. Ähnliche Zusammenschlüsse gibt es im französischen Senat und im Europaparlament. Am 19. November 2001 konnten die französischen Abgeordneten einen Zusatz zum Finanzgesetz durchbringen, in dem das Prinzip der Tobin-Steuer befürwortet wird.

Chantal Robin-Rodrigo von der "Partei der radikalen Sozialisten", die für das Département Hautes-Pyrénées in der Nationalversammlung sitzt, hat die Koordination gemeinsam mit Yann Galut (Sozialistische Partei), Jean-Claude Lefort (Kommunistische Partei), Georges Sarre (Bürgerbewegung) und Yves Cochet (Grüne) ins Leben gerufen. Für sie ist besagter Parlamentsbeschluss ein "gewiss nur symbolischer Sieg, da die Steuer nur dann in Kraft tritt, wenn die anderen EU-Länder ebenso handeln. Doch was wir in drei Jahren geschafft haben, ist schon bemerkenswert." Ungeachtet dieser parlamentarischen Unterstützung versteht sich Attac weiterhin als eine auf Öffentlichkeitsarbeit setzende Bewegung und will sich politisch nicht vereinnahmen lassen: Bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2002 wird die Organisation keinen eigenen Kandidaten präsentieren.(2)

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 versuchten einige Vertreter des Neoliberalismus, ihre Gegner als objektive Verbündete Bin Ladens hinzustellen. Die Gleichung "Globalisierungsgegner = Antiamerikaner = Terrrorsympathisant" fand in der Öffentlichkeit allerdings keinen Widerhall. Das heißt freilich nicht, dass die Bewegung sich nicht mit ernsthaften Problemen auseinandersetzen hätte, zu denen auch die alte Gewaltfrage zählt. Um die Bewegung in Misskredit zu bringen, verweisen ihre Gegner immer wieder auf gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen.

Genua war hier insofern ein Wendepunkt, als man beobachten konnte, wie die italienische Polizei Teile der Anarchisten und Autonomen - den viel beschworenen schwarzen Block - infiltrierte, um eine friedfertige Großdemonstration zu sabotieren. Stimmen in der Attac-Bewegung, die diese gewalttätigen Gruppen bislang als Kampfgefährten akzeptierten, obwohl sie deren Methoden als kontraproduktiv ablehnten, finden nun kein Gehör mehr. Die überwiegende Mehrheit verurteilt die Anwendung von Gewalt ohne Wenn und Aber und geht zu den genannten Gruppen auf Abstand. Gleichwohl sieht sie in ihnen nicht ihre Gegner. Denn wer ist letztlich daran schuld, dass die wirtschaftsliberale Gesellschaft derartige Gruppen hervorbringt?

Jedenfalls kam es bei der vom Europäischen Gewerkschaftsbund organisierten Demonstration in Brüssel am 13. Dezember 2001 (80 000 Teilnehmer) zu so gut wie keinen Gewalttaten; dasselbe gilt für die Demonstration am 14. Dezember (25 000 Teilnehmer), zu der neben Attac Belgien ausschließlich Initiativen, Gewerkschaften und Parteien aufriefen, die der Bewegung nahe stehen.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich im Gefolge des 11. September. Sie liegt darin, dass der Krieg gegen den Terrorismus die weltpolitische Lage in mancher Hinsicht verändert hat, die neoliberale Wirtschaftspolitik jedoch nach wie vor katastrophale Wirkungen hervorbringt, wie sich unter anderem in Argentinien zeigt. Die US-Regierung instrumentalisiert die Welthandelsorganisation für ihren "antiterroristischen" Kreuzzug und versucht, sich in allen Bereichen weitere Vorteile zu sichern.⁽³⁾ José Bové meint dazu: "Militärische und wirtschaftliche Globalisierung gehen seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Golfkrieg Hand in Hand und bahnen sich gegenseitig den Weg." Auch wenn sich die Prioritäten der Medien verschoben haben, machen sich die multilateralen Organisationen keine Illusionen: Sie wissen nur zu gut, dass ihre Liberalisierungsmaßnahmen auf Ablehnung stoßen, und versuchen daher, mit den Globalisierungsgegnern in einen "Dialog" zu treten und diese damit möglichst weitgehend zu entwaffnen. Bislang ohne Erfolg.

Vor dem Hintergrund dieser uneinheitlichen Entwicklung kommt dem zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre, zu dem tausende von Gewerkschafts-, Bürgervereinigungs- und Volksvertretern erwartet werden, zusätzliche Bedeutung zu. Knapp fünf Monate nach dem 11. September werden sich die Diskussionen nicht mehr nur auf das gemeinsame Wohl der Menschheit, auf eine entsprechende Umorganisation der Wirtschaft und die dazu nötigen politischen Alternativen konzentrieren. Sie werden auch Gelegenheit bieten, für eine Welt einzutreten, in der nicht mehr das Gesetz des Stärkeren gilt.

Fußnoten: (1) Zur Entstehung des Weltsozialforums siehe Bernard Cassen, "Uma virada política e cultural", in: Antonio David Cattani (Hg.), "Forum social mundial. A construção de um mundo melhor", Porto Alegre 2001. (2) Dieser Grundsatz steht auch im Mittelpunkt der Attac-Großveranstaltung in Paris "Zénith" am 19. Januar 2002. (3) Le Monde diplomatique, November 2001.

aus: Le monde diplomatique Nr. 6647 v.11.01.02., von Gilles Luneau, Journalist, dt. Bodo Schulze

1.2. Das Weltsozialforum bemühte sich erfolgreich um die Verknüpfung vom Lokalen mit dem Globalen

Über die sonnengegerbten Gesichtszüge des zierlichen Mestizen huscht ein trauriges Lächeln. "Wenn wir heute zum Gesundheitsposten gehen, wird erwartet, dass wir das Krankenbett und die Arzneien selbst mitbringen," sagt Roberto Collaguazo, ein Kleinbauer aus dem Andenhochland Ecuadors. So jedenfalls erlebe er die Folgen der neoliberalen Reformen in seinem Land. "Man sagt uns immer, der Dollar soll uns Ecuadorianer retten, dabei ist es genau umgekehrt."

Collaguazo nahm an einem der 800 Workshops des Weltsozialforums teil, die der Bausarbeitsverband vorbehalten waren. Zum Thema "Widerstand gegen die Amerika-Freihandelszone FTAA" hatte das US-Netzwerk "Alliance for Responsible Trade" neben Mitgliedern aus Nordamerika Mexikaner, Ecuadorianer und Puertoricaner eingeladen. Die Studentin Faine Harshbarger aus Arizona, die Postbeamtin Bonnie Morton von der kanadischen "Nationalen Anti-Armut-Organisation" und 50 weitere Teilnehmerinnen erzählten sich gegenseitig, wie den Menschen, mit denen sie arbeiten, durch Kürzungen im Sozialbereich der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Nachdem die alleinerziehende Mutter Tara Colin als Jugendliche auf der Strasse gelandet war, schloss sie sich der "Kensington Welfare Rights Union" in Philadelphia an. "Bei uns erfrieren die Leute, weil ihnen das Geld fürs Heizöl fehlt," rief sie in den Raum. Aufklärungs- und Lobbyarbeit auf allen Ebenen seien nötig, um die Umkehrung dieser Politik zu erreichen. In den Arbeitsgruppen stellten alle Teilnehmer ihre Arbeitsweisen vor: So hat die Kanadierin Josephine Gray bei ihrer Bildungsarbeit mit Migranten gute Erfahrungen mit Audiocassetten in mehreren Sprachen gemacht.

"In Porto Alegre kommen wir zu unseren eigenen Bedingungen zusammen," umreißt Gray die Bedeutung des Weltsozialforums. "Wir gehen gestärkt nach Hause zurück, nachdem wir Menschen kennengelernt haben, die ganz ähnliche Kämpfe führen," meint auch der südafrikanische Aktivist Trevor Ngwane, der in Johannesburg gegen die Privatisierung der Stromversorgung arbeitet.

Der 36-jährige Franzose Pierre Johnson, der sich mit solidarischer Ökonomie und alternativer Kommunikation beschäftigt, ist begeistert von der Gastfreundschaft der Portogalesen und der professionellen Infrastruktur: "Ich kann mir kaum idealere Bedingungen für so ein Risetreffen vorstellen." Untergekommen war er bei zwei Brasilianern, die er im Vorjahr kennen gelernt hatte.

Deutsche diesmal stärker vertreten

Auch die deutschen Delegierten, die sich hin und wieder in der Bar des örtlichen Goethe-Instituts trafen, führen durchwegs begeistert und voller neuer Anregungen nach Hause. 150 Delegierte aus Deutschland hatten diesmal den Weg nach Porto Alegre gefunden - zwar nur ein Prozent der Gesamtzahl, aber immerhin zehn Mal so viele wie im vergangenen Jahr. "Inspirierende Diskussionen" habe er auf dem Weltsozialforum verfolgt, sagte Sven Giegold, Sprecher des deutschen Attac-Netzwerks. Nun müsse das Engagement "gegen den Neoliberalismus aus der entwicklungspolitischen Ecke in die Mitte der Gesellschaft" getragen werden. "Wir müssen die konkreten Auswirkungen der neoliberalen Politik bei uns thematisieren", sagte er. In der Innenstadt von Porto Alegre demonstrierten brasilianische und deutsche UmweltschützerInnen gegen den Bau des Siemens-AKW Angra 3. "Noch immer ist die Möglichkeit nicht vom Tisch, dass dieses Projekt durch Hermesbürgschaften erst ermöglicht wird," so Barbara Happe von der NGO Urgewald.

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer nahm bereits zum zweiten Mal am Parlamentarierforum teil, in dem wegen der großen Beteiligung französischer Sozialisten über unterschiedliche Einschätzungen des Afghanistan-Kriegs gestritten wurde. Eine große Mehrheit schloss sich schliesslich der Resolution an, die den "Krieg gegen den Terror" im Zusammenhang mit der Globalisierungsdebatte sieht. Lötzer sieht Anzeichen dafür, dass sich das neu gegründete Parlamentariernetzwerk als "politisches Subjekt" formiert, das die dringende notwendige Auseinandersetzung in den nationalen Parlamenten befruchten könnte.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer präsentierte die brasilianische Ausgabe seines Buchs "Solare Weltwirtschaft". In Deutschland sieht der Umweltpolitiker einen "enormen Nachholbedarf an kritischen Diskussionen". Am Weltsozialforum beeindruckte ihn die "Unbefangenheit und Offenheit", mit der die "vielfersprechenden" Debatten geführt worden seien.

Selbst ein Mitglied des CDU-Ausschusses Entwicklungspolitik zeigte Flagge: der pensionierte Unternehmer Peter Hesse, der seit 1983 ein Strassenkindprojekt in Haiti finanziert. Er war trotz des "Übergewichts der Linken" so vom Weltsozialforum angehtan, dass er im kommenden Jahr selbst einen Workshop abhalten möchte. Nur die deutschen Grünen glänzten durch Abwesenheit. Zahlreich vertreten waren auch kirchliche Organisationen, die in Porto Alegre den "Süd-Süd-Nord" Dialog vorantrieben. Allein zur Delegation des "Evangelischen Entwicklungsdienstes" (EED) gehörten Vertreter aus elf Ländern. Der EED sprach sich ebenso wie die Erlassjahr-Kampagne für einen umfassenden Schuldenerlass und die erstmalige Anwendung eines fairen Insolvenzverfahrens für Argentinien aus. In der Entscheidungsfrage "darf die internationale Gemeinschaft nicht zu zögerlich vorgehen," so EED-Delegationsleiter Wilfried Steen. Am Vorabend der Abschlussfeier erinnerte Claudio Moser von Misereor daran, dass "der Erfolg von Porto Alegre erst durch die jahrelange Basisarbeit von Millionen Menschen in aller Welt" ermöglicht wurde.

Die Toleranz der GlobalisierungskritikerInnen untereinander sei eine richtige Konsequenz aus dem Scheitern der chronisch zerstrittenen Linken im 20. Jahrhundert, dia-gonisierte der US-Historiker Immanuel Wallerstein. Doch oft verhinderte sie auch spannende Debatten. In einer hochrangig besetzten Runde marxistischer Akademiker zum Thema "Reflexion über die sozialen Bewegungen" blieben neue Einsichten über das notwendige Umdenken innerhalb der Traditionslinien aus, weil die konkreten Widersprüche der Gegenwart diskret ausgeklammert wurden.

Das liege an einem "unausgesprochenen Nichttagungsabstimmungsabkommen", räumte Manuel Moreno von der spanischen "Izquierda Unida" hinterher ein.

Bei aller Feingkeit über die Ablehnung der neoliberalen Weltherrschaft wurde klar, wie schwer es ist, die Debatte um positive Gegenentwürfe auf der globalen Ebene zu bündeln. Der philippinische Soziologe Walden Bello hat im Vergleich zum Vorjahr sein Konzept der Deglobalisierung konkretisiert, das von einer radikalen Kritik an IWF, Weltbank und WTO ausgeht. Dieses Dreigestirn bildet die Speerspitze des Neoliberalismus und müsse konsequent bekämpft werden. Zusammenarbeit mit UNO-Teilorganisationen anzustreben - oder auf der Ebene regionaler Zusammen-schlüsse wie der EU oder dem südamerikanischen Mercosur. Grundsätzlich seien Entwicklungsmodelle zu favorisieren, die sich nicht primär am Weltmarkt, sondern an den Bedürfnissen der Bevölkerung in den Ländern des Südens orientieren. Als "Abkoppler" oder "Anti-Globalisierer" möchte sich Bello, der Vorsitzende und Chefstrate-gist des asiatischen NGO-Netzwerks "Focus on the Global South", aber nicht titulieren lassen. Bello gehört auch zum "Komitee für Alternativen" des "International Forum on Globalization" (IFG - <http://www.ifg.org>), das in wenigen Monaten ein 250-Seiten-Konzept vorlegen will. Auf einem zweitägigen Seminar präsentierten die führenden Köpfe des IFG, darunter Vandana Shiva, Lori Wallach und Martin Khor, die Grundzüge des Konzepts mit dem Ziel, die Macht der multinationalen Konzerne zurückzu-drängen - vor allem durch die Stärkung basisdemokratischer Strukturen. Einen eher statistischen Ansatz vertreten die Neokeynesianer um den französischen Attac-Chef Bernard Cassen.

Auch diesmal haben sich die Organisatoren des Weltsozialforums bewusst gegen eine offizielle Abschlusserklärung ausgesprochen haben. Die Konsensfindung über mög-lichst konkrete Alternativen sei ein jahrelanger komplexer Prozess, der nicht in fünf Tagen in Kurzform gepresst werden kann. Deswegen liegt der Schwerpunkt des "Mo-bilisierungsaufbaus der sozialen Bewegungen" wie schon 2001 auf der radikalen Kritik der neoliberalen Weltordnung. Allen Ungeduldrigen, die sich auch diesmal wieder ein stimmiges Gesamtkonzept vom Weltsozialforum erwartet hatten, schrieb Peter Wahl von Attac-Deutschland ins Stammbuch: "Vor allem wir Europäer müssen uns noch erst daran gewöhnen, dass der Kern einer solchen Veranstaltung nicht im Schlussdo-kument liegt."

Von Gerhard Dilger, Porto Alegre, Entwicklungspolitik online (epo.de) 7.2.2002

1.3. Die Abschlusserklärung des Weltsozialforums 2002 in Porto Alegre

Widerstand dem Neoliberalismus, dem Militarismus und Krieg: Für Frieden und soziale Gerechtigkeit, 05.02.2001

-1- Angesichts einer fortwährenden Beschädigung der Lebensbedingungen der Völker, haben wir, die sozialen Bewegungen der ganzen Welt, uns zum zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre getroffen. Wir sind hier aus Verachtung über die Versuche, unsere Bewegung spalten zu wollen. Wir treffen uns deshalb erneut, um unsere Kämpfe gegen Neoliberalismus und Krieg fortzusetzen und die Übereinkünfte des letzten Forums zu bestätigen, dass eine andere Welt möglich ist.

- 7- Der Zusammenbruch des Multis Euron ist ein Beispiel für den Bankrott der Ökonomie eines "Freudenhauses" und der Korruption von Geschäftsleuten und Politikern. Die Arbeiter verloren Anstellung und Pensionen. In den Entwicklungsländern sorgte dieser multinationale Konzern mit seinen betrügerischen Aktivitäten dafür, dass Menschen durch die unverhältnismäßige Steigerung der Wasser- und Strompreise von ihrem Land verjagt werden.
- 8- In ihren Bemühungen die Interessen der großen Unternehmen zu schützen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten arrogant die Verhandlungen in Kyoto zur globalen Erwärmung verlassen. Der Vertrag über antiballistische Raketen, die Konvention zur Biodiversität, die Auseinandersetzung zur Reduktion der Lieferung leichter Waffen zeigen erneut den Unilateralismus der Vereinigten Staaten und ihre Versuche, die Vereinbarung multilateraler Lösungen für globale Probleme zu sprengen.
- 9- In Genua ist der G8-Gipfel mit seiner Arroganz einer globalen Regierung vollständig gescheitert. Angesichts einer massenhaften Mobilisierung und des Widerstands, haben sie mit Gewalt und Repression geantwortet und denunzierten diejenigen als Kriminelle, die es wagten zu protestieren. Es gelang ihnen jedoch nicht, unsere Bewegung einzuschüchtern.
- 10- All das vollzieht sich im Kontext einer globalen Rezession. Das neoliberale ökonomische Modell zerstört die Rechte, die Lebensbedingungen und den Lebensstandard der Völker. Da ihnen jedes Mittel recht ist, ihre Dividenden zu verteidigen, greifen die multinationalen Konzerne zu Kündigungen, kürzen Gehälter, schliessen ihre Fabriken und pressen ihre Arbeiter dabei bis zum letzten aus. Die Regierungen antworten angesichts dieser ökonomischen Krise mit Privatisierungen, mit Kürzungen im Sozialhaushalt und einer andauernden Beschneidung der Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern. Diese Rezession beweist die Tatsache, dass die neoliberalen Versprechungen von Wachstum und Prosperität eine Lüge sind.
- 11- Die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Solidarität steht gewaltigen Herausforderungen gegenüber. Ihr Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit verlangt die Auseinandersetzung mit der Armut, der Diskriminierung, bedarf der Herrschaft und der Schaffung einer erträglichen alternativen Gesellschaft. Die sozialen Bewegungen verurteilen mit aller Entschiedenheit die Gewalt und den Militarismus als Instrumente zur Lösung von Konflikten. Sie verurteilen das Führen von Kriegen auf niedrigerer Stufe, die Militäroperationen des Plan Puebla Panama als Teil einer Initiative in der Andenregion, sie verurteilen den Plan Puebla Panama, den Waffenhandel, das Anwachsen der Militärausgaben, die ökonomischen Embargos gegen Völker und Nationen, insbesondere gegen Kuba und Irak, und sie verurteilen die wachsenden Repressionen gegen Gewerkschafter und Aktivistinnen. Wir unterstützen die Kämpfe der Gewerkschaften und Arbeiter des informellen Sektors, die ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen darstellen, wir treten ein für das effektive Recht, sich zu organisieren, zu streiken, für das Recht auf Gegenwehr auf verschiedenen Ebenen, für gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer. Wir lehnen Sklaverei und die Ausbeutung von Kindern ab. Wir unterstützen die Kämpfe der Arbeiter und Gewerkschaften gegen Flexibilität, gegen die Auslagerung von Arbeit, gegen Kündigungen und wir verlangen neue internationale Rechte für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Multis und ihrer Zulieferer, insbesondere das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung und das Recht auf kollektiven Widerstand.

- 2- Wir sind verschieden: Frauen und Männer, Erwachsene und Jugendliche, Ureinwohner, Bauern und Städter, Arbeiter und Arbeitslose, Obdachlose, Alte, Studenten, Menschen jeglichen Glaubens, jeglicher Farbe, von unterschiedlicher sexueller Orientierung. Der Ausdruck dieser Verschiedenheit ist unsere Kraft und die Basis unserer Einheit. Wir sind eine globale Solidaritätsbewegung, vereint durch unsere Bestimmung, die Konzentration des Reichtums, die Verbreitung der Armut und der Ungleichheit sowie die Zerstörung unserer Erde zu bekämpfen. Wir sind dabei, Alternativen aufzubauen und wir gebrauchen kreative Methoden, um sie voranzubringen. Wir sind dabei, eine breite Allianz gegen ein System zu errichten, das auf Patriarchat, Rassismus und Gewalt beruht, das die Interessen des Kapitals gegenüber den Bedürfnissen und Erwartungen der Völker privilegiert.
- 3- Dieses System produziert das tägliche Drama von Frauen und Kindern und Alten, die vor Hunger sterben, es produziert die Abwesenheit von Gesundheitsvorsorge und es produziert Krankheiten, denen vorgebeugt werden könnte. Ganze Familien werden gezwungen, ihre Häuser auf Grund von Kriegen, durch den Druck der "Megawicklung", wegen mangelndem Boden, wegen Umweltkatastrophen, wegen Angriffen auf die öffentlichen Dienstleistungen sowie wegen der Zerstörung der sozialen Solidarität aufzugeben. Im Süden wie im Norden werden kräftige Kämpfe und Widerstand herangerufen, um die Würde des Lebens zur Geltung zu bringen.
- 4- Der 11. September bezeichnete eine dramatische Wende. Nach den terroristischen Anschlägen, die wir entschieden verurteilen, so wie wir alle Anschläge auf Zivilisten in jedem Teil der Welt verurteilen, haben die Vereinigten Staaten mit ihren Alliierten eine gewaltige Militäroperation begonnen. Im Namen des "Krieges gegen den Terrorismus" werden in der ganzen Welt zivile und politische Rechte verletzt. Mit dem Krieg gegen Afghanistan, in dem ebenfalls terroristische Methoden angewandt wurden, und mit den zukünftigen, bereits vorbereiteten Kriegen befinden wir uns in einem permanenten globalen Krieg. Seine Ausweitung wurde durch die Regierung der USA und ihre Alliierten entfesselt, um ihre Herrschaft zu festigen. Dieser Krieg enthüllt das brutale und nicht akzeptable Gesicht des Neoliberalismus.
- Der Islam wird dämonisiert, während Rassismus und Xenophobie ihre ungehinderte Verbreitung finden. Information und Massenmedien beteiligen sich aktiv an dieser Kriegskampagne, die die Welt in "gut" und "böse" einteilt. Die Opposition gegen diesen Krieg ist eines der konstitutiven Elemente unserer Bewegungen.
- 5- Die Situation des Krieges hat nunmehr den Mittleren Orient destabilisiert und den Vorwand für die neuerliche Repression gegen das palästinensische Volk geschaffen. Angesichts der brutalen Besatzung Israels besteht eine dringliche Aufgabe unserer Bewegung darin, zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu mobilisieren und seinen Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen. Das ist lebenswichtig für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region.
- 6- Nunmehr besätigen weitere neue Ereignisse die Dringlichkeit unserer Kämpfe. In Argentinien verursachte das Scheitern der Strukturmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds eine Finanzkrise, deren steigende Schuldenlast die soziale und politische Krise verschärfte. Diese Krise rief spontane Proteste der arbeitenden Klassen und der Mittelschicht hervor, und sie führte zu einer Repression, die Tote forderte, einen Wechsel in der Regierung verursachte und zu neuen Allianzen zwischen den verschiedenen Klassen führte. Mit der Kraft der "Cacerolazos" schaffte es das Volk, sich der grundlegenden Bedürfnisse zu versichern.

-12- Die neoliberale Politik schafft weiteres Elend und weitere Unsicherheit. Sie hat in unerhörter Weise den Sexhandel und die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern erhöht, was wir mit aller Kraft verurteilen. Armut und Unsicherheit führen auch zur Migration von Millionen Menschen, deren Würde, Freiheit und Rechte negiert werden. Deshalb verlangen wir das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Recht auf physische Integrität, und ein Rechtsstatut für alle emigrierten Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir unterstützen die Rechte der Ureinwohner und die Anwendung des Art. 169 Oil im Rahmen der nationalen Gesetzgebungen.

-13- Die Auslandsverschuldung der südlichen Länder ist schon mehrfach zurückgezählt worden. Die illegitime, ungerechte und betrügerische Verschuldung dient als Herrschaftsinstrument, beraubt die Völker ihrer fundamentalen Menschenrechte und hat nur das eine Ziel, die internationale Wucherei zu steigern. Wir verlangen die bedingungslose Streichung der Schuldenlast und die Wiedergutmachung für historische, soziale und ökologische Schulden. Die Länder, welche die Zurückzahlung der Auslandschulden fordern, vollziehen die Ausbeutung der Natursourcen und der Intellektuellen des Südens.

-14- Wasser, Erde, Nahrung, Wald, Saatgut und die Identität der Völker sind Allgemeinut der Menschheit, der augenblicklichen und zukünftigen Generationen. Eine wichtige Aufgabe ist der Schutz der Biodiversität. Die Völker haben ein Recht auf gesunde und regelmäßige Ernährung, die frei von genmanipulierten Organismen ist. Die Souveränität der Ernährung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stellt ein fundamentales Menschenrecht dar. Und in diesem Sinne ergeben sie die fundamentalen Forderungen nach Agrarreform und Land für die Bauern.

-15- Der Gipfel von Doha bestätigte die Illegalität der WTO. Diese "Agenda der Entwicklung" verteidigt in der Wirklichkeit einzig die Interessen der multinationalen Konzerne. Mit der Einleitung einer neuen Runde, ist die WTO ihrem Ziel näher gekommen, jeden Gegenstand in eine Ware zu verwandeln. Für uns sind Nahrung, öffentliche Dienstleistungen, Agrikultur, Gesundheit, Bildung und Gene keine verkäuflichen Dinge. Ausserdem lehnen wir die Patentierung jeder Lebensform ab. Die Agenda der WTO wird auf kontinentaler Ebene durch die Abkommen zum freien Handel und Investment weiter ausgedehnt. Durch Proteste wie Demonstrationen gegen die Alca, zeigen die Völker, dass sie diese Abkommen ablehnen. Sie bedeuten die Neokolonialisierung und die Zerstörung fundamentaler Werte auf sozialem, ökonomischem, kulturellem und ökologischem Gebiet.

-16- Wir wollen unsere Bewegung durch allgemeine Aktionen und Mobilisierung weiter stärken: für soziale Gerechtigkeit, für Respekt von Recht und Freiheit, für Lebensqualität und Gleichheit, für Würde und Frieden.

Wir kämpfen:

- Für Demokratie: die Völker haben ein Recht, die Entscheidungen ihrer Regierungen zu kennen und zu kritisieren, besonders, wenn sie internationale Institutionen betreffen. Die Regierungen müssen ihren Völkern gegenüber verantwortlich handeln. Während wir die Verbreitung der Demokratie durch Wahlrecht auf der ganzen Erde unterstützen, betonen wir gleichzeitig die Notwendigkeit der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und den Kampf gegen die Diktatur.

- Für die Streichung der Auslandschulden und ihre Wiedergutmachung
- Gegen Spekulationen: Wir fordern die Einführung spezifischer Steuern wie die Tobin Tax und die Abschaffung der Steuerparadiese.

- Für Informationsrecht

- Gegen Krieg und Militarismus; gegen ausländische Militärbasen und Einmischung, sowie gegen die systematische Eskalation von Gewalt. Wir ziehen es vor, Verhandlungen und gewaltlose Lösungen von Konflikten anzustreben.

- Für eine demokratische und soziale Europäische Union, die sich an den Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter und denen der europäischen Völker orientiert sowie an der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und an der Solidarität mit den Völkern des Ostens und Südens.

- Für die Rechte der Jugend, den freien Zugang zu öffentlichem kostenloser und sozial autonome Bildung; Abschaffung der Wehrpflicht.

Übersetzung: G. Melle, Ortenau-Zeitung

Weltsozialforum – Charta der Prinzipien

Am 9. April 2001 wurde durch die das Organisationskomitee des Weltsozialforums bildenden Organisationen die Charta der Prinzipien des Weltsozialforums genehmigt und angenommen und am 10.6.2001 genehmigte der internationale Rat des Weltsozialforums die Charta mit Änderungen. Hier drucken wir die Präambel der Charta und die ersten drei Paragraphen ab, weitere Ausführungen finden sich unter www.nwvp.de

Der Ausschuss der brasilianischen Organisationen, der das erste Weltsozialforum, das vom 25. bis 30. Januar 2001 in Porto Alegre/Brasilien stattfand, konzipierte und organisierte erachtet es für notwendig und legitim, nachdem er die Ergebnisse dieses Forums und die Erwartungen, die es weckte, ausgewertet hat, eine Charta von Prinzipien aufzustellen, um die kontinuierliche Weiterführung dieser Initiative zu gewährleisten. Während die in dieser Charta enthaltenen Grundregeln, die - von allen zu respektieren, die an diesem Prozess teilnehmen und Neuaufgaben des Weltsozialforums organisieren möchten - eine Verdichtung der Entscheidungen sind, die über der Durchführung des Porto Alegre Forums walteten und deren Erfolg sicherstellen, dehnen sie die Reichweite jener Entscheidungen aus und definieren Orientierungen, die sich aus ihrer Logik ergeben.

1. Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen, und sich im Aufbau einer planetarischen Gesellschaft engagieren, die auf fruchtbare Verhältnisse innerhalb der Menschheit und zwischen dieser und der Erde engagieren.

2. Das Weltsozialforum in Porto Alegre war ein örtlich und zeitlich begrenztes Ereignis. Ab sofort, aus der in Porto Alegre proklamierten Gewissheit: "Eine andere Welt ist möglich!" wird das Weltsozialforum ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein, der nicht auf die Ereignisse reduziert werden kann, die ihn unterstützen.

3. Das Weltsozialforum ist ein Weltprozess. Alle Versammlungen und Konferenzen, die als Teil dieses Prozesses abgehalten werden, haben eine internationale Dimension.

Die Geburt einer neuen linken Bewegung oder ein bewegter linker Jahrmarkt?

Ein Bericht vom Weltsozialforum in Porto Alegre

Motives, Nr. 33
Frühjahr 2002

von Christine Mialkas und Jan Schikora

politik / wirtschaft

Unter dem Motto 'Eine bessere Welt ist möglich' fand im südbrasilianischen Porto Alegre das 2. Weltsozialforum statt. Gut 60.000 Teilnehmer, vorwiegend Gegner der Globalisierung, trafen ab dem 31. Januar in der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul ein, um an der diesjährigen Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in New York teilzunehmen.

Im vergangenen Jahr, als Gegenveranstaltung zum zeitgleich stattfindenden Weltwirtschaftsforum in Davos aus der Taufe gehoben, stieß das Forum damals mit rund 20.000 Teilnehmern noch auf beträchtlich geringeres Interesse. Zu den Veranstaltern des „alternativen Gipfels“ gehörten verschiedene Organisationen und Gruppierungen aus den Reihen der Globalisierungskritiker u.a. *Attac*. Infrastrukturelle, logistische und finanzielle Unterstützung finden die Veranstalter vor allem bei der Landesregierung von Rio Grande do Sul, die seit mehreren Jahren von der brasilianischen Arbeiterpartei PT gestellt wird. Daneben, dies als Detail am Rande, wurde das Forum finanziell durch die *Ford-Stiftung* gesponsort.

Unter den Teilnehmern tummelten sich zahlreiche männliche wie weibliche Schriftsteller, Soziologen und Friedensnobelpreisträger. So kritisierten Noam Chomsky und Rigoberta Menchú in groß angelegten Diskussionsrunden den neuen Imperialismus der USA, der nach den Anschlägen auf das *World Trade Center* unter dem Etikett der Terrorismusbekämpfung praktiziert wird. Zeitgleich reflektierten der indische Ökonom Amir Samin und der französische Journalist und Mitbegründer von *Attac* (*Association*

pour une Taxation des Transactions Financières pour l'Aide aux Citoyens), Ignacio Ramonet, über den Zustand des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Bei so viel Prominenz wollten es sich auch das *Goethe-Institut* und *InterNaciones* nicht nehmen lassen, durch Veranstaltungen mit Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf und Klaus Offe einen Beitrag zu leisten.

Es waren jedoch weniger die akademischen Größen und bekannten Persönlichkeiten, die das Gesicht des Forums prägten, als vielmehr die bunte Mischung aus Jugendlichen und Studenten, Gewerkschaftern und indigenen Gruppen, Biobauern und Landlosen sowie Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsaktivisten. Im Wahljahr nutzte die PT das Forum als Plattform, und brasilianische Politiker wie der „ewige Präsidentschaftskandidat“ Luis Inácio ‚Lula‘ da Silva, dessen parteiinterner Herausforderer Eduardo Suplicy und der Gouverneur von Rio Grande do Sul, Olívio Dutra, hatten breiten Raum für kämpferische Appelle.

Hoffnung auf Besserung

José Saramago, als Nonkonformist aus der portugiesischen KP ausgetreten, kritisierte in seinem übersandten Grußwort zum Abschluss des Forums eben dieses Verhalten. Er warne, so der Literaturnobelpreisträger, „vor der Aufgabe der Heterogenität und Lebendigkeit der globalisierungskritischen Bewegung zugunsten ‚ewig gestriger‘ parteikonformer Einheitsmeinungen“. Hätte Saramago den Weg nach Porto Alegre selbst angetreten, so wäre er durch das lautstarke Auftreten der Jugendorganisationen der verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Parteien Brasiliens in seiner Skepsis bestätigt worden. Denn wenn sie ihre Parolen skandierten, dann stockte in den Konferenzsälen die Diskussion. Auch der zum Teil kompromisslose Antiamerikanismus, wenngleich aus Sicht vieler Lateinamerikaner durchaus verständlich, ließ manchen Teilnehmern eisige Schauer über den Rücken laufen: Spätestens dann, als eine Mittfünfzigerin mit österreichischen Vorfahren, die Verbrechen Hitlers in Zweifel zieht und meint, „so schlimm wie die Amis“ könne sowieso niemand sein. Insgesamt waren es allerdings eher junge Leute, die das Weltsozialforum bevölkerten. Ermöglicht wurde dies auch durch die Idee der Veranstalter, ein „Zeltlager der Jugend“ an den Ufern des Flusses Guaíba zu errichten, in dem mehrere Tausend Personen campierten. Die Veranstaltungen, die im Rahmen des Forums besucht wurden, verteilten sich über die ganze Stadt. Die Workshops



Brasilianische Kinder: Gewinner oder Verlierer der Globalisierung?

konzentrierten sich jedoch auf die Räume der katholischen Universität. Die Zahl der Workshops belief sich auf fast 800, weit darüber lag mit etwa 2.100 die Zahl der teilnehmenden Organisationen, die insgesamt annähernd 16.000 Delegierte entsandt hatten.

Der Status eines Delegierten berechtigte jedoch nicht automatisch, an der Abstimmung über gemeinsame Resolutionen und Erklärungen teilzunehmen, sondern allein dazu, die prominent besetzten vormittäglichen Konferenzen zu besuchen. Gemeinsame Resolutionen und Erklärungen wurden hingegen nach Angaben der Veranstalter (und ganz im Sinne Saramagos) bewusst vermieden, um die Konzeption des Forums als Plattform für den Austausch und die Diskussion der unterschiedlichsten Meinungen widerzuspiegeln. Jegliche Uniformität, sieht man einmal von den zuvor angesprochenen Jugend- und Parteiorganisationen ab, wurde strikt abgelehnt.

Gerade dieser Umstand war es, der vielfach in der Presse aufgenommen wurde, um kritisch nach dem Sinn bzw. den Resultaten des internationalen Stelldicheins zu fragen. In der brasilianischen Zeitung *Jornal do Brasil* wurde etwa angeführt, das Forum hätte teilweise eher einem „Jahrmarkt der Linken“ geglichen als einem politischen Forum, in dem nach politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alternativen gesucht werde. Teilweise mag diese Meinung zutreffen. Zu inflationär, um es in der Sprache der 'Gegner' zu sagen, wurde mit T-Shirts mit dem Konterfei des ewig jungen Revolutionärs Ernesto 'Che' Guevara gehandelt. Auch die drei groß angelegten Demonstrationen durch das Zentrum der Stadt, eine zur Eröffnung, eine zum Abschluss des Forums und eine gegen die geplante amerikanische Freihandelszone, waren zwar aufgrund der hohen Zahl an Fahnen und Transparenten farbenprächtig anzuschauen, zeigten

aber leider keine gesellschaftliche Alternative zum vorherrschenden, vereinfacht als „Neoliberalismus“ bezeichneten System auf. Aber es wäre auch falsch, sich von der erst kürzlich etablierten Institution 'Weltsozialforum', das im nächsten Jahr nochmals in Porto Alegre (vor seinem geplanten Umzug nach Indien 2004) stattfindet, weltverändernde Konzepte zu erwarten. Immerhin, und dies ist als Erfolg zu werten, ging aus dem Forum die Initiative hervor, künftig auch auf regionaler Ebene Sozialforen zu veranstalten. Denn eines wurde erkannt: Grundlage allen Wandels ist der Austausch von Meinungen, die Diskussion von Alternativen und die Schaffung von Verständnis, Offenheit und Toleranz für einander. Wie die Geschichte zeigt, geschieht der Wandel herrschender Strukturen nur ausnahmsweise „über Nacht“. In der Regel – und dies hat ein anderer, allerdings häufig in die zweite Reihe gedrängter Linker erkannt, Antonio Gramsci, "vollzieht sich der Wandel der Strukturen nur als Folge eines langwährenden gesellschaftlichen Bewusstseinswandels". In diesem Sinne hat das 2. Weltsozialforum sicherlich Hoffnung gemacht.

Um outro mundo é possível – Eine andere Welt ist möglich

EVB-MAGAZIN,
7.02.2002

URS SEKINGER

Die Stimmung für die Eröffnung des zweiten Weltsocialforums hier in Porto Alegre am vergangenen 31. Januar hätte schöner nicht sein können. In der offenen Arena am Ufer des Jacui-Flusses versammelten sich im warmen Abendlicht der untergehenden Sonne tausende von Menschen; 40 000 sagen die einen, für andere waren es 60 000. In einer farbenfrohen, friedlichen Demonstration waren sie zuvor durch Porto Alegre gezogen. Begleitet von brasilianischen Sambaklängeln und dem rhythmischen Pfannenklopfen der argentinischen Gruppen, forderten sie die Abkehr von der neoliberalen Globalisierung. «Wir sind daran, eine neue, eine gerechte Welt aufzubauen – eine realisierbare Utopie», sagte der Gouverneur des Bundesstaates Rio Grande do Sul Olívio Dutra in seiner Eröffnungsansprache.

Wie anders sehen die Medienbilder aus New York aus: Polizei, Absperrungen, Abschluss, Gewalt. Es scheint, als herrsche dort Krieg, während hier in Porto Alegre Friede und Lebensfreude dominieren. Sie sind Motor für die politische Entschlossenheit, mit der hier an der Realisierung der Utopie gearbeitet wird.

Das Weltsocialforum ist ein Megaunternehmen: 15 000 Delegierte haben sich eingefunden und zwei- bis dreimal so viele BesucherInnen. Sie vertreten Organisationen aus der ganzen Welt, wobei lateinamerikanische und europäische eine Mehrheit bilden. Leider nur in kleiner Zahl anwesend sind BesucherInnen aus Afrika und Asien. Der wirtschaftliche Graben zeigt sich auch am Weltsocialforum.

Für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit weltweit

In den vier Arbeitstagen werden 27 Konferenzen, 150 Seminare und 700 Workshops angeboten. Trotz deren inhaltlicher Vielfalt gibt es einige zentrale Leitthemen. Dazu gehören die Kritik der WTO als Hauptpfeiler der «infernalen Globalisierung». Sie höhlt demokratische Strukturen von den Gemeinden bis zur UNO aus und bedroht akut den Weltfrieden. Präsent ist in diesem Zusammenhang der 11. September. Der massive Widerstand der Menschen in Seattle stoppte damals die globale neoliberale Offensive. Seit dem 11. September findet nun mit dem «Krieg gegen den Terrorismus» eine verdeckte Wiederbelebung dieser Offensive statt. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem «Krieg gegen den Drogenhandel» befürchten viele hier anwesende Gewerkschaften, Nichtregierungs- (NGO) und Basisorganisationen, dass die Repression ihnen gegenüber zunimmt und dass die Menschenrechte in Zukunft noch stärker missachtet werden.

Die Globalisierung hat sozial keine Fortschritte gebracht. Gemäss Juan Somavia, Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation, hat sich in den Neunzigerjahren die offizielle Arbeitslosigkeit weltweit auf 200 Millionen Menschen verdoppelt. Frauen und Kinder zahlen den höchsten Preis dieser Fehlentwicklung. Das nahe Argentinien ist aktuelles Beispiel für das totale Scheitern der Globalisierung. Wenn demgegenüber hier am Weltsocialforum die Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit eingefordert werden, so ist das keine ferne Utopie. In internationalen Konventionen und Verträgen sind die wesentlichen Grundrechte der Menschen von den meisten Staaten der Welt ratifiziert worden. Es geht darum, sie durchzusetzen.

Das amerikanische Freihandelsabkommen FTAA/ALCA ist verständlicher Weise ein wichtiges Thema. Mit ihm wird die US-Ökonomie in ganz Lateinamerika dominierend werden. ALCA wird aber auch globale Auswirkungen haben, denn es integriert das MAI (Multilateral Agreement on Investment, Multilaterales Investitionsabkommen), das 1999 durch weltweiten Widerstand hatte verhindert werden können. Der einseitige Investorenschutz, der die Reichen schützt und die Armen zerstört (Martin Khor vom Third World Network), kommt wieder auf die politische Agenda und soll letztlich in einer neuen Runde der Welthandelsorganisation (WTO) definitiv festgeschrieben werden. Khor schätzt deshalb die WTO heute als viel gefährlicher ein als den Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Kampf gegen eine neue WTO-Runde in den nächsten beiden Jahren werde für die weitere globale Entwicklung entscheidend sein, meinte er.

Gewerkschaften, soziale Bewegungen und NGO

Diese Entwicklung muss die Menschen und die Umwelt ins Zentrum stellen, ein Grundkonsens des Weltsocialforums. Sie in diesem Sinne zu beeinflussen, ist das Anliegen von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und NGOs. Ihre Zusammenarbeit ist denn auch Thema verschiedener Veranstaltungen; ein nicht ganz leichtes Unterfangen, wie die Diskussionen zeigen. Es gilt Vorurteile abzubauen und das Blockdenken zu überwinden. Es gibt nicht die Gewerkschaften, wie auch die sozialen Bewegungen und NGOs nicht eine Einheit sind. Werfen wir einen Blick auf die Gewerkschaften. In den Diskussionen waren vor allem europäische und lateinamerikanische vertreten, und dabei wurde frappant klar, dass sie mit zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten laufen. Da sind die europäischen, geprägt von den Errungenschaften des Sozialstaates, stark institutionalisiert, mit einem Hang zur helfenden Solidarität, und dort die lateinamerikanischen, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Ländern gezwungen waren, ständig offen zu bleiben, die Arbeit über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinaus auszudehnen, kurz, soziale Bewegung zu bleiben. Gewerkschaftsvertreter ihrerseits wiesen auf problematische Punkte der NGO-Arbeit hin, etwa Abschlüsse von Verhaltensregeln («codes of conduct») mit multinationalen Unternehmen. Nur in 15 Prozent der bisher abgeschlossenen Verträge sei die Vereinigungsfreiheit der Arbeitenden festgeschrieben worden. Verhaltensregeln können sich so zum Boomerang für die Gewerkschaftsarbeit auswirken, denn es sei immer noch das Beste, wenn sich die Betroffenen selbst für ihre Rechte einsetzen könnten. Rafael Freire von der Gewerkschaft CUT meinte, dass die gegenseitigen Vorwürfe in eine Sackgasse führten.

Die Differenzen existierten und müssten gegenseitig respektiert werden. Pragmatisch sei es, einen grossen, gemeinsamen Nenner in der Sache zu suchen. Darauf aufbauend könne ein gemeinsames Vorgehen bestimmt werden. Dies wird für die europäischen Gewerkschaften dann eine Möglichkeit sein, wenn sie bereit sind, von den lateinamerikanischen Kollegen und Kolleginnen zu lernen, und ihre eurozentrische Sichtweise zugunsten einer internationalistischen zurückstecken. Das Weltsocialforum ist ein idealer Ort dazu.

Porto Alegre ist ein riesiges Forum für Diskussionen und Kontakte. Porto Alegre ist ein farbiger Markt der Ideen, Projekte und Aktionen. Porto Alegre ist Lebensfreude und ein wenig gelebte Utopie: um outro mundo é possível se a gente quizer.

Urs Sekinger koordiniert in Porto Alegre eine Delegation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus der Schweiz. Er arbeitet als Koordinator des Solifonds, ist Präsident des VPOD-NGO und Mitglied der Redaktion «Widerspruch».

London, Frühjahr 1997: Keiner wusste recht, woher sie alle kamen, die Punks und Rastas, die Umweltbewegten und ganz normalen Studenten, die plötzlich die Innenstadt lahmlegten, mal hier, mal dort auftauchten, und der Polizei unter Technorhythmen immer wieder „Partyschlachten“ lieferten. An einem Tag blockierten sie die Geschäftszentralen der Ölfirmen, dann wieder verteilten sie auf Tony Blairs Wahlveranstaltungen Handzettel, die dazu aufriefen, die *Spice Girls* zu wählen; in einer Solidaritätsaktion mit den streikenden Liverpools Werftarbeitern wurden Hauptstraßen in der Innenstadt blockiert. Aber kaum war die Polizei vor Ort, waren die Demonstranten verschwunden, um kurz darauf vor den Filialen großer Bankhäuser einen Sitzstreik zu veranstalten.

Ohne Hierarchie, mit witzigen Slogans, in kleinen mobilen Einheiten per Handy und Internet organisiert, alles Mögliche fördernd und immer darauf bedacht, wie der Protest für die Öffentlichkeit zu inszenieren ist – im nächsten Jahr dieser Londoner Frühling wie eine Generalprobe der wie für die Medien geschaffenen Protestkultur, die dann zwei Jahre später ihre Weltpremiere hatte.

Seattle, Herbst 1999: Beglückt schauten damals weltweit alle Initiativgruppen und Aktivisten nach Amerika, wo der allzuständige Feind endlich ausgemacht und umzingelt war. Statt sich an langwierigen Mikroanalysen der Macht abzuarbeiten oder sich einmal im Monat in einer Kleingruppe Gedanken zu machen über die Schulbildung im süd-afrikanischen Malawi, setzten da ein paar tausend gut organisierte Jugendliche die WTO und damit auch schon das Böse an sich außer Gefecht.

Bild an Bild mit Berlusconi

In der Folge mutierten die Gipfelproteste zum *summithopping*, einer Karawane fröhlicher Manichäisten auf den Spuren der dunklen Macht. Im Netz gab es bald eigene Fahrgemeinschaften – „Cornelia bietet zwei Plätze nach Genua, bitte kein schwarzer Block!“ – und der Kampf gegen die Kapitalisierung aller Lebensbereiche übernahm im ironischen Zitat die kommerziellen Rituale der Popkultur: die Leute trugen T-Shirts, wie sie auf den Tourneen weltwichtiger Bands verhökert werden: Seattle 11-99, Washington 4-00, Genua 7-01, Daten einer teleologischen Erzählung vom Kampf der Guten gegen die G8. Immerhin trug es Früchte, der WTO und den Regierungschefs der G8 die Fehlentwicklungen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik vorzuhalten: selbst Edmund Stoiber äußerte sich kritisch über die Auswüchse eines wild wuchernden Kapitalismus. Wie schwer es allerdings war, mit reiner Protestkundgabe eigene Programmarbeit zu verbinden, zeigte der Gipfel von Genua. Das „Genoa Social Forum“, zu dem einige Gruppen im Schatten des G8-Gipfels geladen hatte, ging unter in Bildern blutiger Schlachten zwischen Polizeieinheiten und Demonstranten, von denen die meisten nichts als eine Freitagsdemonstration im Sinn gehabt hatten.

Utopos – der Nichtort. Auch in diesem wörtlichen Sinn haftete all den Gipfelstürmerprotesten immer etwas Utopisches an: Tausende fallen für zwei Tage in eine fremde Stadt in einem fremden Land ein. Irgendwo in der selben Stadt sitzen die Staatsmänner und Wirtschaftsbosse beisammen. Erst in den Schnittstudios der Fernsehsender kommen die beiden Welten zusammen, wenn elf händeschüttelnder Berlusconi in Parallelmontage mit Demonstranten am Hafen von Genua gezeigt wird. The medium makes the message, das Fernsehen zäubert G8-Repräsentanten und Globalisierungsgegner auf ein und denselben Schirm und macht aus ihnen gleichwertige Gegner. Die Frage hieß bald, was der Protestzug vor Ort über den 30-Sekundenclip in den Abendnachrichten hinaus bringt.

Porto Alegre, Winter 2002: Max Frisch schrieb einmal: Trotz sei das Gegenteil von Selbständigkeit. So gesehen ist es ein Fortschritt, dass sich im brasilianischen Porto Alegre nicht schon wieder Demonstranten physisch trotzend an ihrer Gegnerschaft abarbeiten, sondern an politischen Programmen arbeiten. Allein die zeitliche Koinzidenz zum Weltwirtschaftsforum in New York beweist eine gewisse Souveränität, indem die so genannten „Globalisierungsgegner“ nicht nur den Protestbanderolen in der amerikanischen Metropole hinterherlaufen, sondern wie in einem Paralleluniversum in Porto Alegre das zweite „Weltsozialforum“ veranstalten, in einer Stadt, in der die ultralinke Arbeiterpartei an der Macht ist, die die Stadt zum Versuchslabor einer direkten Demokratie macht.

Ein bunter Kessel Alegre

Es wird wohl danach kein Parteiprogramm von Porto Alegre geben. Aber die Arbeit all der verschiedenen Gruppen soll sich um Kernprobleme wie die Entschuldung der Entwicklungsländer, die Abschaffung der Steuerparadiese und die Einführung der Tobinsteuer organisieren. Damit setzt sich die programmatische Arbeit an der Bekämpfung neoliberaler Auswüchse der Weltwirtschaft ab von den Krawallen, mit denen man in New York und vielleicht auch München rechnen muss. In jedem Fall soll Porto Alegre das Image der Protestbewegung korrigieren, die noch immer als bunter Haufen ohne Konzept gilt. So monierte die *Frankfurter Rundschau* kürzlich zu Recht: „In ihrer dezidiert ökonomischen Kritik an der Globalisierung und mit ihren konkreten Vorschlägen ist die Organisation Attac eine Ausnahme unter den Globalisierungsgegnern.“

Grotesk wirkt es allerdings, wenn einige Medien das Wort Globalisierungsgegner noch immer so verstehen, als säßen da ein paar ideologische Altstalinisten beisammen, die in einem Salto mortale hinter alle Globalisierung zurück wollen. Das Weltsozialforum hat sich unter dem Slogan einer „solidarischen Globalisierung“ zusammengefunden – nicht mit dem Ziel, alle gegenseitigen Abhängigkeiten abzuschaffen, sondern die wechselseitigen Beziehungen gerecht zu gestalten. Mit den Worten Benjamin Bar-

bers: „Die einzige Wahl ist die zwischen Verhältnissen, die wir uns nicht gesucht haben, die Wahl zwischen wildem Kapitalismus, wildem Verbrechen auf der einen und selbst gewählter Abhängigkeit-Rechtsstaatlichkeit, gestaltete Globalisierung“ auf der anderen Seite.“

Keine leichte Aufgabe. Selbst unter den Konferenzteilnehmern ist ein Nord-Süd-Gefälle zu bemerken: Die Brasilianer haben ihren US-amerikanischen Protestkollegen wenig Platz gegeben, aus Angst, wieder an den Rand hegemonialisierender Amerikaner gedrängt zu werden. Umgekehrt gibt Victor Menotti vom „International Forum on Globalisation“ auch zu, „dass einige von uns die Brasilianer für unverbesserliche alte Linke halten. Aber wir sind gekommen, um gemeinsam konkrete Alternativen auszuarbeiten. Darum geht es hier.“

München, New York, Porto Alegre, 3. Februar: In den Abendnachrichten wird Porto Alegre freilich kaum vorkommen. Die Globalisierungsgegner werden wahrscheinlich nur in der Berichterstattung über das WTO-Treffen in New York und die Nato-Sicherheitskonferenz zu sehen sein. Straßenschlachten irgendwelcher eindeutig böser Autonomen mit der New Yorker Polizei liefern süffigere Bilder als 50.000 Teilnehmer, die in schlecht ausgeleuchteten Turnhallen debattieren.

ALEX RÜHLE

■ Das globalisierungskritische Weltsozialforum ist ein Gegenpol zum zeitgleich stattfindenden Weltwirtschaftsforum (WES) in New York. Die Veranstalter beschwören den „Geist von Porto Alegre“ und reduzieren das Schaulaufen der Politiker: Belgiens Premier Guy Verhofstadt wurde eingeladen

Mit Netzwerken gegen das Elend

Zum Auftakt des Weltsozialforums in Porto Alegre demonstrieren mehr als 50.000 Menschen gegen die geplante amerikanische Freihandelszone

aus Porto Alegre GERHARD DILGER und HANNES KOCH

Im Hauptberuf baut Lucien Wasserkraftwerke in Slowenien. Nun steht der 67-jährige Belgier unter dem südlichen Sternenhimmel im Amphitheater der brasilianischen Stadt Porto Alegre und lauscht einem afrikanischen Chor. Luciens Stadtteilgruppe aus Brüssel hat ihn als Delegierten zum Weltsozialforum nach Brasilien geschickt, das gestern unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ offiziell eröffnet wurde. „Fast wie ein Parlament“, sagt Lucien und lässt seinen Blick durch die Menschenmenge schweifen.

50.000, 60.000 Menschen sollen hier sein, sagen die Veranstalter. Delegierte aus fast allen Ländern der Welt, Abgesandte von mehreren tausend politischer Organisationen, Gruppen, Verbänden. Im Gegensatz zum ersten Forum, bei dem 2001 Brasilianer und Franzosen dominierten, sind diesmal auch die Länder Asiens und Afrikas präsent. Und die Organisatoren, darunter die brasilianische Bewegung der Landlosen, haben darauf geachtet, dass die arabische Welt nicht zu kurz kommt. Schließlich sollen die Folgen der Terroranschläge vom 11. September und die mögliche Beilegung des Israelisch-palästinensischen Konflikts wichtige Themen in Porto Alegre sein.

„Geist von Porto Alegre“

So dürfte es selten eine internationale Zusammenkunft gegeben haben, bei der so viele Menschen aus so vielen Ländern ihre unterschiedlichen Interessen miteinander diskutierten. Und doch ist diese Vollversammlung der sozialen Bewegungen nicht durch allgemeine Wahlen zustande gekommen. Sie repräsentiert vielmehr jenen Teil der Weltbevölkerung, der die neoliberale Form des Globalisierungsprozesses ablehnt. Rund 50.000 Teilnehmer eröffneten das Forum am Donnerstagnachmittag mit einer bunten Demonstration durch die Stadt. Rote Fahnen überall, Trommeln und Parolen gegen die geplante Amerika-Freihandelszone (Federal Trade Agreement of the Americas) FTAA zeigten, was den

„Geist von Porto Alegre“ ausmacht: der Konsens, dass die Globalisierung mehr als Schönheitskorrekturen erfordert.

Gerade die Südamerikaner sind angesichts der angepöbelten neoliberalen Großvision beunruhigt. Viele lehnen die Freihandelszone ab, die auf Vorschlag und Druck der USA ab 2005 von Feuerland bis Alaska reichen soll. Die jüngsten Erfahrungen in Argentinien spielen bei Skeptikern eine große Rolle: Der Zusammenbruch der dortigen Wirtschaft wird als direkte Folge der Einführung des liberalen Modells unter der Direktive Washingtons interpretiert. Die Dollarisierung, so ist auf der Demonstration zu hören, sei gescheitert. Südamerika müsse nun einen eigenen Weg auf der Basis des südamerikanischen Wirtschaftsverbands, des Mercosur, suchen.

Die Begrüßungsrede auf der Freilichtbühne am Guaba-Fluss hielt nach dem Protestmarsch der schnauzbärtige Olivio Dutra, Gouverneur des gastgebenden Bundesstaats Rio Grande do Sul. Für den Politiker der Arbeiterpartei PT sind die Globalisierungskritiker „Erben des fortschrittlichen Denkens, der freihetlichen Anliegen und der demokratischen Prinzipien“. Sie stünden in der Tradition des Sozialismus, der Befreiungstheologie, des Umweltschutzes und all jener, die sich „in Nord und Süd gegen Unterdrückung und soziale Ausgrenzung“ auflehnten.

Weltelite in Washington

Die Attraktion des Öffnungstages war allerdings Noam Chomsky. Der US-Intellektuelle verursachte einen großen Aufbruch von Journalisten und Zuhörern und sagte, was man von ihm erwartete: Seit dem 11. September verfolge die Weltelite unter der militärischen Führung

der USA ihre Agenda des „Klassenkrieges“ noch entschiedener. „Wir stehen vor der Wahl, um dem zu unterwerfen oder die Anliegen, die uns bereits vorher wichtig waren, weiterzuerfolgen.“ Auch Chomsky kritisierte die geplante amerikanische Freihandelszone. In Wirklichkeit liege dieses Projekt auf der Linie anderer „extrem protektionistischer“ internationaler Abkommen, durch die Wissen und Technik monopolisiert werden sollten.

Währenddessen bemühten sich die Veranstalter, zu denen auch die Organisation Attac aus Frankreich gehört, um Identitätsstiftung. Für Liberale wie den belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt, der sich für Sonntag angekündigt hatte, und für leitende Funktionäre der Weltbank sei die „Stimmung in Porto Alegre ungeeignet“, sagte Sergio Haddad vom brasilianischen Organisationskomitee. Verhofstadt, der sich seit dem EU-Gipfel von Laeken und den dortigen Demonstrationen im vergangenen Jahr den Globalisierungskritikern angenähert hat, wäre gern gekommen. Nun hat man ihn schlicht eingeladen – jedenfalls als offiziellen Gast. Das Schaulaufen von großen Politikern fällt somit weit bescheidener aus als ursprünglich erwartet.

Castro auf der Gästeliste

Bereits im Vorfeld hatte eine Einladung der brasilianischen Landlosenbewegung an Fidel Castro für heftige Debatten gesorgt. Ignacio Ramonet, Chefredakteur der Attac-freundlichen Zeitung *Le Monde diplomatique*, der einen guten Draht zu Castro hat, setzte sich schließlich mit seiner Gegenposition durch: Komme Castro, interessierten sich die Medien nicht mehr für Inhalte,

sondern nur noch für Symbole. Vertretern der kolumbianischen Guerilla und der baskischen ETA wurde ebenfalls die Akkreditierung verweigert, da die Gewaltfreiheit ein Grundprinzip des Weltsozialforums ist.

Wie schon im Vorjahr treten dagegen die Gastgeber von der brasilianischen Arbeiterpartei PT massiv auf. Porto Alegres PT-Bürgermeister Tarso Genro feiert das Forum der Kommunalpolitiker als „Fundament für neue politische Beziehungen“. Über 200 Bürgermeister, vorwiegend aus Lateinamerika und dem Mittelmeerraum, hatten drei Tage lang über Maßnahmen gegen die „soziale Ausgrenzung“ diskutiert. Am Mittwoch gründeten sie ein Netzwerk. Als „solidarische Sofortmaßnahme“ werden Genf und Barcelona Medikamente in die argentinische Hauptstadt Buenos Aires liefern, wo viele Apotheken wegen der Wirtschaftskrise nichts mehr verkaufen.

Unter anderem will sich das Netzwerk für den Erlass der Schulden der Entwicklungsländer, den Austausch über erfolgreiche Entwicklungsmaßnahmen und die verstärkte Einbindung von Migranten stark machen.

Konservative Franzosen

Die meisten anwesenden Bürgermeister kamen aus dem sozialdemokratischen Spektrum, doch aus Frankreich waren selbst Konservative angereist. Der PT-Kandidat für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen, Luiz Inácio Lula da Silva, übte in Porto Alegre Kritik an der anderen wichtigen Veranstaltung dieser Tage: dem Weltwirtschaftsforum (WES), zu dem sich die ökonomische Elite gerade in New York trifft. Das WEF, so Lula, sei von seinem traditionellen Veranstaltungsort Davos in die US-Metropole umgezogen, weil die Stachelndrahtverhau in der sauberen Schweiz die „Verachtung der Mächtigen für die Armen“ besonders deutlich gemacht hätten.

Während sich gerade die südbrasilianischen Politiker noch um starke Worte bemühten, gingen 350 Obdachlose aus Porto Alegre bereits daran, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Sie besetzten sie ein Bürohochhaus in der Innenstadt.

„Kontrolle des unsichtbaren Feindes“

Vor dem Weltsozialforum mahnt der brasilianische Vordenker José Luis Fiori eine Phase der „stärkeren Reflexion“ an. Die Globalisierung generiere ein „Repressionsnetz“, das „Hannah Arendt Schauer über den Rücken jagen würde“

taz: Herr Fiori, was heißt Globalisierung für Sie?
José Luis Fiori: Der US-Ökonom J.K. Galbraith hat 1997 gesagt: „Wir Amerikaner haben dieses Konzept erfunden, um unsere Politik der wirtschaftlichen Durchdringung anderer Länder zu verschleiern.“ Genauer könnte man sagen, es sind Veränderungen, die in den Siebzigerjahren begannen und sich in den Neunzigerjahren beschleunigten: vor allem der Zusammenschluss der nationalen Kapitalmärkte und die Bekräftigung der nordamerikanischen Imperialen Macht. Die Globalisierung ist nicht ein rein ökonomisches Phänomen und schon gar nicht ein

technologischer Zwang. Sie hat auch nicht die Macht der Nationalstaaten aufgehoben, die immer schon durch ihre Rivalitäten begrenzt war.

Was hat sich seit dem 11. September verändert?
Jetzt finden Abrechnungen und Neupositionierungen statt. Im Schatten eines breiten Konsenses gegen den Terrorismus suchen zweitrangige Großmächte ihren neuen Platz auf dem internationalen Schachbrett, etwa Japan, Russland und Deutschland. Es ist, als würden sie Ihre geopolitische Agenda aus den Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg wieder aufnehmen.

Ist Bin Laden das neue Feind-

bild, das sich die USA so lange gewünscht hatten?

Ja, es gibt eine neue Art von Bipolarität. Daraus entstand die so genannte Bush-Doktrin, eine neue Strategie zur Kontrolle des Feindes, doch mit einem entscheidenden Unterschied und unabsehbaren Folgen: Der neue Feind ist unsichtbar und global, und während der langen Perioden seiner Unsichtbarkeit werden seine Absichten und Strategien von den USA definiert. Eine seltsame Bipolarität, bei der beide Kommandozentralen quasi den USA gehören. Außerdem soll ja die Kontrolle des unsichtbaren Feindes umfassend und jahrzehntelang dauern, wie der US-

Vizepräsident Dick Cheney angekündigt hat. Es entsteht also gerade ein unsichtbares globales Kontroll- und Repressionsnetz, das Hannah Arendt Schauer über den Rücken jagen würde.

INTERVIEW: GERHARD DILGER



JOSÉ LUIS FIORI, 56, ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Rio de Janeiro und tritt als Referent beim Weltsozialforum in Porto Alegre auf.

WELTZOZIALFORUM IM BRASILIANISCHEN PORTO ALEGRE

■ Bei ihrem Treffen in Porto Alegre haben sich die Globalisierungskritiker eine Abschlusserklärung abgerungen: Neben der Einführung der Tobinsteuer auf Devisentransaktionen und der Auflösung der Steuerbasen fordern Attac & Co auch das Menschenrecht auf eine selbstbestimmte Ernährung

Wider die Ungleichheit

Aufgaben wie Kindererziehung, Bildung und Gesundheitsversorgung, heißt es in der „Erklärung“ von Porto Alegre, gehören nicht in private Hände

aus Porto Alegre HANNES KOCH

Nun wird es doch noch eine Art Abschlusserklärung des Weltsocialforum geben, das heute im brasilianischen Porto Alegre zu Ende geht: Unter anderem die brasilianischen Veranstalter haben ein solches Dokument abgelehnt, um keine Hierarchie der Ziele aufzustellen und den fraglichen Zusammenhalt der globalisierungskritischen Bewegung nicht zu gefährden. Doch die Attac-Chiefs aus Paris haben die Sache in die Hand genommen und viele Teilnehmer, darunter auch Organisationen aus Lateinamerika, zur Mitarbeit am Text bewegt. Die „Erklärung der sozialen Bewegungen“, die gestern nahezu fertig war, benennt neben den bekannten Zielen wie: Einführung der Tobinsteuer auf Devisentransaktionen und Auflösung der Steuerbasen auch neue Punkte. Dazu gehört „das Menschenrecht auf eine selbstbestimmte Ernährung. Die Globalisierungskritiker sprechen sich damit gegen die Patentierung etwa von Indischem Reis durch westliche Konzerne aus. Die Einwohner jedes Landes müssten das unveräußerliche Recht haben, sich auf

ihre eigene Weise zu versorgen. Dienstleistungen wie Kindererziehung, Bildung und Gesundheitsversorgung halten Attac & Co für Aufgaben der gesamten Gesellschaft, die nicht in die Hände privatwirtschaftlicher Unternehmen gelegt werden dürfen. Das würde zu weiterer Ungleichheit zwischen den Menschen und damit zu einer Verschärfung der Unterschiede zwischen Arm und Reich führen. Weiterhin sollen alle Auslandsschulden von Staaten bedingungslos gestrichen werden. Manche Länder hätten schon die dreifache Summe des überweisen, was sie einst geliehen bekommen.

Im Hinblick auf die Anschläge vom 11. September und den nachfolgenden Angriff der USA auf Afghanistan warnt die Erklärung vor einem „permanenten globalen Krieg“. Die Militärxpansion der USA würden sich faktisch vornehmlich gegen die Weltländer in den betroffenen Ländern richten. Das Bestreben der USA, unter dem Vorwand der Terrorismus weltweit Ordnung zu schaffen, sei „die andere Seite des Neoliberalismus“.

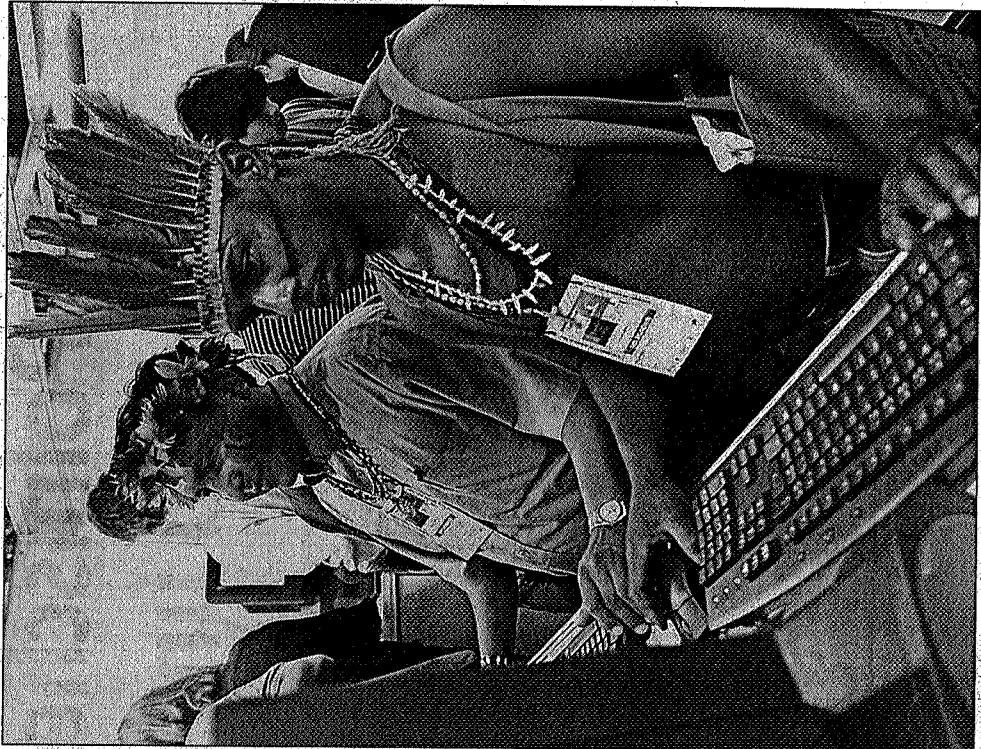
Diese Formulierung stuft den Terrorismus gegen die USA als einen Tisch bringen soll.

eine potenzielle Folge der Globalisierung und der damit einhergehenden Armut ein. In diesem Zusammenhang verlangen die Globalisierungskritiker auch, dass alle ausländischen Militärbasen, wie etwa die der USA im kubanischen Guantánamo, geschlossen werden.

Parallel zum Weltsocialforum haben auch rund 300 Parlamentarier aus aller Welt, die ebenfalls in Porto Alegre tagten, gegen den Neoliberalismus und den Krieg Stellung genommen. Die Abgeordneten, darunter zwei von der SPD und eine von der PDS aus Deutschland, lehnten die geplante Freihandelszone von Alaska bis Feuerland (FTAA) als USA-dominiert ab. Der Krieg als Antwort auf den Terrorismus berge die Gefahr weiterer Radikalisierung in sich.

Das nächste Weltsocialforum im Jahre 2003 in Porto Alegre wollen die Veranstalter durch regionale Foren in Europa und anderen Weltgegenden vorbereiten. Die europäische Veranstaltung konnte im kommenden Herbst in Rom stattfinden. Außerdem diskutiert man über ein regionales Sozialforum in Jerusalem, das Israels und Palästinasier an einen Tisch bringen soll.

Tag, S.2.2002



Weltsocialforum in Porto Alegre: Angehörige des Trukvolkes beim Internetsurfen. FOTO: BERNARDES/LATINPHOTO

■ „Eine andere Welt ist möglich“, lautete das Motto des diesjährigen Weltsozialforums. Wie diese konkret aussehen könnte, wurde heiß diskutiert. Wenn sie es richtig anpackt, könnte die Bewegung der Globalisierungskritiker eine echte Volksbewegung werden, meint der Politologe Claus Leggewie

Welt in Unordnung

„Deglobalisierung“, die Vision für eine neue Weltordnung, steckt noch in den Kinderschuhen

aus Porto Alegre HANNES KOCH

Wenn es einen visionären Ansatz gibt, der sich aus der Fülle von Diskussionen, Ideen und Vorschlägen beim Weltsozialforum destillieren lässt, ist es das Konzept der „Deglobalisierung“. Am Montag, dem vorletzten Tag des Weltsozialforums, stellte der philippinische Soziologe Walden Bello sein Projekt noch einmal zur Diskussion. Im Sportstadion von Porto Alegre diskutierten er vor mehreren hundert Zuhörern mit Susan George und Peter Wahl von Attac. Wegen seiner Radikalität und rhetorischen Schärfe gehört der Wissenschaftler zu den Gurus der Bewegung.

Bello, Professor an der Universität der Philippinen, greift ein in die Diskussion um die „Global Governance“, um Art und Notwendigkeit einer anderen politischen Steuerung des Geschehens auf der Welt. Ausgangspunkt ist der schwindende Einfluss der Nationalstaaten im Prozess der Globalisierung, während die transnationalen Investoren Handlungsmöglichkeiten hinzugewinnen. Wie, so lauten wichtige Fragen, verändern sich die politischen Institutionen und wie kann die demokratische Teilhabe der Bürger in der neuen Weltordnung noch funktionieren?

Keine Weltregierung

Walden Bello gibt eine provokante Antwort. „Wir müssen alles dafür tun, zentrale Machtkonzentrationen zu schwächen.“ Den internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation WTO würde er am liebsten abschaffen. Wenn das schon nicht geht, fordert er wenigstens dazu auf, diesen transnationalen Organisationen das Leben schwer zu machen. Keinesfalls sollten Globalisierungskritiker mit ihnen kooperieren, denn ideologisch und personell seien sie die Speerspitze des Neoliberalismus, der weltweit Kultur, Politik und Leben dem Diktat des Marktes unterordnet. Mit dieser Herrschaftslogik müsse man brechen und „Raum schaffen“ für Entwicklungsmodelle, die sich nicht primär am Weltmarkt, sondern an der Produktion für die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Ländern des Südens orientieren.

Bello betont, kein Gegner von Globalisierung zu sein, sondern sie umsteuern zu wollen. Einzelne Nationalstaaten sollen sich dabei gegenseitige Unterstützung in regionalen Bündnissen verschaffen. Der Soziologe will die oberste Ebene der transnationalen Organisationen schwächen und die zweite Ebene aufwerten, zu der die Europäische Union gehört oder auch der Mercosur Lateinamerikas und die Asiatische Wirtschaftsgemeinschaft Asean. Bellos Bild der Zukunft umfasst auch internationale Organisationen – aber nur die guten. Das sind zum Beispiel die Internationale Arbeitsorganisation ILO und die UN-Entwicklungsorganisation Unctad.

Bei der Podiumsdiskussion gingen die beiden anderen Hauptredner, Susan George und Peter Wahl von Attac, zunächst auf eine Linie mit Bello. Wahl grenzte sich jedoch gegen Modelle ab, die eine „Weltregierung“ anpeilen. „Das ist eine negative Utopie“, sagte der Globalisierungskritiker aus Bonn. Auch ein globales Parlament, direkt gewählt nach dem Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“, hält Wahl für unpraktisch. Denn: „Size matters“ – Größe zählt. Demokratie sei nur sinnvoll, wenn die Bürger die entscheidungsrelevanten Informationen zur Verfügung haben. Auf Weltebene, so Peter Wahl, könne man davon aber kaum ausgehen. Die Schlussfolgerung auch hier: weniger Zentralisierung oben, mehr Dezentralisierung unten. Dem stimmte Susan George zu: „Ein Weltparlament will ich nicht.“

Attac in die Pflicht Knifflig wurde die Lage, als Wahl sich Gedanken darüber machte, dass auch der Internationale Währungsfonds möglicherweise bereit sein könnte, seine Politik zu verändern. „Bei allem Respekt“, raunte Bello zurück, darauf zu warten sei reine Zeitverschwendung. Auch Wahls Überlegung, die Vereinten Nationen demokratischer zu gestalten, indem zivilgesellschaftliche Organisationen wie Attac Sitz und Stimme erhalten, fanden nicht die Einwilligung des radikalen Soziologen.

Attac in die Pflicht

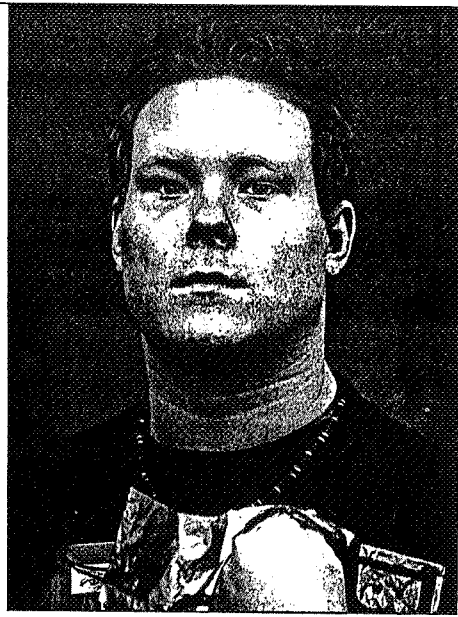
Von diesen Konflikten abgesehen, blieb aber auch die Ausgestaltung einer möglichen neuen Weltordnung unklar. Schließlich mahnte Susan George selbst einen „globalen Marshallplan“ an, um die Entwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika voranzubringen. Wer aber soll das Geld dafür einziehen, verwalten und ausgeben, wenn die transnationalen Akteure es nicht tun dürfen? Und wie steht es mit der Forderung von Attac, weltweite Steuern auf Devisentransaktionen, Einkommen und Investitionen zu erheben? Die Internationale Arbeitsorganisation dürfte dazu kaum in der Lage sein.

wortlaut

Die Abschlusserklärung von Porto Alegre

„Wir, die sozialen Bewegungen dieser Welt, sind zusammengekommen, um unseren Anstrengungen gegen Neoliberalismus und Krieg fortzusetzen. Wir sagen: Eine andere Welt ist möglich.“ (...) Wir sind eine globale, solidarische Bewegung, vereint in der Absicht, uns gegen die Konzentration von Reichtum, die Ausdehnung der Armut und die Zerstörung der Erde zu wehren. Wir konstruieren Alternativen. (...) Die terroristischen Attacken von New York verurteilen wir. (...) Der Krieg gegen den Terrorismus wird an andere Fronten ausgehend. So beginnt ein permanenter globaler Krieg, um die Vorherrschaft der USA und ihrer Verbündeten zu sichern. (...) Die neoliberale Politik hat Elend verursacht. Sie hat den Menschenhandel mit Frauen und Kindern und deren sexuelle Ausbeu-

tung verschärft. Millionen Menschen werden Würde, Rechte und Freiheit versagt. Wir fordern deshalb das Recht der Bewegungsfreiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und einen legalen Status für alle Wanderarbeiter. (...) Die Länder des Südens haben die Summe ihrer Auslandsschulden bereits mehrfach zurückgezahlt. Wir fordern die bedingungslose Streichung aller Schulden. (...) Selbstbestimmte Ernährung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ist ein Menschenrecht. (...) Wir kämpfen für die Demokratie, für die Einführung der Robin-Steuer, die Schließung der Steuerparadiese, für eine soziale demokratische Europäische Union. (...) WTO, IWF und Weltbank werden sich demnächst irgendwo wieder treffen. Und wir werden auch da sein!“



Der Schweizer Mathias Enroth war nach Porto Alegre gekommen ...



... so wie Hebe Bonafini, Präsidentin der Mütter vom Plaza de Mayo ...

„Man muss Inhalte in Politik umsetzen“

Der Politologe Claus Leggewie rät den Globalisierungskritikern, nach Verbündeten in den Institutionen zu suchen

taz: Wissen Sie nun, nach Porto Alegre, wie eine bessere Welt aussehen könnte?

Claus Leggewie: So wie diese Bewegung: heterogen, aber um dieselbe Sache bemüht; transnational, aber mit regionalen Schwerpunkten; mit unterschiedlichen Zielen, aber bereit zur Diskussion. Bewegungen mit eindeutigen Zielen wie noch im 20. Jahrhundert gibt es nicht mehr. Die Kritiker der Globalisierung möchten nicht ein Paradies realisieren, sondern den schlimmen Zustand der Welt etwas verbessern.

Warum kann es heute keine klaren Ziele für gesellschaftliche Veränderungen mehr geben?

Weil die Diskrepanz zwischen dem Wünschbaren und der Realität so groß ist, dass man sich mit der Formulierung einer großen Utopie leider fast lächerlich macht. Die Haltung ist pragmatischer und realistischer geworden, und im Gedenken an die gescheiterten Utopien stimmt mich das auch hoffnungsfroh.

Die Diskussionen über eine neue politische Weltordnung

Wird Streit vermieden, um den Zusammenhalt der Bewegung zu sichern?

Ich glaube nicht. Die Schwäche der Bewegung liegt höchstens darin, dass sie zwar sehr viel Know-how gesammelt hat über Patente, Saatgut, Finanzmärkte und ähnliche Themen. Aber sie weiß nicht so genau, wie sie ihre Inhalte in Politik umsetzen, also in institutionelle Form bringen soll. Über das Funktionieren von Institutionen und Demokratie müssen sich die Globalisierungskritiker mehr Gedanken machen.

Wie kommen Attac & Co aus dieser Sackgasse heraus?

Zum Beispiel, indem man zur Kenntnis nimmt, dass auch bei den Feinden, der Weltbank etwa oder der Welthandelsorganisation, aufgeklärte Technokraten sitzen, die sehr genau hinschauen, was in Porto Alegre gesagt wurde. Und die kritische Ideen in ihre Institutionen einspeisen. Die Aufklärungsbereitschaft auf der transnationalen Ebene ist bisweilen höher als auf der nationalen. Beim Weltsozialforum war

der Nationalstaat wieder gestärkt sehen möchte, um die jeweilige Regierung besser in die Pflicht nehmen zu können. Was halten Sie davon?

Das ist zu einseitig. Die Bewegung muss den gesamten Koffer ihrer Handlungsmöglichkeiten auspacken: lokal, national und transnational.

Die Globalisierungskritiker sagen von sich selbst, dass die Bewegung nur wegen ihrer extrem offenen Strukturen in so kurzer Zeit so gewachsen ist. Könnte sie deshalb nicht ebenso schnell wieder zerfallen?

Wir leben in einer Welt der Netzwerke. Die Heterogenität ist die Stärke dieser Bewegung. Kommandostrukturen, Tabuisierung von Themen, Ausschluss von Personen – alles das wäre schädlich. Mit einer Ausnahme: der Ablehnung von Gewalt.

Kann denn ein so unordentlicher Haufen die politischen Institutionen herausfordern? Die Nationalstaaten und die transnationalen Regime wie der Internationale Währungsfonds stecken in einer tiefen Legitimitätskrise. Sie sollten deshalb auch die liberale oder besser: linksliberale Kritik am Welthandelssystem ausbauen. Die neoliberale Elite verstößt ja gegen ihre eigene Ideologie: Sie behauptet, den freien Wettbewerb zu stärken. In Wirklichkeit schafft sie Monopole, die Wettbewerb und Fortschritt behindern. Der angebliche Freihandel bedeutet Diskriminierung für die Armen und Monopolisierung für die Reichen. Wenn sie es richtig anpackt, könnte diese Bewegung eine Volksbewegung werden. Denn populär sind viele ihrer Themen. Vielleicht merken das dann auch irgendwann Parlamentarier und grüne Minister wie Renate Künast und Jürgen Trittlin. INTERVIEW: HANNES KOCH

CLAUS LEGGEWIE (51) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen. In Porto Alegre war er auf Einladung des dortigen Goe-



CLAUS LEGGEWIE (51) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen. In Porto Alegre war er auf Einladung des dortigen Goe-

AUFRUF DER SOZIALEN BEWEGUNGEN: WIDERSTAND GEGEN NEOLIBERALISMUS, MILITARISMUS UND KRIEG, FÜR DEN FRIEDEN UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

1. Angesichts der ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Völker haben wir, zehntausende Personen aus sozialen Bewegungen der ganzen Welt, uns in Porto Alegre beim Zweiten Weltsozialforum versammelt. Wir sind hier trotz aller Versuche, unsere Solidarität zu brechen. Wir sind wieder zusammengekommen, um unseren Kampf gegen Neoliberalismus und Krieg fortzusetzen, die Vereinbarungen des letzten Forums zu bekräftigen und erneut zu erneuern: „Eine andere Welt ist möglich“.

2. Wir sind vielfältig: Frauen und Männer, Jugendliche und Erwachsene, Bauern/Bäuerinnen und StadtbewohnerInnen, ArbeiterInnen und Arbeitslose, MigrantInnen, StudentInnen und Berufstätige, indigene Völker und Leute aller Glaubensbekenntnisse, Hautfarben und sexuellen Orientierungen. Die Vielfalt ist unsere Stärke und ihr Ausdruck ist die Grundlage unserer Einheit. Wir sind eine globale Solidaritätsbewegung, geeint in unserer Entschlossenheit, gegen die Konzentration des Reichtums, die Ausbreitung der Armut und die Zerstörung unseres Planeten zu kämpfen. Wir errichten ein alternatives System und nutzen kreative Methoden, uns dafür einzusetzen. Von unseren Kämpfen und dem Widerstand gegen das auf Patriarchat, Rassismus und Gewalt stützte System ausgehend, das den Interessen des Kapitals gegenüber den Bedürfnissen und Hoffnungen der Völker den Vorrang gibt, bilden wir ein breites Bündnis.

3. Dieses System bewirkt ein alltägliches Drama, den Tod von Frauen, Kindern und Alten durch Hunger, fehlende medizinische Betreuung und vermeidbare Krankheiten. Infolge von Kriegen, der Auswirkungen der Durchsetzung von auf Modernisierung ausgerichteten Entwicklungsmodellen, des Verlusts ihres Ackerlandes, von Naturkatastrophen, Arbeitslosigkeit, der Schwächung öffentlicher Dienstleistungen und der Zerstörung sozialer Solidarität müssen ganze Familien ihre Behausungen aufgeben. Wie im Süden so im Norden verteidigen entschlossene Kämpfe und Widerstand ein menschenwürdiges Leben.

4. Die Ereignisse des 11. September brachten einen dramatischen Wechsel. Nach den terroristischen Attacken, die wir entschieden verurteilen, wie wir alle anderen Angriffe auf Zivilbevölkerung in anderen Teilen der Welt verurteilen, haben die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eine massive Militäroperation unternommen. Im Namen des „Kriegs gegen den Terrorismus“ wurden politische und Bürgerrechte in aller Welt verletzt. Der Krieg in Afghanistan, in dem terroristische Methoden zur Anwendung kamen, wird auf andere Fronten ausgedehnt. Es handelt sich um die Anfänge eines permanenten globalen Krieges zur Absicherung der Herrschaft der US-Regierung und ihrer Verbündeten. Dieser Krieg zeigt das brutale und inakzeptable Gesicht des Neoliberalismus. Während Rassismus und Xenophobie bewusst geschürt werden, wird der Islam verteufelt. Die Massenmedien teilen die Welt in „Gute“ und „Böse“ ein und fördern so die Kriegsbereitschaft. Die Opposition gegen diesen Krieg ist Herzstück unseres Kampfes.

5. Die Kriegssituation destabilisiert weiterhin den Nahen Osten und liefert einen Vorwand für die Unterdrückung gegen das palästinensische Volk. Es ist eine wesentliche Aufgabe unserer Bewegung, Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Kampf um Selbstbestimmung angesichts der brutalen Besetzung durch den israelischen Staat zu mobilisieren. Das ist entscheidend für die kollektive Sicherheit aller Völker in der Region.

6. Weitere Fakten unterstreichen ebenso die Dringlichkeit unseres Kampfes. In Argentinien haben die durch das Scheitern der IWF-Politik der Strukturanpassung verursachte Finanzkrise und die wachsende Verschuldung eine soziale und politische Krise ausgelöst. Diese Krise führte zu spontanen Protesten der Arbeiter- und Mittelklasse, deren Unterdrückung Menschenleben kostete, zum Regierungswechsel und neuen Bündnissen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Mit mächtigen „cacerolazos“ forderte die Bevölkerung die Befriedigung ihrer grund-

legenden Bedürfnisse. Wir weisen die Kriminalisierung sozialer Bewegungen in Argentinien und die Angriffe auf demokratische Rechte und Freiheiten zurück. Wir verurteilen auch die Gier und das erpresserische Verhalten der durch die Regierungen der reichen Länder unterstützten multinationalen Unternehmen.

7. Der Zusammenbruch des Multis *Enron* belegt beispielhaft den Bankrott der Kasino-Wirtschaft und die Korruption von Unternehmern und Politikern, was die ArbeiterInnen ihre Arbeitsplätze und Pensionen kostete. Dieser Multi bediente sich in Entwicklungsländern betrügerischer Machenschaften und seine Projekte vertrieben Menschen von ihrem Land und führten durch die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung zu deren Verteuerung.

8. In ihrem Bestreben, die Interessen ihrer großen Unternehmen zu schützen, weigerte sich die US-Regierung arrogant, den Vertrag von Kyoto über globale Erwärmung zu respektieren, ebenso wie den Vertrag über antiballistische Raketen und die Biodiversitäts-Konvention, verließ die UN-Konferenz gegen Rassismus und Intoleranz und wandte sich gegen das Vorhaben, die Verbreitung von Handfeuerwaffen einzuschränken. Das beweist einmal mehr, dass der Unilateralismus der Vereinigten Staaten die Bemühungen untergräbt, multilaterale Lösungen für globale Probleme zu finden.

9. In Genua wurde die G-8 in keiner Weise der selbstgestellten Aufgabe einer Weltregierung gerecht. Auf die massenhafte Mobilisierung und den Widerstand der Bevölkerung antworteten sie mit Gewalt und Unterdrückung und bezeichneten jene, die zu protestieren wagten, als kriminell. Sie konnten unsere Bewegung jedoch nicht einschüchtern.

10. All dies geschieht inmitten einer globalen Rezession. Das neoliberale Wirtschaftsmodell zerstört in wachsendem Ausmaß die Rechte und Lebensbedingungen der Völker. Um den Wert ihrer Aktien zu schützen, ist den transnationalen Unternehmen jedes Mittel recht: Massenentlassungen, Lohnsenkungen und Fabriksschließungen, um aus den Arbei-

erInnen das Letzte herauszupressen. Die Regierungen antworten auf die Wirtschaftskrise mit Privatisierungen, der Kürzung von Sozialausgaben und der Einschränkung der Arbeitsrechte. Diese Rezession macht deutlich, dass das neoliberale Versprechen von Wachstum und Prosperität eine Lüge ist.

11. Die weltweite Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Solidarität steht vor enormen Herausforderungen: Ihr Kampf für Frieden und soziale Rechte schließt die Überwindung von Armut, Diskriminierung und Herrschaft ein sowie den Einsatz für eine alternative, nachhaltige Gesellschaft. Wir sozialen Bewegungen verurteilen Gewalt und Militarisierung bei der Lösung von Konflikten, die Ausbreitung von Kriegen niedriger Intensität sowie die im *Plan Colombia* als Teil der regionalen Andeninitiative vorgesehenen militärischen Operationen, den *Plan Puebla Panamá*, den Waffenhandel und die Erhöhung von Militärausgaben. Wir wenden uns gegen Wirtschaftsblockaden gegen Völker und Nationen, insbesondere Kuba und Irak, und die zunehmende Unterdrückung von Gewerkschaftern, sozialen Bewegungen und AktivistInnen.

Wir unterstützen den gewerkschaftlichen Kampf der ArbeiterInnen im formellen und informellen Sektor für die Verteidigung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen, für das Recht sich zu organisieren, zu streiken, Kollektivverträge auszuhandeln und für gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen. Wir lehnen Sklaverei und die Ausbeutung von Kindern ab. Wir unterstützen den Kampf der Arbeiterbewegung gegen Flexibilisierung und Entlassungen und fordern neue Rechte für die Beschäftigten der transnationalen Unternehmen und ihrer Tochtergesellschaften, insbesondere das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverträge. Ebenso unterstützen wir die Kämpfe von Bauern- und Volksorganisationen für ihr Recht auf eine Lebensgrundlage, den Zugang zu Land, Wäldern und Wasser.

12. Die neoliberale Politik vergrößert Armut und Unsicherheit. Sie hat zu einer dramatischen Zunahme des Handels mit Frauen und Kindern geführt, die wir energisch verurteilen. Armut und Unsicherheit treiben Millionen von Menschen in die Emigration, denen Würde, Freiheit und Rechte vorenthalten werden. Wir fordern

deshalb für alle MigrantInnen das Recht auf freie Bewegung, auf physische Unversehrtheit und einen legalen Status. Wir treten für die Rechte der indigenen Völker und die Erfüllung der ILO-Konvention 169 sowie ihre Aufnahme in die jeweiligen Landesgesetze ein.

13. Die Länder des Südens haben ihre Auslandsschuld bereits mehrfach bezahlt. Es ist eine illegitime, ungerechte und betrügerische Schuld, die als Herrschaftsinstrument fungiert, das die Menschen ihrer grundlegenden Rechte beraubt, mit dem einzigen Ziel, den internationalen Wucher zu erhöhen. Wir verlangen die bedingungslose Schuldenstreichung sowie Reparationszahlungen für historische, soziale und ökologische Schulden. Die Länder, die die Rückzahlung der Schulden fordern, beuten die Bodenschätze und das traditionelle Wissen der Völker des Südens aus.

14. Wasser, Land, Nahrungsmittel, Wälder, Saatgut, Kulturen und Identitäten sind gemeinsame Güter der Menschheit für die heutige und künftige Generationen. Die Bewahrung der Biodiversität ist von grundlegender Bedeutung. Die Völker haben das Recht auf gesunde und dauerhafte Nahrungsmittel frei von genetisch modifizierten Organismen. Die Ernährungssouveränität auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist ein grundlegendes Menschenrecht; eine demokratische Agrarreform und der Zugang der Bauern und Bäuerinnen zu Land sind dafür wesentliche Voraussetzungen.

15. Der Gipfel von Doha bestätigte die Illegitimität der WTO. Die beschlossene „Entwicklungs-Agenda“ dient nur Interessen multinationaler Konzerne. Durch die Eröffnung einer neuen Verhandlungsrunde kommt diese Institution ihrem Ziel, alles in Waren zu verwandeln, näher. Für uns sind Lebensmittel, öffentliche Dienste, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Erziehung und Gene nicht verkäuflich. Patente dürfen nicht als Waffe gegen arme Länder und Völker eingesetzt werden. Wir lehnen jede Form von Handel mit oder Patentierung von Lebensformen ab. Mittels regionaler Freihandels- und Investitionsabkommen fixiert die WTO diese Ausrichtung auf dem amerikanischen Kontinent. Durch die Organisation von Protestaktionen, breiten Demonstrationen und Plebisziten gegen die kontinentale Freihandelszone ALCA lehnen die Völker diese Abkommen als eine Rekolonisierung der Region und die Zerstörung der grund-

legenden sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Rechte und Werte ab.

16. Wir rufen zur Stärkung unserer Allianz durch gemeinsame Mobilisierungen und Aktionen auf: für soziale Gerechtigkeit, die Respektierung der Rechte und Freiheiten, Lebensqualität, Gerechtigkeit, Respekt und den Frieden. Wir kämpfen daher:

- * für Demokratie: Die Völker haben das Recht, die Entscheidungen ihrer Regierungen zu kennen und zu kritisieren, vor allem in Hinblick auf internationale Organisationen. Die Regierungen sind ihren Völkern gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet. Während wir weltweit für demokratische Wahlen und Partizipation eintreten, betonen wir die Notwendigkeit der Demokratisierung der Staaten und Gesellschaften und des Kampfes gegen Diktaturen.

- * für die Abschaffung der Auslandsschulden, bei gleichzeitiger Forderung von Reparationen

- * gegen spekulative Aktivitäten, wobei wir die Schaffung spezifischer Steuern wie der *Tobin Tax* auf Spekulationskapital und die Abschaffung der Steuerparadiese fordern

- * für das Recht auf Information

- * für die Frauenrechte, ihre Freiheit von Gewalt, Armut und Ausbeutung

- * gegen Krieg und Militarismus, gegen ausländische Militärbasen und Interventionen und die systematische Eskalation der Gewalt. Wir bevorzugen den Dialog, Verhandlungen und gewaltfreie Konfliktlösung. Wir erklären das Recht aller Menschen, internationale Vermittlung einzufordern, unter Teilnahme unabhängiger Akteure aus der Zivilgesellschaft.

- * für ein demokratisches und soziales Europa, orientiert an den Bedürfnissen der ArbeiterInnen und der Völker, in Solidarität und Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens und Südens

- * für die Rechte der Jugendlichen auf kostenlose öffentliche Erziehung und soziale Autonomie sowie Abschaffung des verpflichtenden Militärdienstes

- * für die Selbstbestimmung aller Völker, insbesondere der indigenen Völker

Wir werden im Jahr 2002 die Durchführung kontinentaler Sozialforen unterstützen und betreiben. Nur der Kampf der Völker macht konkrete Errungenschaften möglich. (Anm.: Es folgt die Aufzählung von für 2002/03 absehbaren Mobilisierungsterminen.) □

Übersetzung: Hermann Klosius

Die Zeit

NACHLESE

Vollversammlung der Zivilgesellschaft

Von Toralf Staud

Porto Alegre, 5. Februar 2002, 21:43 Uhr

Am Ende war das Weltsozialforum eine große Sambaparty. Alle Reden waren geredet, alle Beschlüsse verkündet, alle Dankesworte gesprochen, alle geplanten Demonstrationen dieses Jahres angesagt (es waren sehr, sehr viele), ganz am Ende also der Abschlussveranstaltung des Forums kamen Musiker einer Sambaschule auf die Bühne, drei Bläser, zwei Trommler und eine alte, schwarze Sängerin in einem langem, blauen Glitzerkleid. Bis dahin hatten ausgewählte Delegierte in langen Reihen auf dem Podium gesessen, ein Bild fast wie vom Parteitag der chinesischen Kommunisten. Jetzt dauerte es nur wenige Takte, und sie standen auf, begannen zu tanzen, der Amazonasindianer neben der Französin neben dem Inder.

Mittendrin der Gouverneur der hiesigen Provinz von der Arbeiterpartei PT, der sich in den vergangenen fünf Tagen auf jedes Podium und in jede Kamera gedrängt hatte. Sie tanzten, und der riesige Saal der Katholischen Universität von Porto Alegre - 3.000, 4.000 oder 5.000 Menschen - tanzte mit. Eine halbe Stunde lang, zwischendrin Fahnen und Transparente. Irgendwann stand auf der Bühne ein Israeli neben einem Palästinenser, und einträchtig schwenkten beide ihre Nationalflagge. Vielleicht ist das der wichtigste Unterschied zwischen Davos und Porto Alegre, zwischen den Treffen der Wenigen mit viel und der Vielen mit wenig Macht: Das einfache Volk feiert die besseren Parties.

Nach dem 11. September war die Bewegung der Globalisierungskritiker von vielen totgesagt worden. In Porto Alegre haben sich die Kapitalismusegner unterschiedlichster Couleur zurückgemeldet, zahlreicher und lebendiger als je zuvor. Im Vergleich zum vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Teilnehmer auf rund 60.000 verdreifacht, besonders stark stieg nach Auskunft der Veranstalter die Zahl der Gewerkschafter. Die Vertreter Afrikas, die 2001 fast völlig fehlten, bekamen und füllten in diesem Jahr ein ganzes Gebäude.

An den vier Sitzungstagen gab es mehr als 900 Konferenzen, Seminare und Arbeitsgruppen. Von Großveranstaltungen mit dem US-amerikanischen Linguisten Noam Chomsky oder der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu und Tausenden Zuhörern. Bis zu kleinen Sitzungen, auf denen brasilianische Landlose von ihrem Kampf erzählten oder ein Farmer aus Kentucky über die Schwierigkeiten kleiner Landwirte. Zwischendrin Workshops zu wirklich drängenden Fragen wie "Der heutige Kampf für Sozialismus" und "Graffiti als Protestform", ein Kurs in Turbanbinden und eine Einladung zum gemeinsamen Schweigen. In den Pausen gingen die Debatten auf den Wiesen des Uni-Geländes weiter. Nebenan spielten brasilianische HipHop-Bands, verkauften Ureinwohner Kunsthandwerk, reichten sich Stände mit Che-Guevara-T-Shirts und portugiesischen Marx-Ausgaben aneinander. Und auf der breiten Treppe im Foyer des Tagungszentrums folgte Demo auf Demo; es dürfte kaum eine Ungerechtigkeit auf dem Erdball geben, die dort während der letzten Tage nicht angeprangert wurde.

Die interessantesten Veranstaltungen waren die Konferenzen und Seminare, in denen auf oft exzellentem Niveau und durchaus kontrovers Strategien und Konzepte besprochen wurden. Das begann bei der Namensfrage: Ein Volk von Anti-Globalisierern, so viel ist klar, wollen sie nicht sein. "Wir sind nicht Anti!", rief Lori Wallach, Direktorin der Washingtoner Organisation Global Trade Watch, unter tosendem Applaus. "Wir sind eine weltweite Bewegung für Demokratie, Vielfalt, Umweltschutz und Gerechtigkeit. Die Globalisierer aus den Konzernen, von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds, die sind Anti!" Wenn nicht Anti-Globalisierung, wie dann nennt das Volk von Porto Alegre das, was es will? Vorschläge gab es genug auf dem Weltsozialforum: Erdendemokratie (ein Begriff der Inderin Vandana Shiva), Weltgerechtigkeit, Planetisierung, Globalisierung von unten, Deglobalisierung.

Der Begriff Deglobalisierung stammt von Walden Bello, dem Leiter der Organisation Focus on the Global South aus Bangkok. Die Wirtschaft solle sich statt auf Export wie bei der Globalisierung, auf die Produktion für die jeweiligen Binnenmärkte ausrichten. Politik müsse versuchen, die Inlandsnachfrage anzuregen. Wirtschaftsförderung solle sich nicht auf die Anwerbung ausländischer Investitionen konzentrieren, sondern gezielt Investoren aus dem Inland unterstützen und - wo es sie nicht gibt - aufbauen. Parallel zu dieser wirtschaftlichen Deglobalisierung müsse es eine Dezentralisierung von politischen Entscheidungen geben. Die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank seien nicht demokratisch legitimiert. Ihnen müsse man Kompetenzen wieder abnehmen und zurück auf Organisationen der UNO, auf regionale Verbände wie die EU oder auf die Nationalstaaten übertragen.

Die Alternative zu Globalisierung sei "nicht Chaos, sondern Freiraum", meint Bello. "Jedes Land muss die Möglichkeit haben, für seine eigenen Werte und seinen eigenen Rhythmus auch eine eigene Politik zu entwickeln." Am Tag zuvor hatte Martin Khor vom Third World Network aus Kuala Lumpur als Beispiel hierfür Malaysia genannt. Während der asiatischen Finanzkrise 1997/98 beschränkte die Regierung den freien Kapitalverkehr, regulierte die Wechselkurse - mit Erfolg. "Der IWF hatte genau das Gegenteil verlangt. Das ist verrückt", so Khor. "Wir müssen die Regeln des IWF ändern, damit sich Entwicklungsländer vor Spekulanten schützen können." Walden Bello würde den Weltwährungsfonds lieber auflösen, an Reformen glaubt er nicht. "Es ist effizienter, eine neue Institution aufzubauen als eine bestehende dazu zu bringen, das Gegenteil von dem zu tun, was sie jetzt tut." Er verteidigte den Begriff Deglobalisierung gegen scharfe Kritik, unter anderem von Peter Wahl (Attac Deutschland), dem die Vorsilbe "De-" zu nahe an "Anti-" ist. "In der öffentlichen Meinung", konterte Bello, "ist Globalisierung schon längst ein negativ besetzter Begriff." Eine kühne Behauptung.

Und dann entspannt sich am Montagmorgen eine echte Kontroverse. Mit Bello und Wahl saßen unter anderem Susan George (Attac Frankreich) und Teivo Teivainen (Institut für Globale Demokratisierung, Finnland) auf dem Podium - wobei auf dem Podium falsch ist. Die Konferenz fand in der Sporthalle der Militärpolizei von Porto Alegre statt; die Redner saßen unter Basketballkörben an zusammengeschobenen Tischen auf dem Spielfeld, die Zuhörer drängten sich oben auf den himmelblau-gepinselten Betonstufen in der Ostkurve. In irgendeinem Nebensatz war die Idee eines Weltparlamentes und einer Weltregierung in die Halle gekommen, und Peter Wahl sagte, vor dieser Vorstellung graue es ihm. "Eine Demokratie mit sechs Milliarden Menschen oder mehr ist eine demokratische Unmöglichkeit." Die Bewegung solle sich nicht für globale, demokratische Institutionen verkämpfen, sondern in den Nationalstaaten um Einfluss ringen. Da hielt Teivainen, eigentlich Moderator der Runde, ein flammendes Plädoyer für ein Erdenparlament, "um globale Institutionen wie den IWF demokratisch zu kontrollieren". Das Publikum war begeistert. Susann George erinnerte sanft daran, dass die Hälfte der Weltbevölkerung in Diktaturen lebe und fragte, wie demokratisch dort wohl die Wahlen zum Weltparlament ablaufen? An den nationalen Staaten jedenfalls führe kein Weg vorbei.

In solchen Veranstaltung lässt sich hautnah beobachten, wie die Globalisierungskritiker dazulernen. Das ist wichtig. Aber für die Bewegung selbst ist etwas anders wohl noch wichtiger. Porto Alegre ist ein Ort, sich gegenseitig zu feiern. Dort können die Gruppen, die in ihrem Land, ihrer Stadt, ihrer Öffentlichkeit häufig am Rand stehen, Mut tanken. Sie können sehen, wie viele sie sind. Sie können sich gegenseitig "Geschichten und Gerüchte davon erzählen, was alles möglich ist, Geschichten, die wir auf CNN nicht zu Gesicht bekommen" (so die kanadische Autorin Naomi Klein in einem Vortrag). Porto Alegre ist eine Vollversammlung der globalen Zivilgesellschaft, vor allem dazu da, sich ihrer selbst zu versichern. Mittlerweile ist das Forum unüberschaubar geworden, weswegen es ab diesem Herbst kontinentale Sozialforen geben soll, bevor man sich im nächsten Januar wieder hier in Südbrasilien trifft. Die Globalisierungskritiker beginnen mit der Deglobalisierung bei sich selbst.

Die Bewegung fühlt sich im Aufwind, den Rückschlag des 11. September hat sie - wie es scheint - überstanden. Die Krise in Argentinien liefert ihr neue Argumente gegen die Politik des IWF. Der Zusammenbruch des US-Energiekonzerns Enron wirft ein neues Licht auf die Liberalisierungspolitik der amerikanischen Regierung und die Sitten in großen Konzernen. Und wie die Globalisierungskritiker künftig von der Öffentlichkeit gesehen werden, ob als antiamerikanische Terroristen, nur eben ohne Koran und entführte Flugzeuge, oder doch als Leute, die irgendwie berechnete Anliegen vertreten - das muss sich erst noch erweisen. In einem Punkt jedenfalls haben die Anschläge auf World Trade Center und Pentagon und der darauf folgende Krieg gegen den Terrorismus der Bewegung bereits genutzt. Viele fühlen sich in ihrem - mehr oder weniger - dumpfen Antiamerikanismus bestätigt, in der Ablehnung der von Bombardements in Afghanistan aber sind sich wirklich alle einig. Zur Identitätsbildung und zur Mobilisierung eignet sich der Krieg hervorragend, jetzt sind sie nicht nur für eine gerechte Gesellschaft, sondern auch noch für den Weltfrieden. Kein Wunder, dass die größte Veranstaltung in Porto Alegre die Antikriegskonferenz war. Als dort der Noam Chomsky auftrat, kam es vor den Türen fast zu Tumulten, weil der Saal wegen Überfüllung geschlossen wurde. Per Video wurde seine Rede in vier weitere Hörsäle übertragen, auch die platzten aus allen Nähten.

Porto Alegre hat gezeigt, dass die Bewegung der Globalisierungskritiker weiter wächst, sie wird breiter, und sie differenziert sich zugleich. Es formieren sich größere Organisationen wie Attac, die an Einfluss gewinnen, was von anderen Gruppen wiederum misstrauisch beobachtet wird. Es läuft ein Klärungsprozess über Konzepte und Strategien. Es gibt Stars, berühmte wie Chomsky oder die hinreißend demagogische Naomi Klein, daneben namenlose wie den kolumbianischen Ureinwohner, der auf der Abschlussveranstaltung des Forums am Ende seines Grußwortes plötzlich ein weißes Muschelhorn aus seinem grauen Umhängebeutel zieht, es langsam an den Mund hebt, die Augen schließt, hineinbläst und mit einem tiefen, sonoren Ton die riesige Halle verstummen lässt, sie ganz allein ausfüllt. Es gibt versierte Fachleute, die den Buchstabensalat aus IWF, WTO, GATT, TRIPs und all den anderen Abkürzungen durchschauen. Es gibt erfahrene Lobbyisten, die ihre Vorträge mit köstlichen Anekdoten aus Unterredungen mit Konzernchefs und Weltbankmanagern füttern. Es gibt diejenigen, die in Porto Alegre im Sheraton wohnen und auf dem Tagungsgelände eine V.I.P.-Lounge bekommen, und diejenigen, die im Jugendcamp hausen, einer Mischung aus Favela und Woodstock. Alle passen unter das Konferenzmotto "Eine andere Welt ist möglich", alle freuen sich über die eigene Vielfalt. Dass ein Trupp Spontis und Anarchos aus dem Jugendcamp am Mittag des vierten Konferenztages trommelnd zur V.I.P.-Lounge zieht, vor der Glastür ihre Hintern entblößt und ein Transparent wedelt: "Wir sind alle V.I.P.s. Ein anderes Forum ist möglich!", das ist Teil des Konzeptes.

Die Zeit

Das globalisierungskritische Manifest ist da. Zumindest im Entwurf

von Toralf Staud

Porto Alegre, 1. Februar 2002, 22:06 Uhr

Lori Wallach liebt es konkret. Und deshalb hatte die Direktorin der Organisation Global Trade Watch aus Washington einen dicken Stapel Papier dabei, als sie im Freitag im größten Saal des Weltsozialforums auf der Bühne saß. Gerade schlug sie den rund tausend Zuhörern einen Pfad durch den Abkürzungsdschungel der Weltwirtschaft, erklärte, was IWF und GATT, WTO und NAFTA, GATS und TRIPs bedeuten, da hob sie ein telefonbuchdickes Druckwerk in die Höhe und wedelte es wild hin und her. Das hier, das sei sie, die WTO, beziehungsweise der Text der Multilateralen Handelsregeln der Welthandelsorganisation. Plötzlich war der übermächtige Feind all derer, die nach Porto Alegre gekommen sind, ganz handgreiflich. "Das ist bloß eine Sammlung von Regeln!", rief Wallach. Dann warf sie das Paket in hohem Bogen auf den Bühnenboden, dass es krachte. "Und sie funktionieren nicht!" Das Publikum applaudierte frenetisch. "Wir müssen der Öffentlichkeit klar machen: Das da", sie zeigte auf den Fußboden, "ist nur eine Version, wie die Welt geregelt sein kann!"

Ausgiebig beleuchtet das Sozialforum die negativen Folgen dieser Version, der gegenwärtigen Welthandelsordnung: Die Reichen werden immer reicher und die Armen ärmer, es gibt Hunger auf allen Kontinenten, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung - das alles, weil der Kapitalismus immer weniger gezügelt wird. Die Anhänger des freien Welthandels (wären sie denn anwesend in Porto Alegre) würden vermutlich dagegen halten: Grund für diese Not der Welt ist, dass der Kapitalismus immer noch viel zu viele Zügel habe, ein wirklich freier Markt würde auch diese übel beheben; außerdem täten Unternehmen und Regierungen doch schon eine Menge, um die Armut der Armen zu lindern. "Was die tun ist nichts anderes, als Krebs mit Aspirin zu behandeln", kommentierte Héctor de la Cueva von der Alianza Social Continental aus Mexico, der neben Lori Wallach auf dem Podium saß. Und Martin Khor, Direktor des Third World Networks mit Sitz in Malaysia zitierte neueste Statistiken der UN. Demnach hat sich für Ghana der Anschluss an den freien Welthandel nicht ausgezahlt. Ende der 80er Jahre habe es in dem westafrikanischen Land 80.000 Industriearbeitsplätze gegeben, zehn Jahre und etliche Reformen später waren es nur noch 30.000. Khor: "Dasselbe lässt sich in vielen anderen Entwicklungsländern beobachten, die ihre Märkte geöffnet haben."

Die größte Schwäche der Globalisierungskritiker war bisher, dass sie kein Gegenmodell vorlegen konnten. Oder, wie es Lori Wallach formulierte: "Unser größtes Problem ist, dass wir von den Medien als 'Anti-Globalisierer bezeichnet werden." Diese Zeit könnte nun vorbei sein. Das Internationale Forum für Globalisierung - gegründet 1994 und mit Sitz in San Francisco - hat einen Text geschrieben, der zum Manifest der Bewegung werden könnte. "Eine bessere Welt ist möglich", heißt er, verfasst in altmodischen, fast feierlichen Worten und mit dem Satz anhebend: "Die Gesellschaft steht am Scheideweg." Am Freitagnachmittag wurde der Bericht erstmals öffentlich präsentiert, vorerst nur ein dünnes Heftchen von 20 Seiten, die Zusammenfassung eines ausführlichen Reports, der in einigen Wochen fertig sein soll.

Unter den Autoren sind einige der profiliertesten Köpfe der Bewegung: Walden Bello, Martin Khor, David Korten, Vandana Shiva, Lori Wallach. Der Globus sei gespalten, schreiben sie, in zwei Welten mit unterschiedlichen Werten, unterschiedlichen Weltanschauungen und Vorstellungen von Fortschritt; auf der einen Seite die Welt der Großunternehmen, auf der anderen die der Bürger. "Wo Unternehmensglobalisten die Ausbreitung von Demokratie sehen und von florierenden Märkten, sehen Bürgerbewegungen eine Machtverschiebung weg vom Volk und lokalen Gemeinschaften hin zu Finanzspekulant und Weltkonzernen, die kurzfristige Profite im Kopf haben." Nach einem Kapitel über den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank ("Kritik der wirtschaftlichen Globalisierung") werden "Zehn Prinzipien für demokratische und nachhaltige Gesellschaften" entworfen, dies ist der Kern des Reports:

1. Demokratie,
2. Subsidiarität,
3. ökologische Nachhaltigkeit,
4. die Unprivatisierbarkeit öffentlichen Erbes (wozu Naturressourcen, Kultur und Wissen, aber auch öffentliche Dienstleistungen wie das Gesundheits- und Bildungssystem gezählt werden),
5. die allgemeinen Menschenrechte,
6. ein Recht, seinen Lebensunterhalt zu erarbeiten,
7. Ernährung,
8. Gerechtigkeit.

9. kulturelle, biologische, soziale und ökonomische Vielfalt sowie

10. die Pflicht zu vorausschauenden Entscheidungen.

In einem weiteren Kapitel werden Ergänzungen und Alternativen zu den jetzigen globalen Institutionen entworfen, etwa ein internationales Konkursgericht, regionale Währungsfonds (statt eines zentralen IWF) und eine Organisation für Unternehmensverantwortung unter dem Dach der UN, mit der multinationale Konzerne kontrolliert werden sollen.

"An der Sprache müssen wir noch gründlich arbeiten", gibt John Cavanagh, Vorsitzender des Autorenkollektivs und Direktor des Institute for Policy Studies in Washington, offen zu. In einem dreijährigen Diskussionsprozess ist der Bericht entstanden, und drei weitere Jahre soll er bis zur Fertigstellung noch brauchen. Die jetzige Fassung will das Internationale Forum für Globalisierung weltweit debattiert werden. Für jeden Kontinent ist ein regionales Forum geplant, das erste für diesen Herbst in Chile, das zweite soll im Frühjahr 2003 in Asien stattfinden. Dass die "Zehn Prinzipien" irgendwann irgendwo offizielles Regierungs- oder Unternehmensprogramm werden, glaubt Cavanagh nicht. Das sei aber auch gar nicht das Ziel. "Wir wollen in den Diskurs eingreifen", sagt er. Man wünsche sich, dass die neuen Prinzipien bald so weit bekannt und anerkannt sind, dass niemand mehr daran vorbeikann. Wenn eine Regierung, eine internationale Institution oder irgendein Unternehmen andere Prinzipien höher ansetzt, warum nicht? "Aber dann sollen sie das öffentlich begründen müssen."

Schwarzer Faden, 2/2002

Ein fabelhaftes Laboratorium

Das Weltsozialforum von Porto Alegre begab sich in Widersprüche

Ein Kommentar von Wolf Dieter Vogel

Es gab auch Spielverderber. Wie zum Beispiel Hebe de Bonafini. Die Sprecherin der argentinischen »Madres del Plaza de Mayo« kritisierte, das Weltsozialforum sei entstanden, »um die Globalisierung zu bekämpfen, nicht, um sie humaner zu machen«. Und die Berliner »Jungle World« unkte: »Was die Redner auf den Gipfeltreffen in New York und Porto Alegre trennte, waren lediglich mehrere Flugstunden.«

So recht mögen solche Statements über das II. Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre nicht mit den Reden zusammenpassen, die in der südbrasilianischen Metropole Anfang Februar gehalten wurden. »Neoliberale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Vereinten Nationen haben keine Legitimation mehr«, erklärte etwa Walden Bello von der NGO »Focus on the Global South«. Der Lateinamerika-Experte James Petras forderte, man müsse »zu einer anti-imperialistischen Bewegung« übergehen.

Der Theoretiker Immanuel Wallerstein fasste die historische Bedeutung des globalisierungskritischen Widerstands zusammen. Die alte Strategie der Linken habe auf kommunistische und sozialdemokratische Parteien aufgebaut, sei zentralistisch strukturiert gewesen und habe auf nationale Befreiung sowie staatliche Machtübernahme gesetzt. Das WSF sei nun Ausdruck einer Alternative: »Es existiert keine zentralistische Struktur, im Gegenteil, Porto Alegre ist eine sehr flexible Koalition transnationaler, nationaler und lokaler Bewegungen mit verschiedensten Prioritäten.«

Man kann das WSF nicht von den Ereignissen trennen, in denen sich die globalisierungskritische Szene in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Hier spielt der Zapatistenaufstand in Chiapas und ihr Prinzip des »Preguntando caminamos« (fragend gehen wir voran) eine große Rol-

le, ebenso die argentinischen Asambleas, in denen sich die Bevölkerung des Landes derzeit gegen die wirtschaftliche Krise organisiert. Nicht zufällig erklärt ein Genua-Aktivist in Porto Alegre, Argentinien sei »ein fabelhaftes Laboratorium für den Widerstand«.

Wer diese Entwicklungen ignoriert, bleibt hilflos gegenüber der hoffnungsvollen Dynamik, die durch das WSF zum Ausdruck kommt. Dass Bewegungslinien nun die »emanzipative Diversität« von Porto Alegre II bejubeln, in der »Dominanzverhältnisse« überwunden seien, ist jedoch naiv. Schon die Zusammensetzung des WSF spricht für sich: Unter den sechs teilnehmerstärksten Staaten finden sich Frankreich, Italien und die USA – neben Brasilien und den Nachbarländern Argentinien und Uruguay. Bewegungen und Organisationen, die nicht aus der Region kamen, sowie kleine NGOs mussten fernbleiben. Finanzkräftige NGOs oder Parteien (-stiftungen) erlangen so zunehmend mehr Einfluss.

Das bringt den vermeintlichen Gegner auf den Plan. Denn die Eliten aus Politik und Wirtschaft, die sich gleichzeitig auf dem New Yorker Weltwirtschaftsforum (WEF) trafen, waren für jede Anregung ihres Pendanten im Süden Brasiliens offen. Nicht zuletzt die argentinische Krise hat deutlich gemacht, dass mit zügelloser Privatisierung und restriktiver Währungspolitik auf Dauer kein stabiler Staat zu machen, also auch keine Verwertung zu haben ist.

Damit treffen sich die Interessen des WEF mit denen des Netzwerks Attac oder der brasilianischen Arbeiterpartei (PT), die beide auf sozialdemokratische Regulierung setzen. Das von der PT regierte Porto Alegre und dessen Prinzip des »partizipativen Haushalts« wurde zum Vorzeigemodell des WSF: In der südbrasilianischen Mil-

lionenstadt entscheiden rund 100 000 Menschen mit, ob die Steuereinnahmen für Polizeiknüppel oder Kindergärten ausgegeben werden.

Zweifellos kann man dem »glücklichen Hafen« Südbrasilien die eine oder andere soziale Komponente abgewinnen. Mit dem von vielen GlobalisierungskritikerInnen formulierten »Kampf gegen den Imperialismus« hat das alles jedoch wenig zu tun. Ob der ehemalige Innenminister von Frankreich, Jean-Pierre Chevènement, der brasilianische PT-Präsidentschaftskandidat Luiz Inacio Lula de Silva oder die baskischen Nationalisten von »Batasuna« - man vereint sich in der Gegnerschaft zum »Neoliberalismus«, dem Schimpfwort für alle Boshaftigkeiten, die kapitalistische Verwertung so mit sich bringt. Jenseits findet sich freilich zwischen Keynesianismus und sozialer Revolution ein weites, widersprüchliches Feld. Deshalb verständig man sich lieber auf einen gemeinsamen Feind: die USA. Fast alle Regierungen der Welt hätten die USA zum »Agenten des permanenten Terrors« delegiert, heißt es in einer WSF-Erklärung zum »Antiterrorkrieg«.

Zum Abschluss des WSF mobilisierte man zu einer Kundgebung gegen die geplante FTAA, einer gesamtamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland. Damit können sich die GlobalisierungskritikerInnen gleich zweier Partner sicher sein: Der brasilianische Präsidentschaftsanwärter de Silva kritisiert die FTAA, weil sie in Konkurrenz zum Mercosur, dem gemeinsamen Markt Argentinien, Brasiliens, Uruguays und Paraguays steht. Und auch in der EU, dem wichtigsten Handelspartner des Mercosur, freut man sich über die Kritik am FTAA. Schließlich arbeiten die Europäer derzeit auf eine engere Zusammenarbeit mit dem »Markt des Südens« hin. Folgerichtig empfiehlt ein EU-Unteraus-

schuss, man möge »die lateinamerikanisch / karibischen Organisationen des Weltsozialforums« als kompetente Gesprächspartner einbeziehen.

Auch in einem anderen Punkt sind sich die GlobalisierungskritikerInnen einig. Ohne die Gefahr antisemitischer Tendenzen auch nur anzusprechen, solidarisiert sich das WSF in seiner Abschlusserklärung »mit den Menschen von Palästina und ihren Kämpfen für die Selbstbestimmung ihres Volkes gegen die brutale Besetzung durch den Staat Israel«. Welche Kämpfe? Vertre-

ter und Vertreterinnen der antiimperialistischen Fraktion lassen keinen Zweifel. So erklärte Petras jüngst in der mexikanischen Tageszeitung »La Jornada«, die US-Regierung sei in den Klauen einer jüdischen Lobby gefangen. Und Madres-Sprecherin Bonafini, die ganz verzückt auf die Anschläge vom 11. September reagiert hatte, beschimpft ihre Feinde schon mal als »Juden«.

Dabei könnten sich die GlobalisierungskritikerInnen mit etwas mehr verbaler Zurückhaltung auch in Sachen Naher

Osten mit der EU einig werden. Schließlich setzen die Europäer zunehmend auf palästinensische Organisationen, um die US-Hegemonie einzudämmen.

Wolf Dieter Vogel ist freier Journalist sowie Mitarbeiter der Print- und Radioagenturen Poonal/Onda (www.npla.de). Er lebt in Mexiko-Stadt. Die aktuelle iz3w hat hierzu weitere Infos.

alae, 28/02/2002 **¿Una esperanza para los tristes de la tierra?**

Gioconda Belli

Mientras para viajar de Los Angeles a Managua tuve que abrir más de una vez mis maletas y hasta quitarme dos veces los zapatos para pasar los chequeos de seguridad, mi viaje, una semana después, de Managua a Porto Alegre en Brasil pareció suceder en un aire anterior al 11 de Septiembre. La marginalidad de América Latina puede al menos ofrecer este consuelo: el de saberse lejos del centro de la mira del terrorismo fundamentalista. Los problemas que aquejan al vasto territorio suramericano que sobrevolé, a saltos y tumbos para llegar al moderno aeropuerto de Porto Alegre, son los de la bomba de tiempo de economías cada vez más quebradizas y expuestas. Precisamente, mi viaje tenía como objeto asistir al II Foro Social Mundial que se celebraba en esa ciudad del estado de Río Grande del Sur, en Brasil, del 31 de Enero al 5 de Febrero.

El Foro Social Mundial de Porto Alegre tuvo lugar por primera vez en el año 2001 y se realizó como contraparte al Foro Económico Mundial de Davos que, este año, tuvo lugar en Nueva York. Surgido como una iniciativa del llamado movimiento anti-globalista que escenificó las protestas de Seattle, Barcelona, Génova y Washington, y bajo el lema "otro mundo es posible", el Foro de Porto Alegre, que reúne activistas de todo tipo y género, se convocó con la idea de avanzar en la articulación de un movimiento solidario global que democratice y humanice la globalización. No se trata, como me explicaba uno de sus organizadores, de oponerse a la globalización per-se, sino de forzar a los países hegemónicos a que escuchen las voces del 70% de la población del planeta a las cuales las políticas impuestas por los centros de poder, impactan de manera directa.

Énfasis propositivo

La sureña ciudad de Porto Alegre, que se define a sí misma como gaucha dada su cercanía cultural y geográfica con Uruguay, estaba ocupada literalmente por los setenta mil participantes que llegaron a la conferencia desde 150 diferentes países.

Por las calles y avenidas de esta urbe de millón y medio de habitantes, se paseaban hombres y mujeres, jóvenes la mayoría, luciendo camisetitas con lemas creativos, revolucionarios, que pregonaban una fe en los cambios y una beligerancia que, hace unos diez años, parecía ya extinguida:

Durante cinco días, en el local de la Universidad Católica de Porto Alegre y en otros sitios públicos de la ciudad, tuvieron lugar los debates, seminarios y talleres, propuestos por las diversas asociaciones y organizaciones participantes en el Foro. Los debates estaban organizados en cuatro ejes fundamentales: Producción de riquezas, Acceso a las riquezas y sustentabilidad, Sociedad civil y espacios públicos, Poder político y ética. A diferencia del primer foro en Enero de 2001, que se concentró en el enfoque crítico a la globalización, en este foro el énfasis fue propositivo. Se definió una agenda mundial de protestas, se crearon redes de actuación conjunta y se discutieron las nuevas premisas éticas y filosóficas que sustentarían un modelo alternativo de globalización distinto al modelo neo-liberal en boga.

La masividad del Foro era tal y tantas las actividades que uno habría querido -como en el poema del ruso Eugene Evtushenko-"sacarse muchas fotocopias" y poder estar al mismo tiempo en una multiplicidad de debates, paneles y seminarios. Sólo el programa del evento parecía una guía telefónica donde se anunciaba, por ejemplo, el Primer Seminario Global de Comunicación Alternativa, o el Foro Parlamentario, o los testimonios de las Madres de Plaza de Mayo, o de la Asociación de Mujeres Revolucionarias de Afganistán, o del Movimiento de los Sin Tierra en Brasil. Los pasillos del PUC (la Universidad Católica) lucían atestados de gente y en uno de los espacios del edificio, se realizaba una feria de libros donde se vendían, además, camisetitas con efigies del Ché, de Zapata, o proclamando la necesidad de cuidar el agua, o el Amazonas. Las fisonomías de los participantes, la diversidad de razas y mezclas de razas de la humanidad, era un testimonio vivo del mundo global. Por otro lado, Rigoberta Menchú

o el líder campesino del Senegal, un hombre muy apuesto de casi siete pies de alto, vestido con el tradicional caftán africano en un tono dorado, daban testimonio de la persistencia de culturas que se resisten a despojarse de sus señas de identidad.

Señal vigorosa

La heterogeneidad del Foro, su colorido y la visibilidad de símbolos revolucionarios ha llevado a algunos a afirmar que se trató simplemente de una especie de "happening revolucionario" nacido de la nostalgia de una izquierda que se aferra al pasado a pesar de sus resonantes fracasos. Si bien algo de nostalgia y algo de ambiente de "happening" se respiraba en Porto Alegre, esto no debe ofuscar el análisis que se haga sobre la importancia y las repercusiones de lo que se está expresando allí.

Para empezar, me parece interesante anotar que, después de la delegación brasileña, la delegación más numerosa -ochocientas personas- llegó de Francia. No sólo se trata de que Francia sea la sede original de ATTAC (Acción para la Tributación de Transacciones Financieras en apoyo a los Ciudadanos), promotores de la Tasa Tobin, de la condonación de la deuda externa y una de las fuerzas más organizadas del movimiento por una globalización solidaria; se trata del reconocimiento, por parte de los sectores progresistas del primer mundo, de que la supervivencia del planeta como un todo y de la diversidad cultural, está íntimamente vinculada a la capacidad que tengan los países de la periferia de obligar a las transnacionales, instituciones financieras y países hegemónicos, a tomar en consideración la compleja problemática humana y económica de quienes están entrando a la globalización en situación de desventaja.

En este sentido, el segundo Foro de Porto Alegre puede considerarse, a mi juicio, como una señal vigorosa y visible de la recomposición de una izquierda mundial, tras el reflujo que empezó en los años ochenta. Esta es una izquierda, sin embargo, que descarta el carácter "revolucionario" de la izquierda tradicional y que se ve a sí misma como parte de la necesaria diversidad que es esencial a la existencia de sociedades democráticas. Característica de este movimiento es el llamado "nuevo espontaneísmo" que se opone a las estructuras jerárquicas y que reclama autonomía y respeto a las diferencias. En esta nueva formulación, la sociedad civil se organiza en redes, no disputa el poder con los partidos y opera como un instrumento global de presión con capacidad de

coordinar acciones supra-nacionales utilizando la internet y la calle.

Como dijo el norteamericano, Michael Hardt, autor con el italiano Toni Negri, del libro "Imperio", "ya no hay cabida para el viejo socialismo autoritario. La auto-determinación de los pueblos, la libertad, y la convivencia con las diferencias, son las bases del nuevo modelo". De hecho, el libro de Hardt y Negri dio mucho que hablar en el Foro al proponer que se considere una nueva contradicción: la de "imperio y multitud". La noción de "imperio", según su análisis, trasciende incluso la hegemonía norteamericana porque ya los Estados Unidos están operando, en las guerras recientes por ejemplo, como gendarmes de un concepto de orden internacional que no se limita a sus propias fronteras, sino que cuenta con el consenso de todo un tinglado de naciones e intereses económicos. El libro "Imperio" argumenta entonces que hay que ampliar el concepto de "imperialismo", que es fundamentalmente económico, a este otro de "imperio" que implica la existencia de un orden jurídico y una ética que apunta a ordenar el mundo de acuerdo a los intereses y principios que el "imperio" define como justos y deseables. O sea un modelo similar al del Imperio Romano, donde la soberanía territorial es irrelevante y debe subordinarse a lo que se considera la defensa y el interés general del orden imperial.

Esto, según Lula, el dirigente del Partido de los Trabajadores Brasileños, se refleja en la contraposición del Foro de Nueva York y el de Porto Alegre: "Mientras ellos (los de Nueva York) discuten cómo acumular más riquezas, nosotros (los de Porto Alegre) queremos que se distribuya mejor la riqueza existente".

Lo que se abrió en el Foro de Porto Alegre, con todas las limitaciones -pero también la abundancia- de tan masiva asistencia, fue el espacio para que la "multitud" vaya conociéndose entre sí, compartiendo ideas y coordinando acciones. Se creó la cercanía física, la posibilidad de contactos directos que son esenciales para el "networking" o sea para tender redes. La idea es que de allí surjan solidaridades, encuentros espontáneos. La idea es que la diversidad poco a poco y creativamente halle rumbos novedosos que democratizen la globalización otorgándole voz y, eventualmente, voto, a las mayorías que habitan en la inexorable realidad de un mundo cada vez más interdependiente e interconectado. ☞

Gioconda Belli es escritora nicaragüense.

II Foro Social Mundial de Porto Alegre

Declaración de los movimientos sociales

Resistencia contra el neoliberalismo, el militarismo y la guerra:
por la paz y la justicia social

CHIAPAS, CA. - 13 2002

Ante el continuo empeoramiento de las condiciones de existencia de los pueblos, nosotros, los movimientos sociales de todo el mundo, decenas de miles de personas, nos hemos reunido en el II Foro Social Mundial en Porto Alegre contra el neoliberalismo y la guerra. Aquí estamos en gran número, a pesar de los intentos de romper nuestra solidaridad. Nos hemos reunido de nuevo para continuar nuestra lucha, ratificando los acuerdos del foro anterior y reafirmando que "otro mundo es posible".

Somos diversos -mujeres y hombres, jóvenes y adultos, campesinos-camperas, pescadores-pescadoras, pobladores de la ciudad, los y las trabajadoras, desempleados, estudiantes, profesionales, migrantes, pueblos indígenas y gente de todas las creencias, colores y orientaciones sexuales. La diversidad es nuestra fuerza y su expresión es la base de nuestra unidad. Somos un movimiento de solidaridad global, unido en nuestra determinación para luchar contra la concentración de la riqueza, la proliferación de la pobreza y la destrucción de nuestro planeta. Estamos construyendo un sistema alternativo y usamos caminos creativos para promoverlo. Estamos construyendo una alianza amplia a partir de nuestras luchas y la resistencia contra el sistema basado en el patriarcado, el racismo y la violencia, que privilegia los intereses del capital sobre las necesidades y las aspiraciones de los pueblos.

Este sistema conlleva a un drama cotidiano, donde millones de mujeres, niños y ancianos mueren por hambre, falta de atención médica y enfermedades prevenibles. Familias enteras son obligadas a abandonar sus hogares a consecuencia de guerras, de los impactos provocados por la imposición de modelos de desarrollo modernizadores, la pérdida de sus tierras agrícolas, los desastres ambientales, el desempleo, el debilitamiento de los servicios públicos y la destrucción de la solidaridad comunitaria. Tanto en el sur como en el norte luchas combativas y resistencias reivindicando la dignidad de la vida.

Los acontecimientos del 11 de septiembre marcaron un cambio dramático. Después de los ataques terroristas, que condenamos completamente, así como condenamos los demás ataques sobre población civil en otras partes del mundo, el gobierno de Estados Unidos y sus aliados promovieron una respuesta militar masiva. En nombre de la "guerra contra el terrorismo", se han vulnerado derechos civiles y políticos en todo el mundo. La guerra de Afganistán en la que se emplearon métodos terroristas, se está expandiendo a otros frentes. No es más que el inicio de una guerra global permanente que consolida la dominación del gobierno de Estados Unidos y de sus aliados. Esta guerra revela la cara brutal e inaceptable del neoliberalismo. Se sataniza al islam, al tiempo que se exacerba intencionalmente el racismo y la xenofobia. Y los medios de comunicación y la información que se vierte promueven un ambiente belicista, dividiendo al mundo en "buenos" y "malos". La oposición a la guerra es una parte constitutiva de nuestra lucha.

La situación de guerra continúa desestabilizando la región del Medio Oriente, dando pretextos para la represión contra el pueblo palestino. Movilizarse solidariamente con la gente de Palestina y sus luchas por la autodeterminación de su pueblo frente a la brutal ocupación promovida por el estado israelí es una de las tareas fundamentales del movimiento. Esto es vital para la seguridad colectiva de todos los pueblos en la región.

Otros hechos confirman también la urgencia de nuestra lucha. En Argentina, la crisis financiera fruto del fracaso de la política de ajuste estructural del FMI, y una deuda creciente han generado una crisis social y política. Esta crisis provocó protestas espontáneas entre las clases trabajadoras y medias, contestada con represión que provocó muertes, cambios en el gobierno y nuevas alianzas entre diferentes grupos sociales. Con la fuerza de los cacerolazos, el pueblo exigió la satisfacción de sus demandas.

La quiebra de la transnacional Enron ejemplifica la bancarrota de la economía de casino y la corrupción de empresarios y políticos, dejando a los y las trabajadoras sin empleo ni pensiones. Esta transnacional operaba con empresas fantasmas y fraudulentas en los países en desarrollo y sus proyectos expulsaron a pueblos enteros de sus tierras y promovieron la privatización de la electricidad y del agua.

El gobierno de Estados Unidos, en su afán de proteger los intereses de sus grandes empresas, se negó con arrogancia a respetar los Acuerdos de Kyoto sobre calentamiento global, los Tratados Antimisiles y Antibalísticos, la Convención sobre la Biodiversidad, la Conferencia de la ONU contra el racismo y la intolerancia, la propuesta de reducir las armas pequeñas y otros tratados internacionales que demuestran una vez más que el unilateralismo de Estados Unidos subvierte los esfuerzos de encontrar soluciones multilaterales a problemas globales.

En Génova, el G-8 falló completamente en su tarea autoasignada de un gobierno global. Ante la resistencia y la masiva movilización popular, se respondió con violencia y represión, denunciando como criminales a quienes se atrevieron a protestar. No obstante, no han logrado amedrentar a nuestro movimiento.

Y todo ello se da en un contexto de recesión mundial. El modelo económico neoliberal está destruyendo crecientemente los derechos y condiciones de vida de los pueblos. Empleando cualquier método para proteger el valor de sus acciones, las transnacionales realizan despidos masivos, reducen salarios y cierran empresas, exprimiendo la última gota de sangre de las y los trabajadores. Los gobiernos enfrentados a la crisis económica responden con privatizaciones, recorte de gastos sociales y reducción de derechos laborales. Esta recesión muestra la mentira del neoliberalismo y sus promesas de crecimiento y prosperidad.

El movimiento global por la justicia social y solidaridad se enfrenta a enormes retos: su lucha por la paz y los derechos sociales implica superar la pobreza, la discriminación, la dominación y obliga a trabajar por una sociedad sustentable.

Los movimientos sociales condenamos la militarización de la solución de conflictos, la proliferación de guerras de baja intensidad, así como las operaciones militares planteadas en el Plan Colombia como parte de la iniciativa regional andina, el Plan Puebla-Panamá, el tráfico de armas y el incremento de los gastos militares. Los bloqueos económicos contra pueblos y naciones, en particular contra Cuba pero también Irak y otros países, y la creciente represión contra sindicalistas y activistas.

Apoyamos la lucha sindical de las y los trabajadores formales e informales y a los sindicatos comprometidos en la lucha por la defensa de unas condiciones dignas de trabajo y de vida, los derechos genuinos de organización, huelga, y el derecho a negociar contratos colectivos en los distintos niveles para lograr equidad en los sueldos y condiciones de trabajo entre mujeres y hombres. Rechazamos la esclavitud y la explotación de los niños. Apoyamos sus luchas en contra de la flexibilización, subcontratación y despidos, y demandamos nuevos derechos internacionales que regulen el empleo de las compañías transnacionales y sus empresas asociadas, en particular, el derecho de sindicalizarse y disponer de contratos colectivos de trabajo.

La política neoliberal nos empuja a una mayor pobreza e inseguridad. Pobreza e inseguridad que generan tráfico y explotación de mujeres y niños, que condenamos enérgicamente y empujamos a millones de seres humanos a la emigración, viendo negadas su dignidad, libertad, derechos y legalidad, por lo que demandamos el derecho al libre movimiento, la integridad física y un estatus legal en los países de trabajo. Defendemos los derechos de los

pueblos indígenas y el cumplimiento del Convenio 169 de la OIT y su inclusión en las leyes de los respectivos países, así como su aplicación.

Los países del sur han pagado muchas veces su deuda externa. Una deuda ilegítima, injusta y fraudulenta, que funciona como un instrumento de dominación privando a las personas de sus derechos humanos fundamentales y con la única meta de aumentar la usura internacional. Exigimos su cancelación incondicional, así como la reparación de las deudas históricas, sociales y ecológicas. Los países que exigen el pago de la deuda están implicados en la explotación de los recursos naturales y del conocimiento de los pueblos del sur.

Agua, tierra, alimentos, bosques, semillas, culturas y las identidades de los pueblos son patrimonio de la humanidad para la presente y las futuras generaciones. En este sentido, es fundamental preservar la biodiversidad. Los pueblos tienen el derecho a alimentos sanos y permanentes sin organismos genéticamente modificados. La soberanía alimentaria en el ámbito nacional, regional y local es un derecho humano básico y para lograrlo es clave una reforma agraria democrática y garantizar el acceso de las campesinas y campesinos a la tierra.

La cumbre de Doha confirmó la ilegitimidad de la OMC. La supuesta "Agenda de Desarrollo", sólo defiende intereses transnacionales. Mediante una nueva ronda de negociaciones, esta institución avanza en su objetivo de convertir todo en mercancía. Para nosotras y nosotros los alimentos, los servicios públicos, la agricultura, la salud, la educación y los genes no pueden ser patentados. Rechazamos cualquier tipo de comercio y patentes sobre la vida.

La OMC perpetúa esta agenda, a nivel planetario, mediante tratados de libre comercio regional y acuerdos sobre inversiones. Mediante la organización de protestas, amplias manifestaciones y plebiscitos contra el ALCA, los pueblos denunciamos estos acuerdos como una recolonización de la región y la destrucción de los derechos y valores fundamentales sociales, económicos, culturales y ambientales.

Llamamos a reforzar nuestra alianza mediante el impulso de movilizaciones y acciones comunes por la justicia social, el respeto de los derechos y libertades, la calidad de vida, la equidad, el respeto y la paz. Por ello, luchamos:

- Por el derecho a conocer y criticar las decisiones que tomen sus propios gobiernos, sobre todo con relación a instituciones internacionales, y por que asuman la responsabilidad que tienen de rendir cuentas frente a sus pueblos. Mientras que reforzamos la democracia electoral en todo el mundo, enfatizamos la necesidad de democratizar los estados y las sociedades y la lucha contra las dictaduras.

- Por la abolición de la deuda externa, exigiendo medidas reparadoras. Contra las actividades especulativas, exigiendo la creación de impuestos específicos, como la Tasa Tobin, sobre el capital especulativo y la supresión de los paraísos fiscales.

- Por el derecho humano a la comunicación.

- Por los derechos de las mujeres contra la violencia, la pobreza y la explotación.

- Contra la guerra y el militarismo, contra las bases militares extranjeras y las intervenciones, así como la escalada sistemática de la violencia. Privilegiemos el diálogo, la negociación y la resolución no violenta de los conflictos.

- Por una Europa democrática y social basada en las necesidades de los y las trabajadoras y de los pueblos, que incluya la necesidad de la solidaridad y cooperación con los pueblos del este y del sur.

- Por el derecho de las y los jóvenes para acceder a la autonomía social y su derecho a una educación pública y gratuita y la abolición del servicio militar obligatorio.

- Por la autodeterminación de los pueblos, y en especial de los pueblos indígenas.

Apoyaremos e impulsaremos la realización de Foros Sociales Continentales en el año 2002. Sólo la lucha de los pueblos puede lograr conquistas concretas.

En los próximos años uniremos nuestros esfuerzos en las siguientes movilizaciones comunes.

Año 2002:

- 8 de marzo: Día Internacional de la Mujer.
- 17 de abril: Día Internacional de la Lucha Campesina.
- 1 de mayo: Día Internacional de los Trabajadores y Trabajadoras.
- 7 de octubre: Día de los y las Sin Techo.
- 12 de octubre: Grito de los Excluidos y Excluidas.
- 16 de octubre: Día Mundial de la Soberanía Alimentaria.
- 10-14 de diciembre: Semana Mundial por los Derechos Humanos.

Las movilizaciones mundiales se concentran alrededor de:

- 15-16 de marzo: Barcelona, Cumbre de los Jefes de Estado de Europa.
- 18-22 de marzo: Monterrey, Conferencia de las Naciones Unidas sobre el Financiamiento al Desarrollo.

- 17-18 de mayo: Madrid, Cumbre de Jefes de Estado de América Latina, el Caribe y Europa.

- 31 de mayo: Día Internacional contra el Militarismo y a Favor de la Paz.

- 8-13 de junio: Roma, Italia, Cumbre Mundial sobre Alimentación de la FAO.

- 21 y 22 de junio: Sevilla, España, Cumbre de los Jefes de Estado de la UE.
- Julio: Toronto y Calgary, Rocky Mountains, Canadá, Cumbre G-8.

- 22 de julio: campaña en Estados Unidos contra la Coca-Cola.

- Septiembre: Johannesburgo, Sudáfrica, Río + 10.

- Octubre: Ecuador, Foro Social Continental: "Una nueva integración es posible".

- Noviembre: La Habana, Cuba, Segunda Reunión Hemisférica contra el ALCA.

- Noviembre-diciembre: México, Conferencia Ministerial de la OMC.

- Diciembre: Copenhague, Cumbre de los Jefes de Estado de Europa.

Año 2003:

- Abril: Buenos Aires, Cumbre Presidencial sobre el ALCA.

- Junio: Thessaloniki, Grecia, Cumbre de la UE.

- La OMC, el FMI y el Banco Mundial se reunirán en alguna parte y en algún momento dado. ¡Allí estaremos!

Der »Aufruf der sozialen Bewegungen« ist eine Instrumentalisierung von Bewegung durch NGOs!

Die »Gruppe Landfriedensbruch« zur Erklärung »Widerstand gegen Neoliberalismus, Militarismus und Krieg: Für Frieden und soziale Gerechtigkeit« vom 5.2.2002 (s. CONTRASTE Nr. 210, S. 4/5)

Porto Alegre war eines der größten Treffen politischer Gruppen, Organisationen und Basisbewegungen über alle Ländergrenzen hinweg. Schon von daher hat es eine besondere Bedeutung. Leider überschattet diese Äußerlichkeit aber eine innere Struktur, die tatsächlich nicht für einen Selbstorganisationsprozess, eine »Bewegung von unten« spricht. Stattdessen gelingt es – auch wegen der fehlenden strategischen Analyse und Gegenwehr durch selbstorganisierte Gruppen – den dominanten NGOs und Profis in Sachen PR sowie Lobbyarbeit, die gesamte Vielfalt an Bewegung einfach zu instrumentalisieren. Es findet weder ein Entscheidungsprozess noch eine hierarchische Beeinflussung statt – die modernen NGOs und ihre Öffentlichkeitsprofis behaupten einfach, im Namen und für die Vielfalt der Gruppen zu sprechen. Die Medien, oft genug regierungsnah, durchschauen diese Vereinnahmung nicht oder stützen sie, weil sie selbst diese Kanalisierung von Protest wünschen.

Insofern ist Porto Alegre nur die Wiederholung der Aktionen von Genua, die auch von einer breiten, vielfältigen Mengen unterschiedlicher Gruppen getragen, aber nur von wenigen Polit- und PR-Profis öffentlich benutzt wurden, um ihre politischen Positionen durchzubringen. Nicht anders sieht es bei anderen Aktivitäten aus.

Bedeutung Instrumentalisierung

Zum einen waren in Porto Alegre viele Strukturen sichtbar, die deutlich machten, dass es keinerlei gemeinsame Ebene zwischen NGO-Kadern und Basisbewegungen gibt. So waren VIP-Räume eingerichtet, in denen nur die wichtigsten FunktionärInnen sowie SpitzenpolitikerInnen zugelassen wurden. Bei einer Veranstaltung wurden die anwesenden Minister der französischen Regierung (Anstreiber der neoliberalen Globalisierung, Kriegsbedarfswor-

ter usw.) von BasisakteurInnen mit Torten beworfen. Über diese Tatsache fand sich in kaum einer Zeitung ein Bericht – er hätte das Konstrukt einer gleichberechtigten Bewegung, aus deren Mitte die abgegebenen Verlautbarungen der NGO-FunktionärInnen stammen, auch zerstört.

Der Augenzeugenbericht eines Teilnehmers liest sich so: »Es gab bei diesem WSF aber auch Widersprüche, Auseinandersetzungen und Kontroversen und Entwicklungen, die eine Gefahr für die Bewegung darstellen. Vergleicht man die 'offiziellen Reden', die bei den Konferenzen während des WSF gehalten wurden mit den Debatten, die auf den Fluren und den Diskussionen in Seminaren und auf dem Jugendcamp stattfanden, dann drängt sich der Eindruck auf, dass die Masse der TeilnehmerInnen deutlich weiter links stand und weiter gehende, antikapitalistische Positionen vertrat, als die RednerInnen bei den Konferenzen (zu denen ja auch nur die Delegierten Zugang hatten und bei denen es keine offenen Diskussionen gab, sondern nur schriftlich Fragen an das Podium gerichtet werden konnten). Es gab auch eine Auseinandersetzung über die Teilnehmerpolitik des WSF. Einerseits haben zum Beispiel sechs französische Minister, ein Vertreter von Chirac, ParlamentarierInnen die für den Krieg gestimmt haben, KommunalpolitikerInnen die Abschiebungen unterstützen, teilgenommen.«

Interessant ist zudem eine Analyse der Abschlusserklärung von Porto Alegre. Wie es bei den beschriebenen Strukturen nicht anders zu erwarten war, ist sie geprägt von den NGOs, die den Aufruf als weiteren Schritt der Instrumentalisierung des Treffens als breiten Konsens vorstellen.

1. Das Papier zeigt eine dogmatische Gewaltfreiheit, d.h. Gewalt »von oben« wird nicht unterschieden von individueller oder sozialer Notwehr. Das delegitimiert jeglichen Widerstand jenseits von Gewaltfreiheit und ist ein typisches Denken wohlstüttierter AkteurInnen aus den NGOs des Nordens. Zitat: »Nach den terroristischen Anschlüssen, die wir ohne jeden Vorbehalt verurteilen, so wie wir alle Angriffe auf Zivilisten in jedem Teil der Welt verurteilen, ...«

2. Das Papier zeigt den klassischen Antisemitismus vieler globalisierungskritischer Kreise, denen eine Herrschafts-

kritik und überhaupt eine politische Analyse abgeht. Hier fällt sie sogar besonders stark aus in Form einer einseitigen Täter-Opfer-Kategorisierung im Palästina-Konflikt. Hinzu kommt eine auffällig unkritische Konstruktion von Völkern als kollektive Einheiten. Zitat: »Die Destabilisierung des Nahen und mittleren Ostens hat sich verschärft, sie liefert den Vorwand für eine verschärfte Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Wir halten es für dringend notwendig, uns zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Kampf um Selbstbestimmung durch den Staat Israel ausgesetzt ist. Diese Frage ist von vitaler Bedeutung für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region.«

3. Während die eigene Globalisierungskritik marktschreierisch vorgetragen wird, zeigt sich bei konkreten Punkten tatsächlich eine eigene neoliberale, d.h. marktorientierte Position. So wird das neoliberale, die Ungleichheiten in der Welt forciierende Kyoto-Protokoll befürwortet (verbunden mit einer platten, einseitigen USA-Kritik, die jenseits der notwendigen Kritik an den Herrschaftsstrukturen dort viele andere ungenannt lässt, die ähnliche Politiken verfolgen). Zitat: »Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren Bemühungen die Interessen der großen Unternehmen zu schützen, arrogant geweigert, das Abkommen von Kyoto zur globalen Erwärmung einzuhalten, ...«

4. Bei den Forderungen zeigt sich noch deutlicher ein völlig unkritisches Verhältnis zur Herrschaftsform Demokratie, die sich von Diktaturen grundlegend nur in der Frage unterscheidet, wie die Personen bestimmt werden, die Macht ausüben – zumal wesentlich gesellschaftliche Herrschaftsmuster (patriarchale oder Nützlichkeitskategorien, Bevormundungen, Justizvollzug usw.) keine grundsätzlichen Unterschiede aufweisen. Nichtsdestotrotz sehen sich die NGOs als RetterInnen dieses Systems. Zitat: »Wir kämpfen: Für das Recht der Völker, die Entscheidungen ihrer Regierungen kennen zu lernen und zu kritisieren, besonders, wenn sie ihre Politik in den internationalen Institutionen betreffen. Die Regierungen sind ihren Völkern gegenüber verantwortlich. Weil wir

uns für die Errichtung einer Demokratie mit Wahl- und Beteiligungsrechten auf der ganzen Erde einsetzen, bestehen wir auf der Notwendigkeit der Demokratisierung von Staaten und Gesellschaften, und des Kampfes gegen Diktaturen.«

Auch die weiteren Forderungen lassen keine Kritik an den Verhältnissen erkennen. Besonders auffällig ist der ständige Bezug auf »Völker«, ohne diesen Begriff zu erklären. Im Kontext der Forderungen wird deutlich, dass hier die Nationalregierungen gemeint sind, die somit quasi als natürliche VertreterInnen »ihrer« Völker legitimiert werden. Zitat: »Wir bekräftigen das Recht aller Völker auf die internationale Vermittlung von Konflikten unter Einschluss unabhängiger Akteure der Zivilgesellschaft. ... Für das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, besonders der indigenen Völker.« Nicht fehlen darf natürlich die PR-trächtige Tobin-Tax in der Liste der Forderungen. Zitat: »Gegen Spekulationen: Wir fordern die Einführung spezifischer Steuern wie die Tobin Tax und die Abschaffung der Steuerparadiese.«

Mit diesen Positionen und Strategien sind die FunktionärInnen der großen NGOs (allen voran ATTAC), von Parteien und anderen, die dort mitmischen, in keiner Weise RepräsentantInnen einer breiten Bewegung – erstens können sie das ohnehin nicht sein, denn StellvertreterInnenentum bedeutet immer Herrschaft und Instrumentalisierung. Und zweitens sind solche staats- und marktkonformen Positionen nur die Meinung eines extremen Flügels der gesamten Vielfalt an Gruppen, nämlich des Flügels, der Herrschaftsstrukturen und Marktlogiken als Retter betrachtet. Ein Großteil aktiver Gruppen sieht diese aber als Quelle dessen, was sie ablehnen. Nur sind erstere diejenigen, die im Pakt mit Staat und Medien ihre Stimme dominant zur Geltung bringen können (Instrumentalisierung der Basis), während zweitere schon traditionell an diesem Punkt fast immer versagen – ihre Aktionen auch zu vermitteln, Positionen und Visionen hör- und sichtbar zu machen. ●

Gruppe Landfriedensbruch

ERSTE SCHRITTE AUF EINEM LANGEN WEG

Lateinamerika
Anders, Okt. I 2001

Am Ende des Weltsozialforums hat Leo Gabriel mit João Pedro Stedile, dem Vorsitzenden der brasilianischen Landlosenbewegung MST, gesprochen.

Was bedeutet Porto Alegre für die Zukunft der sozialen Bewegungen?

Einerseits hat das Treffen den TeilnehmerInnen Gelegenheit gegeben, ihre Ideen einzubringen, ohne den Druck, dass es zu einem Konsens, einem gemeinsamen Abschlussdokument, kommen musste. Andererseits hat es uns ermöglicht, uns untereinander auf einen Plan zur Koordinierung unserer Kämpfe zu einigen.

Jetzt geht es darum, neue, spezifischere Foren zu schaffen, in denen nur die sozialen Bewegungen vertreten sind, mit verbesserter Repräsentativität, mit Delegierten aus allen Kontinenten, um von dieser solideren Basis aus gemeinsame Kämpfe in allen Teilen der Welt führen zu können.

Welche Aufgabe kommt den sozialen Bewegungen beim Übergang zu dieser »anderen Welt«, über die in Porto Alegre nur gesprochen wurde, zu?

In diesem Übergang befinden wir uns heute gerade: Wir kommen aus Zeiten, in denen sehr bürokratische Organismen vorherrschten, wie die von politischen Parteien kontrollierten internationalen Gewerkschaftsverbände. Sie sind heute am Ende. Noch immer wissen wir nicht genau, wie wir die neuen Strukturen schaffen können. Beim Forum von Porto Alegre war es zum Beispiel nicht möglich, genau festzustellen, wie repräsentativ die einzelnen TeilnehmerInnen waren. So haben wir uns nicht darüber gefreut, daß Vertreter von Regierungen teilgenommen haben und politische Parteien das Forum zu beeinflussen versuchten. Andererseits waren auch zahlreiche regierungsunabhängige Organisationen vertreten. Die Beteiligung der sozialen Bewegungen selbst war aber noch sehr schwach. Denn es waren Regierungen und NGOs, die finanziell dazu beitragen, das Treffen zu organisieren. Und was man dir auch weismachen will: Demokratie ist eine Frage des Geldes.

Es hat in der Vergangenheit seitens der Vereinten Nationen Initiativen zur internationalen Vernetzung der

Zivilgesellschaft gegeben. Glaubst du, daß das auch in Zukunft ein gangbarer Weg sein wird, oder meinst du, daß eine von den Vereinten Nationen unabhängige neue Organisation nötig sein wird, um diesen Prozess der Völkervereinigung voranzutreiben?

Das gesamte auf Regierungen gestützte System internationaler Organisationen ist gescheitert. Die Vereinten Nationen repräsentieren die Völker nicht, niemand sieht in der UNO die Bewahrerin des Friedens. Sie ist nur eines unter vielen Instrumenten der US-Intervention, denn die Vereinigten Staaten dominieren den Sicherheitsrat. Niemand hat Vertrauen zur WTO oder der Weltbank. Sie alle wurden nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage des US-amerikanischen Interventionismus geschaffen. Deshalb müssen die Völker, die sozialen Organisationen und Initiativen, eine neue Art internationaler Organisationen aufbauen, die frei sind von Bürokratie und die Vereinigung zwischen den Völkern verkörpern, nicht ihre Unterwerfung.

Wie lange kann dieser Prozess dauern?

Das weiß niemand, doch wie Mao schon sagte: Auch ein langer Marsch beginnt mit den ersten Schritten.

„Wir arbeiten für unsere Zukunft“

In Porto Alegre wurde eine andere Globalisierung geprobt / Von Till Baumann

Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ trafen sich vom 31. Januar bis zum 5. Februar Zehntausende VertreterInnen von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen zum Weltsozialforum in Porto Alegre. Till Baumann war für INKOTA vor Ort.

Moazir Vieira ist Mitglied der brasilianischen Landlosenbewegung MST und kämpft eigentlich für die Landreform in Brasilien. Heute jedoch sitzt er auf einem Podium neben dem Filipino Walden Bello von der Organisation Focus on the Global South, dem Ugander Seremos Kamuturki vom World Forum of Fisher Peoples und der US-Amerikanerin Deena Hoff von der National Family Farmers Association. Sie haben sich mit vielen anderen VertreterInnen sozialer Bewegungen aus aller Welt versammelt, um an zwei Tagen acht Stunden lang von regionalen Auswirkungen der Politik der Welthandelsorganisation WTO zu berichten und die Kampagne „The world is not for sale: Stop Corporate Globalisation“ weiter zu planen.

Diese Veranstaltung im Auditorium der Bundesuniversität ist nur eine von rund 900 Konferenzen, Workshops, Seminaren und Vorträgen auf dem zweiten Weltsozialforum im südbrasilianischen Porto Alegre – eine unübersehbare Liste, die ein Programm von 72 Zeitungsseiten füllt. Die Zahlen sind beeindruckend: Während sich im winterlichen New York rund 2.700 ManagerInnen und RegierungsvertreterInnen in einem Luxushotel zum Weltwirtschaftsforum verschanzten, verteilten sich in Porto Alegre je nach Schätzung 50.000 bis 80.000 TeilnehmerInnen aus mindestens 123 Ländern über die gesamte Stadt – von professionalisierten NRO-LobbyistInnen, die sonst eher mit der Kontaktpflege zu WeltbankvertreterInnen beschäftigt sind, bis hin zu jungen GraswurzelaktivistInnen im Jugendcamp, das mit über 10.000 Teilnehmenden in einem Park nahe des Stadtzentrums stattfand. Ohne die kräftige Unterstützung der von der Arbeiterpartei PT gestellten Stadt- und Landesregierungen wäre die Durchführung des Forums wohl kaum möglich gewesen.

So passte das linke Großevent in seiner Vielfalt hervorragend zu seinen TeilnehmerInnen aus der „Bewegung der Bewegungen“: kritisch, bunt, mobil, heterogen und dezentralisiert, mit einigen medienwirksamen Köpfen, aber ohne Anführer. Und ohne den großen weltumspannenden Gegenentwurf zur neoliberalen

Globalisierung, den sich manche erhofft hatten. Große Entwürfe wurden vorgestellt und diskutiert, ob nun Walden Bellos Ideen zur Deglobalisierung, Vandana Shivas Erdendemokratie oder Susan Georges globaler Marshall-Plan, doch mindestens genauso wichtig war der Austausch über lokale und regionale Aktivitäten und deren globale Vernetzung, hundert- und tausendfach in den verschiedenen Workshops und Seminaren. Dialog und gegenseitiges Lernen standen im Vordergrund.

Dementsprechend gibt es auch kein zentrales Abschlussdokument des Forums, auch wenn die von vielen Gruppen mitgetragene „Erklärung der sozialen Bewegungen“ von den meisten Medien fälschlich als Abschlusserklärung dargestellt wurde. Wer sich für den Wortlaut dieser Erklärung, für Konferenz- und

schen Delegierten beschlossen noch vor ihrer Abreise in einer Vollversammlung, dass das erste Europäische Sozialforum im Herbst dieses Jahres in Italien stattfinden soll. Ein erstes Vorbereitungstreffen hierzu fand am zweiten Märzwochenende in Brüssel statt, ein zweites ist für den 10 und 11. Mai in Wien geplant. Ort und Datum des Europäischen Sozialforums stehen noch nicht fest. Voraussichtlich wird es zwischen Ende Oktober und Anfang Dezember in Florenz oder Neapel stattfinden (Kontakt: Raffaella Bolini/Genoa Social Forum: bolini@arci.it).

Das geplante Europäische Sozialforum bietet die Chance, die Sozialforen stärker in der Gesellschaft zu verankern als dies in manchen europäischen Ländern der Fall ist – zum Beispiel in Deutschland. Viele der rund 100 deutschen Delegierten kamen aus dem entwicklungspolitischen Bereich. VertreterInnen von Bevölkerungsgruppen, die auch in Deutschland besonders unter neoliberaler Politik zu leiden haben (zum Beispiel aus Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaften), waren hingegen kaum präsent. Doch sind die Folgen neoliberaler Politik zwar auch, aber bei weitem nicht nur ein



Auftaktdemo des Weltsozialforums vor frisch besetztem Haus in Porto Alegre

Foto: Till Baumann

Workshopprotokolle, für Artikel und Berichte zum Weltsozialforum oder den weiteren Fahrplan der Proteste gegen anstehende Gipfeltreffen interessiert, kann dies alles auf der Website des WSF in vier Sprachen nachlesen (www.forumsocialmundial.org.br). Dort stehen auch die Beschlüsse des Internationalen Rats des Weltsozialforums: im nächsten Jahr soll das Weltsozialforum ein weiteres Mal in Porto Alegre stattfinden, im Jahr 2004 dann voraussichtlich in Indien. Größer kann die Veranstaltung kaum werden, aber dezentraler: noch vor dem nächsten globalen Forum sollen regionale und kontinentale Foren veranstaltet werden. Die europäi-

entwicklungspolitisches Thema. So bezog sich Vittorio Agnoletto vom Genoa Social Forum auf einer Veranstaltung zu den Perspektiven der „Bewegung der Bewegungen“ auf Susan George (ATTAC), die gesagt habe, diese Bewegung sei die erste in der Weltgeschichte, die sich für andere Menschen einsetze. Agnoletto meinte dazu unter tosendem Applaus der Anwesenden: „Ich bin da ganz anderer Meinung. Wir arbeiten nicht nur für die Interessen anderer Menschen. Wir arbeiten für unsere Zukunft“

Till Baumann ist einer der beiden Koordinatoren der INKOTA-Strasentheatergruppe „Piquete“ und nahm als INKOTA-Delegierter am Weltsozialforum in Porto Alegre teil.

Porto Alegre: Großer Schritt nach vorn für die Globalisierungskritik

Über 50 000 Teilnehmer, mehr als dreimal so viele wie im vergangenen Jahr, waren vom 31. Januar bis 5. Februar zum Weltsozialforum (WSF) im brasilianischen Porto Alegre gekommen. Aus Deutschland waren rund 150 Teilnehmer angereist, darunter Vertreter von *attac*, der Gewerkschaften, der Erlassjahrkampagne, von Misereor sowie Bundestagsabgeordnete von SPD und PDS. Gegenüber dem knappen Dutzend im vergangenen Jahr ein qualitativer Sprung. Hingegen waren Abgeordnete der Grünen nicht vertreten.

Der 11. September hat die Bewegung nicht geschwächt

Porto Alegre II hat deutlich gemacht, dass die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen ist. Von der oft behaupteten Schwächung der Bewegung durch den 11. September kann keine Rede sein. Vielmehr wächst sie weiter und gewinnt an Breite und Einfluss. In Porto Alegre hat die Bewegung ihre Mobilisierungsfähigkeit unabhängig von G7-Treffen, WTO- oder IWF-Konferenzen unter Beweis gestellt. Sie organisiert sich transnational und unter Bedingungen, die die politische und kulturelle Diversität auf dem Planeten widerspiegeln. Eine gemeinsame theoretische oder weltanschauliche Grundlage gibt es nicht – anders als bei früheren Versuchen, eine „Internationale“ zu bilden. Erst recht besteht keine Zentrale, die irgendetwas vorgeben könnte. Einzig die Fähigkeit aller Akteure zur Selbstorganisation bestimmt den Grad der Struktur- und Regelbildung. Historische Vorbilder für einen solchen demokratischen Konstitutionsprozess einer transnationalen sozialen Bewegung existieren nicht.

Auch gemessen an dieser Herausforderung einer nicht zentral gesteuerten und demokratischen Strukturbildung war Porto Alegre ein Schritt nach vorn. So haben die europäischen Sektionen von *attac* einen Prozess eingeleitet, in dessen Verlauf sie nach neuen Formen

der Kooperation und Organisation suchen wollen. Ziel ist es, die gemeinsame Handlungsfähigkeit im Rahmen der Europäischen Union (EU) zu erhöhen. Beschlossen wurden Kampagnen zur Durchsetzung der Tobin-Steuer und zu den Dienstleistungsverhandlungen in der WTO mit dem Ziel, der Tendenz zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung demokratische Alternativen entgegenzusetzen.

Ein Hauptzweck des WSF bestand darin, die schöne Parole „Eine andere Welt ist möglich“ mit Inhalt zu füllen. Denn die globalisierungskritische Bewegung wird langfristig nur dann Erfolg haben, wenn sie zumindest die Konturen einer solchen Welt sichtbar und glaubwürdig machen kann. In dieser Hinsicht wurden in Porto Alegre ebenfalls beachtliche Fortschritte erzielt, auch wenn dies auf den ersten Blick nicht so aussah: Bewusst wurde auf eine offizielle Abschlusserklärung verzichtet, weil die Entwicklung eines „planetarischen Programms“ – wenn es denn auf demokratische Weise zustande kommen soll – gerade nicht von einem Großdenker oder eine Avantgarde so en passant auf den Markt geworfen werden kann. Stattdessen lagen mehrere Vorschläge vor, die intensiv diskutiert wurden, darunter Susan Georges Konzept eines globalen Gesellschaftsvertrags. Der ausgereifteste Text ist jedoch das von *attac* Frankreich erst Ende Januar vorgelegte Dokument „ATTAC au Zénith – Manifeste 2002“ (im Internet: www.attac.org/fra/asso/doc/zenith07.htm).

Der *attac*-Beitrag zeichnet sich dadurch aus, dass Themen, Probleme, politische Ansätze und unterschiedliche Perspektiven integriert und zu einem kohärenten Gesamtkonzept zusammengefügt werden. Insbesondere wird versucht:

- die vielen einzelnen Themen und sektoralen Ansätze – Nord-Süd-Problematik, Verschuldung, Finanzmärkte, Umwelt, Handel, Zukunft der Arbeit, Kultur, Konsum usw. – zu einer globalisierungskritischen Gesamtperspektive zu verbinden;
- Teilbewegungen und Einzelkampagnen ein gemeinsames Band zu geben;
- praktische Vorschläge kurzer Reichweite und mittelfristige Reformprojekte in eine Langfristorientierung so einzubinden, dass die Einzelschritte sich zu einer Dynamik addieren, die einen grundlegenden Politikwechsel in Gang setzen könnte;
- die verschiedenen Interventionsebenen für politisches Handeln, d. h. die lokale, die nationale, die europäische und die globale Ebene strategisch miteinander zu verknüpfen. Hervorzuheben ist dabei, dass der Europäischen Union als bedeutendem Referenzrahmen für politisches Handeln endlich der gebührende Platz eingeräumt wird.

Das *attac*-Konzept weist in Richtung einer anderen Welt

Mit dem Text aus Paris verfügt die globalisierungskritische Bewegung über ein Konzept, das der programmatische Ausgangspunkt auf dem Weg in Richtung einer anderen Welt sein könnte.

Das nächste Weltsozialforum soll 2003 wieder in Porto Alegre stattfinden, 2004 soll es dann nach Indien gehen. Außerdem wurde beschlossen, regionale Foren durchzuführen. Noch in diesem Jahr, zwischen Oktober und Weihnachten, wird es ein europäisches Sozialforum in Italien geben.

Peer Wahl

E+Z, MÄRZ 2002

**REGIONALISIERUNG:
PORTO ALEGRE UND DIE
FOLGEN**

Vernetzung der Globalisierungskritik: Wie weiter nach dem Forum in Porto Alegre?

**jW sprach mit Cândido Grzybowski von iBase, dem
Brasilianischen Institut für soziale und
wirtschaftliche Analysen. iBase ist Teil des
brasilianischen Organisationskomitees des
Weltsozialforums in Porto Alegre**

F: Bei der Debatte, die Sie vergangene Woche mit André
Shnaider vom Weltwirtschaftsforum hatten, konnte man den
Eindruck bekommen, daß sich er und seine Kollegen gezwungen
sehen, auf das Weltsozialforum zu reagieren.

Im vergangenen Jahr haben wir ein Forum gegen sie aufgebaut.
Jetzt sind sie es, die versuchen, ein Anti-Porto-Alegre zu
schaffen, weil wir es sind, die die Leitlinien der Debatte für den
Aufbau einer besseren Welt vorgeben.

F: Was verspricht sich das Sozialforum von einer solchen Debatte
mit der anderen Seite?

Wir wollen Position beziehen, die Grundwerte Solidarität und
Gleichheit als Fundamente der Gesellschaft behaupten, die
Machthaber konfrontieren, um die Anliegen Umverteilung der
Einkommen und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Sie wollen uns
vereinnehmen, aber wir wollen polarisieren, um vorwärts zu
kommen.

F: Warum haben Sie nicht die Frage der Aussetzung oder
Streichung der Auslandsschulden angesprochen?

Sie wollten darüber nicht diskutieren. Sie akzeptieren keine
Position, die eine demokratische Regulierung des Marktes
beinhaltet. Sie reden zum Beispiel über das Recht zu arbeiten,
aber sie sagen, das hat mit nichts den Rechten der Arbeitgeber
zu tun.

F: Wie beurteilen sie das diesjährige Weltsozialforum?

Die Teilnehmerzahl hat sich verdreifacht. Das ist ein Zeichen
dafür, daß die sozialen Bewegungen stark zugenommen haben.
Es ist ein unglückliches Paradoxon, aber die argentinische Krise
hat das Forum sehr gestärkt.

F: Sehen Sie Unterschiede zum vergangenen Jahr?

Im vergangenen Jahr haben wir Weise versammelt, die hier
Seminare abhielten. In diesem Jahr sind normale Bürgerinnen
und Bürger, die gesellschaftlich aktiv sind, gekommen, um zu
diskutieren und Vorschläge zu machen. Wir konnten Vorschläge

Interview

Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre: Wie die anderen Kontinente einbinden?

Walden Bello ist Leiter des südostasiatischen Forschungszentrums Focus on the Global South mit Sitz in Bangkok. Das Interview erschien zuerst in der während des Forums herausgegebenen Zeitung »Terraviva«

F: Das zweite Weltsozialforum in Porto Alegre wurde vergangene Woche erfolgreich abgeschlossen. Etabliert es sich langsam als Bezugspunkt der weltweiten Antiglobalisierungsbewegung?

Nun, ich denke jedenfalls nicht, daß es den Versuch gäbe, einen Lenkungsausschuß der globalisierungskritischen Bewegung zu bilden, das wäre weit von den Absichten der Organisatoren entfernt. Es gibt eine Art minimale Koordination. Das ist ein offenes internationales Forum, die Leute können ohne allzu große Schwierigkeiten dazustoßen. Es ist ein sehr offener Prozeß. Einige werden sagen, das ist eine Schwäche. Ich denke eher, es ist eine Stärke.

F: Wie geht es weiter?

Im nächsten Jahr gibt es in Porto Alegre ein kleineres Treffen, und 2004 wird das Forum in Indien stattfinden. Es muß geprüft werden, ob wir auch in anderen Teilen der Welt erfolgreich sein können. Es gibt bestimmte Bedingungen hier in Porto Alegre, die für das WSF einzigartig sind: die Regierung der Arbeiter-Partei (PT) in der Stadt und im Bundesland. Das bedeutet Zugang zu viel personeller und finanzieller Unterstützung. Ist das auch in anderen Teilen der Welt gegeben, in Indien zum Beispiel? 70000 Menschen aus aller Welt zusammenzubringen ist eine große Aufgabe. Ich habe Vertrauen, daß das internationale Organisationskomitee die Sache sorgfältig studieren wird, bevor es seine Entscheidung fällt.

F: Warum gibt es in Anbetracht der Rolle der brasilianischen PT bei der erfolgreichen Organisation des WSF in der Bewegung eine Abneigung dagegen, politischen Parteien formal die Teilnahme zu erlauben?

Ich glaube, die Leute haben Sorge, daß sich der Schwerpunkt dann zu den Parteien verschiebt, während er bei der Zivilgesellschaft, den Massenbewegungen, den sozialen Bewegungen liegen sollte. Doch wenn das gegeben ist, gibt es kein Problem damit, daß ein bestimmter Typ an politischen Parteien am Forum teilnimmt. Ich glaube, Parteien wie die PT, die eine innovative Partei mit einer Massenbasis und einem nicht-doktrinären Ansatz ist, sind im Prozeß von Porto Alegre sicher willkommen. Ich persönlich habe kein Problem damit, daß politische Parteien Teil des Prozesses sind, solange der Schwerpunkt auf den sozialen Bewegungen liegt.

F: Das WSF wurde als Gegenpart zum Weltwirtschaftsforum in Davos geschaffen. Was ist jetzt der Stand?

Ich glaube, das Weltwirtschaftsforum sind im Niedergang. Die Tatsache, daß sie einige unserer Losungen für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen mußten und die Tatsache, daß sie sich alle Mühe geben, dem Kapitalismus ein menschenfreundliches Antlitz zu geben, zeigen, daß sie in der Krise sind. Der Enron-Skandal und der Zusammenbruch in Argentinien schaffen einen globalen Kontext, in dem Porto Alegre Fortschritte macht. Die Legitimitätskrise ist zurückgekehrt. Nach dem 11. September mögen sie etwas Boden gewonnen haben, aber die Skandale schaffen Bedingungen, daß wir die Nase wieder vorn haben können.

(Übersetzung: Angela Klein)

"Man muss Inhalte in Politik umsetzen"

Der Politologe Claus Leggewie rät den Globalisierungskritikern, nach Verbündeten in den Institutionen zu suchen

taz: Wissen Sie nun, nach Porto Alegre, wie eine bessere Welt aussehen könnte?

Claus Leggewie: So wie diese Bewegung: heterogen, aber um dieselbe Sache bemüht; transnational, aber mit regionalen Schwerpunkten; mit unterschiedlichen Zielen, aber bereit zur Diskussion. Bewegungen mit eindeutigen Zielen wie noch im 20. Jahrhundert gibt es nicht mehr. Die Kritiker der Globalisierung möchten nicht ein Paradies realisieren, sondern den schlimmen Zustand der Welt etwas verbessern.

Warum kann es heute keine klaren Ziele für gesellschaftliche Veränderungen mehr geben?

Weil die Diskrepanz zwischen dem Wünschbaren und der Realität so groß ist, dass man sich mit der Formulierung einer großen Utopie leider fast lächerlich macht. Die Haltung ist pragmatischer und realistischer geworden, und im Gedenken an die gescheiterten Utopien stimmt mich das auch hoffnungsfroh.

Die Diskussionen über eine neue politische Weltordnung hielten sich sehr in Grenzen. Wird Streit vermieden, um den Zusammenhalt der Bewegung zu sichern?

Ich glaube nicht. Die Schwäche der Bewegung liegt höchstens darin, dass sie zwar sehr viel Know-how gesammelt hat über Patente, Saatgut, Finanzmärkte und ähnliche Themen. Aber sie weiß nicht so genau, wie sie ihre Inhalte in Politik umsetzen, also in institutionelle Form bringen soll. Über das Funktionieren von Institutionen und Demokratie müssen sich die Globalisierungskritiker mehr Gedanken machen.

Wie kommen Attac & Co aus dieser Sackgasse heraus?

Zum Beispiel, indem man zur Kenntnis nimmt, dass auch bei den Feinden, der Weltbank etwa oder der Welthandelsorganisation, aufgeklärte Technokraten sitzen, die sehr genau hinschauen, was in Porto Alegre gesagt wurde. Und die kritische Ideen in ihre Institutionen einspeisen. Die Aufklärungsbereitschaft auf der transnationalen Ebene ist bisweilen höher als auf der nationalen.

Beim Weltsozialforum war eine Strömung vertreten, die den Nationalstaat wieder gestärkt sehen möchte, um die jeweilige Regierung besser in die Pflicht nehmen zu können. Was halten Sie davon?

Das ist zu einseitig. Die Bewegung muss den gesamten Koffer ihrer Handlungsmöglichkeiten auspacken: lokal, national und transnational.

Die Globalisierungskritiker sagen von sich selbst, dass die Bewegung nur wegen ihrer extrem offenen Strukturen in so kurzer Zeit so gewachsen ist. Könnte sie deshalb nicht ebenso schnell wieder zerfallen?

Wir leben in einer Welt der Netzwerke. Die Heterogenität ist die Stärke dieser Bewegung. Kommandostrukturen, Tabuisierung von Themen, Ausschluss von Personen - alles das wäre schädlich. Mit einer Ausnahme: der Ablehnung von Gewalt.

Kann denn ein so unordentlicher Haufen die politischen Institutionen herausfordern?

Die Nationalstaaten und die transnationalen Regime wie der Internationale Währungsfonds stecken in einer tiefen Legitimationskrise. Die Globalisierungskritiker sollten deshalb auch die liberale oder besser: linkslibertäre Kritik am Welthandelssystem ausbauen. Die neoliberale Elite verstößt ja gegen ihre eigene Ideologie: Sie behauptet, den freien Wettbewerb zu stärken. In Wirklichkeit schafft sie Monopole, die Wettbewerb und Fortschritt behindern. Der angebliche Freihandel bedeutet Diskriminierung für die Armen und Monopolisierung für die Reichen. Wenn sie es richtig anpackt, könnte diese Bewegung eine Volksbewegung werden. Denn populär sind viele ihrer Themen. Vielleicht merken das dann auch irgendwann Parlamentarier und grüne Minister wie Renate Künast und Jürgen Trittin. **INTERVIEW: HANNES KOCH**

Die Avantgarde bittet zum Tanz

Auf dem Sozialforum für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung im mexikanischen Monterrey gaben sich staatliche wie nichtstaatliche Organisationen ein Steldichein. VON WOLF-DIETER VOGEL, MONTERREY

Ausgerechnet »Auditorio Coca-Cola«. Man müsse dieses Gebäude in »Acero Monterrey« (Stahl Monterrey) umbenennen, schimpft Jesús Medellín. Tausende von Arbeitern seien damals ohne Abfindung auf die Straße gesetzt worden. »Das war das Ergebnis von Privatisierung, Korruption und einer Politik im Dienst des großen Kapitals«, erklärt der Mittfünfziger weiter.

Medellín muss es wissen. Als das Stahlwerk »Fundidora de Acero, Monterrey S.A.« 1987 eingeweiht wurde, gehörte er zu den Gekindigsten. Jetzt steht er wieder hier, im heutigen Parque Fundidora, auf dem Podium des mexikanischen »Poro Global«. Auf den hinteren Bänken im Auditorio Coca-Cola ruhen etliche Zuschauer euphorisch »Acero Monterrey, Acero Monterrey«.

Globalisierungskritiker haben es manchmal nicht leicht. Bei 38 Grad im Schatten trafen sie sich vergangene Woche in der konservativen Hochburg im Norden Mexikos, knappe 100 Kilometer entfernt von den verhassten USA, im Bundesstaat Nueva Leon. Doch mit dem Feiern sah man es beim »Sozialforum für eine Finanzierung des Rechts auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung« sowieso nicht so eng.

Unter den rund 700 Organisationen, die ihre Vertreter und Vertreterinnen zu der Konferenz schickten, fanden sich neben Menschenrechtsinitiativen, Frauengruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) auch der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Schließlich habe man nicht das Interesse, das herrschende ökonomische Modell zu bekämpfen, sondern »bei den multilateralen Institutionen demokratische Mechanismen zu etablieren«, informierte Forum-Organisatorin Laura Fraude schon vorab. Entsprechend erfolgreich legte die Mexikanerin den rund 1.500 angelegten Globalisierungskritikern auf der Eröffnungsveranstaltung nahe: »Seien wir uns dessen bewusst, dass wir immer die Avantgarde der Regierungen und Institutionen waren. Ja, man sei sich in vielen Punkten einig, beständige IWF-Vertreter Prakash Loniani auf ei-

ner über hundert Veranstaltungen, die in der vergangenen Woche stattfanden. Viele Probleme gebe es zu lösen, sekundierte sein von der Weltbank abgestellter Kollege Anwar Bhattacharya, aber deshalb sind wir mit euch hier in diesem Zeit. Wir haben während unserer 30jährigen Existenz gelernt zuzuhören.« Die Weltbank, versicherte Bhattacharya, stehe geschlossen zu diesem Dialog. Zum Tanz brauche man schließlich immer zwei.

Vom Zeltlager der Alternativen zum Tanzsalon der »Großen« sind es nur wenige Meter. Auf der anderen Seite des Parque Fundidora, vorbei an rötlichen Metallruinen der Acero Monterrey, dem Vergnügungspark und der Formel-1-Zielgeraden, liegt das Zentrum. Wie das Auditorio Coca-Cola wurde dieses internationale Handelszentrum Monterreys auf den Trümmern des Stahlwerkes erbaut. Im Zentrum treffen sich seit Beginn dieser Woche Leute wie Bhattacharya und Loniani mit 53 Regierungschefs, rund 300 Ministern, Unternehmern und NGO-Delegierten zur Uno-Entwicklungskonferenz. Es ist der erste Kongress dieser Art: Erstmals wollen die Vereinten Nationen gemeinsam mit IWF, Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO) und Wirtschaftsvertragern ein umfassendes Konzept gegen die Armut vorlegen. Genau genommen sollte ein Entwurf verabschiedet werden, dessen Inhalt ohnehin nicht mehr zur Disposition stand: der Konsens von Monterrey.

»No sirve para nada« - »rein gar nichts« taugte diese Erklärung, meint man am anderen Ende des Parque Fundidora. Unverbindliche Absichtserklärungen, wachsweiße Formulierungen. Nein, kritisierte Paul Tenenase vom Weltverband der Arbeit, mit diesem Papier werde nie das beim Millenniumsgipfel in New York

formulierte Ziel erreicht, die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Auf der Entwicklungskonferenz werde man lediglich »einige Willenserklärungen hören«, so Tenenase, der seine Organisation auch bei den Vereinten Nationen repräsentiert. Und überhaupt: Dass an dem im Januar formulierten Entwurf nichts mehr verändert werden dürfe, liege einzig daran, dass man den Besuch des US-Präsidenten George W. Bush nicht habe in Frage stellen wollen. Bush hatte seine Zusage erst gegeben, nachdem das »Konsensschreiben« unter Dach und Fach war. »Die Europäer haben sich in den Vorverhandlungen dem Hegemonialanspruch der USA total unterworfen«, meint Tenenase.

Eine Untersuchung der NGO Social Watch kommt zu einem umfassenderen Schluss: Die entwickelten Staaten hielten durch ihre restriktive Handelspolitik die Länder des Südens in Armut. »Die G-7-Staaten verließen sich gegenüber Schlüsselprodukten der armen Staaten, und die Finanzinstitutionen fordern ökonomische Maßnahmen gegen Krisen, die sie gegen Rezessionen in eigenen Land nicht anwenden, resümierte Organisationsprecherin Patricia Watch, jetzt zum Beginn der Uno-Konferenz vorlegte.

Auch diese Einschätzung wird in den Konsens von Monterrey keinen Eingang mehr finden. Ebensowenig wie die Tobinsteuer. Dabei gehört die Verstärkung von internationalen Devisenmarktaktionen, wie sie etwa von der globalisierungskritischen Gruppe Attac gefordert wird, zu den wichtigsten Zielen der NGO. Vor allem aber die auf ihrem Gipfel in Barcelona getroffene Entscheidung der Europäischen Union, die Entwicklungshilfe nur geringfügig zu erhöhen, stieß beim Sozialforum auf Missfallen. Und ebenso die Ankündigung Bushs, fünf Milliarden Dollar zur Unterstützung der ärmsten Staaten zur Verfügung zu stellen.

»Nichts als Brotkrumen«, urteilte Moderator Alejandro Villamar. Schließlich hätte sich die internationale Staatengemein-

schaft seit 30 Jahren zum Ziel gesetzt, 0,7 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe freizugeben. Die nun von der EU zugesagten 0,39 Prozent bis zum Jahr 2006 seien lediglich ein Zugeständnis in letzter Minute, weil man keine konkreten Vorschläge zur Überwindung der weltweiten Armut zu bieten habe, ergänzte Alberto Arroyo vom mexikanischen Netzwerk gegen den Freien Handel (Remake). Selbst Weltbank-Chef James Wolfensohn hatte sich jüngst für eine Verdopplung der Zahlungen ausgesprochen.

Viel wird also im Konsens von Monterrey nicht übrig bleiben von all den gut gemeinten Vorschlägen der NGO-Gemeinde. Dabei hatten die Ansrichter des Sozialforums einflussreiche Freundschaften. Die mexikanische Regierung mach- te rund 500.000 Dollar für Infrastruktur und Miete locker, und auch die Uno sowie einige Staaten des Nordens konfinanzierten das Treffen.

Dass die Veranstalter trotzdem auch noch zehn Dollar Eintritt verlangten, brachte einige auf die Palme. Alle Gruppen aus Monterrey selbst sagten kurzfristig ihre Teilnahme ab. Schon vorher hatten sich unabhängige Organisationen skeptisch über das Forum geäußert. Sicher hätten viele Leute guten Willen, sagt etwa Fernández Noroña von der »Asamblea Ciudadana de Demandas de La Bahía«, einer »Art Verband von Bankverschuldeten. Aber es ist besser, die Auswirkungen des herrschenden ökonomischen Modells herauszuarbeiten und in keiner Weise nachzugeben zu sein.

Zahlreiche kleinere unabhängige Gruppen, aber auch Bauerninitiativen und Gewerkschaften konzentrierten sich auf Aktionen vor Ort. Während im Cintermex die Uno-Entwicklungskonferenz ihren Lauf nimmt, will man mit Demonstrationen und Versammlungen gegen das Treffen mobilisieren. Fitwa mit der Parole »Eine andere Welt

ist möglich«. Oder, wie einige Anarchisten etwas verkürzt auf einem Plakat ankündigten: »Unsere Globalisierung: Revolution«. Solche Pläne brachten die mexikanischen Sicherheitskräfte ins Spiel. Rund 7.000 Polizisten verschiedener Einheiten sollten in diesen Tagen in der Stadt für Ruhe sorgen.

Ganze Straßenzüge wurden am Sonntagabend gesperrt, um die Tagung vor Globalisierungskritikern zu schützen. Das örtliche Fernsehen zeigte Aufnahmen vermeintlich aus Italien ankündigender Chartisten. Und nicht zufällig waren dort auch regelmäßig Szenen von Aktionen gegen den G-7-Gipfel in Genäna zu sehen, in denen Demonstranten nackt oder halb nackt auftraten. Schließlich fürchtete man im streng katholischen Monterrey nichts mehr als einen Zerfall der Moral.

Zumindest die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Sozialforums im Parque Fundidora scheinen hier einen guten Eindruck hinterlassen zu haben. Fernando Canales, Gouverneur des Bundesstaates Nueva Leon, jedenfalls gab sich vorab gelassen: »Mich berührt die Entschlossenheit, die Hartnäckigkeit, mit der diese Leute in konstruktiver Absicht vorgehen«, erklärte Canales. Canales ist Mitglied des konservativen Pan, der Partei der Nationalen Aktion.

1. Regionalisierung des Weltsozialforums *E-Mail Brasil, 5/6 2002*

1.1. Internationaler Rat bekräftigt seine Rolle bei der weltweiten Verbreitung des Weltsozialforums

Vom 28. bis 30. April fand in Barcelona das vierte Treffen des Internationalen Rates des Weltsozialforums statt. Auf der Tagesordnung des Treffens standen Debatten über die Rolle des WSF im Hinblick auf die internationale Situation nach dem 11. September und über Methode und Programm, die eine Antwort auf die neuen Herausforderungen der internationalen Politik geben könnten. Außerdem wurde diskutiert, mit welchen Instrumentarien und Möglichkeiten der Internationale Rat sich als Raum des politischen Dialogs konsolidieren und eine entscheidende Rolle im Regionalisierungsprozess des WSF spielen kann.

In der Diskussion über die internationale Lage wurde darauf hingewiesen, dass der von Bush errichtete und durch die terroristischen Attentate vom 11. September verstärkte imperiale Staat (Sollte es nicht besser heißen: nach den Attentaten? Obige Kausalität erscheint mir fragwürdig, Anm. d. Übers.) die internationale Politik grundlegend verändert habe, und dass dies danach verlange, nicht nur die Anti-Davos-Polarisierung sondern auch die Diskussion über den Krieg, das Imperium und die Schaffung einer Gegengewichte in den Mittelpunkt der Agenda des WSF zu stellen. Gegenüber der wachsenden Polarisierung des Internationalen Systems diskutierten die Mitglieder des Internationalen Rates, ob das WSF sich bei Grenzsituationen, wie im Falle von Palästina und Argentinien, positionieren solle. In diesem Zusammenhang wurden die in der Charta der Prinzipien enthaltenen Grundsätze des WSF, die die offene und nicht bechlussfassende Natur des WSF hervorheben, erneut bekräftigt. Die zentralen Themen der internationalen Politik sollten über eine Vertiefung der Methode des WSF einbezogen werden. Das WSF sollte somit den Raum für die Konfrontation verschiedener Blickwinkel bieten, diese Themen also auf die Tagesordnung der Debatten stellen, sie sichtbar machen und damit Pluralität und Vielfalt aufwerten. Es wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die Agenda des WSF nicht lediglich Themen, sondern auch Strategien und von den sozialen Akteuren vorgeschlagene Alternativen in den Mittelpunkt stellen solle.

Die Debatte über die Methode des WSF erlangte große Wichtigkeit durch die in Porto Alegre getroffene Entscheidung, die Regionalisierung des WSF durch kontinentale, regionale und thematische Weltsozialforen zu stärken. Um das Risiko zersplitterter und wenig vernetzter Initiativen zu vermeiden, sollten sich Methode und Programm der Foren um ein zentrales, Einheit schaffendes Bindeglied ranken, das gleichzeitig Anpassung und Aneignung des Programms durch die spezifischen Kontexte der kontinentalen, regionalen und thematischen Foren erlaube. Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Internationalen Rates und des Brasilianischen Organisationskomitees gegründet, die den Aufbau thematischer Achsen und eine die Vielfaltigkeit fördernde Dynamik der Foren unterstützen soll. Innerhalb des nächsten Monats wird ein Treffen zwischen den brasilianischen OrganisatorInnen und den OrganisatorInnen der kontinentalen, regionalen und thematischen Foren stattfinden, um den Prozess zu vernetzen. Foren sind geplant in Europa, in den Amerikas und in Asien, des weiteren werden ein Panamazonisches Sozialforum und ein WSF über Palästina stattfinden. In Ozeanien oder in Neuseeland soll es u.U. ein WSF über den Fall Argentinien geben, und eventuell findet 2003 ein WSF im Mittelmeerraum statt.

Damit die Verbreitung des WSF in alle Welt kraftvoll und im Einklang mit der Charta der Prinzipien geschehen kann, wurde über die idealtypische Struktur der Instanzen diskutiert, die den Prozess und die Tagungen des WSF organisieren sollen. Der Rat schlägt vor, dass das WSF sich weiterhin über eine minimale Struktur bewegt, um den Prozess zu unterstützen - und nicht umgekehrt. Es wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Professionalisierung und Stärkung des Sekretariats hervorgehoben - ohne dass es dadurch zu einer Bürokratisierung kommen sollte. Die brasilianischen OrganisatorInnen schlugen eine fortschreitende Dezentralisierung der politischen Verantwortlichkeiten vor, die auf Basis der Charta der Prinzipien zwischen dem Brasilianischen Organisationskomitee und dem Internationalen Rat aufgeteilt werden sollten, bis man zu der Idealsituation käme, in der das Brasilianische Organisationskomitee zum Sekretariat des Internationalen Rates geworden sei.

Damit der Internationale Rat in der Lage ist, diese Verantwortung zu übernehmen, ist seine Festigung als Zusammenschluss von größter Wichtigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden - zusätzlich zur thematischen und methodischen Arbeitsgruppe -, eine Arbeitsgruppe zu Satzung und Kriterien der Zusammensetzung des Internationalen Rates sowie eine zur Kommunikation gegründet. Diese Gruppen sollen beim nächsten Treffen des Internationalen Rates im August in Bangkok / Thailand Vorschläge präsentieren.

Die Herausforderung für den Internationalen Rat und den gesamten Prozess der weltweiten Verbreitung des WSF wird es sein, eine globale Agenda zu schaffen, die Übereinstimmung innerhalb der Pluralität schafft, die als globale Bewegung eine Einheit gegen Neoliberalismus und Krieg bildet, und die gleichzeitig die Vielfaltigkeit und nicht bechlussfassende Natur des WSF als fundamentale Werte beibehält.

Fátima Mello, Abteilung Internationale Beziehungen der FASE Nacional, Brasilien
Übersetzung: Kirsten Breidenbeck, Kooperation Brasilien e.V.

1.2. Internationales Treffen diskutiert weltweite Regionalisierung des Weltsozialforums

Auch wenn es ursprünglich als Kontrapunkt zum Weltwirtschaftsforum (Forum von Davos) entstand - und sich zu Beginn auch so definierte -, hat sich das Weltsozialforum inzwischen zu einem kontinuierlichen Prozess gewandelt, der durch die Gesamtheit der AkteurInnen, die sich mit den Werten des Weltsozialforums identifizieren, gestaltet wird. In diesem Sinne ist die Regionalisierung eines der wichtigsten Ziele des Weltsozialforums, das über die Vorbereitung von kontinentalen und regionalen wie auch thematischen Sozialforen konkret umgesetzt wird. Diese Sozialforen sollen die Debatte über spezifische, vom Internationalen Rat des Weltsozialforums als vorrangig verstandene Fragen zur globalen Lage vertiefen. Der Internationale Rat ist die politische Entscheidungsinanz des Weltsozialforums.

Für dieses Jahr werden Sozialforen für Europa, Amerika, Asien, Afrika, Ozeanien und in der Mittelmeerregion sowie thematische Sozialforen im Mittleren Orient und in Argentinien diskutiert. Im Mittleren Osten wird man über die Militarisierung der Konflikte und Verhandlungen über Friedensprozesse diskutieren. Thema in Argentinien sollen die Auswirkungen der IWF-Politik für Entwicklungsländer sein.

Am 04. und 05. Juni findet in São Paulo ein Treffen der OrganisatorInnen der Sozialforen statt, um den Organisationsprozess derselben voranzutreiben. Am Treffen nehmen teil: Fernando Buendia und Manoel Mesaquiza (Kontinentales Sozialforum der Amerikas), Francisco dos Reis und Andrés Larisgoitia (Thematisches Sozialforum Argentinien), Bruce Douglas Dyer (Kontinentales Sozialforum Ozeanien), Luciano Muhlbauer, Bruno Paladini, Maurizio Guiotti und Leon Gabriel (Europäisches Sozialforum). Meena Menon und Prabir Purkayastha (Kontinentales Sozialforum Asien), Pep Valenzuela und Luis Arnaldo Campos (Pan-Amazonesisches Sozialforum -das Sozialforum der Amazonasregion) und Mónica Sabatta (Mittelmeersozialforum).

Das Treffen findet statt im Sitz des Weltsozialforums in der Rua General Jardim, 660, in Vila Buarque, São Paulo. Weitere Informationen: 3258-4466/7110 (Verena Glass).

05.06.02. Inezma Dantas, Ibsa. Brasilien
Übersetzung: Kirsten Bredembeck, Kooperation Brasilien e.V.

1.3. Das Europäische Sozialforum gewinnt an Kontur

Etwa 250 Personen kamen am Wochenende vom 10. und 11. Mai in Wien zum zweiten Vorbereitungsstreffen für ein Europäisches Sozialforum zusammen. Im Vorfeld des Treffens hatte am 10. Mai ein Treffen der osteuropäischen TeilnehmerInnen stattgefunden, darüber hinaus nutzten die deutschen TeilnehmerInnen auf Initiative der Kooperation Brasilien die Gelegenheit für eine Zusammenkunft am Rande des Treffens. Das Europäische Sozialforum sieht sich als Teil des Weltsozialforums von Porto Alegre und soll im November mit ca. 30.000 erwarteten TeilnehmerInnen im italienischen Florenz stattfinden. Es soll die sozialen Bewegungen in Europa zusammenzuführen und damit eine breite linke Protestbewegung vernetzen. Auf dem Vorbereitungsstreffen in Wien wurde ein umfassendes Verständnis von Europa betont, das über die Grenzen der Europäischen Union hinausgeht.

Etwa ein Viertel der TeilnehmerInnen des Treffens war aus Frankreich angereist, die zweitgrößte Gruppe kam aus Italien. Stark vertreten waren auch belgische, britische und spanische TeilnehmerInnen. Aus den osteuropäischen Ländern waren nur wenige gekommen, ebenso wenig aus Skandinavien. Aus Deutschland nahmen zwölf Personen am Treffen teil – immerhin zehn mehr als beim ersten Treffen am 09. und 10. März in Brüssel. Wie auch in Brüssel war ATTAC mit TeilnehmerInnen aus fast allen Ländern am stärksten vertreten, daneben waren aus verschiedenen Ländern die Erwerbslosenbewegung und linke gewerkschaftliche und kommunistische Gruppen gekommen. Anwesend waren auch VertreterInnen von NGOs aus unterschiedlichen Spektren sowie von linken Parteien vieler Länder. Kirchliche Gruppen waren kaum vertreten, ebenso wenig wie die großen Gewerkschaften. Unter den deutschen Anwesenden gab es VertreterInnen von ATTAC, den Euromärschen, entwicklungspolitisch orientierten NGOs, der "undogmatischen Linken" sowie Einzelpersonen linker Parteien.

Auf dem ersten Vorbereitungsstreffen im März in Brüssel hatten sich drei thematische Arbeitsgruppen gebildet, die in Wien nach einer kurzen Einführung über den aktuellen Stand der Dinge ihre Arbeit weiterführten. In den Arbeitsgruppen Programm, Organisation und Vernetzung wurde die Gestaltung des Europäischen Sozialforums genauer umrissen.

Das Europäische Sozialforum wird vom 07. bis 10. November im Konferenzzentrum des italienischen Florenz stattfinden, das in vier Hauptkonferenzsälen jeweils 2000 Menschen Platz bietet, sowie 35 gleichzeitige Seminare mit bis zu 500 TeilnehmerInnen und weitere 40 kleinere Workshops erlaubt. Ab dem 01. Juni 2002 bis zum 15. Oktober wird es allen Organisationen und TeilnehmerInnen über eine Web-Site (www.esf-fse.org) möglich sein, sich für das Europäische Sozialforum einzuschreiben. Auf dieser Web-Site sollen ferner Programm und Informationen zur Teilnahme sowie die Protokolle der Vorbereitungsstreffen und die teilnehmenden Organisationen veröffentlicht werden.

Es stehen bislang 10.000 kostenlose bzw. kostengünstige Unterkünfte zur Verfügung. Die Stadt Florenz hat der italienischen Vorbereitungsgruppe des Europäischen Sozialforums die administrative Zusammenarbeit bzgl. kostenlosem öffentlichen Transport für die Zeit des Forums, die Übernahme von 70.000 EUR für DolmetscherInnen und die Finanzierung eines Konzerts von Manu Chao angeboten. Da die Besorgnis bestand, sich allzu sehr in finanzielle Abhängigkeit zur Stadt Florenz zu begeben, wurde bezüglich des Finanzierungsangebotes der Übersetzung noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Für das Programm des Europäischen Sozialforums gab es einen Vorschlag der italienischen Vorbereitungsgruppe mit folgenden drei thematischen Achsen für das Forum: "Neoliberalismus und Globalisierung", "Krieg und Abrüstung" und "Demokratie und BürgerInnenrechte". Der Vorschlag wurde auf dem Treffen diskutiert. Die Diskussion ergab, dass bestimmte Themen wie bspw. Erziehung und Bildung, Gesundheit sowie die Erwerbslosenproblematik und feministische Ansätze – eine „Women's Conference“ wurde vorgeschlagen – bislang noch keinen Platz in der Programmgestaltung haben. Auch der Konflikt Palästina/Israel wurde als Sonderthema für das Programm identifiziert, wobei betont wurde, wie wichtig es ist, israelische Erfahrungen in das Programm einzubeziehen, und antisemitischen Tendenzen gegenzusteuern. Die Balkanproblematik soll ebenfalls gesondert behandelt werden. Das Treffen der osteuropäischen TeilnehmerInnen am 10. Mai hatte folgende inhaltliche Linien für Osteuropa ergeben: die Ergebnisse der liberalen Reformen für Osteuropa, die Balkanidentität, soziale Bewegungen und ihre Selbstorganisation sowie eine Kampagne für den Friedenskonzept einzuarbeiten und auf einem KoordinatorInnenreffen (s.u.) im Juni erneut zur Diskussion zu stellen. Insgesamt soll das Programm so offen gestaltet werden, dass es bei Bedarf auch später noch erweitert werden kann.

An den Internationalen OrganisatorInnen des Weltsozialforums ging die Bitte, alle europäischen TeilnehmerInnen des Weltsozialforums von Januar 2002 in Porto Alegre offiziell zur Beteiligung am Europäischen Sozialforum einzuladen. Um die Mobilisierung eines möglichst breiten Spektrums von Bewegungen und Organisationen zu gewährleisten, wurden die verschiedenen sozialen Bewegungen und Gruppen, die für eine Mitarbeit und/oder Teilnahme beim Europäischen Sozialforum gewonnen werden sollen, diskutiert, und die Frage geklärt, über welche Organisationen diese auf internationaler Ebene mobilisiert werden können. Die offene, erweiterbare Liste reicht von Gewerkschaften über die Bewegung sozial Ausgegrenzter und Erwerbsloser, Menschenrechts- und MigrantInnenorganisationen, Sinti und Roma u.ä. Minderheiten, Kirchen und religiösen Gruppen, auch anderer Glaubensrichtungen, die Frauen- sowie Schwulen- und Lesbenbewegung bis hin zur Friedens-, Umwelt- und Anti-

Atombewegung sowie den Erziehungssektor und den Jugendlichen. Alle genannten Gruppen sollen auch auf nationaler Ebene mobilisiert werden. Über die Einbeziehung politischer Parteien wurde - wie bereits auf dem letzten Treffen - keine Einigkeit erzielt, die Entscheidung hierüber den einzelnen, schon in etlichen Ländern gegründeten. Länderarbeitsgruppen überlassen.

Trotz der unbestreitbar konstruktiven Ergebnisse des Treffens blieben verschiedene Fragen, allen voran die Frage nach der Repräsentativität der TeilnehmerInnen am Treffen, bislang nicht geklärt. Zwar sieht sich die Europäische Vorbereitungsgruppe ausdrücklich als eine offene Arbeitsgruppe, an der alle diejenigen sich beteiligen und jetzt in die Arbeit neu einbringen können, die die Ziele des Weltsozialforums mittragen. Es gibt bislang jedoch keine Struktur, die die Mitsprache am Prozess regeln würde - und sie wurde auch nicht diskutiert. Und so ist es bislang eine eher zufällig zusammengewürfelte Gruppe von Aktiven, die sich um die Vorbereitung des Europäischen Sozialforums kümmert. Das Gewicht der einzelnen Positionen entscheidet sich eher nach der Mobilisierungskraft und Präsenz der einzelnen Bewegung bzw., ganz schneidet, nach dem Geldbeutel der TeilnehmerInnen und nicht Teilnehmenden. So nimmt es denn auch nicht Wunder, dass an dem Treffen gerade ärmere europäische Länder trotz erheblicher Mobilisierungsanstrengungen unterrepräsentiert waren, und dass gerade aus Osteuropa eine fast reine Männergruppe gekommen war.

Mit der alleinigen Deklaration der Europäischen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Europäischen Sozialforums als einer prinzipiell allen offenen Struktur, die nach dem Konsensprinzip arbeitet, ist gleichberechtigte Teilnahme eben noch längst nicht erreicht. Dazu passende Mechanismen, wie die tatsächlich von unten wachsende Repräsentation, eine Machtbegrenzung für einzelne, starke Akteure, eine solidarische Finanzierung, Verhandlungen über Visa für Teilnehmende von außerhalb der EU, Quotierungen für unterrepräsentierte soziale Gruppen und die Anwendung partizipativer Ansätze bei der Arbeit, müssen erst noch geschaffen werden, um eine wirklich offene Arbeitsgruppe zu schaffen. Viele dieser Bereiche wurden bereits kritisch angesprochen, und es bleibt zu hoffen, dass sie auf dem nächsten Treffen bzw. in den nationalen Arbeitsgruppen diskutiert werden.

Das Europäische Sozialforum hat sich selbst mit dem Termin November 2002 einen starken Aktionsdruck geschaffen, der ihm wenig Zeit lässt, zugehörige Strukturen und die Vernetzung wachsen zu lassen. Zwar zeigen diejenigen, die am Weltsozialforum in Porto Alegre teilgenommen haben, bislang großes Interesse daran, den Prozess in Europa weiter zu verfolgen: und einige auch, ihn aktiv mitzugestalten. Unter denjenigen, die nicht bereits am Weltsozialforum in Porto Alegre teilgenommen haben, ist die Idee des Weltsozialforums jedoch bislang noch so gut wie unbekannt. Es fehlt eine große Aufklärungskampagne. Dies wurde auf dem Treffen zwar angesprochen, doch leider konnte das Thema in der kurzen Zeit nicht wirklich erschöpfend behandelt werden: Besprochen wurde zwar, WER mobilisiert werden soll, das WIE der Mobilisierung aber blieb bislang weitgehend unthematized. Diese Frage ist daher dringend auf nationaler Ebene zu klären.

Auf einem kurzen Treffen der deutschen TeilnehmerInnen am Rande des Vorbereitungstreffens wurde hauptsächlich über das bundesweite Treffen zur Gründung einer Arbeitsgruppe für das Europäische Sozialforum und die Mobilisierung zu diesem Treffen am 01. Juni 2002 in Hannover gesprochen.

Die Gruppe soll zunächst den Charakter eines offenen Verbundes haben, der innerhalb von Deutschland für das Europäische Sozialforum in Florenz mobilisiert und versucht, die Idee des (Welt)Sozialforums möglichst breit zu popularisieren. Es besteht der Anspruch, eine Struktur zur bundesweiten Vernetzung der sozialen Bewegungen auch über das Europäische Sozialforum in Florenz hinaus zu schaffen. Das Treffen soll mit einer Einführung „Von Porto Alegre nach Florenz“ von Hermann Dierkes (ATTAC und Betriebsrat) beginnen. Monika Bricke (feIS) wird einen Überblick über die bisherigen Schritte und das zweite europäische Vorbereitungstreffen in Wien geben. Danach sollen analog zum Treffen in Wien Arbeitsgruppen an konkreten Fragen arbeiten. Am Ende des Treffens sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengetragen werden. Der Aufruf zu dem Treffen zirkuliert über E-mail und ist auf verschiedenen Web-Sites zum Thema einzusehen (bspw. www.esf-vienna.de), wird als Flugblatt und auf Veranstaltungen verteilt und angekündigt, ferner wird über Tageszeitungen auf das Treffen hingewiesen.

Ein nächstes Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum findet am 13. und 14. Juli in Thessaloniki/Griechenland statt. Ein weiteres und letztes Vorbereitungstreffen soll es im September geben. In der Zwischenzeit soll es neben der schon existierenden italienischen Arbeitsgruppe, die bislang die Rolle der Koordination des Prozesses übernommen hatte, pro Land und Arbeitsgruppe (Programm, Organisation, Netzwerke) jeweils eine weitere Person zur Koordination geben. Ein erstes Koordinatorentreffen wird am 10. Juni in Rom, und ab dann monatlich stattfinden. Hiermit wird eine erste Struktur geschaffen, die eine Einflusnahme auf Basis von Länderkoordinatoren gewährleistet, und damit der Verstärkung der Koordination durch die italienische Arbeitsgruppe oder andere starke Fraktionen entgegen zu wirken. Die KoordinatorInnen für die einzelnen Länder sollen auf dem Treffen am 10. Juni bestimmt werden. Leider wurde nicht geklärt, mit welchem Mandat an dem Koordinatorentreffen teilgenommen werden kann. Um so wichtiger wird es sein, auf dem bundesweiten Treffen in Deutschland am 01. Juni ein eindeutiges Mandat zu vergeben.

Kristen Bredenbeck, Kooperation Brasilien e. V., 14.05.02

1.4. Vernetzung in Deutschland zum Sozialforum

Länderbezogene Arbeitsgruppen, die die Vernetzung zum Sozialforum vorantreiben, haben sich bereits in verschiedenen europäischen Ländern gegründet. Am 01. Juni 2002 fand in Hannover ein Treffen von 60 Einzelpersonen und VertreterInnen verschiedener Organisationen zur Gründung einer deutschen Arbeitsgruppe für ein Europäisches Sozialforum statt. Das Treffen war insbesondere von der Kooperation Brasilien, ATTAC, Euromärsche, Network Worldwide Projects und einer Vertreterin von feIS initiiert worden.

Die deutsche Arbeitsgruppe zum Europäischen Sozialforum hat sich die Vorbereitung, Vernetzung und Aufklärungsarbeit insbesondere für das Europäische Sozialforum im November 2002, das integraler Bestandteil des Weltsozialforums ist, und für das Weltsozialforum im Januar 2003, zum Ziel gesetzt. Hierzu soll ein breites gesellschaftliches Bündnis geschaffen werden, das die Idee und den Prozess des Sozialforums trägt und das Europäische Sozialforum wie das Weltsozialforum wirksam bekannt macht.

Interessierte, die darüber hinaus am Vorbereitungsprozess für das Europäische Sozialforum aktiv teilnehmen möchten, können sich über die Site auch in die Mailing-Liste der Arbeitsgruppe zum Europäischen Sozialforum eintragen (vorläufig funktioniert dies über eine E-Mail an: esf-le-subscribe@lists.riscup.net).

Es wurde vorgeschlagen, einen Finanzplan zu entwickeln, der zum einen die Kosten der bundesweiten Vernetzung berücksichtigt (weitere Treffen, Informationsmaterialien etc.) und zum anderen die Kosten für eine solidarische Finanzierung von Teilnahmekosten (Zuschüsse zu Reisekosten nach Einkommenslage / Finanzkraft der Organisation). Für Spenden und Patenschaften soll bei Organisationen und Persönlichkeiten gebitten werden.

Angela Klein wird die deutsche Arbeitsgruppe zum Europäischen Sozialforum auf dem europaweiten KoordinatorInnentreffen zur Vorbereitung des Europäischen Sozialforums am 10. Juni 2002 in Rom vertreten. Dort wird sie die auf dem Treffen erarbeiteten Vorschläge in die gesamteuropäische Vorbereitung einbringen. Auf dem internationalen Vorbereitungsmeeting des Europäischen Sozialforums am 13./14. Juli in Thessaloniki werden Monika Brücke (feIS) und Hugo Braun (ATTAC) die deutsche Arbeitsgruppe vertreten. Kontaktstelle für die bundesweite Vernetzung bezüglich des Sozialforums ist derzeit die Kooperation Brasilien.

Wie auf europäischer Ebene zeigte sich auch auf dem Treffen in Deutschland, welche ungeheuren Aktionsdruck sich die „Bewegung der Bewegungen“ durch den nahen Termin, 07.-10. November 2002 für das Europäische Sozialforum, geschaffen hat. Für inhaltliche Diskussionen war auf dem Treffen in Hannover viel zu wenig Raum. Eine genaue Definition und Klärung, als was die Gruppe sich eigentlich versteht, und mit welchen Zielen sie sich gründet, wie das Europäische Sozialforum in den verschiedenen Organisationen und Bewegungen diskutiert wird, was die einzelnen zum Weltsozialforum, zum Europäischen Sozialforum, zur Vernetzung in Deutschland, einbringen wollen und können, und wie die Gruppe sich legitimiert, wäre nötig gewesen. Statt mit ausreichend Zeit Gründung und Zielsetzung zu diskutieren, wurde zu schnell zu organisatorischen Fragen der Erweiterung, Mobilisierung, Bekanntmachung, Finanzierung, etc. übergegangen. Auch die von der europäischen Ebene an die nationalen Komitees weitergereichte Frage, ob Parteien offiziell auf dem Europäischen Sozialforum vertreten sein dürfen, wurde bislang nur unbefriedigend geklärt, und eine endgültige Klärung auf das nächste Treffen der bundesweiten Arbeitsgruppe verschoben. Einmal mehr haben so selbst gemachte Sachzwänge eine wirkliche Diskussion und Zielfindung zugunsten organisatorischer Fragen in den Hintergrund gerückt.

Die bundesweite Arbeitsgruppe zum Europäischen Sozialforum wird am 03. August 2002 – voraussichtlich erneut in Hannover – zu einem weiteren offenen Treffen zusammenkommen. Hier sind die genannten Diskussionen dringendst nachzuholen – auch wenn die Zeit dann im Hinblick auf das Europäische Sozialforum wieder knapper geworden ist. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die politische Entwicklung des Europäischen Sozialforums von Sachzwängen geprägt wird. Um dem gegenzusteuern, ist eine offene, produktive Diskussion, die den Prozess in den Mittelpunkt stellt, unabdingbar. Alle Interessierten aus Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen, NGOs u.a. sind deshalb herzlich zur Teilnahme an diesem Treffen und zur Mitgestaltung der Regionalisierung des Sozialforums eingeladen. Eine andere Welt wird möglich durch viele!

Kurzen Breidenheck, Kooperation Brasilien e.V., 10.06.02

Bis dahin ist noch einiges zu leisten – denn auf dem Treffen spiegelte sich die auch auf gesamteuropäischer Ebene vorherrschende TeilnehmerInnenstruktur zum Teil wider: Neben ATTAC war Euromätsche am stärksten vertreten, ansonsten waren einzelne VertreterInnen kleiner NGOs gekommen, außerdem Mitglieder von Jugendorganisationen und Einzelpersonen aus linken Parteien. Es zeigte sich jedoch auf der anderen Seite im Ansatz bereits eine gesellschaftliche Verbreiterung: Mit Medico International war eine der größeren, international anerkannten NGOs mit mehreren TeilnehmerInnen vertreten, und mit einer Person aus der Nordelbischen Kirche und einem Vertreter der Missionszentrale der Franziskaner war – wenn auch noch sehr zögerlich – diesmal auch der kirchliche Bereich präsent. Nichtsdestotrotz sind die kirchlichen Organisationen, die auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre stark vertreten waren, noch mehr gefordert, sich auch im hiesigen Kontext an diesem Prozess zu beteiligen. Ebenfalls gekommen waren linke GewerkschafterInnen. Deutliches Interesse, zukünftig am Prozess teilzunehmen, signalisierten gegenüber KoBra bereits VertreterInnen von IGM und Verdi, die auf dem Treffen am 01. Juni nicht anwesend sein konnten, ebenso wie einige lokale Sozialforen (Tübingen/Reutlingen, Stuttgart), die unterschiedlichste AkteurInnen unter ihrem Dach vereinen.

Auf dem Treffen wurden in vier Arbeitsgruppen deutsche Beiträge zum Programm des Europäischen Sozialforums diskutiert, Vorschläge zur Presse- und Medienarbeit sowie zur Vernetzung und Informationsarbeit entwickelt und Ideen zu Fragen der Logistik und Finanzen entworfen. Bezüglich des Programms für das Europäische Sozialforum stellte die hiermit befasste Arbeitsgruppe heraus, dass die Themen Rechtsentwicklung und Demokratieabbau in der EU, Migration sowie die Frage der Vernetzung der Gewerkschaften bislang nicht ausreichend durch den auf gesamteuropäischer Ebene diskutierten Programmorschlag berücksichtigt seien. Diese Themenbereiche sollten daher in die gesamteuropäische Vorbereitung eingebracht werden.

Um möglichst noch wesentlich umfassendere gesellschaftliche Teile in den Regionalisierungsprozess des Weltsozialforums einzubeziehen, sollen Gruppen und Organisationen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen – von Gewerkschaften über Kirchen, Friedens- und Umweltbewegung, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen, dem Erziehungs- und wissenschaftlichen Sektor, aber auch KünstlerInnen, StudentInnen, Jugendliche etc. – direkt angesprochen und für die Vorbereitung des Europäischen Sozialforums sowie für die Verbreitung der Idee des Sozialforums gewonnen werden. Unterschiedliches Informationsmaterial zum Weltsozialforum und Europäischen Sozialforum sowie eine gemeinsame Einladung für das Europäische Sozialforum sollen erstellt werden.

Die Arbeitsgruppe Medien- und Pressearbeit wird den weltweiten und europäischen Sozialforumsgedanken einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Pressekontakte erstellen und vermitteln (Kontakt: Hugo Braun, Tel.: 0211 – 67 49 80) und in Folge des dritten internationalen Vorbereitungsmeetings für das Europäische Sozialforum (13./14. Juli in Thessaloniki/Griechenland) eine Pressekonferenz in Berlin organisieren. Auf einer Web-Site (www.dsif-gsf.org oder www.dsif-gsf.de, ab ca. Ende Juni 2002) mit aktuellen Berichten und Links zu den anderen länderbezogenen und internationalen Sites des Weltsozialforums werden Informationen zur Regionalisierung und Vernetzung in Deutschland allgemein zugänglich gemacht.

Auch wenn es ursprünglich als Kontrapunkt zum Weltwirtschaftsforum (Forum von Davos) entstand - und sich zu Beginn auch so definierte -, hat sich das Weltsozialforum inzwischen zu einem kontinuierlichen Prozess gewandelt, der durch die Gesamtheit der AkteurInnen, die sich mit den Werten des Weltsozialforums identifizieren, gestaltet wird. In diesem Sinne ist die Regionalisierung eines der wichtigsten Ziele des Weltsozialforums, das über die Vorbereitung von kontinentalen und regionalen wie auch thematischen Sozialforen konkret umgesetzt wird. Diese Sozialforen sollen die Debatte über spezifische, vom Internationalen Rat des Weltsozialforums als vorrangig verstandene Fragen zur globalen Lage vertiefen. Der Internationale Rat ist die politische Entscheidungsinstanz des Weltsozialforums.

Für dieses Jahr werden Sozialforen für Europa, Amerika, Asien, Afrika, Ozeanien und in der Mittelmeerregion sowie thematische Sozialforen im Mittleren Orient und in Argentinien diskutiert. Im Mittleren Osten wird man über die Militarisierung der Konflikte und Verhandlungen über Friedensprozesse diskutieren, Thema in Argentinien sollen die Auswirkungen der IWF-Politik für Entwicklungsländer sein.

Gesucht: Antwort auf die Krise

Tausende kamen am Wochenende zum argentinischen Sozialforum, um Alternativen zur Politik der Regierung zu finden. Star der Veranstaltung war der Bolivianer Evo Morales

BUENOS AIRES taz ■ Zuerst sah alles danach aus, als seien die üblichen Verdächtigen wieder einmal zusammengekommen. An Ständen wurden Che-Guevara-Poster verkauft, gegen eine Spende gab es die *Arbeiterpresse* und es wehten unzählige blauweiße Argentinienfahnen. Aber das Sozialforum in Buenos Aires vom vergangenen Wochenende war mehr als ein folkloristisches Ritual.

Weit über hundert linke Organisationen – Professorenverbände und Arbeitslosengruppen, marxistische Theoriezirkel und Suppenküchen – hatten gerufen, um in Buenos Aires das in Klein zu veranstalten, was Anfang des Jahres im brasilianischen Porto Alegre für Furore sorgte. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich, ein anderes Argentinien ist möglich“ wurde vier Tage lang über mögliche Wege aus der Krise des Landes diskutiert.

Von der Regierung unter Präsident Eduardo Duhalde sind solche Vorschläge nicht zu erwarten. Duhalde ist zum Verwalter der Krise geworden; wie es weitergehen soll, darüber schweigt er. Aber auch unter den möglichen Kandidaten für die Präsidentenwahlen im kommenden Jahr ist keine Debatte darüber entbrannt, wie das Land aus der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte geführt werden könnte.

Dieses Ideenvakuum der nationalen Führungsriege versuchte das Sozialforum am Wochenende zu besetzen. Und hat damit offensichtlich den Nerv getroffen. Die Seminarräume der Universität von Buenos Aires waren bei fast allen Veranstaltungen überfüllt.

Der argentinische Politikwissenschaftler Atilio Borón versuchte der tiefen Krise seines Landes auf den Grund zu gehen. „Nirgendwo in Lateinamerika wurde das neoliberale Modell mit einer solchen Konsequenz durchgesetzt wie in Argentinien“, sagte er. Der Staat habe sich freiwillig aus Bereichen der Wirtschaft zurückgezogen, die in den Nachbarländern noch immer in staatlicher Hand sind. So habe Brasilien niemals seine Erdölgesellschaft verkauft, und selbst in Chile wurde nie daran gedacht, die Kupferproduktion zu privatisieren. Beides lukrativ Einnahmequellen des Staates. In Argentinien hingegen habe, so Borón, eine „selektive Zerstörung des Staates“ stattgefunden, angetrieben von der Regierung, die ganz auf die freien Marktkräfte gesetzt habe.

„Meine beste Universität waren der Hunger und die sozialen Kämpfe“

Von derlei ökonomischen Fragen unberührt zeigte sich die aus Thailand eingeflogene Britin Nicola Bullard von der Nichtregierungsorganisation (NGO) „Focus on the global south“. Sie berichtete vom Widerstand gegen ein Staudammprojekt in Indien und von den sozialen Bewegungen in Asien. Bullard gehört zur Nomenklatura der NGO-Bewegung, die heute in Bangkok in einer Konferenz sitzt und morgen nach Buenos Aires jettet. Die NGO-Reisekader reden über Probleme und über soziale Akteure anstatt sich selbst an den Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Ganz anders der Anführer der bolivianischen Kokabauergewerkschaft Evo Morales. Noch vor fünf Jahren druckten Zeitungen in Bolivien Karikaturen mit der Schriftzeile: „Morales muss getötet werden.“ Doch vor wenigen Wochen wäre Morales fast Präsident Boliviens geworden. Dementsprechend selbstbewusst drehte er auf: „Meine beste Universität waren der Hunger und die sozialen Kämpfe“, rief er und beschwor den Kapitalismus zum größten Feind der Menschheit und der Umwelt. Tosender Applaus. Denn so einen wie ihn hätten sie gerne in Argentinien. Einen linken Anführer, der reden kann und ehrlich aussieht und sich in einen Volkstribun verwandelt könnte. Mit so jemandem könnte man auch vielleicht die Wahlen gewinnen, was derzeit aussichtslos ist.

INGO MALCHER

CON UNA LARGA MARCHA, COMENZO EL FORO SOCIAL EN LA ARGENTINA

Estos caminantes contra el modelo

Por Eduardo Tagliaferro

▲ No fue un fantasma, fueron miles y miles de manifestantes. El repudio al ALCA, al neoliberalismo y la idea de que "otro mundo es posible" alentaron a los participantes de la marcha que dio inicio al Foro Social Mundial en la Argentina. La caminata comenzó luego de que el diputado boliviano y dirigente campesino Evo Morales participara con las Madres de Plaza de Mayo de la habitual ronda de los jueves alrededor de la Pirámide. "El pueblo nuevamente está presente frente a este tribunal de injusticia para pedirle a la Corte Suprema que se vaya", dijo desde el camión de sonido el Premio Nobel de la Paz, Adolfo Pérez Esquivel, cuando la columna pasó frente al Palacio de los Tribunales. La jornada finalizó en la plaza Houssay y, salvo la presencia de algunos diputados del ARI y del Frente para el Cambio, los dirigentes políticos estuvieron ausentes.

Luego de las palabras del titular de la CUT de Brasil, Joao Felicio, y de Evo Morales, el comité de movilización dejó inaugurado el evento. Lo hizo Nora Cortiñas, de Madres de Plaza de Mayo - Línea Fundadora. Aunque algunos dirigentes internacionales todavía no arribaron, desde hoy comenzarán a funcionar algunos de los cerca de 240 talleres y más de 40 mesas redondas en las que se pretende encontrar alternativas a ese monstruo grande que pisa fuerte y que tiene por común denominador la exclusión social.

"Traigo el abrazo de los trabajadores del Brasil", comenzó Felicio. La bandera verde-amarilla que tenía en sus manos no dejaba dudas. "Ahora ellos no necesitan dictaduras militares, por eso quieren el ALCA", afirmó entusiasta y verborágico, el titular de la CUT. Su encendido discurso logró conmover a una multitud, un tanto cansada por la larga caminata. Luego de las palabras de Felicio, habló Evo Morales. El diputado boliviano señaló que tenía más expectativas en la lucha social y callejera como herramienta para cambiar el actual modelo económico que en la lucha política y parlamentaria. "Nos acusan de terroristas, pero los terroristas son los que confiscan nuestros ahorros y los que nos imponen políticas de hambre y miseria, como el FMI y el Banco Mundial", fueron las últimas palabras del líder de los coccaleros.

Cierto es que "las marchas tienen su propia estética", como le comentó a este diario un veterano dirigente revolucionario. La de ayer tuvo la suya. El colorido de cada grupo y la diversidad de consignas y agrupaciones fue lo distintivo. El núcleo más numeroso lo aportó Barrios de Pie de la CTA. Se destacaban delegaciones de Almirante Brown, Morón y hasta de Rosario. Marcharon con sus hijos, con los cochecitos y con los estandartes de cada uno de los comedores populares. Rosa, del comedor Hormiguitas Viajeras del partido bonaerense de San Martín, comentó a este diario que "cada vez ve más chicos desnutridos". También admitió que "ya no pueden solventar más los costos de funcionamiento" para dar de comer a los 150 chicos que diariamente llegan a su local.

Cuando marchó sobre la avenida Córdoba, la columna ocupaba unas siete cuadras nutridas de manifestantes. Cada cual con su consigna y estandarte. "Lucho que se van", entonaban los jóvenes de la CTA y "pan, trabajo, ajuste al carajo", los chicos de la Villa La Cava. A esa altura de la marcha, el dirigente boliviano Evo Morales era el receptor de las más entusiastas muestras de afecto. "Es una alegría tenerlo a Evo aquí", dijo a este diario Máximo Quispe Ramírez, residente boliviano en nuestro país. "Yo estoy hace seis años y tengo cuatro chicos nacidos acá, pero la lucha es una sola tanto en la

Argentina como en Bolivia y en toda Sudamérica", concluyó emocionado este obrero textil actualmente desocupado.

La marcha avanzaba con la buena voluntad de los automovilistas y el esfuerzo de los organizadores. Tal vez la ausencia total de policías fue la garantía del movimiento pacífico de la multitudinaria concentración. Un muñeco de los grupos ecologistas que se oponen a la instalación de un basurero nuclear en Ezeiza cerraba la columna, en la que sobresalían las agrupaciones de Attac, CTA, Judiciales y Utpba, que marchó con la banderada "periodistas en lucha". Los abogados laboristas llevaron una enorme bandera verde en la que en letras blancas se leía "Justicia". También se destacaban las banderas de las asambleas barriales de Plaza de Mayo, Temperley, Balvanera, Ezeiza y Núñez-Saavedra. Los diputados del ARI -Irma Parentella, Marcela Bordenave y María América González- se confundían con los manifestantes. También podía verse al legislador nacional Alfredo Villalba. Famosos y personajes anónimos recorrían la plaza Houssay. Entre los distintos grupos caminaba la cantante Marilina Ross.

La voz de la socióloga de Clacso, Clara Algranatti, que ofició de locutora del acto con el que se cerró la manifestación, se quebró de emoción al ver la multitud que rodeó al palco. No era para menos: las calles de Buenos Aires habían sentido el paso de los luchadores contra el neoliberalismo. Y casi todos los participantes del Foro coinciden con Evo Morales en que "al sistema y al modelo sólo lo vamos a cambiar desde las calles, desde los caminos y desde los cortes de ruta". Las actividades continuarán hoy en las facultades que rodean la plaza Houssay. Pero ésa será otra historia. Como afirmó Ana Esther Ceceña, la directora de la revista Chiapas: "Hoy estamos derrotando un poco más al neoliberalismo, dimos un paso más en la lucha". Claro que el camino es muy largo.■

Das Projekt einer »Europäischen Sozialen Consulta«

CONTRASTE April 2002

Europaweit vernetzt: sich Einzelpersonen, soziale Initiativen, autonome Projekte und soziale Bewegungen, um in einer »Europäischen Sozialen Consulta« eine Alternative zur kapitalistischen Globalisierung und deren negativen Auswirkungen auf das soziale Zusammenleben der Menschen aufzuzeigen: ein europaweiter Diskussionsprozess von unten.

Consulta-Initiativgruppe Berlin ● Die »Europäische Soziale Consulta« (consultare (lat.) = beratschlagen) steht klar im Kontext der Proteste von Seattle, Prag und Genua. Diese Städte sind bereits zu Symbolen geworden in einem Kampf der sozialen Bewegungen gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung. Mehrere zehntausend Menschen gingen dort jeweils auf die Strassen, um ihren Protest gegen das jetzige System eindrucksvoll und entschlossen zu demonstrieren.

Praktische Implikationen

Die Consulta ist eine Fortsetzung der weltweiten Proteste gegen neoliberale, kapitalistische Strukturen, die sich auf unser alltägliches Leben auswirken und nach und nach alle Lebensbereiche einer Profitlogik unterwerfen. Genannt seien hier beispielhaft die Umstrukturierung der Arbeitsämter und die geforderte Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, der Wohnungsleerstand und die hohen Mieten, die Umstrukturierung der Städte und Vertreibung von Obdachlosen und »Unangepassten«, die Einteilung der Menschen in (wirtschaftlich) »nützliche« und »ausplündernde«, die Abschottung und Diskriminierung gegenüber MigrantInnen, die Überwachung des sozialen Lebens, die neoliberale Bildungspolitik und der Leistungsdruck in den Schulen und an den Arbeitsplätzen... und nicht zuletzt die kaum noch vorhandene kritische Presse.

Diskurs der Globalisierungskritik

Bei den großen und medienwirksamen Protesten gegen die internationalen Treffen der Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, geht es darum, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die globalen Institutionen des neoliberalen Kapitalismus zu lenken. Dadurch soll die Ungerechtigkeit und Anti-Demokratie der Weltwirtschaft verdeutlicht werden. Es soll exemplarisch aufgezeigt werden, wie die »ökonomische Politik« dieser Institutionen die Armut und Unzufriedenheit der Mehrzahl der Menschen dieser Welt erzeugt. Gleichzeitig ist das Anliegen der verschiedenen sozialen Bewegungen aber auch, den wachsenden weltweiten Widerstand gegen diese kapitalistische Politik zum Ausdruck zu bringen und damit einer globalen Bewegung der verschiedenen sozialen Bewegungen Kontinuität einzuhauchen.

Bis jetzt ist daraus ein weltweiter Diskurs der »Globalisierungskritik« entstanden, der von Universitäten über soziale Initiativen bis in die (unkritische) Presse Einzug gehalten hat. Nicht einmal staatstragende Parteien oder WEF und Co können sich diesem Diskurs noch entziehen, was gleichzeitig auch eine enorme Gefahr in sich birgt. Zu schnell wird solch ein Diskurs vereinnahmt und von Organisationen und Institutionen zu politischen Machtkämpfen zweckentfremdet.

Was dann noch übrigbleibt und in »offizielle Politik« verwandelt wird, ist nicht viel und lässt den Traum einer anderen Welt schnell platzen. Als Beispiel kann der »Weg durch die Institutionen« der Grünen-Partei genauso genannt werden, wie der Seitenwechsel der Gewerkschaften vom Sprachrohr und Kampforgan der ArbeiterInnen zu einem »offiziellen Mitarbeiter« der Regierung und Wirtschaft in Sachen Sozialabbau. Dies zeigt insbesondere das Engagement der Gewerkschaften im »Bündnis für Arbeit« sehr deutlich, die darin eine gemeinsame Politik des Sozialabbaus zusammen mit der Regierung betreiben.

Das Projekt

Die »Europäische Soziale Consulta« will hier ansetzen. Sie ist weder eine Organisation, noch erhebt sie Vertretungsansprüche. Vielmehr stellt sie einen vernetzten, kollektiven Diskussionsprozess dar, der von den betroffenen Menschen selbst initiiert und weitergetragen wird, ohne ihre Stimmen an VertreterInnen abzugeben. Deshalb werden europaweit Einzelpersonen, soziale Initiativen, autonome Projekte und soziale Bewegungen aufgefordert zusammenzukommen, um miteinander der kapitalistischen Globalisierung von oben, ein Projekt der sozialen Globalisierung von unten entgegenzusetzen.

Dieses Projekt soll nicht versuchen Einfluss zu erringen oder kleine Verbesserungen zu erreichen. Vielmehr geht es bei der »Europäischen Sozialen Consulta« darum, über die breite, horizontale Vernetzung möglichst vieler und unterschiedlicher, fortschrittlicher und betroffener Menschen, Gruppen und Bewegungen konkrete Ideen und Projekte einer anderen Welt entstehen zu lassen.

www.tosalar.de/Einzel/eu_soc_forum/

Europäisches Sozialforum 7.-10. November 2002 in Florenz

FAQ zum Europäischen Sozialforum (ESF)

Was sind das Weltsozialforum (WSF) und das Europäische Sozialforum (ESF)?

Auf dem Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre wurden im Januar 2002 sechs Tage lang unter dem Motto "Eine andere Welt in Frieden ist möglich" die zerstörerischen Auswirkungen neoliberaler Globalisierung analysiert und diskutiert. Es fand nach 2001 zum zweiten Mal statt. Es bietet den sozialen Bewegungen und Organisationen Raum zu Austausch und Diskussion und die Möglichkeit zur internationalen Vernetzung und Koordinierung - ohne selbst eine Organisation werden zu wollen. Das nächste Weltsozialforum wird vom 23. bis 28. Januar 2003 wieder in Porto Alegre stattfinden; im Jahr darauf voraussichtlich in Hyderabad in Indien. Die weltweite Bewegung hat sich das Ziel gesetzt, sozial und ökologisch nachhaltige Strategien und Alternativen zur weltweiten neoliberalen Liberalisierung und dem Primat ökonomischer Verwertung zu entwickeln. Am letzten WSF haben 60.000 Menschen teilgenommen, doppelt soviel wie im Jahr zuvor - das ist aber auch die Grenze der Kapazitäten der Infrastruktur. Deshalb beschloss die Bewegung, sich künftig auch auf regionalen Sozialforen zusammenzufinden und damit noch mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen.

EIN ANDERES EUROPA FÜR EINE ANDERE WELT!

Aufruf für das Vorbereitungstreffen des Europäischen Sozialforums in Wien

Der ungeheure Erfolg des Welt-Sozialforums (WSF) 2002, das zwischen 31. Jänner und 5. Februar dieses Jahres im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden hat, ermutigte das Internationale Komitee des WSF, die Veranstaltung regionaler Foren auf jedem Kontinent anzuregen, als Vorbereitung auf das WSF 2003 in Porto Alegre.



Auf Beschluss der Europäischen WSF-Delegation wird nun das Europäische Sozialforum (ESF) Ende Oktober/Anfang November in Neapel oder Florenz stattfinden und im Geist jener Prinzipien organisiert werden, die im Rahmen des WSF in Porto Alegre definiert wurden. Dieses Forum soll allen Basisorganisationen, sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen offen stehen, die sich gegen den Neoliberalismus, imperialistische Machtstrukturen und jegliche Art der Unterdrückung stellen und eine gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft errichten wollen, die sich an den menschlichen Grundbedürfnissen orientiert. Wie das WSF tritt auch das Europäische Sozialforum für die Globalisierung der Emanzipation und der menschlichen Werte ein, in entschiedenem Gegensatz zu den maßgeblichen Forderungen des globalen Kapitals.

Da die zentral- und osteuropäischen (CEE) Bewegungen und Organisationen beim Welt-Sozialforum dramatisch unterrepräsentiert geblieben waren, verpflichtete sich das ESF bei seinem ersten vorbereitenden Planungstreffen in Brüssel (9. – 10. März). Kontakte mit der zentral- und osteuropäischen Zivilgesellschaft zu knüpfen und deren Einbindung in den Porto Alegre-Prozess zu fördern. Um das zu erleichtern, wird zwischen dem 10. und 12. Mai 2002 in Wien ein Vorbereitungstreffen stattfinden, das den CEE-Bewegungen Gelegenheit bieten soll, sich einzugliedern und eigene Inhalte in das ESF einzubringen.

In Brüssel wurde auch der Vorschlag geäußert, das ESF solle die Verteidigung

demokratischer Freiheitsrechte zu einem seiner vorrangigen Anliegen machen, insbesondere die Verteidigung der kollektiven wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte. Des weiteren sollen alternative ökonomische Strukturen diskutiert werden, die eine Herausforderung für die existierende wirtschaftliche Weltordnung darstellen, sowie nationale, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten in diesen Diskussionsprozess einbezogen werden.

Ergänzend zu diesem Themenkatalog haben die italienischen Organisationen, die als Gastgeber des ESF fungieren, folgende Punkte als Rahmenprogramm des ersten Treffens angeregt:

- * Schaffung einer Bürger-Charta für Europa, die sich als Gegenmodell zu den Verfassungsentwürfen der EU versteht
- * Formulierung einer Agenda zur Mobilisierung gegen Krieg und Militarisierung der Politik sowie gegen Waffenproduktion und Waffenhandel in der EU
- * Definition der Rolle Europas in der Welt mit speziellem Augenmerk auf zentral- und osteuropäische Regionen sowie die Mittelmeerländer
- * Organisation von Kulturveranstaltungen und Massendemonstrationen mit innovativen Formen

Wir bitten auch Euch, Eure Stimme zu erheben und Euch dem Porto Alegre-Prozess anzuschließen. Kommt nach Wien! Organisiert Euch für die Teilnahme im ESF! Gebt diese Information an andere Organisationen weiter, die mit Euch in Kontakt stehen und von denen Ihr denkt, dass sie hinter den Zielen der WSF-Charta stehen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Österreich und Ungarn haben die Aufgabe der Informationskoordination zwischen den CEE-Bewegungen und dem Forum übernommen. Organisationen, die Kooperation anstreben oder die Kommunikation mit dem Forum aufnehmen wollen, sind aufgefordert, kurze Zusammenfassungen ihrer Vorschläge für die Inhalte des ESF, mit besonderer Betonung der Bürger-Charta und der zentral- und osteuropäischen Regionen bis spätestens Ende April 2002 einzubringen.

Jede Form der Unterstützung, seien es Vorschläge oder weitergehende Zusammenarbeit, sind herzlich willkommen, insbesondere Ideen, zu wem sonst wir bezüglich des Forums Kontakt aufnehmen sollten.

Ab 15. April 2002 wird den InteressentInnen eine homepage mit einem Anmeldeformular unter der Adresse: <http://www.esf-vienna.org> sowie eine zentrale Email-Adresse: esf.organisation@reflex.at zur Verfügung stehen. InteressentInnen aus Österreich können auch telefonisch Informationen unter der Nummer: 01/310 88 80 Dw.23 (Mo bis Fr, 10 – 12 Uhr) einholen. □

Leo Gabriel, Europäisches Sozialforum, Koordination Österreich:

email: gabriel.lai@magnet.at

Simó Endre, Europäisches Sozialforum, Koordination Ungarn:

email: simoendre@freemail.hu

Wien und Budapest, 29. März, 2002

WSF, Charta der WSF-Prinzipien:

<http://www.forumsocialmundial.org.br/enz/rtas.asp>

WSF, Internationaler Rat:

<http://www.forumsocialmundial.org.br/enz/conselho.asp>

WSF, Ausblick, Zukünftiges:

http://www.forumsocialmundial.org.br/enz/solucoes_cons_intern.asp

Ausland

Große Hysterie in Florenz

Italiens Rechtsparteien warnen vor Zerstörungen bei Sozialforum. Landesweite Antikriegsproteste

Georg Dacher

»Das architektonische und kulturelle Welterbe von Florenz muß gerettet werden!« – so schrieben 40 Europa-Abgeordnete diverser rechter Parteien an den Bürgermeister, den Präsidenten der Region Toskana sowie – zur Information – an den Innenminister Italiens. Erklärter Zweck dieses Aufrufs ist keineswegs, Gelder oder Subventionen für Restaurierungsarbeiten aufzutreiben, sondern »eventuelle Schäden zu verhindern«.

Kaufleute in der norditalienischen Stadt klagen: es konnte keine Einigung erzielt werden, alle Geschäfte während des globalisierungskritischen »Social Forum« zwischen dem 6. und 10. November zu schließen – nun werden viele an diesen Tagen »wegen Renovierungsarbeiten geschlossen« sein, vor allem die Juweliere am Ponte Vecchio. Versicherungen versichern nicht. Der für den Einsatz der Ordnungskräfte zuständige Präfekt von Florenz hingegen versichert, er hätte alles im Griff, obwohl es im Ausland gewalttätige Gruppen gäbe, die sich noch nicht entschlossen hätten, was sie tun würden. »Wir beobachteten sie«, hieß es.

Die Museen werden während der »heißen Tage« im November geöffnet bleiben. Die Organisatoren des Sozialforums hätten signalisiert, es würden eigene Museumsführungen für Demonstranten gewünscht. Diese seien schließlich auch (Kultur-)Menschen. Der für den Dom verantwortliche Erzbischof hat sich indes noch nicht entschieden, erklärte jedoch, seine Kirche sei kein Massenquartier. Die traditionelle Gastfreundschaft der Franziskaner werde wohl nicht in Anspruch genommen werden, meinte deren Abt, und die große Kirche Santa Croce werde ebenso wie das Kloster pünktlich um 17 Uhr schließen.

7000 Schlafplätze in Hotels und Herbergen der Stadt sind bereits gebucht, 20000 Teilnehmer werden zu dem politischen Großereignis erwartet. Angeblich will die »linke« Stadtverwaltung Schlafplätze in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden bereitstellen; dagegen protestierten bereits die Rechtsparteien: Wie denn anständige Bürger dazu kämen, die Kosten für die politischen Freunde des »linken« Bürgermeisters zu tragen? Klagen wurden angekündigt.

Zwei bewährte Instanzen beteiligen sich nicht an der andauernden Diskussion, sie reden nicht, sie handeln. McDonald's gab bekannt, daß alle Restaurants geschlossen und gesichert würden. Und die Staatsanwaltschaft kündigte am Mittwoch an, während des »Social Forum« vier statt einen Ankläger rund um die Uhr im Einsatz zu haben. Außerdem würden sämtliche Staatsanwälte der Referate »Organisierte Kriminalität« und »Terrorismus« abrufbereit sein.

Für den heutigen Sonnabend mobilisieren die Sozialforen und Linksparteien zu landesweiten Demonstrationen gegen die kapitalistische Globalisierung und den drohenden US-Angriff auf Irak. In über 100 italienischen Städten sind Massenproteste angekündigt, darunter auch in Florenz.

Europäisches Sozialforum 7.-10. November 2002 in Florenz

**Nein zu Sozialabbau, Rassismus und Krieg
Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der
sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung**

**Eine andere Welt ist möglich
Ein anderes Europa auch!**

Eine neue Bewegung beunruhigt Regierende und Finanzmanager in Europa. Es ist die Protestbewegung gegen den Abbau sozialer, demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, gegen Krieg und Rassismus.

Im März demonstrierten Hunderttausende in Barcelona "Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges". Im selben Monat demonstrierten Millionen Menschen in Rom gegen Berlusconi und für Gewerkschaftsrechte. In Frankreich gingen nach dem Wahlerfolg von Le Pens faschistischer Front National Millionen auf die Straße. Im Juni setzten sich die spanischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen den Abbau von sozialen Rechten zur Wehr. Mit der Demonstration in Berlin gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten im Mai und der Streikwelle im Sommer diesen Jahres nehmen die Proteste auch in Deutschland Form an.

Diese europäische Protestbewegung ist Teil der weltweiten Bewegung gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegen die Unterwerfung der Welt unter die Profitlogik der Konzerne.

Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien Anfang diesen Jahres schafft nun das Europäische Sozialforum der europaweiten Bewegung eine Plattform zur Diskussion und Artikulierung ihrer Forderungen. Nationale und kulturelle Vielfalt einerseits und ein gemeinsames politisches Ziel andererseits - nämlich ein Europa des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit - bestimmen den Charakter des Europäischen Sozialforums. Hieraus entsteht eine neue Dynamik der europaweiten Protestbewegung.

Auf Diskussionsveranstaltungen, in kulturellen Veranstaltungen, in Workshops und Seminaren lernen wir einander kennen und lernen voneinander. Es ist eine Chance, mit Aktiven der globalisierungskritischen Bewegung aus ganz Europa zusammenzukommen und Netzwerke zur Ausweitung des Widerstandes zu schaffen. Es ist eine faszinierende Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt, den Ideenreichtum, die Lebendigkeit und Lebensfreude dieser jungen Bewegung kennenzulernen und daran teilzuhaben. Florenz, die Kulturmetropole in der Toskana bietet dazu den passenden Rahmen.

Lasst uns die Forderung "Her mit dem schönen Leben", der wir am 14. September in Köln vielfältigen Ausdruck verleihen, über die Grenzen unseres Landes nach Florenz tragen!

Dieser Aufruf wird von einer Reihe Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt, darunter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Interview

Europäisches Sozialforum in Florenz: Spaltungsversuche abgewehrt?

jW sprach mit Francesco Raparelli aus Rom, Aktivist der Bewegung der Disobbedienti (der Ungehorsamen) und Mitarbeiter der Redaktion der Zeitschrift Posse

Interview: Dario Azzellini

F: Anfang November findet in Florenz das Europäische Sozialforum (ESF) statt. Wie ist der Stand der Vorbereitungen?

Mitte Oktober sind die Gespräche zwischen den Veranstaltern auf der einen und den Regierungsinstitutionen und der Präfektur auf der anderen Seite abgebrochen worden. Die Regierung will das Schengener Abkommen aussetzen. Begründet wird das mit der angeblichen Anreise von »gewalttätigen Extremisten« aus dem Ausland. Das Innenministerium streut Meldungen von einem vermeintlichen 5000 bis 6000 Mann starken »Schwarzen Block«, der aus dem Ausland anreisen wolle. Das ESF hat am Dienstag angekündigt, daß Parlamentarier von Rifondazione Comunista und den Grünen, die dem Forum nahestehen, als Beobachter an den Grenzen sein werden. Ich denke, die Kontrollen an den Grenzen werden sehr hart sein.

F: Innenminister Giuseppe Pisanu hat am Dienstag erklärt, Florenz sei »nicht geeignet für das ESF«. Was steckt hinter dieser Aussage?

Pisanu geht es um eine Spaltung des Forums. Er teilt das Forum in Moderate und Radikale, die Besetzungen von Banken und Aktionen in der Stadt vorhaben. Letzteres sind nach seiner Darstellung die Ungehorsamen, die daher auch innerhalb des Forums und in der Stadt ein Risiko für die öffentliche Ordnung und für die Stadt seien.

Nach diesen Aussagen Pisanus hat die Regierung die Position eingenommen, daß das ESF nicht mehr, oder zumindest nicht mehr in Florenz, stattfinden sollte. Das wurde von der Presse aufgegriffen. Italiens größte Tageszeitung Corriere della Sera titelte gleich »Rettet Florenz« und forderte, das ESF aus Florenz fernzuhalten.

Innerhalb der DS, der sozialdemokratischen KP-Nachfolgepartei, verschärft dies den Konflikt um das ESF. Die starke parteiinterne Strömung »correntone« setzt in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband CGIL und dem Europäischen Gewerkschaftsbund klar auf das Forum. Die Strömung um D'Almeida hingegen will am liebsten gar kein Forum und hat in dieser Hinsicht vor einigen Wochen die eigene Position in der Leitung durchgeboxt. Leonardo Domenici, der DS-Bürgermeister der Stadt Florenz, betont weiterhin, Florenz sei eine »offene Stadt«. Man müsse sehen »wie das Forum durchgeführt werden kann«. Das zielt darauf ab, die linken Komponenten der Bewegung aus dem Forum herauszuspalten.

F: Und wie haben die linken Kräfte reagiert?

Es gab eine Pressekonferenz, in der Disobbedienti, die Basisgewerkschaften Cobas und andere verkündet haben, die Breite der Bewegung, die moderate und radikale Teile beinhalte, stelle das Fundament der Bewegung dar, und das werde auch so bleiben.

F: Diese Woche haben die Organisatoren des ESF versucht, die Gespräche mit den Institutionen wieder aufzunehmen. Allerdings haben die Stadt Florenz und die regionale Regierung nur die Hälfte der ursprünglich versprochenen Schlafplätze und Veranstaltungsorte zur Verfügung gestellt. Gibt es Neues zu berichten?

Nein, bisher wird nicht genügend Infrastruktur angeboten. Es wird weiter verhandelt, doch wenn sich nichts tut, wenn kein geeigneter Raum angeboten wird, bleibt uns und vielen anderen keine andere Möglichkeit als zu besetzen.

F: Wie stehen die Ungehorsamen, die Disobbedienti, zum Forum?

Wir werden uns massiv beteiligen. Wir wollen Teil des Prozesses des Aufbaus des Europäischen Sozialforums sein, und zwar in radikaler und konfliktiver Weise. Aber deswegen stehen wir noch lange nicht außerhalb des Forums – eine Position, die denen nutzt, die eine Teilung des Forum wollen. Ein Autonomes Forum, wie es von PGA (People's Global Action) vorgeschlagen wurde, steht nicht zur Debatte, und das haben auch viele andere Kräfte der Bewegung in einer Stellungnahme nach einem Treffen am 5. Oktober in Barcelona deutlich gemacht.

Ein anderes Europa ist möglich!

Das Thema: **Drittes Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum in Thessaloniki 13./14. Juli 2002**

Die heutige Welt scheint alternativlos fest gefügt. Der Euro und der US-Dollar liegen jetzt etwa gleichauf; trotz Konkurrenz, zusammen dominieren sie die internationale Finanzwelt. Die USA werden im nächsten Jahr mehr Geld für Rüstung ausgeben, als die Staaten, die die 15 nächstgrößten Armeen unterhalten, zusammen genommen. Widerstand scheint zwecklos, nach dem Ende des Kommunismus das derzeit existierende auch alternativlos. Vergleiche mit dem Römischen Reich haben im Moment feuilletonistische Konjunktur.

Trotz alledem geht ein Ruf um, der da lautet: "Eine andere Welt ist möglich!" Seinen Ausgang nahm er in Porto Alegre. Das Weltsozialforum, das dort vom 31. Januar bis zum 5. Februar 2002 zum zweiten Mal stattgefunden hatte, regte an, regionale Sozialforen zu veranstalten. Das europäische wird vom 7. bis 10. November in Florenz sein. In Thessaloniki tagte am 13. und 14. Juli das dritte europaweite, offene Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum. Wie schon im Mai in Wien, hatten sich etwa 250 Menschen versammelt, um Zielrichtung, Programm und Organisation des Sozialforums zu debattieren.

Der Anteil der griechischen Teilnehmer machte etwa die Hälfte der Anwesenden aus, etliche Debatten verliefen recht kontrovers. Die Linke Griechenlands, die in unterschiedlichen Formationen von Gewerkschaftern, Parteien und Nichtregierungsorganisationen in Erscheinung trat, focht zeitweilig politische und programmatische Differenzen untereinander aus. Sie leidet, wie die Linke Europas überhaupt, nach wie vor unter dem Flasko des Kommunismus von 1989/91, dem weithin neoliberalen Agieren der Sozialdemokratie und dem Druck der großen Konzerne und der konservativen Politik. Dank der geschickten Moderation, vor allem der griechischen und italienischen Tagungsleitung, fand das Treffen jedoch bald zur allseits erstrebten sachlichen Arbeit.

Das Konferenzzentrum in Florenz verfügt über mehrere Säle mit bis zu 2.000 Plätzen sowie zahlreiche kleinere Räume, die bis zu 500 Plätze haben. Erwartet werden an die 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sozialforums. An drei Tagen werden vormittags jeweils sechs Konferenzen stattfinden. Sie werden, so wurde in Thessaloniki nun beschlossen, um drei inhaltliche Achsen gruppiert: Globalisierung und Liberalismus, Krieg und Frieden sowie Bürgerrechte, Menschenrechte und Demokratie. Die Konferenzen werden in Verantwortung des italienischen Vorbereitungskomitees in Verbindung mit

einer internationalen Arbeitsgruppe inhaltlich konzipiert und mit jeweils unterschiedlichen Rednern aus verschiedenen Ländern besetzt. Zugleich sollen sie viel Raum für Diskussionen bieten. Nachmittags finden jeden Tag bis zu 50 Seminare und Workshops statt, die von teilnehmenden Organisationen oder Gruppen vorbereitet werden. Abends werden Diskussionsangebote gemacht, so unter der Rubrik: "Dialoge" zum Verhältnis von "neuen" sozialen Bewegungen einerseits und politischen Parteien, "alten" Gewerkschaften und politischen Institutionen andererseits. Unter dem Motto: "Alternativen" sollen gewaltloser Widerstand, ziviler Ungehorsam und neue Erfahrungen bei der Austragung sozialer Konflikte debattiert werden. Wie kann der Sozialstaat verteidigt werden? Was ist mit dem Schutz der Rechte aller Menschen in Europa?

Ein Hauptpunkt der Diskussionen in Thessaloniki war die Sorge um neuerlichen Krieg, nun der USA und ihrer Förderaten gegen den Irak. Eigentlich stellte niemand die Frage, ob er denn kommen wird, sondern die Debatte ging darum, wann er kommt, mit welcher Gewalt und was dagegen zu tun ist. Wird er im Oktober ausbrechen, und also während des Sozialforums schon toben? Dann ist der Krieg das Hauptthema. Oder wird er erst im Frühjahr angeordnet? Dann wird das "Sozial"-Forum sich auch hauptsächlich mit den sozialen Fragen im Gefolge der realkapitalistischen Globalisierung beschäftigen, wengleich das Damoklesschwert des Krieges über allem schwebt. Wie auch immer, die eigene Positionsbestimmung steht in einem Dilemma, man kann sich ja schlecht mit Saddam Hussein solidarisieren, wie schon mit Milosevic oder den Taliban nicht. Zugleich aber ist klar, dass Krieg nicht die Antwort sein kann. In dieser Frage gab es keine Differenzen.

Sozialforum in Europa, das heißt auch: Europa kann nicht für sich betrachtet werden. "Ein anderes Europa für eine andere Welt!" Das wäre der Blickwinkel unter der Perspektive zunächst des Europas der EU: Eintreten für friedliche Beilegung internationaler Konflikte, Lösung der sozialen Fragen im Innern, keine "Festung Europa" gegen Migrantinnen und Migranten, soziale und ökologische Nachhaltigkeit des Wirtschaftens, eine dauerhafte Besserstellung der südlichen Länder. Es soll dem EU-Europa des Kapitals das der Solidarität entgegengestellt werden. Europäisches Sozialforum heißt aber auch, das ganze Europa in den Blick zu nehmen. Die Verwerfungen in den postkommunistischen Gesellschaften im Osten Europas gehören dazu und sind Teil dessen, worüber auf einem gesamteuropäischen Forum zu reden ist. Dazu gehört die kritische Betrachtung der EU-Osterweiterung. Können wir noch verhindern, dass die Völker des Ostens einen Beitritt "Zweiter Klasse" bekommen? Was wird die NATO-Erweiterung für den Frieden in Europa bedeuten? Kann Russland in gesamteuropäische Strukturen des Friedens und der Zusammenarbeit einbezogen werden?

Sozialforum im Sinne der Erklärung von Porto Alegre heißt, die Dinge von unten betrachten. Es werden nicht

"Globalisierungsgegner" sein, die sich in Florenz treffen, sondern Gegner der derzeitigen finanzkapitalistisch dominierten Globalisierung. Und es kann keine akademische Veranstaltung sein. Es ist Ratschlag und politische Bekundung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und unterschiedlichen Alters; angestrebt wird, dass Frauen in gleichem Maße aktiv agieren, wie Männer. (Der diesbezügliche Appell zielte auf eine 50-%-Quote.) Ende September in Barcelona wird noch einmal ein großes Vorbereitungstreffen die letzten Programmpunkte verhandeln. Den Termin in Florenz sollte man sich jedoch schon vormerken.

Macht braucht Gegenmacht, wenn sie eingeschränkt werden soll. "Eine andere Welt ist möglich" - wenn diese Idee die Menschen ergreift. Das neoliberale Gerede von der vorgeblichen Alternativlosigkeit ist Absicht. Es soll entmutigen. Der "Geist von Porto Alegre" meint gegenseitige Ermutigung.

www.dsf-gsf.org/

Europäisches Sozialforum: Thematische Achsen und Schwerpunktthemen

Das Europäische Sozialforum, das vom 07. bis 10. November im Kongresszentrum in Florenz unter dem Motto "Ein anderes Europa ist möglich" stattfinden wird, gliedert sich in drei thematische Achsen mit den Arbeitstiteln: Liberalismus, Krieg/Frieden und Rechte/Demokratie/Staatsangehörigkeit. Jede der Achsen hat fünf bis sechs Schwerpunktthemen. Die Gliederung ist offen für Ergänzungen.

I. LIBERALISMUS

1. Europäische Union in der Architektur der Weltmächte: Handlungsstrategie bzgl. Nord (IWF/WTO) und Süd (Auslandsschulden, Entwicklungspolitik, etc)
2. a) Gemeinschaftliche Güter: Luft, Wasser, Boden und private Ausbeutung von Rohstoffen
b) Welche Landwirtschaft für Europa? Märkte im Norden und im Süden, Abhängigkeiten hinsichtlich Nahrung, Genmanipulierte Organismen, usw.
3. Mittel- und Osteuropa und Globalisierung: Alternativen zu neoliberalem Kapitalismus
4. Privatisierung, Merkantilisierung, Deregulierung öffentlicher Güter und des Wohlfahrtsstaats, Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, Familienpolitik und der Wohlfahrtsstaat. Neue soziale Rechte für ein neues Gesellschaftsmodell
5. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Flexibilität, Frauenarbeit und Arbeitskampf

II. KRIEG / FRIEDEN

1. Europa in der neuen Kriegsordnung: NATO, Außenpolitik der USA und der EU. Der Bedarf an strategischen Bündnissen gegen Militarismus
2. Ziviles Europa gegen den anhaltenden Krieg:
a) Das Wesen von Krieg: Wer ist der Gegner?
b) Zusammenprall der Zivilisationen vs. Dialog der Zivilisationen
c) Mittel der Kriegsfinanzierung: Strategien der Massenmedien, Militärbudgets, Produktion für Krieg, usw.
3. Schaffen eines anhaltenden Friedens und Widerstand gegen Krieg: Gewaltfreie Verbündungsstrategien, humanitäre Hilfe, soziale und wirtschaftliche Aspekte der Konflikte
4. Europa und die konkreten Konflikte: Palästina, Kaschmir, Kolumbien, usw.
5. Interne Repression und regierungsgeförderte Sicherheitspolitik.

III. RECHTE / DEMOKRATIE / STAATSANGEHÖRIGKEIT

1. Europa und seine demokratischen Schwächen. Partizipative Demokratie und europäische Integration auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.
2. Rechte für alle: Von der Charta von Nizza zur Charta für universelles Bürgerrecht.
3. Die extreme Rechte und die Politik der Ungleichheit und des Ausschlusses: Nationalismus, Chauvinismus und Diskriminierung
4. Männer und Frauen: Ein notwendiger Konflikt für eine gemeinsame Zukunft.
5. Medien und Informationszugang: Recht auf Information, freie Software, usw.
6. MigrantInnen gegen die Festung Europa.

Europäisches Sozialforum

www.weltsozialforum.org

Die soziale Bewegung in Europa wächst! Die jüngsten Proteste in ganz Europa mit Hunderttausenden auf den Straßen von Barcelona und Rom zeigen, wie viele Menschen bereit sind, sich für eine andere Welt, in der menschliche Werte vor Profit kommen, einzusetzen.

Das Europäische Sozialforum ist das erste Treffen der grenzüberschreitenden sozialen Bewegung in Europa. Gemeinsam können wir in Florenz ein Zeichen für Demokratie und Frieden setzen und zeigen, dass es Alternativen zur neoliberalen, konzerngetriebenen Globalisierung gibt!

Seit den massiven Protesten anlässlich des Treffens der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle im Dezember 1999 sind Treffen der internationalen Wirtschaftsorganisationen sowie G8 und EU-Gipfel zum Schauplatz von immer größeren Demonstrationen gegen die Dominanz der Profitinteressen über soziale und ökologische Werte geworden.

Um einen eigenen Rahmen für den Austausch der vielfältigen Ideen und Erfahrungen dieser sozialen Bewegung zu schaffen, wurde im Jänner 2001 das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre, Brasilien, als Gegenveranstaltung zum Treffen des World Economic Forums (WEF) ins Leben gerufen. Die Kraft und Begeisterung von Porto Alegre machten schnell die Runde.

Während sich Ende Januar dieses Jahres in New York wieder die selbsternannten "Global Leaders" beim WEF trafen, versammelten sich in Porto Alegre beim 2. WSF bereits 50.000 Menschen aus 145 Ländern und 4.900 Organisationen, um über zivilgesellschaftliche Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und Wege zu einer global nachhaltigen Entwicklung zu diskutieren.

Das Europäische Sozialforum ist im Geist von Porto Alegre ein für alle offener Raum der Diskussion und des Erfahrungsaustausches, denn die Stärke der sozialen Bewegung liegt in der Breite und Vielfalt der Ansätze und Perspektiven.

Entsprechend einem Beschluss des europäischen Regionaltreffens in Porto Alegre fand am 9. und 10. März in Brüssel ein erstes Vorbereitungstreffen für ein Europäisches Sozialforum (ESF) statt.

Dieses Forum soll nach dem Muster des Weltsozialforums in einer Größenordnung von 30000 bis 50000 Besuchern im November in Italien (Florenz) stattfinden und die Zusammenführung aller sozialen Bewegungen in Europa - und damit einer breiten linken Protestbewegung - bewirken. An dem Treffen, das von einer italienischen Arbeitsgruppe vorbereitet worden war, nahmen rund 150 Personen teil, die die verschiedensten Gruppierungen und Initiativen der sozialen Bewegungen aus West- und Südeuropa vertraten. Dominierend war Attac mit Repräsentanten aus allen westeuropäischen Ländern. Es war keine der großen europäischen Gewerkschaften vertreten. Anwesend waren aber mehrere Linksparteien wie die KPs aus Frankreich, Belgien, Italien, Portugal, Österreich sowie die deutsche PDS.

Die Begegnung in Brüssel war als ein erster Schritt zur Vorbereitung des ESF gedacht. In der inhaltlichen Selbstverständigungsdebatte wurde Übereinstimmung über vier Grundsätze erzielt:

- Das ESF ist kein Kongress im herkömmlichen Sinne. Es ist ein gemeinsamer offener Raum für Begegnungen und Diskussionen. Es soll den Rahmen für eine Bewegung bilden, die ein besseres Europa durchsetzen will.
- Das ESF ist nicht der Beginn sondern Resultat eines Prozesses, der von der Emanzipation der sozialen Bewegungen seit Seattle getragen wird. Verantwortlich für seine Vorbereitung sind alle sozialen Bewegungen in Europa, alle, die den Aufruf gegen eine neoliberale Welt unterstützen.
- Das ESF wird nicht durch ein Vorbereitungskomitee, sondern durch eine offene europäische Arbeitsgruppe vorbereitet, die spezielle Kommissionen zur Programmstruktur und zu den einzelnen Arbeitsbereichen einrichtet.
- Das ESF wird nur aus einem gemeinsamen Forum bestehen. Sonderforen wie in Porto Alegre - etwa für Parlamentarier oder andere Gruppen - werden nicht stattfinden.

Über das Auftreten von Vertretern politischer Parteien wurde kein Konsens erzielt, doch war eine deutliche Mehrheit dagegen. Dies Problem solle auf nationaler Ebene gelöst werden. Ausdrücklich betont wurde der Antikriegscharakter der Bewegung. Der Kampf gegen die Kriegspolitik soll gleichberechtigt neben den sozialen Problemen und der Verteidigung demokratischer Rechte stehen. Euromarsch wird sein alljährliches Erwerbslosenparlament als Element in das Forum einbringen. Eingeladen werden auch Vertreter aus Palästina und Nordafrika. Betont wurde die Notwendigkeit, Bewegungen aus Osteuropa einzubeziehen. Das nächste Vorbereitungstreffen soll deshalb in Wien stattfinden, um die Teilnahme osteuropäischer Vertreter zu erleichtern.

Es wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit dem Ausbau des europäischen Netzes, Problemen der Struktur und Organisationsfragen beschäftigen und die auf dem Wiener Treffen erste Resultate vorlegen sollen. Von den Gruppen, Bewegungen und Organisationen wird erwartet, dass sie den Vorbereitungsprozess jetzt auf nationaler Ebene beginnen.

Links

<http://www.weltsozialforum.org>

Deutschsprachiges Informationsportal zum Weltsozialforum 2001, 2002, 2003 und zum Europäischen Sozialforum.

<http://www.dsf-gsf.org>

Diese Seite liefert Infos zu den verschiedenen Weltsozialforen, dem Europäischen Sozialforum und beinhaltet eine Kommunikationsplattform (ESF-Wiki, ein offenes Autorensystem welches ohne Zugangsberechtigung mehrsprachig nutzbar ist).

<http://www.indymedia.de>

Ein internationales Netzwerk von Medieninitiativen und Aktivistinnen für unabhängige unkommerzielle Berichterstattung von unten. Es versteht sich als ein Teil des weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung. Die Seite bietet die Möglichkeit nach verschiedenen Kriterien (Texte, Fotos, Audio, Videos) aktuelle Informationen zum WSF und ESF zu finden.

<http://www.ila-bonn.de>

Seite der Zeitschrift ila mit Links zu Porto Alegre 1, Porto Alegre 2, Quebec und Genua.

<http://www.fse-esf.org>

Offizielle Seite zum ESF. Informationsportal in englischer, französischer, spanischer, italienischer und deutscher Sprache.

<http://www.rosalux.de>

Die Rosa Luxemburg Stiftung für Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung unterstützt das Europäische Sozialforum und bietet Grund- und Hintergrundinformationen zum WSF und ESF.

http://www.attac-netzwerk.de/aktuell/wsf_menuue.php

Ergebnisse des Weltsozialforums, Texte, Teilnehmerbericht und Pressespiegel zum Thema Porto Alegre II.

<http://www.portoalegre2003.org/publique/>

Seite von Ciranda Internationales Netzwerk der unabhängigen Informationen. Berichte zu Porto Alegre 2003 und zu weltweiten Bewegungen, die den Neoliberalismus herausfordern.

Impressum

Herausgeber: FDCL e.V. (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika)
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin
Tel.: 030-6934029; Fax: 030-6926590
email: info@fdcl-berlin.de; homepage: <http://www.fdcl.org>

Textzusammenstellung und Layout: Britta Witt

1. Auflage, November 2002

Dank für ihre tatkräftige Unterstützung an Eva Danninger und Jan Dunkhorst.

Für weitere Recherchen zu diesem oder anderen Themen stehen wir Euch im Archiv des FDCL gerne zur Verfügung. Öffnungszeiten: Mi & Fr 14-17 Uhr, Do 10-14 Uhr oder nach Vereinbarung.